

Margarete Jäger / Gabriele Cleve / Ina Ruth / Siegfried Jäger

Leben im Brennpunkt

**Der öffentliche Diskurs über den Stadtteil
Gelsenkirchen-Bismarck / Schalke-Nord und seine Auswirkungen auf
die Bevölkerung**



DISS Forschungsbericht 2002

Margarete Jäger / Gabriele Cleve / Ina Ruth / Siegfried Jäger

Leben im Brennpunkt

**Der öffentliche Diskurs über den Stadtteil
Gelsenkirchen-Bismarck / Schalke-Nord und seine Auswirkungen auf
die Bevölkerung**



DISS Forschungsbericht 2002

© DISS Duisburg 2002
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Siegstr. 15, 47051 Duisburg
Telefon 0203-20249, Fax 0203/287881
email info@diss-duisburg.de

Alle Rechte vorbehalten,
insbesondere die des öffentlichen Vortrags, der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der
fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile

Inhalt

Vorbemerkung	7
Einordnung und Zielsetzung	9
Inhaltliche und methodische Voraussetzungen	13
Die Sicht von 'Sozialmanagern' auf den Stadtteil	22
Die Probleme des Stadtteils	22
Die Probleme im Stadtteil	23
Die Perspektiven.	25
Ergebnisse der Analyse von Printmedien	26
Außenwahrnehmung des Stadtteils bzw. der Region	26
Analyse der Berichterstattung in der taz	26
Ergänzende Analyse weiterer Printmedien	37
Zusammenfassung und Bewertung	38
Binnensicht der Presse auf den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck /Schalke-Nord.	40
Vereine und deren Aktivitäten	44
Einrichtung einer neuen evangelischen Gesamtschule in Bismarck	45
Verkehr	47
Kommunal- und Landespolitik	48
Wirtschaft	51
Projekte zum Strukturwandel	52
Zusammenleben im Stadtteil.	54
Perspektiven: Wie sehen Einwohnerinnen ihren Stadtteil?.	55
Zusammenfassung.	58
Der Stadtteildiskurs in den Medien	58
Der Stadtteil im Alltagsdiskurs. Analyse von Tiefeninterviews mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke/Nord	61
„Keine Lust- keine Zeit... Wenn ich von der Arbeit komm, dann hab ich andere Sorgen“ (Interview mit einer 45-jährigen Frau deutscher Herkunft	61
„wenn die Frau rauchen tut, is ja schon extrem beim Türken“ (Interview mit einem 37jährigen Mann deutscher Herkunft).	63
„Wir sind auf dem richtige Weg“ (Interview mit einem 45jährigen Mann deutscher Herkunft)	66
„Ja, wir haben den Paß. Wir sind auch Deutsche“ (Interview mit einer 32-jährigen Frau türkischer Herkunft)	69

„will nicht auf andre Stadt gehen. Sind viele Fremde und so“ (Interview mit einer 17-jährigen Frau türkischer Herkunft)	71
„Ich bin hier. Meine Augen hab ich hier aufgemacht“ (Interview mit einem 36-jährigen Mann türkischer Herkunft).	73
„Es müsste mehr so ne schönere Atmosphäre halt sein“ (Interview mit einer 18-jährigen Frau deutscher Herkunft)	76
„Ich guck einfach weg“ (Interview mit einem 15-jährigen Mann türkischer Herkunft)	78
Vergleichende Analyse der Tiefeninterviews.	80
Das Bild von sich und den anderen	81
Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord: lohnens- und lebenswertes Quartier?.	92
Zusammenfassung und Bewertung	95
Lösungsansätze	98
Ausnutzung unterschiedlicher Diskurspositionen stärken Gemeinsamkeiten.	98
Handlungsfähigkeiten entwickeln und mit Kompetenzen ausstatten.	99
Bürokratische Verkrustungen aufbrechen, Hürden überwinden: Von der Betreuung zur Beratung.	100
Von der Diskurs- zur Dispositivanalyse. Überlegungen zur Weiterführung eines Stadtteilprojekts	102
Das Projekt	102
Weiterführende Fragestellungen.	104
Grenzen von Diskursanalyse	106
Gibt es ein Stadtteildispositiv?.	108
Analyseschritte einer Dispositivanalyse.	109
Schlussfolgerungen für eine Dispositivanalyse des Stadtteils.	111
Ausblick	112
Literatur.	113

Vorbemerkung

Der folgende Bericht fußt auf einem im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) durchgeführten Pilot-Projekt, das vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben wurde. Seine Laufzeit betrug 5 Monate.

Ziel dieser Voruntersuchung ist die Erkundung der Möglichkeit, das Konzept Diskursanalyse bei der Untersuchung eines "Stadtteils mit besonderem Erneuerungsbedarf" anzuwenden und die Rahmenbedingungen für ein umfassendes Projekt dieser Art zu erkunden.¹ Die folgenden Ausführungen wollen und können daher nicht den Anspruch erheben, eine bereits in allen Hinsichten vollständige Analyse darzustellen.

Das Projekt versteht sich als eine Pilotstudie zu einer umfangreicheren Untersuchung, bei der die Konfliktlösungen in Städten und Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf im europäischen Vergleich untersucht werden sollen.

Im Anschluss an den Projektbericht drucken wir einen Vortrag ab, den Margarete und Siegfried Jäger auf einem Workshop in Freudenberg im Sommer 2000 gehalten haben. Dieser Vortrag fasst die Ergebnisse des Projektberichts noch einmal knapp zusammen, und, was wichtiger ist, er diskutiert Möglichkeiten der Erweiterung des Projekts als integrierte Diskurs- und Dispositivanalyse, durch die das Wissen, das in Diskursen, nicht-diskursiven Praxen (Handlungen) und Gegenständen kristallisiert ist, ebenfalls in sie Analyse einbezogen werden können.²

1 Die Arbeiten wurden unter Leitung und Beratung von Prof. Dr. Siegfried Jäger und Dr. Margarete Jäger durchgeführt. An der Materialbeschaffung und -aufbereitung haben sich außerdem Sarah Könneke, Nina Schuster und Simon Teune beteiligt; ihnen soll an dieser Stelle herzlich gedankt werden.

2 Zum Konzept der Dispositivanalyse vgl. S. Jäger, 2001a.

Einordnung und Zielsetzung

In allen europäischen Ländern finden sich Städte bzw. Stadtteile, die durch starke soziale und wirtschaftliche Probleme belastet sind. Arbeitslosigkeit, ein hoher Ausländeranteil und Armut der Bewohnerinnen lassen neben den wirtschaftlichen und strukturellen Problemen die Sozialstruktur instabil werden, so dass beobachtet werden kann, dass in solchen Stadtteilen die verschiedenen Problematiken, die die Stadtteile auszeichnen, zu eskalieren drohen bzw. bereits eskaliert sind (wie z.B. in einigen Städten in Frankreich, England, Belgien, den Niederlanden).

Insbesondere der hohe Anteil von Einwanderern wird dabei sowohl von der Bevölkerung wie auch von den sie begleitenden Politikern und Sozialarbeitern als mögliches Konfliktpotential auf unterschiedlichen Ebenen angesehen.³ Deshalb haben Politiker und Sozialarbeiter gerade in Bezug auf Einwanderungs- bzw. die damit verbundenen Integrationsprozesse in den europäischen Ländern vielfältige Anstrengungen unternommen, mit denen entstandene soziale Spannungen abgebaut oder zumindest abgemildert werden sollen.

Diese Anstrengungen vollzogen sich jedoch vor dem Hintergrund verschiedener Modelle der Konfliktregelung, die sich in Europa in den letzten Jahrzehnten herausgebildet haben und die sich teilweise widersprechen. Michael Krummacher und Viktoria Waltz unterscheiden z.B. drei unterschiedliche prototypische Grundmodelle (vgl. Krummacher/Waltz 1996, S. 95-102):

Modell 1 lässt sich dadurch charakterisieren, dass sich das betreffende Land im Prinzip nicht als Einwanderungsland versteht. Die Schweiz, aber auch die Bundesrepublik Deutschland, kommen diesem Modell sehr

nahe. Hier erfolgen eher restriktive Einbürgerungsprozesse mit den angesprochenen Konsequenzen. Diese sind z.B. darin zu sehen, dass sich der rechtliche Status von Einwanderern von dem der ‚Eingeborenen‘ erheblich unterscheidet. Auch wird unter sozialer Integration in diesem Modell meist Anpassung bzw. Assimilation verstanden.

Modell 2 zeichnet sich demgegenüber dadurch aus, dass die betreffende Gesellschaft für Einwanderer zwar im Prinzip offen ist, dass aber auf eine integrative Minderheitenpolitik weitgehend verzichtet wird. Die Beibehaltung kultureller Eigenarten von Einwanderern ist in diesem Modell unerwünscht; eine so genannte multikulturelle Gesellschaft wird tendenziell abgelehnt. Zuwanderer sollen sich den bestehenden Bedingungen anpassen; im Gegenzug dazu erhalten sie den gleichen rechtlichen Status wie ihn auch ‚Eingeborene‘ genießen. Frankreich ist prototypisch für dieses Modell.

Für Modell 3 können die Niederlande als prototypisch gelten. Hier besteht eine aktive Minderheiten- und Integrationspolitik, als deren Leitziel die multikulturelle Gesellschaft angesehen werden kann. Auch hier bildet die Grundlage der Einbürgerung das Territorial- bzw. Wohnbürgerprinzip.⁴

Es versteht sich, dass es sich bei diesen Modellen nicht um Abbilder der Situation der genannten europäischen Länder handelt. Sie können und sollen nur verdeutlichen, dass es in Europa offenbar unterschiedliche Verfahrens- und Herangehensweisen gibt, wie mit Einwanderung und den damit verbundenen sozialen Veränderungsprozessen umgegangen wird. Trotz dieser Unterschiede müssen wir jedoch feststellen, dass – wie auch im einzelnen verfahren wird – alle der genannten Länder und darüber hinaus alle europäischen Länder insgesamt – mit dem Umstand zu kämpfen haben, dass es zwischen Einwanderern und Eingeborenen in den Städten zu nicht unerheblichen Konflik-

3 Vgl. dazu grundsätzlich S. Jäger 1997.

4 Nach dem Regierungswechsel im Mai 2002 bahnt sich jedoch in dieser Hinsicht eine restriktivere Einwanderungspolitik an.

ten kommt.

Die mit dem interkulturellen Zusammenleben verbundenen Schwierigkeiten sind nicht zu übersehen und offenbar weit davon entfernt, einer Lösung zugeführt zu werden. So bedauern denn auch Vertreter der Landesregierung von NRW, dass zwar nahezu alle vom Land geförderten Handlungskonzepte den „Hinweis auf einen überdurchschnittlichen Zuwandereranteil und die Schilderung von Schwierigkeiten im interkulturellen Zusammenleben“ enthalten, dass aber bislang noch kein Ansatz entwickelt worden sei, der „ausdrücklich auf das kulturelle Miteinander“ ausgerichtet sei. (Rütten 1998, 27)

Die politische Brisanz, die hierin deutlich wird, äußert sich für Deutschland auch darin, dass in so genannten Problemstadtteilen zunehmend undemokratische Lösungsangebote Gehör finden, wie sie zum Beispiel von Seiten rechtsextremer Parteien und Gruppen artikuliert werden. Dies ist auch deshalb möglich, weil in der Gesellschaft insgesamt soziale und/oder ökonomische Probleme häufig mit der Anwesenheit von Einwanderern und Flüchtlingen in Verbindung gebracht werden. Dies ist keineswegs eine Besonderheit rechten oder gar rechtsextremen Denkens, sondern prägt den Einwanderungsdiskurs insgesamt und ist deshalb mit besonderen Machtwirkungen ausgestattet. Überspitzt formuliert könnte man sogar sagen, dass die Problembehaftheit von Einwanderung für den größten Teil der bundesdeutschen Bevölkerung evident ist. Solche Auffassungen sind durchgängig zu finden, sowohl im politischen wie auch im medialen, aber eben auch im Alltagsdiskurs.⁵

Dabei wird aber, bezogen auf die kommunale Situation, häufig übersehen, dass sich die Konfliktlinien nicht allein zwischen Einheimischen und Einwanderern, sondern auch zwischen alten und jungen Personen, Arbeitenden und Arbeitslosen, Männern und Frauen, Familien und Singles usw. entwickeln

⁵ Eine umfassende empirische Untersuchung dieser Zusammenhänge ist in S. Jäger u. a. 1998 unternommen worden.

(können).

Diese Komplexität der Sachverhalte ist aus unserer Sicht von der bisherigen Sozialforschung eher vernachlässigt worden. Ohne die bisher vorgenommenen Untersuchungen in ihrer Bedeutung insgesamt schmälern zu wollen, ist der Sachverhalt, dass Menschen in den Städten und Stadtteilen nicht allein unter der Perspektive ihrer Herkunft zusammenleben, sondern dass sich die Facetten ihrer persönlichen Situation vielfältig kreuzen und sich auch dadurch Konflikte (bzw. Gemeinsamkeiten) ergeben, nur selten in den Mittelpunkt gerückt worden.⁶ Dies sollte jedoch geschehen, um den sozialen Zusammenhang, in welchem städtisches Leben stattfindet, in den Blick zu bekommen und aus dieser Perspektive möglicherweise zu neuen Handlungsansätzen zu gelangen.

Denn insgesamt hat sich gezeigt, dass trotz jahrzehntelanger großer finanzieller und kultureller Anstrengungen der Kommunen und der Länder bislang kaum Ansätze sichtbar sind, die die Situationen in den Stadtteilen deutlich verbessert hätten. Und dies, obwohl die Handlungsebenen und -felder durchaus vielfältig sind. Nicht nur im sozialarbeiterischen Bereich, auch in der Stadtplanung und hinsichtlich der Wirtschaftsförderung ist eine Fülle von Aktivitäten und Programmen umgesetzt worden.⁷ Dass sie nicht den erhofften Erfolg gebracht haben, darf dabei keineswegs den in diesen Projek-

⁶ Bukow et al. (Hg.) 2001 verweisen richtig darauf, dass die Städte heute unter enormem globalem Druck stehen und Schauplätze umfassender Transformationsprozesse sind, die keineswegs allein auf Einwanderung zurückzuführen sind. Diese Transformationsprozesse führten dazu, "dass sich die urbane Struktur genauso wie die urbanen Lebensweisen und die Bevölkerung innerhalb einer Generation völlig umschichten." (S. 9) Vgl. auch Bukow et al. 2001. Die Autorinnen untersuchen allerdings weniger die *Diskurse*, die den Stadtteil prägen und das Handeln der Menschen im Stadtteil bestimmen, wobei es sich um Diskurse handelt, die stadtteilübergreifend sind. Diskursanalyse, wie wir sie in diesem Pilot-Projekt anwenden, ist darum bemüht, diesem Umstand Rechnung zu tragen.

ten Agierenden zugeschrieben werden, die ihre Arbeit mit viel Engagement und Einsatz getan haben bzw. weiter tun. Im Gegenteil: Ohne dieses Engagement sähe die Situation in einigen Stadtteilen sicherlich weitaus düsterer aus. Dennoch sollte darüber nachgedacht werden, ob es nicht gerade die jeweils verengte Perspektive auf die Probleme der Städte und Stadtteile war, die dazu beigetragen hat, dass die politischen Ziele noch nicht erreicht werden konnten.

Damit soll nicht gesagt sein, dass Einwanderung und die damit verbundenen Integrations- bzw. Segregationsprozesse keine schwerwiegenden negativen Folgen für die Städte und ihre Bewohnerinnen und Bewohner mit sich brächten. Es bedeutet nur, dass bei der Analyse neben diesen Prozessen weitere Aspekte berücksichtigt werden sollten, die gleichfalls von Bedeutung sind und dass die Wirkungsmächtigkeit vom gesamten Problemkomplex ausgeht.

Um zu effektiveren Lösungsansätzen zu gelangen, ist jedoch noch ein zusätzliches Problem zu berücksichtigen, das aus unserer Sicht bislang ebenso vernachlässigt wurde. Der öffentliche Diskurs über problembeladene Stadtteile oder ganze Städte und Regionen ist selbst dazu geeignet, die Probleme weiter zu verschärfen.

Was ist damit gemeint? Personen, die in solchen Stadtteilen, Städten und Regionen leben, werden bereits allein wegen dieses Wohnortes stigmatisiert und vielfach diskriminiert. Die Redewendung von der „guten Adresse“ hat hier ihren Ursprung.

Eine erste Folge dieser Diskriminierung kann darin bestehen, dass sich insbesondere Menschen deutscher Herkunft, die sich in diesen Wohngebieten eigentlich sehr zu Hause fühlen, zunehmend nicht mehr mit ihrem Stadtteil identifizieren. Dies geschieht natürlich auch deshalb (und zusätzlich), weil sich ihre Lebensperspektiven verschlech-

tern. Tendenzen junger Personen, aus solchen Gründen den Stadtteil zu verlassen und in eine andere Gegend zu ziehen, sind allenthalben zu beobachten. Dies führt jedoch dazu, dass in den Stadtteilen Platz wird für diejenigen, denen die Adresse nicht so wichtig ist, weil sie für sich bereits keine Zukunftsperspektiven mehr formulieren können: Sozial gestrandete Personen, Drogen- und Alkoholabhängige oder Personen, die bewusst aus der Gesellschaft ‚aussteigen‘ wollen. Zu ihnen gesellt sich dann eine weitere Bevölkerungsgruppe: Einwanderer, die sich die freiwerdenden Wohnungen, Geschäftsräume und Häuser aneignen und dazu nutzen, ihre Kultur und ihre Lebensgewohnheiten zu pflegen. Dabei scheint es sich häufig so zu verhalten, dass sie sich auf ihre ‚alten‘ Werte zurückbesinnen, um ihr Leben in der ‚Fremde‘ lebbarer zu machen. Mit dieser Entwicklung jedoch werden die Integrationsprobleme der Stadtteile eher weiter verschärft, als dass sie gelöst werden.⁸

Aus diesen Gründen ist es geboten, den öffentlichen Diskurs der Stadtteile, also das, was und wie über die Situation im Stadtteil gedacht, gesagt und geschrieben wird, genau zu erfassen. Die Analyse dieser Diskurse kann diejenigen weiterbringen, denen es darum geht, aus der Problemspirale herauszufinden.

Für den hier interessierenden Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord liegt eine (kleine) soziologische Untersuchung vor, an die angeknüpft werden kann. Sie enthält zwar nicht alle, aber doch einige der hier angesprochenen Gesichtspunkte (vgl. RAA 1996). Bei dieser Erhebung wurden deutsche und nicht-deutsche Personen bezüglich ihr Verhältnisses zueinander befragt. Zudem wurden Expertinnen und Experten (so genannte Sozialmanager) interviewt. Auf diese Weise konnte die Sichtweise und Zielsetzung wichtiger Personen des Stadtteils mit reflektiert werden. Denn es ist

7 Stellvertretend für die vielen Projekte sollen hier die veröffentlichten Erfahrungen einiger genannt werden: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Hg.) 1985, 1992, 1997, 1998.

8 Vgl. dazu Commers 1992, der diese Entwicklung am Beispiel der Stadt Antwerpen nachgezeichnet hat, sowie Heitmeyer/Anhut (Hg.) 2000.

davon auszugehen, dass es gerade solche Personen sind, die auch auf die Gestaltung und Perspektive des Stadtteils Einfluss nehmen.

Gerade die Ergebnisse dieser Expertenbefragung weisen uns darauf hin, dass die Problemperspektive erweitert werden muss. So wurde unter den genannten Faktoren, die das Zusammenleben von deutschen und nicht-deutschen Personen „nicht einfach“ machen, u. a. auch genannt, dass sowohl Deutsche wie Nicht-Deutsche im Umgang miteinander „aufgrund eigener schwieriger sozialer Lage(n)“ überfordert seien (RAA 1996, 32). Als Beispiel wurde etwa die unbefriedigende schlechte Wohnsituation herausgestellt. Daneben konnte diese Untersuchung deutlich machen, dass beide Gruppen (Deutsche und Nicht-Deutsche) von starken Vorbehalten gegeneinander ausgehen, die durch positive Begegnungen kaum aufgehoben werden. Dies kann als ein Indiz dafür gewertet werden, wie wirkungsmächtig der Diskurs über Einwanderung und Flucht ist. Diese Ergebnisse bestätigen denn auch Untersuchungen, die den gesamten Einwanderungsdiskurs im Auge haben (vgl. S. Jäger 1992).

Aus diesen Überlegungen ergeben sich die Leitfragen, denen wir mit unserer Studie nachgegangen sind:

- Wie wird der Stadtteil in der Öffentlichkeit dargestellt? Dieser Frage sind wir vor allem durch die Sichtung und Analyse von Printmedien nachgegangen.
- Welche Probleme und Konflikte werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern im Stadtteil vorrangig gesehen, welche Lösungsmöglichkeiten sehen sie, und wen machen sie für die Probleme und Konflikte verantwortlich?
- Wie wirkt sich der öffentliche Diskurs über so genannte Problemstadtteile auf seine Bewohnerinnen und Bewohner aus (Selbstwertgefühl, Identifikation mit dem Stadtteil, Lebensperspektiven im Stadtteil)? Welche Konfliktformen liegen zwischen welchen Bevölkerungsgruppen vor? Dieser Fragestellung wurde durch die Erhebung und Analyse von Tiefeninterviews nachgegangen.

- Welche Probleme und Konflikte im Stadtteil werden von Sozialmanagern gesehen? Welche Rolle spiel(t)en Kommunal- bzw. Landespolitiker sowie andere staatliche oder halbstaatliche Institutionen bei der Bewältigung der Probleme? Dieser Fragenkomplex wird durch Experteninterviews erfasst.

Umfang und Dauer der Untersuchung haben hier selbstverständlich zu gewissen Einschränkungen geführt. Doch diese Einschränkungen sind keineswegs als Mangel auszulegen. Im Gegenteil: Die Studie soll ja gerade einen empirisch begründeten Problemaufriss liefern (Pilotprojekt), um auf dieser Grundlage umfangreichere Analysen – möglicherweise im europäischen Ausmaß – anzufertigen.

Inhaltliche und methodische Voraussetzungen

Damit sind bereits die inhaltlichen und methodischen Voraussetzungen des Projekts angesprochen, die im Folgenden kurz skizziert werden sollen.

Um den aufgeworfenen Fragen mit der erforderlichen Sorgfalt nachgehen zu können, ist ein theoretisches und methodisches Verfahren von Sozialforschung anzuwenden, das alle Äußerungen von Bewohnern der Stadtteile, von Experten und die der Medien von vornherein in den Kontext ihrer Sozialität stellt. Das bedeutet: Alle diese Ansichten und Äußerungen sind gleichzeitig als individuelle wie auch als überindividuelle, diskursive Phänomene zu betrachten und zu bewerten. Es handelt sich um das „Wissen“, das einer bestimmten komplexen sozialen Situation zugrunde liegt und diese aufrechterhält.

Eine diskursanalytische Betrachtung nimmt diesen Zusammenhang von vornherein in den Blick. Unter Diskurs soll hier eine gesellschaftliche Redeweise verstanden werden, die institutionalisiert ist, gewissen (durchaus veränderbaren) Regeln unterliegt und die auch Machtwirkungen besitzt, weil und sofern sie das Handeln von Menschen bestimmt (vgl. Link 1982).⁹ Um die historische Gewordenheit von Diskursen und die Auswirkungen gegenwärtiger Ereignisse

⁹ Diskurs ist insofern nicht gleichzusetzen mit Sprache. Die diskursive Funktion von Sprache ist darin zu sehen, dass sie ein Mittel ist, mit dem Gegenständen, Ereignissen, Personen etc. Bedeutungen durch die im sozialen Zusammenhang tätigen Subjekte zugewiesen werden. Diese Bedeutungen werden im Diskurs (= im sozialen Kontext) dadurch konventionalisiert, dass sie mit bestimmten Zeichen und Lauten gekoppelt werden. Diskurse transportieren „Wissen“.

und Mentalitäten auf die Zukunft zu betonen, lassen sich Diskurse auch als „Flüsse von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“ begreifen (vgl. S. Jäger 2001, 158).

Anders ausgedrückt, kann unter einem Diskurs auch die Form und der Inhalt von Äußerungen in ihrem sozialen Zusammenhang verstanden werden. Diskursanalyse beantwortet, kurz gesagt, die Frage danach, was zu einem bestimmten Zeitpunkt von wem wie sagbar war bzw. sagbar ist. Das bedeutet, dass immer auch die Frage danach gestellt ist, was nicht sagbar war bzw. ist. Mit anderen Worten: Diskursanalyse ermittelt das Wissen, das zu einer gegebenen Zeit in einem bestimmten sozialen Zusammenhang Gültigkeit hat und für die Situation z.B. eines Stadtteils maßgeblich ist.

Für die Analyse von Ausgrenzungsmechanismen – und solche liegen bei konflikthaften Situationen in ihrer Tendenz wohl meistens vor – ist letzteres von großer Bedeutung. Denn indem das Sagbarkeitsfeld mit einer Diskursanalyse beschrieben wird, wird gleichzeitig auch das thematisiert, was nicht sagbar ist. Es werden die Argumentationsweisen aufgewiesen, mit denen sich Vorbehalte und Vorurteile diskursiv Geltung verschaffen können, ohne direkt sanktioniert zu werden.

Wenn wir Diskurs als eine Redeweise bestimmen, die mit Machtwirkungen verbunden ist, stellt sich natürlich sofort die Frage danach, wie das Verhältnis von Diskurs und Wirklichkeit beschaffen ist und wie solche Machtwirkungen aussehen (können).

Vielfach wird angenommen, dass die Art und Weise, wie die Menschen in der Gesellschaft miteinander kommunizieren, was sie denken und sprechen, die gesellschaftliche Wirklichkeit mehr oder weniger genau widerspiegeln. Aus dieser Sicht wird der Diskurs dann als Ausdruck gesellschaftlicher Praxis verstanden. In dieser Sichtweise bilden die Äußerungen der agierenden Personen im Wesentlichen die ihnen vorausgesetzte Wirklichkeit ab, sie geben also das – mehr oder weniger korrekt – wieder, was der Fall ist.¹⁰

Auf diese Weise lassen sich jedoch die ei-

genständigen Wirkungen, die von Diskursen ausgehen, nicht erklären. Und diese sind allenthalben zu beobachten. Deshalb ist es sinnvoll, davon auszugehen, dass Bedeutungen, die wir produzieren, nicht der Wirklichkeit „entnommen“, sondern von uns der Wirklichkeit „zugewiesen“ werden. Diskurse sind insofern ein Teil dieser Wirklichkeit und nicht ihr Abbild. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, dass in Diskurse Bedeutungen einfließen, die die Menschen bestimmten Gegenständen zugewiesen haben. Diese Bedeutungen sind Elemente der Diskurse. Doch das ist nicht das, was den Diskurs wesentlich ausmacht. Als Diskurs funktioniert er, insofern er Handlungsvorgaben produziert; und deshalb ist er so eng mit Machtwirkungen verbunden.¹¹

Ein wichtiges Charakteristikum von Diskursen ist es deshalb, dass diese nicht nur und nicht einmal in erster Linie Realitäten abbilden, sondern dass sie vielmehr selbst Realität sind und Applikationsvorgaben (Vorbilder) für gesellschaftliches und individuelles Handeln bereitstellen.

Den dichten Zusammenhang von Wirklichkeit und Diskursen kann man sich auch dann klarmachen, wenn man bedenkt, dass jedes Handeln und Gestalten in und von so-

10 Das Problem eines solchen Verständnisses besteht darin, dass es die in den gesellschaftlichen Verhältnissen agierenden Personen letztlich darauf reduziert, in einem determinierenden (=festlegenden) Verhältnis zu agieren. Denn entscheidend für alle abbildtheoretischen Versionen ist, dass die Wirklichkeit, die den Diskurs formt und ausbildet, als diesem prä-existent gilt, dass die Wirklichkeit bzw. die Realität dem Diskurs vorausgesetzt ist, eben weil sie diesen prägt. Für die agierenden Personen heißt dies aber, dass sie letztlich als Gefangene dieses deterministischen Verhältnisses nur auf etwas bereits Geschehenes reagieren und es hinnehmen müssen. Das hat weitreichende Folgen, die aus unserer Sicht darin münden können, dass z.B. eine ‚vormund-schaftliche‘ (Kommunal-) Politik betrieben wird, die das aktive Potential der Bewohnerschaft verkennt. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

11 Zu dieser Problematik vgl. insbesondere Link 1992.

zialer Wirklichkeit Gedanken etwa in Form von Plänen und Programmen zur Voraussetzung hat. Diese Bedeutungen (Pläne) werden in eine konkrete Gestalt transferiert und entwickeln diese Bedeutung von da an aus dieser Gestalt heraus.

Im Beispiel: Ein Stahlwerk ist nur so lange ein Stahlwerk, wie es Stahl produziert. Diese Bedeutung wird ihm Tag für Tag immer wieder zugewiesen, solange in diesem Werk Stahl produziert wird, solange die Strukturen und konkreten Bedingungen in diesem Sektor diese Produktion zulassen. Ein Stahlwerk hört jedoch auf, ein Stahlwerk zu sein, wenn es diese Bedeutung verliert. Dann wird es zur Industrieruine oder zu einem Freizeitpark umgedeutet bzw. konkret verändert.¹²

Ein solcher Prozess lässt sich zur Zeit in Duisburg verfolgen, wo das Hüttenwerk Thyssen-Werk in Duisburg-Meiderich seit einigen Jahren zu einem Freizeitgelände umfunktioniert wird.

Dies zeigt, welche eminente Bedeutung den Diskursen und damit ihrer Analyse zukommt: Durch die Analyse etwa der Diskurse eines Stadtteils wird zu Tage gefördert, was die Existenz eines solchen Stadtteils im Kern ausmacht und wie sie konkret beschaffen ist.

Diese diskursanalytische Sicht auf soziale (und natürliche) Wirklichkeit erlaubt eine umfassendere Analyse von Problemstrukturen auch in kommunalen Feldern, als dies bisherige traditionelle sozialwissenschaftliche Verfahren zuließen. Letztere gehen im Allgemeinen nicht vom Diskurs aus, sondern von seinen Vergegenständlichungen in sozialer Wirklichkeit. Infolgedessen wird das Denken und Fühlen der in den Stadtteilen lebenden Menschen, seien es Einwohner oder Experten, auch meist nur als Widerspiegelung der gesellschaftlichen Wirklichkeit erfasst. Diese Herangehensweise verkennt jedoch, dass es immer nur Menschen sind, die ihre Wirklichkeit, mit welchen Machtan-

12 Die theoretischen Implikationen dieser Prozesse werden ausführlich diskutiert in S. Jäger 2001a.

teilen auch immer versehen, „machen“.

Geht man allein und/oder ausschließlich von den Vergegenständlichungen aus, dann gelangt man zu Ist- und Zustandsbeschreibungen der folgenden Art, die dann zugleich als Ursachen der Problemlage angesehen werden: ‚Die Bausubstanz des Stadtteils ist überaltert, weil notwendige Investitionen versäumt wurden.‘ Oder: ‚Die Wohnumfeldsituation ist sehr unbefriedigend; der Anteil der Spiel-, Sport-, Frei- und Grünflächen liegt in diesem Stadtteil deutlich unter dem städtischen Durchschnitt.‘ Oder: ‚Die Arbeitslosenquote ist außergewöhnlich hoch. Deshalb verließen viele Bewohner den Ortsteil.‘ Entsprechend sehen die (nur auf den ersten Blick plausiblen) Lösungsvorschläge aus: Arbeitslosigkeit muss abgebaut werden, multikulturelles Miteinander muss gefördert werden, Wohnungen müssen renoviert werden, Grünflächen müssen angelegt werden. Dabei wird freilich immer betont, dass die allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen solche Lösungen erschweren oder gar verunmöglichen.

Geht man diskurstheoretisch und diskursanalytisch an die Problematik heran und ermittelt diejenigen (Denk- und Bewusstseins)-Strukturen, die die Substanz der Befindlichkeit z.B. der Menschen eines Stadtteils ausmachen, ergibt sich nicht nur eine größere Problemtiefe, sondern man fördert die Befindlichkeitsstrukturen zu Tage bzw. das „Wissen“, das einer Situation zugrunde liegt, sie verursacht und aufrechterhält. Man erkennt so die tatsächlichen Ursachen für die Situation eines Stadtteils und beschäftigt sich nicht allein oder vornehmlich mit den Folgen (den Vergegenständlichungen der obwaltenden kollektiven Bewusstseinsstrukturen).¹³

Die Diskurs-Analyse von Tiefeninterviews z.B. erlaubt es, auch nicht explizit aus-

13 Das hier angewandte diskursanalytische Verfahren schließt sich an theoretische Arbeiten von Michael Foucault an. Die theoretische und methodische Basis kann hier natürlich nicht im Einzelnen entfaltet werden. Wir verweisen dazu auf S. Jäger 2001.

gesprochene Bewusstseinslagen zu analysieren, zumal wenn sie in biografie-forschender Weise, und das heißt, lebenshistorisch perspektiviert ist.¹⁴

Auf diese Weise werden nicht etwa nur spontane und oft zeitpunktgebundene Ansichten ermittelt, sondern grundsätzliche Diskurspositionen (= relevante Ausschnitte aus Bewusstseinsdispositionen; s. dazu ausführlich weiter unten). Deren Genese und deren Auswirkungen auf das Verhalten lassen sich ermitteln, so dass gezielt an begleitenden Lösungsmaßnahmen für die konkret anfallenden Probleme gearbeitet werden kann.

Um Diskurse analysieren, d.h. durchschauen zu können, ist es sinnvoll, sich die Struktur des gesellschaftlichen Gesamtdiskurses zu vergegenwärtigen, um die zur Debatte stehenden Diskurse verorten zu können und den Gesamtzusammenhang nicht aus den Augen zu verlieren.¹⁵

Hierzu sind die Analysekategorien des Diskursstrangs und der Diskursebene hilfreich. Der Gesamtdiskurs der Bundesrepublik lässt sich analytisch in verschiedene Diskursstränge auffächern, die wiederum auf verschiedenen Diskursebenen produziert und reproduziert werden.

Ein Diskursstrang bezeichnet einen thematischen Ausschnitt aus dem (sozio-historischen) Gesamtdiskurs. So gibt es in der Bundesrepublik etwa einen ökologischen Diskurs, einen medizinischen Diskurs, einen juristischen Diskurs und – neben weiteren anderen – auch die Diskurse über Einwanderung und Flucht. Die Diskursstränge verändern sich im historischen Verlauf, wobei sie in der Regel aber an vorangegangene Diskursverläufe anknüpfen.

Diskursstränge prozessieren auf verschiedenen Diskursebenen. Darunter ist der soziale Ort zu verstehen, von dem aus Diskurse Wirkung entfalten: Etwa Wissenschaft, Politik, Medien, Erziehung, Alltag. Die ver-

14 Vgl. dazu z.B. im Überblick Gstettner 1996.

15 Zur ausführlichen Erläuterung der im folgenden verwendeten Terminologie vgl. S. Jäger 2001, 158ff.

schiedenen Diskursebenen wirken dabei aufeinander ein, und sie beziehen sich aufeinander. Wir können z.B. ständig beobachten, wie in den Mediendiskurs Elemente wissenschaftlicher Spezialdiskurse einfließen, wie der Politikerdiskurs von Themen beeinflusst wird, die über die Medien veröffentlicht wurden, etc.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die hier behandelte Problematik folgendermaßen bestimmen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Diskursstränge eines bestimmten Stadtteils, hier der von Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Die Diskursstränge sind miteinander verschränkt und bilden ein diskursives Gewimmel, das es zu entflechten und zu analysieren gilt. Diese Verschränkten Diskursstränge verlaufen zudem auf verschiedenen Diskursebenen: Medien, Politik, Alltag. Das Analysematerial ist diesen diskursiven Ebenen entnommen, und bezogen auf diese Ebenen wird es bewertet.

Die Frage, wie der Stadtteil diskursiv erscheint, wird von uns aus zwei Perspektiven zu beantworten versucht. Anhand einer Tageszeitung, die bundesweit verbreitet ist, soll die Außensicht auf den Stadtteil eingefangen werden. Alle Berichte, Reportagen und Kommentare von 12 Jahren (von 1986 bis 1998), die sich speziell mit dem Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord oder aber auch nur mit der Stadt Gelsenkirchen und der sie umgebenden Region des Ruhrgebiets beschäftigten, werden erfasst und analysiert. Um der durch den Umstand, dass wir – auch aus Gründen der Zeit – nur eine Tageszeitung sichten und analysieren können, erwachsenden Gefahr einer einseitigen Sicht auf den Stadtteil, die Stadt und die Region entgegenzuwirken, wurden exemplarisch auch andere (neuere) Veröffentlichungen aus verschiedenen Magazinen und Zeitungen hinzugenommen.

In einem weiteren Analyseschritt geht es darum, die Binnensicht des Stadtteils zu erfassen. Hier konnten wir auf das Medienarchiv des Stadtteilbüros zurückgreifen.¹⁶ Es enthielt im wesentlichen Berichte und Kommentare zu Vorkommnissen im Stadtteil.

Kernpunkt der Untersuchung bilden die

Tiefeninterviews mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Dabei stellen sich vor Erhebung der Interviews einige grundsätzliche forschungspragmatische Fragen, die zu klären sind, damit der Alltagsdiskurs für eine empirische Untersuchung, hier: der Alltagsdiskurs eines bestimmten Stadtteils, angemessen erfasst werden kann.

Zunächst stellt sich die Frage, wodurch sich die Ebene des Alltagsdiskurses von anderen Diskursebenen unterscheidet. Dies sind im Wesentlichen zwei Eigenschaften: Das ist erstens die Spontaneität der Rede (Mündlichkeit) und die direkte Reaktionsmöglichkeit auf Gesagtes. Zweitens verstehen sich die miteinander agierenden Personen als private Subjekte und bringen sich als solche in den Diskurs ein.

Das bedeutet, wenn der Alltagsdiskurs eines Diskursstranges erfasst werden soll, dann müssen diese zwei Bedingungen gegeben sein: Die Interviewten müssen erstens als Privatpersonen interviewt werden; außerdem müssen spontane Reaktionen möglich sein.

Diese Bedingungen sind bei Berücksichtigung bestimmter Umstände bei freien, nicht standardisierten Interviews, in denen die Interviewten durch einige Impulse zum (relativ) freien Sprechen angeregt werden, gegeben. Umgekehrt heißt dies, dass sich standardisierte Interviews von vornherein verbieten. Sie geben immer einen bestimmten Perspektivrahmen vor, der von den Interviewten nicht überschritten werden kann.

Doch auch bei freien, nicht standardisierten Interviews treten einige Probleme auf: Schließlich kann es sich bei Interviews nicht um die Wiedergabe authentischer alltäglicher Gesprächssituationen handeln.¹⁷

Absolut authentische Rede ließe sich nur durch verdeckte teilnehmende Beobachtung erfassen, die wir jedoch aus ethischen Gründen ablehnen: Eine verdeckte Aufnahme de-

16 An dieser Stelle möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen des Büros ganz herzlich für ihre aktive Unterstützung unserer Arbeit bedanken.

gradiert diejenigen, deren Aussagen festgehalten werden, ohne dass sie dies wissen, zu bloßen Forschungsobjekten.

Bei einer offenen Aufnahme von Alltagsinterviews (als Diskursfragmenten) jedoch hat man es mit dem Problem des „Beobachterparadoxons“ zu tun. Damit ist angesprochen, dass die Situation der Materialerhebung durch die Tatsache der Beobachtung selber leicht verzerrt wird. Dieses Problem lässt sich in keinem Fall restlos beseitigen, aber doch ganz erheblich einschränken (vgl. z.B. Labov 1971, 135f., aber auch Brinker/Sager 1989, 31f; vgl. auch die Überlegungen in S. Jäger 1992).

Wir haben die Auswirkungen des Beobachterparadoxons auf folgende Weise minimiert:

1. Die Interviewten wurden als Privatpersonen in einer ihnen vertrauten Umgebung interviewt. Diese vertraute Atmosphäre gab ihnen sozusagen einen „Heimvorteil“, mit dem auch die asymmetrische Gesprächssituation abgemildert werden konnte.
2. Den Interviewten war unser Untersuchungsinteresse weitgehend bekannt. Sie wussten, dass es uns um das Zusammenleben im Stadtteil geht. Durch die Offenlegung unseres Untersuchungsinteresses konnten wir erreichen, dass die Interviewten während des Interviews nicht dadurch abgelenkt würden, herauszufinden, um was es uns eigentlich geht. Dies hätte die Interviewsituation möglicherweise belastet.
3. Die Interviewten waren uns zum Zeitpunkt des Interviews unbekannt. Dadurch konnten

Verzerrungen im Interview vermieden werden, die sich dadurch ergeben können, dass Vorwissen über Positionen des Anderen darin einfließt.

4. Den Interviewten wurde Anonymität zugesichert. Der Hinweis auf Anonymität sollte sie dazu ermutigen, ihre Meinungen offen zu artikulieren. Er sollte ihnen deutlich machen, dass es keinen Grund gibt, sich zu „verstellen“. Zusammen mit der Erwartung, dass wir uns wahrscheinlich nicht mehr begegnen würden, kann die Anonymität dazu beitragen, ungezwungener über „heikle“ Sachverhalte zu sprechen.
5. Die asymmetrische Interviewkonstellation wurde dadurch abzumildern versucht, dass die Interviewende nicht nur Redeimpulse gab, sondern teilweise auch eigene Erfahrungen einbrachte, den Äußerungen des Interviewten widersprach etc.

Insgesamt kann auf diese Weise erreicht werden, dass mit freien Interviews der Alltagsdiskurs der Bewohnerinnen angemessen erfasst wird.

Um die Kernfrage des Projekts, auf welche Weise der Diskurs über den Stadtteil von den Bewohnerinnen produziert und reproduziert wird, durch freie Interviews herauszuarbeiten, wurde ein umfassender Interviewleitfaden entwickelt.

Er gliederte sich in Fragen, mit denen die persönliche Situation und Lage und das dazugehörige Umfeld ermittelt werden konnten. Dazu gehören zum Beispiel die Schilderung eines „normalen“ Tagesablaufs und des unmittelbaren Lebens im Stadtteil. Darunter sind zu verstehen

- die eigene Wohnsituation (Wohnqualität)
- das Verhältnis zu den Nachbarn bzw. zur Nachbarschaft generell
- die privatwirtschaftliche Infrastruktur mit ihren Einkaufsmöglichkeiten etc.
- Nutzung öffentlicher Einrichtungen (wie etwa Bibliothek, Schwimmbad)
- Nutzung und Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs
- Möglichkeiten der Gesundheitsversorgung
- Belästigungen durch Lärm und/oder Schmutz

17 Innerhalb einer Antisemitismus-Untersuchung von Ruth Wodak u. a. konnten einzelne solcher authentischer Gesprächssituationen erfasst werden. Es handelt sich dabei um Tonbandmitschnitte, die im Zusammenhang mit Mahnwachen zum Gedenken an die Opfer des 2. Weltkrieges auf dem Stephansplatz in Wien im Juni/ Juli 1987 entstanden sind. Ruth Wodak u. a. weisen jedoch darauf hin, dass in solchen Gesprächssituationen häufig nur bestimmte Leute das Wort ergreifen (vgl. Wodak u. a. 1990, S. 255). Dies ist bei freien Interviews nicht der Fall, bei denen die Interviewpartner sorgfältig ausgewählt werden.

Die persönliche Situation wurde zudem durch Nachfragen zur Arbeits-, Ausbildungs- oder schulischen Situation der Interviewten, ihren beruflichen Perspektiven und ihren Hobbies und Vorlieben genauer erfasst.

Die Frage nach einer möglichen „Identifikation“ mit dem Stadtteil leitete über zu einem Fragenkomplex, der sich insgesamt mit der Perspektive des Stadtteils und ihrer Bewertung durch den interviewten Bewohner beschäftigte. Hier ging es um

- mögliche Umzugswünsche
- die Wahrnehmung der Stadtpolitik bzw. ihre Einbettung in die Regionalpolitik im Ruhrgebiet
- ökonomische Veränderungen im Stadtteil
- Kontakte zu (Nicht)Deutschen / Einwanderern im Stadtteil / in der BRD
- Freizeitmöglichkeiten im Stadtteil
- Kenntnis, Teilnahme und/oder Beurteilung von Stadtteilprojekten

Die Frage nach Kriminalität im Stadtteil, aber auch als generelles Problem in Deutschland bildete die Brücke zum dritten Fragenkomplex, mit dem weitere diskursive Elemente erfasst wurden; zum Zeitpunkt der Interviewerhebung war z.B. die Debatte um die Zulassung bzw. Duldung einer doppelten Staatsbürgerschaft in vollem Gange. Auch der Regierungswechsel war ein Ereignis, das in den Interviews thematisiert wurde. In diesem Zusammenhang konnten Erwartungen z.B. in Bezug auf die Familienpolitik angesprochen werden. Da der Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord im bundesdeutschen Raum stark mit Fußball assoziiert wird, wurden die Bedeutung, aber auch Probleme, die durch Fans und Hooligans entstehen, angesprochen. Auf diese Weise konnten sich unterschiedliche Bewertungen z.B. hinsichtlich der Freizeitgestaltung bei Männern und Frauen, Jungen und Alten, aber auch Einwanderern und ‚Eingeborenen‘ artikulieren. Schließlich war vorgesehen, auch darüber zu sprechen, welche Bedeutung die Nationalität für das eigene Leben bzw. für den sozialen Zusammenhang in Stadt und Land hat oder haben kann.

Mit diesem Interviewleitfaden sollten die verschiedenen Aspekte, die das Leben im Stadtteil und darüber hinaus ausmachen, eingefangen werden. Dabei werden all diese Themen bzw. Themenkomplexe natürlich nicht stur hintereinander abgearbeitet, sondern häufig und je nach Interviewverlauf vom Interviewten selbst angesprochen. Auf diese Weise konnten folgende Hauptaspekte analysiert werden:

- die Auswirkungen des öffentlichen Diskurses über einen als problematisch und "erneuerungsbedürftig" angesehenen Stadtteil
- die Probleme und Konfliktlinien, die sich in einem solchen Stadtteil zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern entfalten
- die Konfliktlösungen bzw. die Hemmnisse, sofern sie von den Bewohnerinnen und Bewohnern artikuliert werden.

Um diesen Diskurs erfassen zu können, ist es nötig, möglichst alle wichtigen Diskurspositionen zu berücksichtigen.

Unter einer Diskursposition verstehen wir den politisch-ideologischen Ort, von dem aus eine Beteiligung am Diskurs und seine Bewertung für den Einzelnen und die Einzelne bzw. für Gruppen und Institutionen erfolgen. Die Diskursposition produziert und reproduziert die besonderen diskursiven Verstrickungen, die sich aus den bisher durchlebten und aktuellen Lebenslagen der Personen speisen. Dabei ist zu beachten, dass auch das Leben in unterschiedlichen geographischen Räumen und/oder Milieus zu unterschiedlichen diskursiven Verstrickungen ergeben können. Die Diskursposition ist insofern also – salopp gesagt – das Resultat der biografischen Verstricktheiten in diverse Diskurse, denen das Individuum ausgesetzt war und die es im Verlauf seines Lebens zu einer bestimmten ideologischen bzw. weltanschaulichen Position (mehr oder minder stringent) verarbeitet hat. (Vgl. hierzu auch ausführlich M. Jäger 1996, S. 42ff. sowie S. Jäger 2001, S. 164f.)

Mit Hilfe der Kategorie der Diskursposition kann gekennzeichnet werden, wie die diskursiv vermittelten jeweiligen Lebenslagen die inhaltliche Stellung zum Diskurs,

d.h. seine Kenntnis und Bewertung bestimmen. Auf diese Weise können die subjektiven und kollektiven Verstrickungen in den jeweiligen Diskurs kenntlich gemacht werden.

Wie kommen aber Diskurspositionen zustande, welche Faktoren machen sie aus? Tendenziell machen sich in den Diskurspositionen Momente wie Alter, Geschlecht, Einkommen, Beruf, Religionszugehörigkeit, Traditionen, Familienform, ideologische Ansprache, etc. geltend. Im Unterschied zu einem eher traditionell soziologischen Verständnis verstehen wir diese Momente (unter Berücksichtigung diskurstheoretischer Bestimmungen) jedoch so, dass sie gleichsam durch die Diskurse hindurch wirken. D. h. die Kategorien Alter, Geschlecht usw. sind selbst bereits diskursiv vermittelt, sind bereits Resultate von Diskursen. In ihrer Gesamtheit verweisen diese diskursiv erzeugten und reproduzierten Lebenslagen den Einzelnen in seine Diskursposition.

Für die Auswahl der Interviewten bedienen wir uns insofern nicht der traditionellen soziologischen Kategorien.¹⁸ "Merkmale" wie Alter, Geschlecht, geographische Herkunft etc. können aber darauf verweisen, dass einzelne Personen (teilweise) zu unterschiedlichen Zeiten lernen und damit in unterschiedliche Passagen von Diskursen verstrickt waren und daher (teilweise) unterschiedliches Wissen verinnerlicht haben. Oder dass sie in unterschiedlichen geographischen Gebilden gelebt haben und daher unterschiedliche diskursive Verstrickungen durchlitten haben - mit den entsprechenden Folgen.

18 Eine genügende Anzahl von Interviews gewährleistet, dass alle im Stadtteil vorhandenen Diskurspositionen erfasst werden. Die vollständige Erfassung von Diskurspositionen zeigt sich darin, dass auch bei weiteren Interviews keine wesentlichen neuen Inhalte und sprachlichen Besonderheiten mehr auftreten. Die übliche Kategorisierung der sozialen Lage von Individuen durch die Sozialwissenschaften unterstellen einen deterministischen Zusammenhang von Lebenslage und Bewusstsein.

Daher ist das Merkmal der Herkunft und/oder Nationalität für eine solche Untersuchung durchaus von Bedeutung. Es ist zu erwarten, dass sich hier unterschiedliches Wissen zur Geltung bringt, das Auswirkungen auf den gesamten Diskurs hat. Zwar kann davon ausgegangen werden, dass die Personen deutscher Herkunft im Stadtteil wie auch andernorts über die diskursive „Definitionsmacht“ verfügen. Doch die Art und Weise, wie Einwanderer und ihre Kinder in diesen Diskurs verstrickt sind, ist für die konkrete Ausgestaltung dieses Diskurses nicht unwichtig. Die Berücksichtigung der Nationalität und/oder Herkunft der Interviewten macht deshalb auch ernst damit, den ausländischen Teil der Wohnbevölkerung in ihrer gesamten Sozialität zur Kenntnis zu nehmen und als genuinen Teil der Stadtbevölkerung zu begreifen. Die damit verbundenen Probleme – etwa Rassismus und Ethnozentrismus bei der einheimischen Bevölkerung oder komplementäre Vorbehalte bei den Einwanderinnen und Einwanderern – werden durch die Analyse in Ausmaß und Umfang zutage gefördert und können – einmal sichtbar gemacht – dadurch leichter bewältigt werden.

Die Berücksichtigung des Geschlechts der Interviewpartnerinnen ist deshalb wichtig, weil in Deutschland – trotz formaler Gleichberechtigung – über das Geschlecht den Personen unterschiedliche soziale Lagen zugewiesen werden. Es handelt sich bei ‚Geschlecht‘ um eine Bedeutungskonstruktion, die ausgesprochen wirksam ist. Mit einer Bedeutungskonstruktion ist hier ein Prozess angesprochen, bei dem bestimmten Objekten und/oder "Merkmalen" von Personen eine besondere Bedeutung zugewiesen wird, indem diese mit zusätzlichen Eigenschaften aufgeladen werden (vgl. Miles 1991).¹⁹ Einerlei ob diese Eigenschaften Männern und Frauen als ein Teil ihrer ‚Natur‘ zugeschrie-

19 "Merkmale" setzen wir deshalb in Anführungsstriche, weil jedes "Merkmal" ja bereits Resultat einer Bedeutungszuschreibung darstellt. Wahrgenommene Realität ist in jedem Falle gedeutete Realität.

ben werden, oder ob sie als sozial vermittelte Kategorien angesehen werden: Männer und Frauen nehmen in Deutschland unterschiedliche Positionen ein bis hin dazu, dass sie in unterschiedlichen Lebenswelten leben. Dieser Gesichtspunkt, der bereits für die einheimische Bevölkerung gilt, weshalb jede sozialwissenschaftliche Untersuchung die Kategorie des Geschlechts unabhängig von der jeweiligen Fragestellung einbeziehen sollte, wird im vorliegenden Fall aber noch einmal besonders wichtig. Dies liegt daran, dass im Einwanderungsdiskurs die Frage der Geschlechter, also wie eingewanderte Personen unterschiedlichen Geschlechts miteinander umgehen, wie die Beziehungen zwischen Männern und Frauen gestaltet werden, eine herausragende Rolle spielt. Es wird vielfach unterstellt, dass patriarchale Strukturen innerhalb türkischer bzw. moslemischer Familien dominant sind. Diese Strukturen werden von der einheimischen Bevölkerung in der Regel kritisiert, wobei diese Kritik leicht in eine Ethnisierung von Sexismus umschlägt, dann nämlich, wenn der kritisierte Sexismus als ein ethnisches Merkmal konstruiert und besonders hervorgehoben wird.²⁰ Gerade weil in der Untersuchung türkische und deutsche Personen zu Wort kommen, können durch die Berücksichtigung des Geschlechts noch einmal unterschiedliche Sichtweisen, die im Diskurs vorhanden sind, artikuliert werden.

Auch das Lebensalter der Interviewten kann in diesem Zusammenhang wichtig sein. Offenheit gegenüber neuen gesellschaftlichen Situationen, eigene Betroffenheit in der Berufswelt bzw. in der Ausbildung, Kontakte zwischen Einwanderinnen, Einwanderern und Eingeborenen, Erfahrungen im Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten usw. können je nach Alter anders ausgeprägt sein. Bei der Beurteilung der Einwanderungssituation kann sich zum Beispiel

20 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Untersuchung von M. Jäger (1996), die herausgearbeitet hat, dass der ethnisierte Sexismus im Einwanderungsdiskurs in der Regel rassistisch bzw. ethnozentristisch funktioniert.

niederschlagen, ob die Interviewten eine solche Situation aus eigener Erfahrung kennen. In diesem Zusammenhang wichtig kann auch sein, dass die Interviewten deshalb in spezifische Diskurse verstrickt waren, weil sie (früher) in einem anderen Land gelebt haben oder (heute) in spezifischen Milieus mit (teilweise) spezifischen Diskursen gelebt haben bzw. leben.

Die Berücksichtigung dieser Faktoren bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen führt dazu, dass mindestens 8 Interviews durchgeführt und ausgewertet werden mussten, um den Diskurs in seiner sozialen Breite zu erfassen.²¹

Um die Probleme und Konflikte im Stadtteil aus einer anderen Sicht zu beleuchten und um dem Forscher-Team gleichzeitig eine bessere Einsicht in die internen Strukturen des Stadtteils zu ermöglichen, wurden ausführliche Interviews mit „Sozialmanagern“ (Experten) geführt. Als solche bezeichnen wir Personen, die in ihrer beruflichen Tätigkeit die Menschen im Stadtteil beraten, betreuen oder in anderer Weise begleiten.²²

Mit der Auswertung der Experteninterviews werden wir deshalb die Darstellung der Ergebnisse unserer Untersuchung auch beginnen. Sie bilden die Hintergrundfolie dafür, wie der öffentliche Diskurs im politisch-sozialen Raum angesiedelt ist.

Es folgt die Analyse des medialen Diskurses; schließlich werden die Ergebnisse

21 Bei einer Folgeuntersuchung sollte die Zahl der Interviews erhöht werden, um zu gewährleisten, dass die Diskurse in ihrer vollen qualitativen Bandbreite erfasst sind. Konkret wurden Männer und Frauen türkischer und deutscher Herkunft interviewt. Beim Lebensalter wurde unterschieden zwischen Personen unter 25 und über 25 Jahren. Leider ist es uns in der zeitlich beschränkten Untersuchung nicht gelungen, einen deutschen, männlichen Interviewpartner unter 25 Jahren zu finden. Stattdessen wurden zwei Männer deutscher Herkunft über 25 Jahre interviewt. Für die Aussagekraft der Analyse ist dies sicherlich ein minimaler „Schönheitsfehler“, der jedoch in der sich anschließenden Hauptuntersuchung vermieden werden wird.

der Tiefeninterviews den Diskurs über den Stadtteil vervollständigen. Die Tiefeninterviews werden in einem ersten Schritt jeweils einzeln analysiert. Auf diese Weise kann die spezifische Diskursposition des Interviewten herausgearbeitet werden. In einem zweiten Schritt werden die Interviews synoptisch analysiert. Dadurch kann die Breite und konkrete Ausgestaltung des Stadtteildiskurses in seinen verschiedenen Facetten sichtbar gemacht werden.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse – sowohl der Medienanalyse wie auch der Analyse der Interviews –, die zunächst in ihrem Zusammenhang betrachtet werden, kann dann skizziert werden, wie prinzipiell Konflikte in problembeladenen Stadtteilen angegangen werden und ob und wie die produktiven Potentiale der Wohnbevölkerung dabei nutzbar gemacht werden können.

22 Der Kreis der Experten, die wir interviewten, beschränkte sich im Wesentlichen auf solche, die in städtischen oder Landesprojekten ihre Arbeit tun. Als Sozialmanager müssen aber darüber hinaus z.B. auch Lehrerinnen, Pastorinnen, kommunale Verwaltungsangestellte oder Politikerinnen gelten.

Die Sicht von ‚Sozialmanagern‘ auf den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord

Mit den Experteninterviews, die wir vor Erhebung von Presse und Alltags-Interviews mit einigen ‚Sozialmanagerinnen‘ (z.B. Lehrerinnen, Mitarbeiterinnen der RAA, Sozialarbeiterinnen) führten, verfolgten wir zwei Ziele:

Wir wollten damit erstens einen genaueren Einblick in den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke Nord erhalten, der über die Informationen hinaus geht, die uns durch das Pressebüro der Stadt zugänglich gemacht wurden. Zum zweiten wollten wir aber auch die Sicht dieser Personen auf die Probleme und Perspektiven im Stadtteil erkunden. Dabei ging es darum, die spezifische Partizipation dieser Personen, die ja durchaus auf die Gestaltung des städtischen Lebensraumes Einfluss haben, am Diskurs über den Stadtteil zu ermitteln.

Die Analyse der Experteninterviews hat für die Untersuchung einen wichtigen Stellenwert.²³ Sie zeigt, wie bedeutsam dieser Expertendiskurs für die Entwicklung des Stadtteils ist, weil er die konkreten Rahmenbedingungen formiert.²⁴ Insofern geben diese Interviews einen guten Überblick über die

23 Diese Interviews wurden insbesondere auf ihren Inhalt hin befragt. Eine ausführliche Diskursanalyse erübrigte sich, da es uns allein darum ging, die Sicht der Experten auf den Stadtteil herauszufinden.

24 Dazu gehören: Stand der Arbeitslosigkeit, Anteil der Einwanderer, soziale Einrichtungen etc. Weitere Informationen über den Stadtteil konnten wir öffentlichen Verlautbaren der Stadt Gelsenkirchen entnehmen.

konkreten Handlungsbedingungen im Stadtteil.

Der Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord ist kein gewachsener Stadtteil, sondern einer, der durch kommunale Entscheidungen verwaltungsmäßig zu einem Stadtteil vereinigt wurde. Insgesamt hat Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord 36.217 Einwohnerinnen und Einwohner, 5628 (=15,54%) sind davon ausländischer Herkunft.²⁵ Den größten Anteil der ausländischen Bevölkerung bilden Türken. Doch auch Libanesen prägen das Bild. Zu der eingewanderten Bevölkerung sind auch Aussiedler vor allem aus Russland zu rechnen, die in erster Linie im Stadtteil Schalke-Nord ansässig sind.

Die Probleme des Stadtteils

Die Probleme des Stadtteils liegen nach Auskunft der Sozialmanager vor allem auf zwei Ebenen: Da ist zum einen die desolante Arbeitsplatzsituation in Gelsenkirchen, die das Resultat von Arbeitsplatzabbau im Bergbau (Zeche Hugo/Consolidation), aber auch in der Eisen- und Stahlindustrie ist. Die Kohleförderung des Bergwerks Consolidation wurde 1995 eingestellt. Allein dadurch gingen 4000 Arbeitsplätze verloren. Die Folgen der Arbeitslosigkeit sind im Stadtteil zunehmend sichtbar geworden. So registrieren die Sozialmanager, mit denen wir sprachen, dass viele alteingesessene Geschäfte z.B. auf der Hauptverkehrsstraße, der Bismarckstraße, aufgegeben haben. Die nachfolgenden Pächter wechselten dann ständig; auch die Qualität der Waren nehme ab, was sich daran bemerkbar mache, dass sich zunehmend Billigmärkte in Bismarck/Schalke-Nord ansiedeln.

Die Probleme von Arbeitslosigkeit und fehlenden Aussichten, einen neuen Arbeitsplatz zu erhalten, werden dabei für alle Bewohnerinnen und Bewohner gesehen. Egal ob es sich um Einwanderer oder Eingeborene handelt, das Problem der Arbeitslosigkeit ist für jeden bzw. jede im Stadtteil gegeben.

25 Stadt Gelsenkirchen (Hg.) 1998.

Jeder 7. Bewohner im Stadtteil erhält Sozialhilfe.

Die Perspektive auf eine Änderung dieser Situation wird von den betreuenden Personen, mit denen wir sprechen konnten, als sehr negativ beurteilt. So hält zwar die GAFÖG²⁶ als mittelständisches Unternehmen mittlerweile über 500 Arbeitsplätze bereit, doch es ist klar, dass dies nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein ist. Einzig die im Ruhrgebiet, wie auch in anderen Städten verfolgte Strategie, z.B. ein ehemaliges Zechengelände (Consol-Brache) in ein Kultur- und Freizeitzentrum zu verwandeln, wird als positive Möglichkeit hervorgehoben. Hier artikuliert sich ein diskursives Element, das den Strukturwandel im Ruhrgebiet insgesamt als Problem aufwirft: Die ehemaligen produktiven Stätten im Ruhrgebiet (Zechen und Stahlwerke) sollen zu Freizeitparks ausgebaut werden und/oder unter dem Gesichtspunkt von Kultur- und Denkmalpflege für die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadtteile einen neuen Wohn-Wert schaffen. Neue Arbeitsplätze jedoch werden durch solche Konzepte kaum anfallen.

Die Probleme im Stadtteil

Hinsichtlich des Zusammenlebens von Ausländern und Einheimischen präsentierten die Befragten einerseits eine sehr breite Palette von Sichtweisen, die sich andererseits jedoch teilweise auch widersprachen.

So wurde häufig darauf hingewiesen, dass es im Stadtteil kaum bis keine Probleme zwischen ausländischen und deutschen Bewohnerinnen und Bewohnern gebe und dass die Bemühungen, vor allem durch Sprachförderungsangebote möglichen Schwierigkeiten vorzubeugen, durchaus erfolgreich seien.

In solche Sprachförderungsprogramme würden vor allem türkische Kinder und Mütter einbezogen. Ihr Erfolg ließe sich auch daran ermessen, dass sie als Modell aufgegriffen würden und so dazu beitragen, in anderen Städten und Gemeinden eine solche Arbeit zu etablieren. Hingewiesen wurde auch auf Aktivitäten, mit denen die Kluft zwischen Religionen, hier den christlichen und der islamischen, durch ökumenische Veranstaltungen abgebaut werden soll. Gemeinsame Einschulungsveranstaltungen fänden zum Beispiel ebenso statt wie das gemeinsame Begehen religiöser Feste z.B. des Erntedankfestes. Auf diese Weise würde Aufklärung betrieben, und es könnten Vorbehalte abgebaut werden.

Deutlich wird, dass sich die Sozialmanager einerseits über Probleme im Stadtteil, die in Verbindung mit Einwanderung stehen, eher zurückhaltend äußern. Dennoch machen sie über die Schilderung von Aktivitäten andererseits klar, dass es offenbar besonderer Anstrengungen bedürfe, um den Einwanderungsprozess zufriedenstellend zu gestalten.

Die relativ positive Sicht auf ein Zusammenleben von Ausländern und Inländern im Stadtteil wurde in der Regel durch den Hinweis auf die Aktivitäten einer Grundschule untermauert bzw. zu belegen versucht, in der seit einigen Jahren eine offene Schularbeit installiert wurde. Über den normalen Schulunterricht hinaus erhalten die Kinder an den Nachmittagen regelmäßig weitere Lernangebote: Singen, Tanzen, Flöten etc. Besonderer Wert wird in dieser Schule aber auf die Öffnung in den Stadtteil hinein gelegt. Damit wird verbunden, dass die Kinder ihren Stadtteil als einen „Lernort“ erfahren und begreifen. So findet sich in einer nahe gelegenen Pizzeria eine „Galerie“, die alle vier Wochen mit neuen Bildern der Kinder bestückt wird. Es finden regelmäßige Besuche in Altenheimen statt, so dass der Kontakt von Jung und Alt gewahrt bzw. hergestellt wird. Auch Lernerfahrungen bei einem Bauern, in der bereits genannten Pizzeria und bei einem Metzger sind wichtige Elemente dieses Konzeptes. Alle vier Wochen lädt die Schule die

26 GAFÖG steht für Gelsenkirchener Arbeitsförderungsgesellschaft. An dieser Gesellschaft sind drei Ruhrgebietsstädte – Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck – sowie fünfzehn, in der Regel mittelständische, Betriebe beteiligt. Sie führt Häusersanierungen, Spielplatzanlagenbau, Landschafts- und Gartenbauprojekte durch.

Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils zu sich ein; dann führen Kinder in der Turnhalle kleine Theaterstücke vor. Die Bewohnerinnen reagierten zahlreich und positiv auf diese Angebote und es zeige sich, dass das Konzept ‚aufgehe‘.

Interessant an diesem Konzept ist nun vor allem, dass hier offenbar ein schulischer und pädagogischer Ansatz umgesetzt wird, bei dem das Verhältnis von ausländischen und inländischen Kindern besonders hervorgehoben wird. Das Konzept der „offenen Schule“ will Schule im Stadtteil stärker verankern, unabhängig davon, ob in diesem Stadtteil Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft wohnen oder nicht. Von den Sozialmanagerinnen, mit denen wir gesprochen haben, wurde dieses Konzept aber eindeutig im Einwanderungskontext verortet und vor allem als ein Mittel der Integration ausländischer Kinder angesehen.

Doch kamen in anderen Gesprächen durchaus auch Probleme zwischen inländischen und ausländischen Personen zur Sprache. Wenn dies der Fall war, wurden diese vor allem bei den Jugendlichen gesehen. Bereits an der Grundschule gäbe es Formen von „Bandenbildung“, die sich später in Jugendbanden oder „Cliques“ fortsetzen. Diese Jugendlichen bedrohten andere, meist schwächere Kinder. Es gebe eine Reihe Jugendgangs, die auch in kriminelle Handlungen verwickelt seien: „Vier von fünf Delikten werden von Ausländern begangen.“ Dabei handele es sich zumeist um Rauschgiftdelikte. Politische Aktivitäten seien dagegen nicht zu verzeichnen, allerdings könne festgestellt werden, dass Mitglieder der Jugendgangs religiös interessiert seien und entsprechend ansprechbar seien.

Festzustellen war jedoch, dass einige der Experten solchen Einschätzungen widersprachen. Im Vergleich mit anderen Städten gebe es in Gelsenkirchen keine erhöhte Kriminalität. Die türkischen Jugendcliques seien nicht krimineller als andere. Allerdings sei die Angst der deutschen Bevölkerung vor diesen Jugendlichen höher.

Hier macht sich die Verstrickung von Sozialmanagern in den Einwanderungsdiskurs

geltend. Die Annahme, dass Ausländer krimineller als Inländer seien, wird bereits mit dem allseits bekannten Begriff der „Ausländerkriminalität“ zur Geltung gebracht. Dabei ist die Kopplung von Ausländern und Drogenkriminalität besonders verbreitet.²⁷ Auch die in den Gesprächen geäußerten Vorbehalte, türkische Jungen würden von ihren Eltern bzw. anderen Erwachsenen z.B. in der Moschee zu besonderem „Macho-Verhalten“ gegenüber Frauen erzogen und weiter, dass Frauen in türkischen Zusammenhängen nicht viel gelten, finden sich im Alltagsdiskurs zuhauf (vgl. dazu M. Jäger 1996, S. Jäger 1992). Diese Konstruktionen, die deshalb als Konstruktionen zu begreifen sind, weil sie durch eine bestimmte Wahrnehmungsweise hervorgebracht werden, die chauvinistisches oder patriarchales Verhalten anderer Personengruppen ausblendet, sind dabei kein Spezifikum des Alltagsdiskurses, sie tauchen auch im Medien- und Politikerdiskurs auf. (Vgl. z.B. Pinn / Wehner 1995).

Dabei wird von den Sozialmanagern, mit denen wir gesprochen haben, befürchtet, dass vor allem Jugendliche in den Sog fundamentalistischer Auffassungen des Islam geraten könnten.

Trotz dieser negativen Einschätzungen wird jedoch nicht übersehen, dass es mittlerweile durchaus Einrichtungen im Stadtteil gibt, die deutlich machen, dass Ausländer und Inländer miteinander leben können. Hervorgehoben wurde dabei etwa die jährlich stattfindende Bürgerplatzparty oder der Weihnachtsmarkt. Beide Veranstaltungen würden von Schulen und von Vereinen in meist ehrenamtlicher Arbeit organisiert.

27 Hier haben die Medien einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Kanalisation alltäglicher Erfahrungen: In einer Untersuchung über die Berichterstattung über kriminelle Delikte, bei der besonders Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Straftätern von Interesse waren, wurde deutlich, dass die Medien den Umstand von Drogenkriminalität bei Ausländern besonders hervorheben. Vgl. dazu M. Jäger / Cleve / Ruth / S. Jäger 1998.

Auch die Tatsache, dass es im Stadtteil zwei gemischt-nationale Sportvereine gebe, wurde als ein Indiz für eine positive Entwicklung gewertet.

Die Perspektiven

Trotz aller Anstrengungen, die von den befragten Personen ausgehen, die Probleme im Stadtteil zu minimieren, macht sich in ihren Äußerungen doch ein großes Maß an Skepsis breit. Mit Blick auf die beiden Hauptprobleme des Stadtteils: Arbeitslosigkeit und Einwanderung überwiegen die negativen Zukunftsperspektiven. Hoffnung auf Besserung durch Hilfe von Außen gibt es nicht. Die Probleme – so die vorherrschende Auffassung – müssen aus dem Stadtteil heraus gelöst werden. Und weil das so ist, wird die Latte auch nicht so hoch gelegt. Es sei schon ein Gewinn, wenn das Zusammenleben von Inländern und Ausländern auf der Basis gegenseitiger Akzeptanz stattfinde. Jeder müsse jedem seinen oder ihren eigenen kulturellen Freiraum zugestehen. Dabei wird durchaus zugestanden und akzeptiert, dass sich einige Vorbehalte wohl nicht aus der Welt schaffen lassen.

Diese nüchterne Betrachtung der Sozialmanager verweist darauf, dass sie ihre eigenen Arbeitsperspektiven als nicht sehr aussichtsreich beurteilen. In die Politik setzen sie keine Hoffnung. Aber auch hinsichtlich z.B. der Vorurteile, die die Bewohner unterschiedlicher ethnischer Herkunft sich gegenseitig entgegenbrächten, sähen sie kaum Möglichkeiten, wirksam dagegen vorzugehen. Trotzdem formulieren sie dies als eine ihrer Aufgaben.

Aus den Gesprächen ergeben sich insgesamt dennoch zwei Anknüpfungspunkte für eine positive Lösungsperspektive. Das positiv angesehene Konzept der „offenen Schule“ verweist in seinem Kern darauf, dass eine Integrationsleistung dann gelingt, wenn sie als Integration vielfältiger Lebensräume verstanden wird. Dies unterstützt die eingangs formulierte Vermutung, dass es gerade die Vielfältigkeit des Lebens im Stadtteil ist, die berücksichtigt werden muss und die bei der

Lösung von Problemen Pate stehen könnte. Unter diskursanalytischen Gesichtspunkten ließe sich sagen, dass sich gerade durch die Verschränkung verschiedener Diskurse im Stadtteil eine produktive Potenz herstellen kann, indem etwa verdeutlicht wird, dass es eine Reihe gemeinsamer Probleme gibt, die nur durch Kooperation und Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen angegangen werden können.

Eine weitere Schlussfolgerung aus den Gesprächen mit Sozialmanagern des Stadtteils kommt hinzu: Sie bezieht sich auf die Bedeutung, die den Bewohnerinnen und Bewohnern bei der Lösung anstehender Probleme zugewiesen wird. Sie sehen bei den Bürgern des Stadtteils durchweg ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Kompetenz, das möglicherweise von Fachleuten unterstützt werden sollte.

Ergebnisse der Analyse von Printmedien

Das Bild des Stadtteils Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord wird zu einem erheblichen Teil von den Medien beeinflusst. In und durch die Medien artikulieren sich die verschiedenen, teilweise kontroversen Sichtweisen, die in ihrer gesamten Bandbreite und Differenziertheit den Diskurs über den Stadtteil ausmachen. Unter diskursanalytischen Gesichtspunkten ist dabei zu bedenken, dass die Medien mit ihren Nachrichten, Meldungen, Features und Dokumentationen ein Massenbewusstsein mit Leitideen und Vorbildern beliefern, also ein Wissen, das für die Gestaltung von Wirklichkeit maßgebend ist. Aus dieser Sicht orientieren sich Medien nicht etwa allein an dem, was sie als Realität fassen, sondern sie rekurren auf bereits vorgegebene Muster, die für die Herausbildung und Anleitung von Massenbewusstsein einen entscheidenden Beitrag liefern: Diskurse sind insofern Applikationsvorgaben für individuelle und kollektive Subjektbildung (vgl. Link 1992, 40). Für die hier vorliegende Pilot-Studie wurde die Analyse der Printmedien – bedingt durch den konkreten Zuschnitt des Projekts – aus zwei Perspektiven vorgenommen. Anhand einer bundesweit verbreiteten Tageszeitung wurde die Außensicht auf den Stadtteil eingefangen. Dabei haben wir uns für die Analyse der taz-Berichterstattung deshalb entschieden, weil diese Zeitung in ihrem Selbstverständnis die sozialen und ökologischen Fragen stark herausstellt. Außerdem liegt ein Schwerpunkt ihrer Berichterstattung in der Begleitung von Einwanderungsprozessen in Deutschland. Nach den bisher ermittelten Problemsichten sind diese Schwerpunkte im Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-

Nord besonders virulent, weshalb uns die Analyse der taz sinnvoll erschien. Um jedoch einer einseitigen Sicht zu entgehen, wurden anschließend exemplarisch auch weitere (neuere) Veröffentlichungen aus verschiedenen Magazinen und Zeitungen hinzugenommen. Auf diese Weise sollte ein ausgewogenes Bild der Außenwahrnehmung des Stadtteils, der Stadt und der Region nachgezeichnet werden. Die "Binnensicht" der Medien auf den Stadtteil ermittelten wir auf der Grundlage lokaler Berichterstattung.

Außenwahrnehmung des Stadtteils bzw. der Region

Analyse der Berichterstattung in der taz seit 1986

Vorbemerkung

Es versteht sich, dass in der bundesweiten Presse kaum Artikel erscheinen, in denen der Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord behandelt wird, es sei denn, es wäre dort zu besonderen Vorfällen gekommen, wie z. B. große Unfälle, Brandanschläge, Skandale etc. Jedoch werden die Probleme des Stadtteils und ihre Lösungsmöglichkeiten als Teil der Stadt Gelsenkirchen und diese wiederum als Teil des Ruhrgebiets auch in der bundesweiten Presse wahrgenommen. Das ist auch bei der Berichterstattung in der taz so.²⁸ Das Ruhrgebiet wird als Ganzes wahrgenommen, und es findet kaum eine Differenzierung in einzelne Kleinregionen statt. Dabei werden einzelne Ruhrgebietsstädte wie Bochum, Gelsenkirchen, Essen oder Duisburg durchaus einzeln behandelt, doch immer wieder wird aufgezeigt, dass sie alle einen Verbund bilden, der vielfach auch als „Revier“ bezeichnet wird. Um nun Aufschluss darüber zu erhalten, wie über Gelsenkirchen berichtet wird, wurden unter dem Suchbegriff „Gelsenkirchen“ zunächst alle

28 Die folgenden Ausführungen fußen auf einer Auswertung von „Zehn Jahre taz auf CD-ROM“ (2.9.86-31.8.96), plus einem Update, das die TAZ-Berichterstattung bis zum 31.8.1998 einschloss.

Artikel aufgesucht und hinsichtlich ihres Aussagewertes gesichtet.²⁹ Damit konnte zugleich verhindert werden, dass das Material-Corpus durch Artikel, die ganz allgemein das Ruhrgebiet behandeln, überfrachtet wurde. Berücksichtigt wurden insgesamt alle die Artikel, die von einem Ereignis in Gelsenkirchen berichteten. Insgesamt sind 153 Artikel aufgefunden und in einer Datenbank archiviert worden. Neben dem Datum, Titel und Untertitel haben sich bei der Archivierung die folgenden Rubriken als sinnvoll herausgestellt: Umwelt, ‚Reviermensch‘, Politik und Sport.³⁰

Umwelt

Es wurden solche Artikel erfasst, die das Ruhrgebiet in seiner äußerlichen Erscheinungsform beschreiben: schwarzer Staub, Kohlehalden, triste Umgebung etc. Außerdem wurden auch diejenigen Artikel dieser Rubrik zugerechnet, die sich mit den Folgen dieser Umweltbelastungen auf den Menschen (Krebsrate, Magenkrebs etc.) beschäftigen³¹. Zunächst ist festzuhalten, dass das Revier als Ganzes meist als dreckig, schmutzig und von schädlicher Umwelt geprägt beschrieben wird. Vermittelt wird hier ein Bild einer Region, die ganz dem Image entspricht, das durch die Tatort-Folgen mit Kommissar Schimanski vermittelt wird:

29 Dabei wurden für die Jahre 1986-1998 über 550 Artikel gefunden. Die Vorauswahl ergab, dass z.B. Artikel über Spielergebnisse und Spielverläufe des Fußballvereins Schalke 04 ausgeblendet werden konnten. Auch solche Artikel, die von der Gelsenkirchener Redaktion verfasst waren und die keine Aussagen zu Stadt und/oder Region enthielten, wurden nicht berücksichtigt.

30 Natürlich fand sich auch eine große Zahl von Themenverschränkungen. Wenn z.B. über die Planungen von ‚Naturparks‘ im Ruhrgebiet berichtet wurde, wurden dabei häufig sowohl die Rubrik Umwelt als auch die Rubrik Politik angesprochen. Diesem Umstand haben wir dadurch Rechnung getragen, dass wir die Artikel den angesprochenen Rubriken mit den jeweiligen Textpassagen zugeordnet haben.

31 Insgesamt umfasst die Rubrik Umwelt 60 Artikel.

Graue, öde Gegenden, Fördertürme, Staub und Dreck, Ruß und giftige Stäube. Das Ruhrgebiet wird mit Kohlebergbau und Stahl- und Eisenproduktion verbunden und mit den Abfallprodukten, die dabei entstehen und die aus hohen Schornsteinen in die Luft geblasen werden. Entsprechend dominieren bei den Charakterisierungen die Farben grau und schwarz; „schwarzschmutziger Müll“, „schwarze Halden“, „Kohlenpott“, „betongrau“. Sehr häufig finden sich auch Hinweise auf die verschmutzte und verseuchte Umwelt in dieser Region, die nicht nur in solchen Grautönen gezeichnet wird, sondern mit ekelerregenden Details, wenn es z.B. um die Beschreibung des Flusses Em-scher geht: der „tote() Fluß“, mit einem „ätzend-fauligen Aroma“, das „zum Himmel stinkt“, also insgesamt ein „stinkendes, offenes Kloakensystem“ darstellt. Insgesamt wird der Eindruck vermittelt, das Ruhrgebiet (inklusive natürlich der Stadt Gelsenkirchen) sei eine Landschaft, die von Schmutz, Staub, Industrie und Hässlichkeit geprägt ist. Die Umweltverschmutzung sei so weit vorangeschritten, dass man hier nicht leben möchte.

So heißt es z.B. in einem Artikel vom 10.7.1987: „Im Ruhrgebiet stirbt man schneller“. Der Artikel beginnt:

„Daß das Ruhrgebiet nicht die gesündesten Umweltbedingungen hat, ist eine Binsenweisheit. Industriegebiete, Altlasten, Autoabgase, Smog – das fällt jedem beim Stichwort Revier ein.“

Welche Folgen dies allerdings für die Bewohnerinnen des Ruhrgebiets hat, wird ein paar Zeilen später erläutert. Aus einem Bericht eines Bochumer Forschungsinstituts wird zitiert:

„In den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Oberhausen, Hagen, Bottrop und Gelsenkirchen ist eine um ca. 20 Prozent erhöhte (Krebs-)Sterberate gegenüber den Vergleichszahlen des Bundesgebietes festzustellen.“

Doch nicht nur die giftigen Umweltfaktoren werden in diesem Artikel genannt, verwie-

sen wird auch auf psychische Belastungen, die zu einem erhöhten Krebsrisiko beitragen:

„Bei den Magenkrebstoten in Herne wird trotz aller Datensammelei nicht erfaßt, dass Herne seit langer Zeit in der Arbeitslosenstatistik ganz vorne liegt (...) und dass rund 15 Prozent der Herner Bevölkerung Sozialhilfe beziehen, also arm sind. Arme Leute müssen schlechte, billige Lebensmittel essen, in schlechten Wohnungen wohnen, sich billig anziehen, können nicht teilhaben an den (Konsum-)Freuden der Restbevölkerung. Und das macht krank.“

Die dominante Sicht der taz auf das Ruhrgebiet kann folgendermaßen beschrieben werden: Da ist die Rede von „schwarzschmutzigem Müll“, „Dreck“, „Schandflecken“ und „schmutzigschwarzen Haldenflächen“ (16.10.86). Die Emscher sei aus einem Fluss zu einem „Abfluß“ geworden, sie sei eine „Kloake“, ein „Abwasserbecken“ und verbreite ein „ätzend-fauliges Aroma“ (18.8.87). Als „Paradies auf giftigem Boden“ sei das Ruhrgebiet durch „undurchdringlich trübes Wasser“ gekennzeichnet (15.7.89). Unter dem Titel „Heute Kohlehalde, morgen Park“ werden „rissige und schwarze“ Wände beschrieben, die „verdreht vom Kohlestaub“ seien, einfach „schwarz und scheußlich“ (11.12.91). Das Ruhrgebiet sei eine „gebeutelte Region“ aus „Schwefeldioxid“ und „Staub“ (20.10.92), die „kontaminiert mit Benzolen“ sei (16.11.95). Deutlich wird: Das Revier ist eine Gegend, in der man eigentlich nicht leben kann, weil es dort dreckig und hässlich ist. Dabei stellt sich natürlich die Frage, ob zur Kenntnis genommen wird, dass es Anstrengungen gibt, diesen Zustand zu verändern. Die Veränderung des Ruhrgebiets in Richtung einer lebenswerten Gegend taucht in verschiedenen Artikeln auf, wenn es z. B. um die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA) oder um Initiativen wie „pro Ruhrgebiet e.V.“ oder „Initiativkreis Ruhrgebiet“ geht. Diese „Initiativen“ hätten sich auf die Fahne geschrieben, das Image des Reviers zu verändern, indem brachlie-

gende Industrieflächen und alte Halden begrünt und zu Freizeitanlagen umgewandelt werden. In der Außenwahrnehmung des Ruhrgebiets durch die taz werden diese Versuche, das Ruhrgebiet zu verschönern, jedoch eher als ‚Tropfen auf den heißen Stein‘ gewertet, denn die Umwelt dieser Region ist aus ihrer Sicht eigentlich unrettbar zerstört.

Der Artikel „Aus Bergbaumüll einfach Naturparks zaubern“ vom 16.10.86 ist dafür exemplarisch. Jan Nüse beschreibt eine Fahrt, die vom Landesoberbergamt für Journalistinnen und Journalisten veranstaltet wurde, um die Bemühungen des Amtes um die Einrichtung eines Naherholungsgebietes zu verdeutlichen. Die Gegend, durch die die Reise führt, wird folgendermaßen beschrieben:

„Seit nicht mehr Bergmänner und ihre Preßluftschlämmer, sondern vollmechanische Betriebe die Kohleförderung bestimmen, wachsen die Halden im Ruhrgebiet stärker. (...) Mit jeder Tonne des schwarzen Goldes wird heute eine Tonne schwarzen ‚Bergmaterials‘ nach oben geschleppt. Dreiviertel davon wird der Bergbau durch das Abkippen auf die billigste Art wieder los, eben ‚auf die Halde‘. Die so entstehenden schwarzen Hügel erreichen teilweise die Ausmaße einer mittleren Innenstadt.“

Eben diese Halden sollen nun begrünt und zu Naherholungsgebieten umgewandelt werden. Die Besichtigung kann allerdings nicht überzeugen:

„Kleine Wege winden sich die Halde hinauf durch Rasenflächen und an kleinen Bäumen vorbei, bis auf Höhe der lärmenden Autobahn. Eine weiße Parkbank wurde hier wohl offensichtlich für Tauben und Walkman-Träger aufgestellt. (...) Die Journalistenfahrt gerät nun eher zum Beweis dafür, wieviel Umweltzerstörung Menschen nach mehr als einem Jahrhundert Industrialisierung zugemutet wurde.“

Es wird der Eindruck wiedergegeben, dass die zuständigen Behörden bei der Umwandlung der Halden zwar guten Willens waren, dass aber das Konzept wegen der bereits zu

weit fortgeschrittenen Umweltzerstörung nicht mehr greifen kann. Doch ist dem Ruhrgebietsmenschen wohl Einiges zuzumuten: „Die sind ja nicht viel Grün gewohnt (...)“, wird ein Mitarbeiter der Bergwerks AG zitiert. Man ist eben mit wenig zufrieden, denn „der Wahnsinn einer Naherholungsfläche beiderseits der Autobahn (ist) im Ruhrgebiet längst herrschende Vernunft geworden“.

In einem Artikel vom 11.12.1991 werden weitere Konzepte der Erneuerung des Ruhrgebiets vorgestellt: Hier geht es nicht in erster Linie um eine Begrünung alter Halden, sondern um die Erneuerung von Wohnsiedlungen. Damit soll die Wohnsituation im Revier verbessert werden. Exemplarisch wird dies an einer Wohnsiedlung in Gelsenkirchen dargestellt. Alte Zechenhäuser, die eigentlich nicht mehr bewohnbar sind – „Wände rissig und fast schwarz, verdreckt von Kohlestaub und mit Kreide bekritzelt. Der Putz bröckelt.“ –, sollen im Rahmen des Projekts „Verbesserung des Wohnstandorts Siedlung Schüngelberg“ (im Zusammenhang mit der IBA) modernisiert werden. Doch nicht nur das: Auch die Umgebung soll verschönert werden.

„Auf der aufgeschütteten Halde der benachbarten Zeche Hugo, die, 50 Meter hoch, schwarz und scheußlich, die Siedlung im Südwesten begrenzt, sollen in Zukunft Gras und Bäume wachsen.“

Dabei würden die Böden aber nicht abgetragen, sondern mit einer dünnen Schicht Mutterboden bedeckt, auf dem dann die Begrünung stattfinden soll. Das erweckt nicht unbedingt einen positiven Eindruck: Wer will schon auf kontaminiertem Boden Erholung finden? Aber der ‚Ruhrgebietsmensch‘ scheint eben mit wenigem zufrieden zu sein. Auch mit einer kleinen Verbesserung seiner Wohnsituation, die ihn eigentlich nur auf normalen Standart anhebt: „Nun ist sie (die Frau, deren Haus erneuert werden soll, d. Vf.) froh, dass sie ‚fließend warmes Wasser und ein richtiges Bad‘ bekommt.“

Das Konzept, aus dem Revier einen Verbund von Naherholungsgebieten zu machen, wird in der taz intensiv begleitet. Als Zwi-

schenbilanz vermeldet sie am 14.4.1994: „Emscher stinkt weiter“. Die IBA habe zwar große Pläne gehabt, die aber bisher nur zu einem sehr geringen Teil in die Realität umgesetzt wurden: Die Bezuschussung durch private Investoren sei weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze sei nicht gelungen: Von den erhofften 15.000 neuen Stellen könnten nur 6-10.000 realisiert werden. Dem gegenüber stünden jedoch 257.000 Arbeitslose in der „Region zwischen Dortmund und Duisburg“. Ebenso stelle sich die ‚Entgiftung‘ der Emscher als unzureichend heraus; sie ist immer noch eine Art Abwasserkanal. Fazit: Von den erhofften Fortschritten der Erneuerung des Reviers sei bei „Halbzeit (der IBA, d. Vf.) noch wenig zu spüren.“

Etwas positiver sieht ein Artikel vom 18.12.1995 die Entwicklung des Ruhrgebiets: „Schöner wohnen – im Ruhrpott“. Hier wird der Erfolg eines Wohnprojekts der IBA in Bottrop herausgestellt. Dort sei eine neue Siedlung entstanden, die sich vor allem durch „helle und großzügig angelegte Wohnungen in den dreigeschossigen Wohnblocks“, durch „Wohnhöfe und die entstehenden Grünzüge“ auszeichne. Die Mieter seien begeistert. Jedoch: Auch diese Siedlung sei auf belastetem Boden entstanden. Doch

„die IBA löste das Problem programmatisch: Der belastete Boden wurde zu einem etwa zehn Meter hohen Hügel zusammengeschoben und mit wasserundurchlässigem Kulturboden abgedeckt und bepflanzt.“

Auch hier wird der (wohl richtige) Eindruck vermittelt, mit diesen Maßnahmen würde eher ein Mantel des Schweigens über den verseuchten Boden gedeckt, anstatt ihn abzutragen. Es ist zu vermuten, dass diese wasserundurchlässige Schicht zwar kein Wasser, aber vielleicht alte Giftstoffe durchlässt. Es scheint, als seien die Menschen, die in dieser Region leben, nicht sehr anspruchsvoll was ihre Umwelt und ihre Lebensbedingungen angeht. Außerdem scheint das Ruhrgebiet, so wie es sich in der Berichterstat-

tung der taz darstellt, alles in allem recht einfach strukturiert, mit wenig Abwechslung und Komfort.

In dieser etwas trostlosen Kulisse muss folgender Artikel wie ein Farbkleck wirken: „2.486 Sitzplätze“ (5.4.1990). In diesem Artikel wird berichtet, dass die amerikanische Firma Warner Brothers 1990 beabsichtigt, in Gelsenkirchen das erste deutsche Multiplex-Kino zu errichten. Hierdurch würde der Freizeitwert von Gelsenkirchen enorm gesteigert, denn zu dem „Glas-Beton-Klotz“ kämen noch „Restaurants der ‚Erlebnishgastroonomie‘ mit einem ‚neuartigen Pizza-Konzept‘ und Shops mit Popcorn und Cola in vier Größen“ hinzu. Zusätzlich würden in Gelsenkirchen noch „15 Bowlingbahnen und ein englischer Pub“ errichtet. Mit den örtlichen Verantwortlichen habe sich Warner schnell geeinigt, das Geschäft sei „ganz unbürokratisch“ über die Bühne gegangen. Es wird also doch etwas getan, um auch im Ruhrgebiet die schöne, große Welt zu etablieren, von der das Revier in seiner grauen Eintönigkeit noch nicht viel mitbekommen hat.

In diesem Zusammenhang ist auch der Artikel vom 13.11.1991 „Aschenputtel will Märchenprinzessin werden“ zu sehen. Er stellt das Projekt der (heute existierenden) Oberhausener „Neuen Mitte“ vor. Wie im Titel allerdings angespielt wird, scheint dies ein Projekt zu sein, das für das Ruhrgebiet eigentlich eine Nummer zu groß ist. Hier greife das Revier nach den Sternen, ohne sie erreichen zu können. Dabei wird hervorgehoben, dass „diesmal (...) 8.000 Arbeitsplätze versprochen“ sind, was dem Projekt trotz allem ein positives Moment beisteuert. Auf der anderen Seite steht aber der Vorwurf, das Projekt werfe einige erhebliche ökologische Probleme auf:

„Zu Fuß oder mit dem Fahrrad ist die Riesengaudi praktisch nicht zu erreichen, da breite Straßen, Rhein-Herne-Kanal und die Autobahn 42 (Emscherschnellweg) das Gelände begrenzen. (...) In dieser Hinsicht ist ‚Superhausen II‘ keinen Deut besser als ‚Superhausen I‘: erst Straßenausbau und dann Stau auf dem Weg in die

schöne knallige Beton-Freizeitwelt.“

So wird deutlich, dass das Revier durchaus einige Ideen anzubieten hat, wie seine Umgebung verschönert oder verändert werden könnten. Doch diese Ideen würden nur mit sehr begrenzten Möglichkeiten durchgesetzt, wie etwa Aufforstung von Halden, ohne dass der kontaminierte Boden abgetragen wird, oder Schaffung von Naherholungsgebieten zwischen mehreren Autobahnen etc.³² Zwar ist seit einigen Jahren eine etwas positivere Berichterstattung zu beobachten: Die Entwicklung in der Umweltgestaltung wird berücksichtigt, und es wird nicht mehr nur negativ über die Umwelt im Revier bzw. seine Umstrukturierung berichtet. Dennoch bleibt auch in diesen positiven Artikeln der Gegensatz ‚Industrie versus Umwelt‘ weiter bestehen.³³ Die Veränderungen der Umwelt sind auch in diesen Artikeln immer in Verbindung mit Hinweisen auf die Industrieregion und die damit verbundene Umweltbelastung zu lesen.

Es stellt sich nun die Frage, wie es sein kann, dass in einem so verseuchten Umfeld überhaupt Menschen leben. Wie muss der ‚Reviermensch‘ beschaffen sein, um mit einer derart beschränkten Lebensqualität umgehen zu können?

Reviermenschen

In die Analyse aufgenommen wurden Artikel, in denen man erfährt, wie Reviermenschen sind und wie sie mit Einwanderern zusammenleben. Sie enthalten Zuschreibungen wie sprachliche Eigenarten („Dat stinkt schäbbich anne Ämscha, aber da jewöhnzze Dich dran“), Aufgaben und Berufe der Ruhrgebetsmenschen (Bergarbeiter, Kumpel, Metaller, Frühschicht etc.) oder schließlich ihren Charakter (Kleingärtner, kleinkarierte Tristesse). Daneben wurden hier auch solche Artikel erfasst, in denen über konkrete Personen im Ruhrgebiet geschrieben wird:

32 Vgl. hierzu auch den Artikel „Blumen auf schwierigem Grund“ vom 16.4.97.

33 Vgl. etwa den Artikel „Grüne Förderbänder“ vom 10.5.97, in dem konstatiert wird, „das Ruhrgebiet wandelt sich zum Freizeitpark“.

türkische Lehrerinnen, Postboten, der Direktor der Stadtwerke etc.³⁴

Die Typisierung der Menschen im Revier geschieht in der taz auf zweierlei Art und Weise:

Zum einen üben sie die ‚typischen‘ Berufe aus, die in der Mehrzahl mit Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie sowie Maschinenbau in Verbindung stehen: Sie sind „Metaller“, „Bergmann“ etc. Dabei wird häufig auch auf ihre Arbeitsplatzsituation eingegangen: Verweise auf drohenden „Stellenabbau“, aber auch auf den dagegen angehenden „Demonstrationszug“ sind hierzu zu rechnen.

Zum anderen werden Menschen im Revier durch typische Eigenschaften charakterisiert. Dies geschieht vor allem durch Zitate in der Ruhrgebietssprache, die dann gleichzeitig reproduziert wird: „Da muß wat passieren“ (18.8.87), „Wenn getz widda viel übba Schalke geredet wiad, dann gippt dat doch viel neue Poppularrität“ (27.11.93), „Dat so wat möchlich iss“, „Dat dat dat gippt“ (9.5.97). Auch durch den Verweis auf ‚Charaktereigenschaften‘ werden solche angeblich typischen Eigenschaften erwähnt, auch dann, wenn diese sich nur sehr subtil äußern. Im Beispiel:

„genügsam, wie er ist, schafft der Ruhrgebietsmensch Werte“, „betrunken kratzt sich Werner Lewanowski am unrasierten Ruhrgebietsschädel, weiß nicht, wie er morgen die Eierravioli zur Dose Karlsquell finanzieren soll“ (12.7.88).

In seiner Umgebung scheint der Ruhrgebietsmensch quasi kritiklos zu leben; zumindest wird über Unmut seinerseits z.B. über seine schlechte Wohn- und Lebensqualität kaum etwas ausgesagt. Er ist offenbar mit wenig zufrieden: „Die sind ja nicht viel Grün gewöhnt“ (16.10.86). Das Einzige, das ihn auf die Barrikaden treibe, sei die drohende Arbeitslosigkeit, die wie ein Damoklesschwert über den Arbeitern in der Industrie und dem Bergbau schwebt. Sehr häufig wird in diesem Zusammenhang dann über Tarif-

verhandlungen berichtet, über Demonstrationen und Streiks, über drohende Zechenstilllegungen und die Folgen. Dabei wird darauf verwiesen, dass das Ruhrgebiet in der Arbeitslosenstatistik bundesweit ganz vorne liegt.

Insgesamt gesehen scheint der typische Ruhrgebietler eher einfach gestrickt zu sein. Die graue, trostlose Umwelt macht ihm nicht viel aus, weil er sich assimiliert hat. Auch sein Charakter ist eher trostlos und eintönig, eben wie sein Leben. Dabei wird sehr wohl unterschieden, ob es sich bei den Personen um jene ‚typischen‘ Ruhrgebietler handelt oder um Persönlichkeiten aus Politik, Sport oder Wirtschaft aus dem Ruhrgebiet. Letztere erscheinen, wenn sie denn tatsächlich originär aus dem Ruhrgebiet kommen, als Randerscheinung, als Ausnahme von der Regel.

In der taz tritt der typische Ruhrgebietler auch immer als ‚Eingeborener‘, als eine Person deutscher Herkunft, auf. Eingewanderte Arbeitnehmer, die es im Ruhrgebiet gerade im Bergbau und in der Industrie gibt oder überhaupt Menschen nicht-deutscher Herkunft werden in den gesichteten Artikeln der taz kaum genannt.

Daher wundert es auch nicht, dass Konflikte zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen nicht oder nur am Rande thematisiert werden. Sofern sie thematisiert werden, geschieht dies im Zusammenhang mit Projekten, die z.B. eine Integration ausländischer Kinder in deutsche Schulen fördern wollen.

In diesem Zusammenhang ragt die Rolle der Grundschule Marschallstraße in Gelsenkirchen-Bismarck heraus. Diese Schule verfolgt ein pädagogisches Konzept des „Lernorts Schule im Stadtteil“, und in Verbindung damit wird die Integration von ausländischen Kindern als sehr wichtiges Thema angesehen. Ziel sei es, das Miteinander verschiedener Menschen unterschiedlicher Herkunft als positive Bereicherung des jeweils eigenen Lebens zu verstehen.

In zwei Artikeln vom 16.10.92 berichten Pädagoginnen über ihre Erfahrungen mit diesem Konzept. Auch ausländische Kinder und Mütter kommen hier zu Wort. Alltags-

34 Insgesamt wurden in dieser Rubrik 71 Eintragungen vorgenommen.

probleme im Stadtteil erstrecken sich dabei auf den Umgang zwischen Müttern inländischer und ausländischer Herkunft, wie sie sich begegnen und einander wahrnehmen. Hervorgehoben werden Projekte zur Alphabetisierung türkischer Frauen bzw. Deutschkurse für Ausländerinnen. Welche Konflikte darüber hinaus außerhalb der Schule im Stadtteil existieren, wird aber nicht dargestellt.

Beide Artikel zielen darauf ab, die eigene Sichtweise zu überdenken und Ausländer nicht als „fremd“ anzusehen.

„Es geht nicht um Gegenüberstellung, dieses ‚Ich deutsch – Du Ausländer‘. Es geht darum, in der Vielfalt zu zeigen, wie wir sind. Die höhere Wertigkeit des Fremden entsteht ja dadurch, dass wir gerade nicht gegenüberstellen, sondern verschiedene Lebensformen vorstellen. Auch unser eigenes Leben ist eine von verschiedenen Möglichkeiten. Jede Begegnung heißt dann auch: ‚Wir lernen uns kennen.‘“

Eher am Rande wird auf die leicht gebesserte Problemlage hingewiesen: Nach Auffassung einer türkischen Mutter „hat sich in den letzten Jahren die Atmosphäre im Stadtteil positiv verändert.“ In dem Prozess einer positiven Bewältigung wird jedoch zugleich darauf verwiesen, dass zuvor Probleme zwischen ‚Eingeborenen‘ und Eingewanderten existiert haben.

Überhaupt werden Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern im Alltag nur am Rande, d.h. in kleineren Berichten, erwähnt. Z. B. im Falle eines 19jährigen Straftäters, der Grabsteine mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert hat und als Motiv „Haß auf Ausländer“ angibt (10.11.92), oder wenn es um einen Brandanschlag auf ein türkisches Geschäft in Gelsenkirchen (25.3.96) oder „Asylbewerberheime in Gelsenkirchen“ (28.11.92) geht.

Solche rassistischen Vorkommnisse werden meist dann angesprochen, wenn es bereits Aktivitäten dagegen gibt. Wenn Demonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit oder Mahnwachen (auch in Gelsenkirchen) stattfinden. Dadurch wird der Eindruck er-

weckt, dass der Ruhrgebietenmensch keineswegs rassistisch oder ausländerfeindlich ist. Die entsprechenden Artikel werden dann z.B. folgendermaßen aufgemacht:

- 3.4.89: „DVU-Kundgebungen weitgehend verhindert“
- 9.10.91: „Aktion praktische Solidarität“; „Viele Bürger wollen den Flüchtlingen tatkräftig beistehen“
- 2.9.92: „Rock gegen Rechts“
- 3.9.92: „Demos gegen Rechts“
- 21.6.93: „Wenn Kirchen Flüchtlingen Schutz bieten“ (Berichtet wird u. a. über eine Bergarbeitergemeinde in Gelsenkirchen-Hassel, die 1983 durch Kirchenasyl eine Abschiebung verhinderte).
- 31.8.96: „Schulen radikal gegen Rassismus und Gewalt“; „15 Schulen haben sich einer Initiative gegen Diskriminierung angeschlossen.“

Dieses positive Bild von der ausländerfreundlichen Atmosphäre im Ruhrgebiet wird allerdings durch Berichte über die Kommunalwahlen in NRW am 1.10.1989, bei denen die Republikaner einen erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnen konnten, eingeschränkt.³⁵

In der Meldung vom 3.10.89 wird unter der Überschrift: „Die ‚Republikaner‘ rücken ein“ auf das Wahlergebnis in Gelsenkirchen verwiesen, wo die REPs 7,4% und damit eines ihrer besten Wahlergebnisse in NRW erreichten. Auch der Artikel vom 16.10.89 mit dem Titel „Was tun gegen die REPs in den Räten?“ enthält einen Verweis auf „Ruhrgebietsstädte wie (...) Gelsenkirchen, wo die REPs mit durchschnittlich 7% in den Rat eingezogen sind“.

Von diesem Gesamteindruck weicht allerdings ein Artikel vom 3.6.93, „Autofahrer verletzt“, ab. Hier wird von einer Demonstration gegen den Brandanschlag von Solingen in Gelsenkirchen berichtet. Dabei kam es zu Ausschreitungen, bei denen ein deutscher Autofahrer von „aufgebrachten Teil-

35 An dieser Stelle wird bereits der Bereich ‚Politik‘ mit angesprochen, auf den wir weiter unten eingehen.

nehmern eines Autokorsos aus seinem Fahrzeug gezogen und mit Schlägen verletzt“ wurde. „Die Polizei nahm zehn Türken vorübergehend fest. Daraufhin zogen die rund 200 Demonstranten vor die Polizeiwache und forderten lautstark die Freilassung der Inhaftierten.“ Weshalb der Autofahrer angegriffen wurde, wird nicht erwähnt. So kann sich der Eindruck herstellen, die türkischen Demonstrierenden hätten völlig grundlos oder aus blinder Wut den Deutschen malträtiert. Auf diese Weise kann es zu der Unterstellung kommen, die türkischen Demonstrierenden hätten aus rassistischen Motiven heraus gehandelt.

Ansonsten wird speziell den Bürgern von Gelsenkirchen kein besonderer rassistischer Impetus unterstellt. Im Gegenteil: In einem Artikel vom 22.8.90 werden unter dem Titel „Wenn Deutsche gegen Roma mobilmachen“ rassistische Tendenzen innerhalb von Nordrhein-Westfalen thematisiert. Neun Oberstadtdirektoren sahen den sozialen Frieden gefährdet, weil in ihren Städten Roma angesiedelt wurden.

Berichtet wird über Konflikte, die zwischen eingeborenen Bewohnern mehrerer Städte und Stadtteile und den dort zwangsweise untergebrachten Roma auftreten. Den Flüchtlingen werden ‚Vergehen‘ vorgeworfen: Sie produzierten Abfall, Lärmbelästigungen und würden aggressiv betteln.

Den Beschwerden aus den NRW-Städten wird von der taz entgegengehalten, dass "in Gelsenkirchen, wo gut 200 Roma, vorwiegend aus Jugoslawien, in Obdachlosenheimen leben, (...) es bisher erst vereinzelte Beschwerden beim Sozialamt“ gebe. Angesichts der Aufregungen, die andernorts zu solchen Problemen zu beobachten waren, erscheinen die Gelsenkirchener Bürger der taz zufolge doch als eher gemäßigt.

Rassismus wird vor allem innerhalb deutscher bürokratischer Strukturen vermutet:

- 12.8.87: „Abschiebung per Sozialhilfekürzung“, „Für Asylbewerber und ‚vergleichbare Personengruppen‘ wird Änderung des Sozialhilferechts erwogen“, d.h. durch Kürzungen von Leistungen sollen die Flüchtlinge zur Rückkehr in ihre Her-

kunftsländer gedrängt werden.

- 11.12.90: „Am Traum Deutschland nagt Enttäuschung“; hier geht es um albanische Botschaftsflüchtlinge in NRW, die in „überfüllten“ und „heruntergekommenen Flüchtlingsunterkünften“ wohnen. Im Artikel wird u. a. auf „behördliche Willkür“ verwiesen.
- 28.9.95: „Entführung auf dem Dienstweg“; „Das Gelsenkirchener Ausländeramt beugt Recht: Marokkaner wird mit illegalen Tricks abgeschoben“.

Bei den Beamten in der NRW-Ausländerbürokratie, so scheint es der taz, geht es nicht mit rechten Dingen zu. Da wird unberechtigt abgeschoben, die Flüchtlinge werden in miserablen Unterkünften untergebracht und mit Sachleistungen abgespeist, so die Tendenz der Berichterstattung. Solche Artikel sind aber eher selten zu finden, so dass nicht von einer kontinuierlichen Berichterstattung gesprochen werden kann.

Als vorläufiges Fazit ist festzuhalten, dass der ‚Ruhrgebietsmensch‘ von seiner Lebensweise her sehr genügsam ist, er lebt offenbar gern oder zumindest kritiklos in den Ruhrgebieten. Er findet sich mit der ihn umgebenden Umweltverschmutzung und der halbherzigen Sanierung von kontaminierten Flächen ab und freut sich, wenn seine Wohnqualität dem ‚Standard‘ angepasst wird. Zu erkennen ist der ‚Ruhrgebietsmensch‘ vor allem an seiner Ruhrgebieten-sprache. An Politik ist der Ruhrgebietler vor allem dann interessiert, wenn es um seine berufliche Zukunft geht, wenn also Zechenschließungen und Arbeitsplatzabbau anstehen. Dann engagiert er sich, er geht auf die Straße und versucht, sich Gehör zu verschaffen, auch wenn es um Demonstrationen gegen rechts geht. Vielleicht sind es diese letzten Eigenschaften, die dazu führt, dass die taz für den ‚Ruhrgebietsmensch‘ eine gewisse Sympathie aufbringt.

Politik

Unter der Rubrik Politik sind solche Artikel aufgenommen, die sich entweder direkt auf Politik im Revier beziehen, wie etwa Tarifverhandlungen oder grüne Wahlkämpfe;

auch solche, die sich auf strukturelle Veränderungen wie Baumaßnahmen, Arbeitsplatzabbau oder Verbesserung von Wohnstandorten beziehen gehören in diese Rubrik. Aber auch politische Vorgehensweisen, etwa ‚Filz und Kungel im Revier‘ gehören in diese Abteilung.³⁶

Wie bereits deutlich wurde, hat aus der Sicht der taz der Zusammenhang von ‚Ruhrgebietsmensch‘ und Politik kaum Bedeutung. Einen Schwerpunkt bilden deshalb Artikel, die sich auf die wirtschaftliche Situation des Ruhrgebiets, d.h. auf Arbeitslosigkeit bzw. auf Faktoren, die damit in Verbindung stehen, beziehen: Zechenschließungen oder Betriebsstilllegungen. Die Perspektive, die dabei eingenommen wird, verdeutlichen die folgenden Überschriften einiger Artikel:

- 7.3.87: „Gelsenkirchener Metaller immer voraus“; „Drei Tage vor dem offiziellen Beginn der IG-Metall-Warnstreiks für die 35-Stundenwoche legten gestern 2.100 Beschäftigte für zwei Stunden die Arbeit nieder“.
- 23.1.88: „Mit 50 auf die Rentnerhalde“ (sic!); „Ruhrkohle AG streicht 20.000 Arbeitsplätze im Bergbau bis 1995“
- 26.1.91: „Schwarze Fahnen im Revier“; „Zehntausende demonstrieren für die Steinkohle“
- 23.9.93: „80.000 Kumpel gegen Zechenschließungen“; „Bergwerk Monopol besetzt/Kreuzungen und Bahnübergänge blockiert“
- 25.4.94: „Beschäftigungssicherung geht vor“; „Tarifabschluß beim Stahl: 35-Stunden-Woche ab 1. Mai“
- 1.4.92: „6.500 Banker legten Arbeit nieder“

Natürlich gibt es auch in anderen Regionen Deutschlands immer wieder Demonstrationen gegen Stellenabbau – auch im Bergbau. Darüber wird in der taz und anderswo auch berichtet. Allerdings werden bzw. wurden im Ruhrgebiet in den letzten Jahrzehnten sehr viele Arbeitsplätze aus diesen Branchen vernichtet, ist das Ruhrgebiet seit längerer

³⁶ Insgesamt liegen in dieser Rubrik 63 Eintragungen vor.

Zeit durch eine große Arbeitslosigkeit geprägt. Und in diesem Prozess hat sich das Ruhrgebiet auch durch die Streiks und Aktionen gegen Stellenabbau und Betriebs-schließungen einen Namen gemacht. Zu denken ist da etwa nur an den Arbeitskampf 1988 bei Krupp Rheinhausen in Duisburg. Dieser Gesichtspunkt wird von der taz offenbar besonders wichtig genommen und deshalb hervorgehoben.

Die Rubrik Politik umfasst dabei weitere Einzelthemen, die sich zu folgenden Oberthemen zusammen fassen lassen:

1. Erneuerung des Revier

Dazu zählen Artikel zur

- Begrünung des Reviers und der Beseitigung von Umweltschäden³⁷
 - 16.10.86 „Aus Bergbaumüll einfach ‚Naturparks‘ zaubern“, darin: „Mit viel Geld und einer speziellen Berieselungsanlage ist eine Art Damm begrünt worden“;
 - 27.6.89 „Ideen für Renovierung des Ruhrgebiets“, darin: „Gelder der Landesregierung“, „Siedlungserneuerungen wie ‚Industrieparks‘“;
 - 14.4.94 „Emscher stinkt weiter“, darin: „wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Umbau der Emscherzone“, 10.5.97 „Grüne Förderbänder“
- Errichtung von Kohlekraftwerken und Solarenergieanlagen zur Stromerzeugung
 - 19.11.92: „Zäher Dialog in Rio am Rhein“, darin: „Landesregierung unterstützt den geplanten Bau eines gigantischen Kohlekraftwerkes in Gelsenkirchen-Heßler“
 - 25.9.95: „Arbeiter gingen, Denker kommen nicht“; „Als Solarzentrum gepriesen, steht der Wissenschaftspark Gelsenkirchen halbleer“, darin: Gelsenkirchen sollte „erneut die ‚Stadt der 1.000 Feuer‘ werden“, allerdings nicht mehr wegen Kohle, sondern wegen Solarenergie
- Müllpolitik
 - 16.1.91: „Müllgegner vereinigen sich“;

³⁷ Diese ersten beiden Aspekte sind bereits unter der Rubrik ‚Umwelt‘ benannt worden. Hier soll nun die politische Seite der Diskussion hervorgehoben werden.

„60 Bürgerinitiativen in Nordrhein-Westfalen gründen Dachverband/Einfluß auf Müllpolitik im Land nehmen“;

18.4.91: „Wir haben erstens Müll und zweitens Töpfer“, darin: „ungemein angespannte Haushaltslage“; „mit städtischer Beteiligung Sicherung von Arbeitsplätzen in den städtischen Reinigungsämtern“

- Das Ruhrgebiet als potentieller Standort für olympische Spiele
10.4.89: „Keine Herren der Ringe“, darin: „Billigfaltblatt“; „Initiativkreis Ruhrgebiet“; „pro Ruhrgebiet e.V.“; „Arbeitskreis Olympia im Ruhrgebiet“; „Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR)“

In all diesen Artikeln werden durchaus Versuche wahrgenommen, die Strukturen des Ruhrgebiets zu erneuern und zu modernisieren. Dennoch bleibt immer ein etwas ‚flaues Gefühl‘, ein Rest von Skepsis, zurück: Das Ruhrgebiet ist von hoher Arbeitslosigkeit betroffen, weiterhin schließen oder entlassen Betriebe. Dadurch entsteht Armut. Auch der Müll kann nicht richtig entsorgt werden, weil auch in diesem Sektor Arbeitsplätze abgebaut werden. Der Versuch, sich als Standort für die olympischen Spiele zu bewerben, wird eher ironisch quittiert mit dem Verweis auf das ‚Rückständige‘ in allen Bereichen des Ruhrgebiets.

2. Arbeitspolitik

- 24.5.95: „Beschäftigungssicherung geht vor“, darin: „Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen, Perspektive für Auszubildende“
- 5. 5.98: „Dritte Welt im Ruhrgebiet“, darin: „die Region werde ‚zukunftsträchtig‘“ und „die IHK hofft auf 4.000 neue Arbeitsplätze“

Fazit: Das Revier ist von hoher Arbeitslosigkeit betroffen, weiterhin drohen neue Entlassungen. Auf der anderen Seite gibt es offenbar Unternehmungen, die sowohl Arbeitsplätze sichern als auch neue Arbeitsplätze einrichten wollen. Im Bergbau allerdings gestaltet sich die Schaffung neuer Arbeitsplätze als sehr schwierig, Bergarbeiter finden kaum in Umschulungsprojekten Aufnahme.

Die Frage, inwiefern die Neuschaffung

von Arbeitsplätzen die Zahl der bereits abgebauten abfedern kann, wird nicht beantwortet. Deshalb entsteht der Eindruck, man müsse wohl mit den ‚Altlasten‘ (= Arbeitslosen) leben und gleichzeitig versuchen, wenigstens eine gewissen Anzahl neuer Arbeitsplätze zu schaffen.

3. ‚Filz‘ in Behörden

Die Artikel zu diesem Themengebiet stellen das Ruhrgebiet als „sozialdemokratisch verfilzt“ heraus. Filz bedeutet, dass im Ruhrgebiet, also auch in Gelsenkirchen, politisch nicht alles ordnungsgemäß verläuft. Nun trifft dies nicht unbedingt allein auf das Ruhrgebiet zu. Das scheint die taz etwas anders zu sehen: Dass es im Revier eine besondere Form dieser ‚Zusammenarbeit‘ gibt, darauf verweist der Ausdruck, es handele sich um „traditionelle[n] Ruhrgebiets-Filz“ (18.12.95). Es wird nicht expliziert, was darunter konkret zu verstehen ist.

4. Ausländerpolitik

- 12.8.87: „Abschiebung per Sozialhilfekürzung“, darin: „nach Jahren einer ‚sozialen, humanen und großzügigen Ausländerpolitik‘ ist nun ‚das Ende der Fahnenstange erreicht‘“
- 28.9.95: „Entführung auf dem Dienstweg“, darin: „Ausländer raus, Rechtsbeugung, Amtsanmaßung“

Hier stellt sich heraus, dass die Berichterstattung über „Ausländerpolitik“ in der Region insgesamt sehr negativ ausfällt. Im Ruhrgebiet geht man aus der Sicht der taz nicht gerade zimperlich mit Menschen nicht-deutscher Herkunft um. Hier werde eine ausgesprochen restriktive Ausländerpolitik verfolgt.

5. Parteien im Revier

Vor allem Ende der 80er Jahre wird der Einzug der REPs in verschiedene Stadträte des Ruhrgebiets thematisiert – meistens mit dem Hinweis darauf, dass sich gegen diese politische Strömung angekämpft werden muss. Die Befürchtung wird artikuliert, im Ruhrgebiet entstehe eine politische Strömung, die sich dem rechten Parteienspektrum zuwen-

det.

Insgesamt ergibt sich mit Blick auf die Politik im Ruhrgebiet kein einheitliches Bild. Es ist die Tendenz zu beobachten, dass in jüngerer Zeit neue Ideen und Projekte nicht mehr ganz so negativ bewertet werden, wie dies noch vor ein paar Jahren der Fall war. Dahinter mag sich die Einsicht verbergen, dass es im Ruhrgebiet tatsächlich ernstzunehmende Anstrengungen gibt, den Strukturwandel aktiv voranzutreiben. Dies geschieht durch die Nutzung von Industrieanlagen als ‚Freizeitparks‘ bzw. ihrer Umwandlung in Kulturlandschaften, wie dies mit der IBA beabsichtigt ist. Auch an Tourismus wird gedacht, aber vor allem wird auch auf eine verstärkte Ansiedlung neuer Industrien oder Firmen gesetzt, die neue Arbeitsplätze schaffen sollen.

Sport

Hier sind solche Artikel erfasst, die sich zum Beispiel mit dem legendären Club Schalke 04 als ruhmreichem Revierclub und Mythos beschäftigen. Auch Berichte über die nicht immer ganz korrekte Vorstandarbeit dieses Vereins gehören hierher. Außerdem finden sich hier auch Artikel über die Trabrennbahn in Gelsenkirchen und über die Austragungen von Schwimm- oder Eiskunstlaufwettbewerben in Gelsenkirchen.³⁸

Erwartungsgemäß spielt der Verein Schalke 04 bei der taz-Berichterstattung über Gelsenkirchen eine wichtige Rolle; zusammen mit der Trabrennbahn sorgt dieser Verein für die sportlichen ‚Highlights‘ in Gelsenkirchen.

Auffällig ist an der Berichterstattung über Sport, dass das Thema meist eng verbunden ist mit der Darstellung ‚typischer‘ Ruhrgebietsmenschen: „...genügsam, wie er ist, schafft der Ruhrgebietsmensch Werte“, so ist es am 12.7.88 im Artikel „Schnelle Pferde – schnelles Glück“ nachzulesen. Am 9.5.97 heißt es unter der Überschrift: „Pott greift nach dem Pott“: „Dat so wat möchlich iss ... Ich fasset nicht ... Dat dat dat gibt“.

Sport wird offenbar als wichtiges Identifikationsmuster des Ruhrgebietsmenschen mit seiner Umgebung stilisiert: Beim Sport kann er ganz er selbst sein.

Sehr wichtig in diesem Zusammenhang war sicherlich der Gewinn des UEFA-Cups 1997. Dieser Sieg hatte den Effekt, dass sich das Ruhrgebiet als großer Sportverein verstand: „Der Pott ist im Pott“ – so lautete ein geflügeltes Wort nach dem Gewinn des Cups. Doch auch für den Verein Schalke 04 sei der Sieg durchaus identitätsstiftend gewesen. So wurde z.B. die neue Hymne kreiert: „Steh’ auf, wenn Du ein Schalker bist“.

Immer wieder wird in Verbindung mit Schalke 04 auf zwei besonders erfolgreiche Spieler hingewiesen: Stan Libuda und Ernst Kuzorra. Diese werden sogar als ‚Denkmäler‘ bezeichnet, wenn es um den Vergleich mit der Leistung heutiger Spieler geht. All dies – wie gesagt – aus der Sicht der taz, die aus ihrer Perspektive die Außenwahrnehmung des Ruhrgebietes präsentiert.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Sport als ein wichtiger Bereich zur Identifikation offensichtlich allerdings nur des männlichen Ruhrgebietsmenschen angesehen wird. Der Verein Schalke 04, vor allem nach dem Gewinn des UEFA-Cups, habe das Zusammengehörigkeitsgefühl nicht nur im Verein, sondern auch im ganzen Ruhrgebiet gestärkt. Ein Mythos kompensiert die Drangsale des Alltags und fungiert so ähnlich wie der Alkohol als gesellschaftliches „Schmiermittel“.

Zusammenfassung

Die Umwelt, also das äußere Erscheinungsbild des Ruhrgebietes, wird in der taz fast durchgängig als dreckig, grau und öde beschrieben, eben als Folge von Industrieanstaltungen in der Region. Versuche, die Industrieflächen zu ‚verschönern‘, indem man die Halden begrünt und die alten Gebäude als Denkmäler aufrechterhält, werden in den Berichten der taz zunächst als undurchführbar und ‚Tagträumerei‘ abgetan. Hingewiesen wird immer wieder auf die starke Kontamination des Bodens, die durch die Aufschüttung von ein wenig Mutterboden nicht entschärft werden könne. In den letzten Jah-

³⁸ Insgesamt finden sich hier 18 Eintragungen.

ren hat sich laut taz hier allerdings etwas verändert. Den einen oder anderen positiven Aspekt in Bezug auf einen Strukturwandel kann die taz nun erkennen. Die Begrünung von Halden und die Umstrukturierung der Industrieflächen zu Kulturlandschaften oder gar ‚Freizeitparks‘ wird nicht mehr so negativ, das heißt aber auch nicht rundum positiv gesehen. Man steht den Bemühungen um Umgestaltung nicht mehr völlig negativ gegenüber.

Der ‚Ruhrgebietsmensch‘ als solcher wird von der taz mit einem guten Schuss Sympathie, versetzt mit Ironie, beschrieben. Er erscheint als nicht unsympathisch, doch irgendwie anders als andere Deutsche: eine Art Underdog, etwas zurückgeblieben, anspruchslos, also recht einfach gestrickt. Daher ist er auch sehr genügsam in seinen Ansprüchen. Allein in Bezug auf seinen Arbeitsplatz entwickelt er ungewöhnliche Aktivitäten. Positiv hervorgehoben wird in der Außenwahrnehmung dabei der Zusammenhalt der Arbeiter bei Streiks und Aktionen: Sie ziehen dann alle an einem Strang.

Die Politik gestaltet sich nicht eindeutig. Als allgemeiner Eindruck kann aber festgehalten werden, dass es seitens der Politik und der Wirtschaft durchaus Versuche gibt, den Strukturwandel im Ruhrgebiet voranzutreiben, sei es mit Programmen zur Arbeitsplatzsicherung, zur Weiterbildung oder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diese Berichte korrespondieren jedoch mit denen, in denen von Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen berichtet wird.

Sport wird als wichtiger Faktor bei der Selbst-Identifikation des ‚Ruhrgebietsmenschen‘ angesehen. Schalke 04 steht hier an erster Stelle. Sportliche Erfolge des Vereins trügen zu einem Gemeinschaftsgefühl der Fans bei, wobei durchaus auch andere Menschen im Ruhrgebiet in diese Gemeinschaft aufgenommen würden. Mit dem Slogan ‚Der Pott ist is im Pott‘ wird das Ruhrgebiet als ein abgeschlossener Raum definiert, in dem sich die Menschen gemeinsam über die Erfolge ihrer Fußballmannschaften freuen.

Ergänzende Analyse weiterer Print-Medien

Die Außenwahrnehmung des Ruhrgebiets durch die taz ist selbstverständlich durch die redaktionelle und politische Ausrichtung dieser Zeitung geprägt. Um einen abgerundeten Eindruck von dem zu erhalten, wie in Deutschland das Ruhrgebiet und dort Gelsenkirchen wahrgenommen wird, haben wir deshalb zusätzlich weitere Artikel aus anderen Medien hinzugezogen. Auf diese Weise wollten wir das Spektrum der Sichtweisen erweitern und weitere inhaltliche Aspekte berücksichtigen.³⁹

Nach Sichtung und Analyse dieser Materialien kann zusammenfassend gesagt werden, dass der Tenor der Berichterstattung in diesen ausgewählten Artikeln sich recht deutlich von dem der taz unterscheidet. In diesen Artikeln wird die Innovationsfreude des Ruhrgebiets hervorgehoben, das den Strukturwandel mit viel Aktionsbereitschaft bisher sehr gut gemeistert habe. Auch hier kommt zwar das Ruhrgebiet als grau und öde und vor allem als von Schwerindustrie geprägt vor – doch das ist längst Vergangenheit. Die Zeitschrift *managerSeminar* findet eine Definition des Ruhrgebiets, die hier exemplarisch für andere Artikel steht. In ihrer Ausgabe 3/4.99 titelt sie ‚Das Ruhrgebiet: größtes Industriegebiet Europas und Heimat für Generationen von Zuwanderern, Land von Kohle, Stahl und Bier‘.

Sehr positiv wird in den Artikeln der Erfolg des Strukturwandels im Ruhrgebiet dargestellt, der das Revier von einer ‚Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft‘ umgewandelt habe (FAZ 30.09.96). In einem weiteren FAZ-Artikel (26.10.96) werden besonders die Leistungen der Menschen im Ruhrgebiet hervorgehoben, denen der Strukturwandel zu verdanken ist: Das Ruhrgebiet ‚ist der Beweis dafür, dass einfallsreiche und fleißige Köpfe einer alten Industrieregion zu neuem Leben verhelfen können‘. Die Menschen

³⁹ Es wurden insgesamt 11 weitere aktuelle Artikel analysiert. Die Fundstellen waren die FAZ, FOCUS, DIE ZEIT, die BILD-Zeitung und die Zeitschrift MANAGERSEMINAR (im folgenden mS).

hätten bei der Erneuerung des Reviers eine „historische Leistung“ gezeigt. Johannes Rau schreibt in der FAZ vom 30.9.96, dass die Menschen im Ruhrgebiet mit den gemeinsamen Herausforderungen gewachsen seien.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Darstellung des Ruhrgebiets ist der Hinweis auf die neue Nutzung von alten Industrieflächen und -gebäuden. Diese Gebäude, wie stillgelegte Zechen oder Stahlwerke, seien zum Teil in so genannte Landschaftsparks umgewandelt worden. Diese Parks hätten sich zu einer Touristenattraktion entwickelt, die täglich eine Vielzahl von Besuchern anziehe. Die Faszination, die von diesen Geländen ausginge, beschreibt die Zeit am 25.2.99 wie folgt:

„In welcher Zeit sind wir gelandet, an welchem Ort? Wer hat uns in diesen bizarren Traum verschleppt? Aus niederem Buschwerk und zagem Birkengrün ragen Bauwerke von monströsen Ausmaßen, bedrohlich wie Burgen der Finsternis.“

Hier wird das Ruhrgebiet in eine irrealer Welt versetzt, die an Märchenparks und (Alp-)Traumlandschaft erinnert. Damit wird der Freizeitwert hervorgekehrt, und mit derartigen blumigen Formulierungen sollen Touristen neugierig gemacht werden, damit sie demnächst nicht nur nach Neuschwanstein reisen, sondern auch das Ruhrgebiet besuchen.⁴⁰

Als ein besonders augenfälliges Ergebnis des Strukturwandels wird das CentrO., die so genannte „Neue Mitte“ in Oberhausen angesehen, das als „Europas größtes Einkaufszentrum“ (Focus 39/1996) bezeichnet wird. In der Planung von den meisten Kritikern als ‚gigantomanisch‘ beurteilt, habe sich das

40 Dabei soll die Faszination, die das Zusammenspiel von Schwerindustrie und Natur auslösen kann, nicht bestritten werden. Die alten Gebäude wirken in der Tat sehr bizarr, kaum jemand kennt zwar die ursprüngliche Bedeutung der einzelnen Gebäude oder Geräte, doch werden sie mit z. T. künstlerisch anmutenden Beleuchtungen mit neuen Bedeutungen versehen, so dass sie als Touristenattraktionen gelten können.

CentrO. zu einem gut florierenden Einkaufszentrum entwickelt, das nicht nur Kunden aus Oberhausen bediene, sondern auch aus den benachbarten Ländern Belgien und den Niederlanden täglich viele Besucher anziehe.

Der Aspekt des Zusammenlebens im Ruhrgebiet kommt in einem Artikel der FAZ vom 11.2.99 zur Sprache. Hier wird das Zentrum für Türkeistudien in Essen dargestellt. Im Zusammenhang mit dem Strukturwandel im Ruhrgebiet wird darauf verwiesen, dass sich dieses Zentrum in einem der ältesten Krupp-Gebäude in Essen befinde. Hier sei bereits der vollzogene Strukturwandel sichtbar. Die Aufgaben des Zentrums für Türkeistudien seien vielfältig, reichten von der Erforschung des Arbeitsmarktes „über Migrationstendenzen und Medienverhalten bis zur Wahrnehmung von Fremdenfeindlichkeit.“

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Außenwahrnehmung des Ruhrgebiets, die in diesen Artikeln zum Vorschein kommt, sich deutlich von der in der taz unterscheidet. Die oben dargestellten Artikel zeichnen ein positives Bild des Ruhrgebiets, das zwar eine durchaus graue, öde Vergangenheit aufweise, einschließlich der Erfahrung von Arbeitsplatzabbau und Umweltverschmutzung. Doch für die Gegenwart und vor allem für die Zukunft sei diese Region bestens gerüstet. Dies sei vor allem der Innovations- und Aktionsbereitschaft der Menschen geschuldet, die dort leben. Innerhalb kürzester Zeit habe es das Ruhrgebiet geschafft, sich z.B. auf neue Technologien einzulassen und in dieser Beziehung zu einem wichtigen Standort in der Bundesrepublik zu werden. In diesen Artikeln wird – im Unterschied zu den Berichten in der taz auch darauf hingewiesen, dass sich im Ruhrgebiet eine Vielzahl von Universitäten befindet. Wenn die Qualität der Lehre gewährleistet sei, so hätten die Firmen im Ruhrgebiet ein enormes Potential an Wissen quasi direkt vor der Haustür (vgl. mS 3/4.99: „Von der Stahl- zur Wissensschmiede“).

Zusammenfassung und Bewertung

Wie sich anhand des Vergleiches zwischen

der überregionalen Berichterstattung der taz und zusätzlich in die Analyse einbezogener Artikel aus anderen überregionalen Printmedien herausgestellt hat, artikulieren sich im Diskurs verschiedene Sichtweisen: Zum einen die eher negative, die das Ruhrgebiet als dreckig, grau, öde und quasi unrettbar verloren beschreibt. In dieser Sichtweise wird auch der durchaus wahrgenommene Strukturwandel als ‚netter Versuch‘ dargestellt, das Image des Ruhrgebiets etwas aufzupolieren. Dies sei allerdings tatsächlich nur als Image-Rettung zu bewerten, da sich das Ruhrgebiet nicht einfach von seinen Altlasten befreien könne (Umweltbelastung, Arbeitslosigkeit etc.).

Die Sichtweise anderer Zeitungen beinhaltet eine eher positive Perspektive: So wird der Strukturwandel als gelungener Versuch begriffen, sich den neuen Anforderungen in Industrie, Wirtschaft und auch hinsichtlich der Umweltgestaltung zu stellen und diese zu meistern. Der Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft im Ruhrgebiet wird als gelungenes Ergebnis dargestellt, als Effekt eines gewaltigen Innovations- und Kreativitätspotentials der Menschen im Revier. Als zwei herausragende neue Merkmale des Reviers werden immer wieder das CentrO in Oberhausen als Europas größtes Einkaufszentrum sowie die Umgestaltung alter Industrieflächen und Gebäude zu so genannten Industrie- oder Landschaftsparks. Diese Industriedenkmäler werden als Touristenattraktion beschrieben, die das Ruhrgebiet auch für Besucher von außerhalb interessant machen.

Betrachtet man dies im Zusammenhang, so stellt sich vor allem die Dichotomie gelungener Strukturwandel versus nicht zu bewältigende Altlasten als diskursdominant heraus. Die Außenwahrnehmung des Ruhrgebiets scheint vor allem von dieser Dichotomie geprägt zu sein, wobei die Gewichtung der einen oder anderen Position von der jeweils eigenen Diskursposition der Zeitung abzuhängen scheint.

Das Image, das die taz über das Ruhrgebiet und damit auch über den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord verbreitet,

führt dazu, dass Menschen von außen (Junge, Gutsituierte, Akademiker) dort nicht hinwollen. Auch die Investitionsbereitschaft kann mit einer solchen Beschreibung kaum angekurbelt werden. Die ökologischen Bemühungen werden in der Tendenz als Verschleierung tatsächlicher Probleme wahrgenommen. Die Menschen, die hier leben, sind dann auch entsprechend dumm und passiv, sonst würden sie sich solche Zumutungen wohl kaum gefallen lassen. Die Potentiale, die zum Beispiel in der Initiative der Bewohner des Reviers ausgemacht werden könnten, werden kaum oder nur am Rande thematisiert.

Es deutet sich ein (bisher) gespaltener Diskurs an: Die taz, eher am linken Rand des hegemonialen Diskurses zu verorten, betrachtet die Basis-Situation der Menschen und die Menschen selbst. Damit verfestigt sie einerseits das schlechte Image des Reviers. Andererseits legt sie aber auch den Fingerzeig darauf, wo der Hebel anzusetzen ist. Die Schlussfolgerung aus ihren Berichten kann nur sein, dass die Verhältnisse im Revier für die Anwohnerinnen und Anwohner verbessert werden müssen. Diese Konsequenz wird von ihr jedoch nicht expliziert. In diesem Falle würde der Fatalismus der taz offenkundig werden, dass sie im Reviermenschen keine Veränderungspotentiale erkennen kann.

Die kursorische Durchsicht hegemonialer, der Wirtschaft nahe stehender Zeitungen und Zeitschriften sieht dagegen das Ruhrgebiet als Markt, den es zu erobern gilt. Daher richten diese Publikationen auch den Blick stärker auf alternative Verdienstmöglichkeiten im Revier: Tourismus, Dienstleistungen etc. Der Alltag der Menschen, ihre ökonomischen Probleme kommen hier nicht vor, es werden allein ihre Aufbauleistungen herausgestellt. Diese Zeitungen bieten eine positive Applikationsvorgabe fürs Kapital; die Probleme, die aus den industriellen Altlasten resultieren, werden von ihnen nicht zur Kenntnis genommen bzw. tendenziell als bereits gelöst angesehen.

Dieser Diskurs könnte dadurch zusammengeführt werden, dass Wirtschaft und

Staat die notwendigen Mittel für eine Umstrukturierung bereitstellen oder beschaffen. Auf dieser Grundlage könnten von der Basis her Firmen gegründet werden, es könnten sich die Bürgerinnen und Bürger an den Umstrukturierungsprozessen aktiv beteiligen.

Binnensicht der Presse auf den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord

Die Presseberichterstattung, die wir für die vorliegende Studie gesichtet haben und die uns die direkte Binnensicht auf den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord ermitteln sollte, umfasst den Zeitraum vom 26.11.1994 bis zum 17.12.1997. Sie ergibt sich aus der Lokalberichterstattung, die sich direkt auf den untersuchten Stadtteil bezieht.⁴¹

Im Untersuchungs-Corpus finden sich Artikel einer Vielzahl von Zeitungen: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), der Stadtspiegel (SS), die Ruhr-Nachrichten (RN), die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), die Buersche Zeitung (BZ), die Bild-Zeitung, die Westfälische Rundschau (WR), die Horster Zeitung (HZ) und die taz.⁴²

Allen Artikeln gemeinsam ist ihr Bezug zum Stadtteil bzw. zu Teilen davon (Bismarck oder Schalke-Nord). Dabei werden selbstverständlich vielfältige Aspekte des Stadteillebens angesprochen. Diese Aspekte lassen sich zu folgenden Themen gruppieren:

ren:

- Veranstaltungen (wie z.B. Weihnachtsmarkt, Ausstellungen, Buga etc.)
- Vereine und deren Aktivitäten (z. B. Ehrungen)
- Die Einrichtung einer evangelischen Gesamtschule (in Bismarck)
- Verkehr
- Kommunal- und Landespolitik
- Wirtschaft
- Projekte/Strukturwandel
- Zusammenleben im Stadtteil, vor allem zwischen Ausländern und Eingeborenen⁴³
- Perspektiven (Wie sehen Bewohnerinnen ihren Stadtteil?)

Die Vielzahl der Themen ergibt sich aus der Tatsache, dass wir uns hier hauptsächlich mit lokalen Berichten beschäftigen, die die vielfältigen Aktivitäten des Stadteillebens aufnehmen.⁴⁴

Die Frage, die wir an das Material herangetragen haben, lautete: Wie wird der Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord von der Lokal-Presse wahrgenommen?

Veranstaltungen

Erwartungsgemäß fanden sich in dieser Rubrik sehr viele Artikel (insgesamt 73). Schließlich gehört es zu den Hauptaufgaben der lokalen Presse, über Termine und Veranstaltungen in der betreffenden Stadt bzw. im Stadtteil zu berichten.

Drei Formen der Berichte lassen sich unterscheiden: eine Reihe von 'kleinen' Ver-

41 Wir möchten an dieser Stelle nochmals den Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros an der Paulstraße dafür danken, dass sie uns dieses Material zur Verfügung gestellt haben. Wir wären ansonsten in der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit nicht in der Lage gewesen, an aussagekräftiges Material heranzukommen. Trotzdem ist mit der Entscheidung, dieses Material zu sichten und zu analysieren, eine gewisse Einschränkung verbunden, die darin besteht, dass die Erfordernisse des Stadtteilbüros, die zur Archivierung der Artikel führten, nicht in allen Punkten mit denen unserer Untersuchung übereinstimmen müssen.

42 Insgesamt umfasst das Untersuchungs-Corpus 356 Artikel.

43 In diese Kategorie haben wir auch den einzigen Artikel gefasst, der von einer Vergewaltigung in einer U-Bahn Station berichtet (RN 9.3.96). Allerdings ist es kaum vorstellbar, dass in der Lokalpresse während des Zeitraumes von 1995 bis 1997 keine Berichte über kriminelle Delikte zu lesen waren. Hier macht sich die Grenze des von uns ausgewerteten Medien-Archivs geltend. Offenbar stand Kriminalität im Stadtteil für die Mitarbeiter des Stadtteilbüros nicht im Mittelpunkt ihres Interesses. Wir schlussfolgern daraus nicht, dass es diese Kriminalität nicht gab, sondern, dass es für diese Sozialarbeiterinnen kein Problem war, auf das sie glaubten, achten zu müssen.

staltungen, über die in nur einem, höchstens zwei Artikeln berichtet wird. Daneben Veranstaltungen, die bereits im Vorfeld angekündigt wurden und über deren Verlauf auch berichtet wird (,mittelgroße events‘). Drittens existieren dann auch ,große events‘, über die über eine gewisse Zeitspanne hinweg berichtet wurde und die wohl die größte Wirkung erzielen können. Dennoch betrachten wir die Veranstaltungen und ihre Aufnahme in der Presse nicht isoliert voneinander. Denn alle Artikel über Veranstaltungen in den Stadtteilen Bismarck und Schalke-Nord signalisieren: Hier geschieht etwas, hier ist etwas los!

Bei den kleineren Veranstaltungen geht es z.B. um ein Open-Air-Konzert von Gelsenkirchener Bands, die gleichzeitig auf fehlende Proberäume aufmerksam machen (WAZ 9.4.96). Oder es geht um einen „Mitmach-Parcours“ in Bismarck, bei dem Jugendliche etwas über AIDS lernen sollen (WAZ 16.7.97). Bei einer Aktion, bei der Jugendliche eine Wand eines Zechengeländes mit Graffiti besprühen dürfen, wird gleichzeitig die Frage nach der „Lebenswelt“ der Jugendlichen gestellt, wie sie ihr Leben im Stadtteil sehen (was aber im Artikel selbst nicht mehr thematisiert wird) (SS 2.7.97). Auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Consol organisierte das forum kunstverein⁴⁵ ein Fest, das drei Tage andauerte. Dabei spielte vor allem die Perspektive eine Rolle: „Kunst, Phantasie, Zukunft – Wir erfinden eine Welt“, das war der Titel unter

44 Natürlich ergaben sich auch bei der Sichtung dieses Materials – wie bei der Berichterstattung der TAZ auch – eine Reihe von Überschneidungen (z.B. ,Perspektiven‘ und ,Zusammenleben im Stadtteil‘). In besonders eklatanten Fällen haben wir dann mehrere Zuordnungen vorgenommen. Die jeweils angegebenen Artikel ergeben also in ihrer Summe nicht die Anzahl der von uns insgesamt analysierten Artikel. Wir nennen die Anzahl der Artikel aber dennoch, um auf Tendenzen bei der Medienberichterstattung hinzuweisen.

45 Die Schreibweise dieses Forums variiert in verschiedenen Artikeln, diese wurden jeweilig übernommen.

dem Tanz, Theater, Musik und eine Ausstellung (...) veranstaltet wurden.“ (WAZ 8.9.97). Unter anderem wurde die Premiere des Stücks „Ragnarök“ gezeigt, ein Stück über die Entstehung der Erde. Dieses Wochenend-Ereignis war auch dazu geeignet, „einem brachliegendem Gebiet mit Vergangenheit neues Leben und vielleicht Zukunft einzuhauchen“ (ebd.). Es zeigt sich bei diesen Veranstaltungen ein deutlicher Trend, multikulturelle und jugendbezogene Veranstaltungen in der Presse herauszuheben.

Zu der zweiten Form der Veranstaltungspräsentation, den ,mittelgroßen events‘ zählten etwa der ,Tag des offenen Denkmals‘ am 14.9.1997, über den in verschiedenen Artikeln berichtet wurde. Dabei handelte es sich offenbar um eine Veranstaltung, mit der den Bürgerinnen und Bürgern in Gelsenkirchen die Denkmäler ihrer Stadt näher gebracht werden sollen. In verschiedenen Artikeln werden diverse Denkmäler aus Gelsenkirchen vorgestellt, wie z.B. der Consol-Förderturm (RN 26.8.97), die ehemalige Schachanlage „Oberschuir“ oder das Schloss Horst (WAZ 27.8.97). Am 10.9.97 erscheint im Stadtspiegel erneut ein Artikel, in dem die verschiedenen Denkmäler in Gelsenkirchen aufgelistet sind. Gleichzeitig wird betont, dass dieser Gedenktag dazu diene, das Interesse der Bürgerinnen für die Denkmalpflege und den Denkmalschutz zu wecken, denn „nur mit dem privaten Engagement von Bürgerinnen und Bürgern werden künftig die enormen Anforderungen – zumal in Zeiten finanzieller Engpässe in den öffentlichen Haushalten – zu bewältigen sein.“ (SS 10.9.97) Die Bürgerinnen Gelsenkirchens sollen sich also für ihre Denkmäler stärker einsetzen – ideell und finanziell. Es deutet sich außerdem an, dass die Bewahrung der Geschichte der Stadt ein wichtiges Thema zu sein scheint.

Ein weiteres ,mittelgroßes event‘ war die Eröffnung des Gesundheitshauses in Bismarck am 4. Juni 1997. Dieses Haus ist eine Begegnungsstätte für Bismarcker Bürgerinnen und Bürger, in der verschiedene Kurse angeboten oder Vorträge zum Thema Gesundheit gehalten werden: „Gesunde Ernäh-

rung, Bewegung und Entspannungstechniken, wobei der Spaß im Vordergrund steht.” (WAZ 28.5.97) Im Gesundheitshaus „sollen die Bürger aus dem Stadtteil und vor allem Türken” (ebd.) in die Aktivitäten eingebunden werden.

An dieser Stelle zeigt sich, wie schwierig es offenbar für Journalistinnen ist, nicht rassistisch, nicht ausgrenzend zu formulieren. Die alltäglichen Vorbehalte machen sich auch in solchen, sicherlich gut gemeinten Artikeln deutlich. Denn immerhin sollen ja wohl durch das Gesundheitshaus Deutsche und Nichtdeutsche zusammengeführt werden. Doch was geschieht? Da wird die türkische Bevölkerung zunächst ausgegrenzt, in dem sie von den Bürgern aus dem Stadtteil unterschieden wird. Wohnen die hier angesprochenen Türken nicht im Stadtteil? So unterschieden, können Türken nicht als ‚normale‘ Bürger des Stadtteils angesehen werden. Ein weiteres kommt hinzu. Als nicht normale Bürger apostrophiert, werden sie in diesem Falle zu einer Information über Gesundheitsfragen eingeladen. Vor dem Hintergrund der vorgenommen Ausgrenzung kann dies durchaus als eine weitere Diskriminierung gelesen werden. Offenbar besteht bei Türken ein besonderer Bedarf an dieser Information. An dieser Stelle kann das Stereotyp der unsauberen und unzivilisierten Türken aufgerufen werden, denen man ‚deutsche Sauberkeit‘ beibringen müsse.

Die Eröffnungsfeier am 4. Juni stieß auf breites Interesse: „Und dass das Haus dem Stadtteil Bismarck dient, zeigte die rege Teilnahme der Bewohner am Fest.” (RN 5.6.97) Diese Meldung steht als Unterschrift unter einem großen Bild von der Eröffnungsfeier. Zu sehen ist ein Buffet-Tisch im Freien, auf dem vielerlei kulinarische Gerichte zu essen stehen. Ein Mann erhält ein Stück Kuchen von einer fülligen Frau mit Kopftuch, die offenbar als Bedienung hinter dem Tisch steht. Von zwei älteren Frauen werden die angebotenen Sachen kritisch begutet. Mit diesem Artikel und dem Bild wird deutlich gemacht, dass es sich bei der Eröffnungsfeier um ein multikulturelles Fest handelte, bei dem türkische Spezialitäten ange-

boten wurden. Dargestellt wird das friedliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger aus Bismarck, egal welcher Herkunft.

Die Feier zur Eröffnung des Gesundheitshauses war nur eine von vielen Feiern, die in den Stadtteilen Bismarck und Schalke-Nord stattgefunden haben. Daneben gab es andere, teilweise recht unterschiedliche Feiern, z. B. Stadtteilstädte, Feste einer Organisation oder der Weihnachtsmarkt in Bismarck.

Doch so unterschiedlich die Anlässe für die Feiern sind, so einheitlich präsentiert sich die Aussage, die in den Medien zu diesen Anlässen getroffen wird: Die Menschen in den Stadtteilen feiern gern, sie kommen gerne zusammen und haben viel Freude an den Festen. Sie verstehen sich untereinander sehr gut, und auf diesen meist als multikulturell herausgestellten Festen wird die Einvernehmlichkeit aller Bürgerinnen und Bürger dargestellt. Man lebt gern und gut zusammen, auf die ‚ausländischen Köstlichkeiten‘ und Darbietungen will man auf diesen Festen auch nicht verzichten. Im Folgenden eine Auswahl von Artikeln, in denen die Gemeinschaft betont wird:

- SS 28.5.97: „Großes Straßenfest in Gelsenkirchen”; „31 Jahre Hagemannshof”; „Zu essen gibt es kesselfrische Erbsensuppe und ab 11 Uhr wird internationale Folklore präsentiert”
- WAZ 6.6.97: „„Bogen der Begegnung‘ spannt sich. Einen ‚Bogen der Begegnung‘ wollen die Städtische Tageseinrichtung für Kinder an der Freiligrathstraße und das Projekt ‚OTIS‘ – Offener Treff in Schalke – mit einem Nachbarschaftsfest schlagen.”
- RN/BZ 23.8.97: „Highlight: Einmal den UEFA-Pokal berühren”; „Bismarck und Schalke-Nord feiert das zweite Stadtteilstädte auf dem Bürgerplatz”; „Es ist eine multikulturelle Veranstaltung, die das Zusammenleben besonders fördert.”
- SS 27.8.97: „Der UEFA-Pokal kommt zur Bürgerplatz-Party”; „Die Vereine aus Bismarck und Schalke-Nord präsentieren sich der Öffentlichkeit und wollen den gemeinsamen Einsatz der Bürger für ihren Stadtteil demonstrieren”; „Natürlich

gibt's auch kulinarische Genüsse wie Kaffee, Kuchen, Bierstand für die Großen (...) Speisen vom Grill und ausländische Spezialitäten."

Deutlich wird, dass mit den Feiern jeder Art vor allem die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger demonstriert wird. Interessant ist dabei das Implikat, dass in all diese Veranstaltungsberichte hineinragt: Die multikulturellen Feste sollen das Zusammenleben fördern, das ansonsten offenbar gar nicht gut funktioniert.

Eine besondere Feier ist in Bismarck der internationale Weihnachtsmarkt, der aus der Binnensicht aber eher eine Art Stadtteilstiftung ist. Das christliche Weihnachtsfest wird für diese Aktion zum Anlass genommen, doch der religiöse Hintergrund spielt bei der Gestaltung (mit Beteiligung von Nicht-Christen) keine Rolle. Auch 1997 wurde anlässlich des Marktes das Gemeinschaftsgefühl der Bismarcker und der Menschen aus Schalke-Nord demonstriert:

„Noch deutlicher als im Vorjahr zeigt der internationale Weihnachtsmarkt die internationale Verbundenheit im Stadtteil. Dafür sorgt nicht nur eine Vielfalt heißer und kalter Speisen und Getränke von der Bratwurst mit Glühwein über Kinderpunsch bis zum Fleischspieß mit Ouzo aus der deutschen, türkischen und griechischen Küche. Auch das Unterhaltungsprogramm ist wieder international besetzt.“ (RN 12.12.97)

Der Weihnachtsmarkt wird aber auch als Begegnungsstätte der Bürger von Bismarck und Schalke-Nord gesehen: „'Gemeinsamkeit und neues Leben auf dem Bürgerplatz', war die Intention von Martin Schabler (Julius B.). 'So eine Veranstaltung holt die Leute aus ihrer Isolation heraus und schweiß die Bürger beider Stadtteile zusammen', betonte Bernd Zenker vom Jugendamt.“ (RN 15.12.97) Auch an dieser Stelle wird lediglich angespielt, dass das Leben in den Stadtteilen Bismarck und Schalke-Nord nicht so fröhlich und bunt ist, wie die anderen Artikel über Partys und Feste glauben machen können: Bernd Zenker spricht von der „Isolation“, in der die Menschen dort leben. Ob da-

mit die Isolation verschiedener ‚ethnischer Gruppen‘ gemeint ist oder die Isolation einzelner Menschen, wird nicht gesagt.

Doch nicht nur das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft wird gefördert, auch der Jugend soll etwas geboten werden. Die Angebote verschiedener Organisationen – vor allem während der Ferienzeit – sind reichhaltig. Dabei spielt vor allem der „Ferienpaß“ eine wichtige Rolle. Dieser Pass, der in verschiedenen Städten für die ‚Daheimgebliebenen‘ angeboten wird, umfasst eine breite Palette von Angeboten, die Jugendliche und ihre Familien für die Gestaltung ihrer Freizeit nutzen können: „Verbilligte(r) Eintritt in den Zoo, in die Bottroper Movie World oder in diverse Musicals. Die Ausflüge können sich ebenfalls sehen lassen: Eine Tour geht ins holländische Nordwijk, eine andere in den Duisburger Hafen. (...) Wer möchte, kann im Betriebshof mal einen Linienbus oder eine Straßenbahn lenken.“ (WAZ 7.6.97) In vielen Artikeln wird auf die Angebote des Passes hingewiesen, wo man ihn erhalten kann und was er kostet (vgl. z.B. SS 18.6.97, WAZ 25.6.97, SS 2.7.97 und 9.7.97, sowie RN 11.7.97) Mit dem Verkauf des Ferienpasses sind allerdings auch Verärgerungen verbunden:

„Ihren Unmut haben einige Sozialhilfempfänger darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Stadt in diesem Jahr von Personen mit geringem Einkommen zwei Mark für den Ferienpaß verlangt. Im vergangenen Jahr sei der Paß für diesen Personenkreis kostenlos gewesen.“ (WAZ 17.7.97)

Hier bringt sich der Gesichtspunkt der sozialen Armut zur Geltung, die in Gelsenkirchen herrscht. Mit diesem Unmut setzt sich die WAZ auseinander. Der Preis von 2 DM sei gerechtfertigt, denn „'die Leistungen liegen jedes Jahr um ein wesentliches höher als das, was verkauft wird', erklärt Alfons Wissmann, Leiter des städtischen Jugendamtes. (...) Der Jugendamtsleiter hält den Obolus – ‚das ist noch nicht ‚mal eine halbe Schachtel Zigaretten‘, – durchaus für sozial vertret-

bar.” (ebd.)

Doch nicht nur das Jugendamt hält für die daheim gebliebenen Jugendlichen und ihre Familien Angebote bereit. Auch andere Organisationen kümmern sich um die Freizeitgestaltung in den Ferien:

„Das Bismarcker Jugendprojekt Julius B, die Mitarbeiter des Fritz-Steinhoff-Haus und des Stadtteilbüros Bismarck/Schalke haben die Eckdaten für ihre Sommeraktionen abgesteckt.” (WAZ 30.5.97)

Zu diesen Aktivitäten zählen z.B. „ein Open-Air-Frühstück für arbeitslose Jugendliche”, eine „Kletterwand”, die Gestaltung einer Zechenmauer mit Graffiti, der „Bau einer Skater-Bahn”, ein „Tagesausflug zur Buga”, die Vorbereitung eines „Schüler-Austausch[s] mit der Kollegscheule in Eregli/Türkei”, (WAZ 30.5.97) ein „Streetball-Turnier”, ein „Sommercafe”, ein „Ausflug zum Gasometer in Oberhausen”, ein „T-Shirt-Workshop” etc. (SS 30.7.97) An Aktivitäten und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche, auch solche, die nicht viel Geld im Portemonnaie haben, scheint es in Gelsenkirchen nicht zu mangeln. Jedenfalls präsentieren sich die Stadtteile in der Presse als kreativ, jugendfreundlich und multikulturell.

Auf diese Weise kann der Stadtteil als geradezu idyllisch erscheinen. Die in der taz hervorgehobene öde und triste Situation wird auf diese Weise lebbar gemacht, in dem die Aktivitäten und Vielgestaltigkeit des Lebens im Stadtteil herausgestrichen werden. Auf diese Weise kann die Stadtteilsituation besser akzeptiert werden.

Vereine und deren Aktivitäten

Auch die Artikel dieser Kategorie⁴⁶ lassen sich zu verschiedenen Unterthemen gruppieren, wie ‚Ehrungen‘, ‚Feste‘ oder ‚allgemeine Ziele‘. Berichtet wird u. a. über ein „Gartenfest des Kleingartenvereins ‚auf der Horst‘” (WAZ 6.7.95) oder von einer Mitgliederversammlung beim Schützenverein „BSV Bismarck-West” (WAZ 21.1.97).

Eine Initiative, die 1996 in der Presse be-

sondere Aufmerksamkeit erfuhr, war der Heimatbund. Er setzt sich für die Erhaltung der Gebäude der ehemaligen Zeche „Consolidation” ein⁴⁷. Das konkrete Ziel der Initiative ist, alte Gebäude und Maschinen der Zeche Consol als Denkmal zu erhalten und zu pflegen. Dies jedoch scheint nicht im Sinne der Ruhrkohle AG zu sein, „die nicht gern ungenutzte große Flächen weiter pflegen will” (RN 14.12.96). Der Initiative geht es vor allem darum, zechentypische Gebäude, z.B. Fördergerüste und Fördertürme zu erhalten, quasi als „sichtbare Erinnerung an das, was Gelsenkirchen groß und stark gemacht hat” (ebd.). Da die Ruhrkohle AG diesen Erhalt offenbar nicht wünscht, müsse das Land finanzielle Unterstützung leisten. Pläne für eine Umgestaltung lägen bereits vor:

„Als zukünftige Nutzungsmöglichkeiten regte Dr. Heinemann für Bismarck ein Second-Hand-Kaufhaus für Gebrauchsgüter ‚im großen Stil‘ an, ‚und um den Doppelbock mit seinen Maschinenhallen könnten sich Dienstleistungs-Unternehmen ansiedeln, Wohnungen errichtet und Bepflanzungen durchgeführt werden, östlich davon wäre Gewerbe möglich.’”(RN 14.12.96)

Der Initiativkreis beabsichtigt also, die Erhaltung der Gebäude mit dem Strukturwandel in Bismarck zu verbinden: Die alten Gebäude sollen neue Funktionen erhalten.

In einem ähnlichen Zusammenhang stehen auch die Aktivitäten des Vereins ‚Freunde des Bahnbetriebswerks Bismarck‘. Er hat sich zum Ziel gesetzt, das stillgelegte Bahnbetriebswerk in Bismarck in Eigenregie und -finanzierung zu erhalten. Dieser Verein ließ jenes Gelände 1994 unter Denkmalschutz stellen; unter diesen Bedingungen ist der Deutschen Bahn AG ein Verkauf des Geländes praktisch unmöglich geworden (vgl.

47 Bereits im Oktober 1995 forderte der Geschichtskreis „Hugo/Schüngelberg” die Bewohner auf, ihm alte Dokumente zuzuführen. Sie sollten archiviert werden, und so sollte die Erinnerung an die Lebenswelten der ehemaligen Bergleute wach gehalten werden.

46 Hierzu fanden sich 21 Artikel.

WAZ 17.12.96). Nun setze die Bahn darauf, das Gebäude verfallen zu lassen, „damit sich der Denkmalschutz erübrige“ (ebd.). Die Querelen zwischen dem Verein und der Deutsche Bahn AG haben schon dazu geführt, dass der Vorsitzende des Vereins von der Deutschen Bahn AG wegen „Hausfriedensbruch“ (ebd.) angezeigt wurde, weil er „am 10. März 1996 gegen ein ‚gültiges Betretungsverbot‘ für das 1988 stillgelegte Bahnbetriebswerk verstoßen habe.“ Am 19.12.1996 weiß die WAZ dann allerdings zu berichten: Die „Strafanzeige der Bahn (war) nach zehn Minuten vom Tisch“. Das Verfahren wurde wegen „Geringfügigkeit eingestellt“.

Solche Presseberichte lenken den Blick darauf, dass die Bürger in Gelsenkirchen-Bismarck offenbar sehr darauf bedacht sind, die alten Wahrzeichen der Industrieregion mit neuen Funktionen zu versehen. Sie verfolgen damit im Kleinen, was in der bundesdeutschen Presse als Strukturwandel des Ruhrgebiets angesprochen wird. Sie fördern eine lokale Identität mit der Stadt und tragen ebenfalls – wie die Berichte über die Veranstaltungen – zur Akzeptanz der Situation bei.

Doch auf den ehemaligen Zechengeländen entstehen nicht nur Gewerbe- oder Wohnflächen: Ein Zelt, in dem Theateraufführungen stattfinden, hat seinen Platz auf dem „Consol-Platz“ (WAZ 12.8.97) in Bismarck. Dabei kann sich das „Forum kunstverein“ als Initiator über Neuzugänge im Management freuen: „Zwei Expertinnen des freien Theaters (...) haben beim ‚Forum Kunstverein‘ angeheuert: Conni Sandmann und Dinah Igelski.“ (WAZ 12.8.97) Diese neuen „Leitungsmitglieder (...) verstärken die Vermarktungslinie des Gelsenkirchener Forums, das über internationale Kontakte verfügt.“ (ebd.) Hier wird vor allem die internationale Dimension herausgestellt und auf diese Weise solchen Aktivitäten ein besonderes Gewicht verliehen.

Insgesamt fällt auf, dass die Lokalpresse die Aktivitäten von Vereinen und Initiativen herausstellt, die sich darum bemühen, das kulturelle Erbe der Stadt zu pflegen und dabei gleichzeitig neue Impulse zu setzen. Da-

bei fällt allerdings ins Auge, dass solchen Initiativen durchaus Steine in den Weg gelegt werden: dies signalisiert, dass der Strukturwandel in Gelsenkirchen auch nicht ohne Konflikte mit etablierten Institutionen abgeht.

Einrichtung einer neuen evangelischen Gesamtschule in Bismarck

Der Prozess der Planung und Konzeptionierung sowie das konkrete Entstehen dieser Schule nimmt in der Lokalberichterstattung einen breiten Raum ein⁴⁸. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass diese Schule für den Stadtteil und seine Selbstdefinition offenbar bedeutsam ist.

Bereits seit 1991 wurde seitens der evangelischen Kirche darüber diskutiert, die erste evangelische Gesamtschule im Revier in Gelsenkirchen-Bismarck zu bauen. Dieser Diskussionsprozess dauerte auch deshalb sehr lange, weil vor allem die Finanzierung und das zu bebauende Grundstück in Bismarck nicht feststanden. Nachdem die Stadt Gelsenkirchen dann ein Grundstück (Laarstraße) zur Verfügung stellte, wurde ein Finanzplan entwickelt, denn die Kirche, soviel stand fest, war alleine nicht in der Lage, die Gelder für Bau und Unterhaltung der Schule aufzubringen. Am 18.11.1995 beschließt die Landessynode der Evangelischen Kirche für Westfalen (EKvW) schließlich den Bau der Gesamtschule. Ein Trägerverein soll gegründet werden, der die Darlehen aufnehmen soll. Beschlossen wird auch ein Mietmodell: Der Verein nimmt ein Darlehen auf, die Kirche zahlt eine monatliche Tilgungsmiete an den Verein. Außerdem wurde für den Plan des Schulgebäudes wurde ein Architekturpreis in Höhe von 250 000 DM seitens der Kirche, der IBA und der Stadt ausgelobt. Erst ein Jahr später, am 15.11.1996 entschließt sich die Synode auf einer längeren Tagung, die Schule zu bauen und bringt damit den langen Diskussionsprozess, ob die Schule eingerichtet werden soll, zu einem vorläufigen Abschluss. Nun beginnt in Presse und Stadt die Diskussion darüber, mit

48 In 23 Artikeln wird darüber berichtet.

welchem Konzept die Schule ausgelegt wird. Sie soll ein Integrationsmodell werden:

„Die künftige Ganztagschule soll umwelt- und stadtteilorientiert arbeiten und ausländische Schüler/innen (sic!) ebenso integrieren wie Jugendliche aus sozial schwachen Familien.“ (WAZ 16.11.96)⁴⁹

Grundsätzlich sei eine neue Schule notwendig, um die steigenden Schülerzahlen bewältigen zu können. Die RN vom 20.11.96 sprechen von einem „Schülerberg (der) auf alle Schulen zu[komme]“. Davon seien zwar augenblicklich vor allem Grundschulen betroffen, doch es müsse auch für die weiterführenden Schulen vorgesorgt werden, die die vielen Grundschüler später aufnehmen müssten⁵⁰. Die neue Gesamtschule soll also zu einer Entlastung anderer Schulen beitragen.

Eine Bürgeranhörung am 22.3.1997 zum Bebauungsplan der Gesamtschule offenbarte, dass die Anwohner die Sorge haben, die neue Schule könne Parkplatzmangel und Ruhestörung durch „Schülerautos“ verursachen (WAZ 23.01.1997).

Herausgestellt wird, dass die neuen Schule vor allem nach Vorstellungen und Plänen der ‚Beteiligten‘ gestaltet werden soll. Die RN vom 23.10.97: „Zunächst wird nur das zentrale Hauptgebäude errichtet, dann entstehen mit Unterstützung der Schüler, Eltern und Lehrer nach ökologischen Gesichtspunkten die weiteren ‚Klassenhäuser‘“. Außerdem soll die Schule als Bestandteil der IBA ein Bürgerzentrum enthalten. Auch da-

49 In einem Leserbrief an die WAZ 19.11.96 wird die Realisierung einer solchen Konzeption durch eine konfessionelle Schule von einem PDS-Mitglied in Frage gestellt.

50 Hingewiesen wird auch auf den Rückgang des Ausländeranteils. Der habe noch vor ein paar Jahren bei 70% gelegen, weswegen es einen „Alarm“ gegeben habe. Jetzt (1996) liege er im Schnitt bei 26%, in evangelischen Grundschulen bei 28,8%, in katholischen bei 12,7%. An dieser Stelle wird deutlich, dass ein ‚hoher‘ Anteil an ausländischen Kindern in (Grund-)Schulen negativ bewertet wird. Der Rückgang des Ausländeranteils ist also eine ‚Positivwendung‘.

mit wird die Partizipation des Stadtteils herausgestellt und konkretisiert, wie die Leitorientierung: Integration der Schule im Stadtteil umgesetzt werden kann.

Bei der Grundsteinlegung am 27.10.97 wird entsprechend betont, dass die Schule „multikonfessionell und multikulturell“ ausgerichtet sei. So kann ab „der 7. Klasse (...) Französisch oder Türkisch als Fremdsprache gewählt werden. Die Sekundarstufe I ist dreizügig geplant, islamischer Religionsunterricht vorgesehen.“ (WAZ 28.10.97) Die Schule „soll Begegnungsstätte für das friedliche Zusammenleben von Heranwachsenden verschiedener Nationen und Religionen, ökologischer Lernort zur Bewahrung der Schöpfung und offenes Kulturzentrum des Stadtteils werden.“ (WAZ 28.10.97)

Doch in der Presse wird auch von Vorbehalten gegenüber der Schule berichtet. So stießen manche Aussagen des Rektors Prof. Rainer Winkel auf Empörung: „Wir wollen hier keine Sonderschule auf etwas höherem Niveau“ und „Seine Ideen will er mit ‚jungen und hungrigen Lehrern‘ umsetzen.“ (WAZ 10.11.97) Diese Aussagen werden in der Weise kritisiert, dass Rainer Winkel damit indirekt sage, dass die anderen Gesamtschulen im Unterschied zu seiner eben solche Sonderschulen seien. Auch wird kritisch bemerkt, dass auch ältere Lehrer durchaus zu einer Schule gehörten, der Hinweis auf die Jugendlichkeit des Lehrerkollegiums also ältere Personen diskriminierten. (WAZ Leserbrief vom 20.11.97) In einem anderen Leserbrief wird gefragt, ob Rainer Winkel die Pädagogik neu erfinden wolle. (WAZ 11.12.97) Sein Tatendrang stößt also nicht überall auf Gegenliebe.

Doch insgesamt erfährt die neue Gesamtschule in der Lokalpresse eine positive Resonanz. Allein dem Rektor gegenüber werden Vorbehalte geäußert. Was allerdings in der Berichterstattung fehlt, ist die Schilderung konkreter sozialer Hintergründe, auf die das Schulkonzept jedoch im Kern verweist. Zwei „Problemgruppen“ werden durch diese Konzept besonders angesprochen: Sozial schwache Kinder und Kinder von Einwanderern. Wie ihr Leben im Stadt-

teil ohne die Gesamtschule aussieht, wird nicht thematisiert. Dies mag daran liegen, dass die Lokalpresse davon ausgeht, dass diese Probleme so bekannt sind, dass sie nicht in die Zeitung gestellt werden müssen.

Verkehr

In dieser Kategorie⁵¹ spielt vor allem die Verkehrsberuhigung eine zentrale Rolle: Tempo 30-Zonen, Umleitungen oder Sinn und Zweck von so genannten Kölner Tellern⁵². Solche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen werden einerseits gefordert, um die Lärmbelastigung zu stoppen und die Unfallzahlen zu reduzieren. Andererseits werden sie – vor allem von Geschäftsleuten – auch kritisiert.

In der Lokalpresse wurde z.B. über Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Gebiet Ahlmannshof ausführlich berichtet (vgl. RN 13.9.95 und 14.9.95, sowie WAZ 14.9.95). Dieses Gebiet sei zwar bereits eine 30er Zone, doch die wenigsten Autofahrer hielten sich an die Begrenzung. Damit die 30er-Zone wirksam werden kann, müsse außerdem der Schwerlastverkehr weiträumig umgeleitet werden. Dabei wird die ökologische Komponente von Verkehrsberuhigung hervorgehoben: „Der weitere Verlauf des gesperrten Stücks bis zur Kanalstraße soll später zu einem beidseitig begrünten Fuß- und Radweg umgestaltet werden.“ (RN 13.9.95) Auch die Straße „Auf der Hardt“ wurde in das Verkehrsberuhigungsprogramm aufgenommen und in eine „Vorfahrtstraße für Radler“ umgewandelt (vgl. WAZ 19. und 23.1.96).

Mitte 1997 erregt dann die Sperrung des Ahlmannshofes die Gemüter. Sie wurde wegen der großen Lärmbelastigung durch den Durchgangsverkehr angeordnet (vgl. SS 4.6.97 und 18.6.97). Die Sperrung nötigte jedoch viele Anwohner, nun die viel befahrene Bickern- und Bismarckstraße zu nutzen, um

in den Stadtteil Bismarck zu gelangen. Doch die Anwohner fühlen sich von dem restlichen Geschehen abgetrennt. So klagt eine Geschäftsfrau, dass aufgrund der Sperrung ihr Getränkemarkt auf der Straße Ahlmannshof einen Umsatzverlust von 30% zu verzeichnen habe. Aber noch ein anderes Problem beschäftigt die Anwohner:

„Am unteren Ende der Ahlmannshofs wohnen überwiegend Türken. Es laufe jeglichen Integrationsbemühungen geradezu entgegen, wenn dort durch die Straßensperung ein Ghetto entstehe. Am ersten Tag nach der Sperrung standen dort bereits eine Couch und Stühle mitten auf der Straße.“ (RN 12.7.97)

Das Problem der Straßensperung wird offenbar nicht nur als ein ökonomisches, sondern auch ein soziales angesehen. Als Stadt mit einem hohen Ausländeranteil werden auch solche Maßnahmen schnell auf soziale Auswirkungen hin abgeklopft. Dabei zeigt der Hinweis auf eine mögliche „Ghetto“-Bildung, wie sich der Einwanderungsdiskurs hier zur Geltung bringt: Die Vorstellung, Ausländer und vor allem Türken würden sich zusammenrotten und sich ‚abschotten‘, wird hier aktualisiert. Und der Hinweis auf die Möbel auf der Straße fügt noch das Bild des ‚unordentlichen Ausländers‘ hinzu.

Doch nicht nur ‚die Türken‘ werden als Problem definiert: „Andere Anwohner haben beobachtet, dass die Sperrung von Rowdies genutzt wird, um ab der Sperrung Richtung Magdalenenstraße wilde Autorennen“ zu veranstalten. (ebd.)

Eine besondere Art der Verkehrsberuhigung rief bei den Anwohnern des Trinenkamps Verärgerung hervor, über die dann in der Presse berichtet wurde: Die Straße wurde mit so genannten Kölner Tellern ausgerüstet, um den Verkehr zu verlangsamen. Diese ‚Teller‘ haben jedoch den Nachteil, dass sie großen Lärm verursachen und Erschütterungen entstehen lassen, wenn sie von Fahrzeugen passiert werden: „Die Kölner Teller lassen die Tassen im Schrank tanzen“ (WAZ 30.7.96) Zu diesem Thema fand deshalb sogar eine Bürgerversammlung statt, auf der

51 Hierzu fanden sich 32 Artikel.

52 So werden die runden Erhebungen genannt, die in Straßen einlassen werden, um die Autofahrer daran zu hindern, schneller als die vorgeschriebene Geschwindigkeit zu fahren.

sich ein SPD-Abgeordneter gegen die ‚Teller‘ wandte und der Oberbürgermeister aufgefordert wurde, die ‚Teller‘ entfernen zu lassen. Auch hier entdecken wir die Partizipationsfreude der Gelsenkirchener, wenn es um ihre direkten Belange geht.

Die Bismarckstraße als zentrale Geschäftsstraße wird in der Presse Ende 1996 zu Thema. Von ansässigen Geschäftsleuten wird beklagt, dass Dauerparker auf der Bismarckstraße ihre Kunden vom Einkauf abhalten: „Für mögliche Kunden der Einzelhändler fehlen Parkmöglichkeiten.“ (WAZ 5.11.96) Deshalb wurde der Bau von Parkplätzen vorgeschlagen, bei denen dann durch eine Parkscheibe die Parkdauer begrenzt gehalten werden könne. Am 5.12.96 vermeldet die WAZ, dass auf der Bismarckstraße „bewirtschaftete Kurzzeitparkplätze“ geschaffen würden. Die Umsetzung sei für das Frühjahr 1997 geplant (vgl. auch SS 8.1.97).

Nach dem Unfalltod eines Mädchens will eine Bürgerinitiative die Parallelstraße in Bismarck in die Verkehrsberuhigung einbeziehen (WAZ 31.5.96). Dass gerade türkische Kinder sehr häufig in Verkehrsunfälle verwickelt sind, ist für die Polizei ein Anlass, türkische Familien bei einer Veranstaltung über die Gefahren im Straßenverkehr aufzuklären (vgl. WAZ und RN 16.11.96).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Verkehrsberuhigung in der Presse ein wichtiges Thema in Bismarck war/ist. Lärmbelastung und Unfallzahlen sollten gesenkt werden, um die Anwohner der jeweiligen Straßen zu entlasten. Diese Maßnahmen stießen aber nicht nur auf Zustimmung. So wurden Umsatzverluste von Geschäftsleuten verzeichnet und eine Gefährdung der Integrationsmaßnahmen von Ausländern befürchtet. Interessant und aufschlussreich ist, dass im Stadtteil selbst Verkehrsprobleme in ihrer sozialen Dimension aufgenommen werden und auch, dass die Bürgerinnen durch gezielte Angebote ihre Interessen formulieren können.

Kommunal- und Landespolitik

Unter dieser Rubrik wurden solche Artikel gruppiert, in denen die politische Sicht auf

die Stadtteile Bismarck und Schalke-Nord in Erscheinung tritt.⁵³ Zentrale Themen sind dabei die Förderprogramme des Landes und wie die Stadt damit umgeht.

1994 stellte die Stadt Gelsenkirchen den Antrag, die Stadtteile Bismarck und Schalke-Nord in das „Förderprogramm für benachteiligte Stadtteile“ aufzunehmen. Die WAZ betont, dass „Bismarck auf der ‚Mängelliste‘ vorne(liege)“, direkt gefolgt von Schalke-Nord. (WAZ 26.11.94) Die Begründung für diesen ersten Platz folgt:

„In Bismarck liegt der Ausländeranteil mit 22 Prozent deutlich höher als in ganz Gelsenkirchen (14 Prozent). In diesem Stadtteil leben besonders viele Kinder, so dass einzelne Grundschulklassen einen Ausländeranteil von mehr als 70 Prozent haben. Die Arbeitslosenquote liegt deutlich über dem Stadtdurchschnitt von 14,7 Prozent. Und es gibt nirgendwo sonst so viele Industrie- und Gewerbebrachen.“

Hier wird die Einwanderung als starkes Argument vorgetragen: sie habe den Stadtteil in diese Krisensituation gebracht. Der Einwanderungsdiskurs hat diese Kopplung von Einwanderung und sozialer Verarmung offenbar so eindeutig formuliert, dass sich eine Erklärung des Zusammenhangs zu erübrigen scheint, weil sie ja evident ist. Doch findet die WAZ auch weitere Begründungen für die Aufnahme in das Programm:

„Hohe Umweltbelastung, schlechte Bausubstanz und niedrige Einkommen sind Merkmale, die viele Punkte auf der ‚Mängelliste‘ des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr bringen.“ (ebd.)

Die potentiellen Fördergelder seien bereits verplant, so soll u.a. ein Stadtteilbüro eingerichtet werden und der „Verein ausländische Kinder und Mütter“ sowie das Pädagogische Zentrum und das Mädchenzentrum bezuschusst werden.

53 56 Artikel sind unter dieser Rubrik notiert worden. Dabei wurden die Auffassungen der Anwohner an dieser Stelle nicht berücksichtigt, auf sie wird unter dem Stichpunkt „Perspektiven“ einzugehen sein.

Im April kommt es aus Sicht der Presse in Gelsenkirchen zu einem kleinen Eklat: Am 18.4.96 ist sowohl in der WAZ als auch in der BZ zu lesen, dass es laut Städtebauministerin Ilse Brusis im Ruhrgebiet 21 „Armut-inseln“ bzw. „Armutsviertel“ gebe, die vom Land Nordrhein-Westfalen Unterstützung erhalten. Dazu gehörten auch Gelsenkirchen-Bismarck und Schalke-Nord. Insgesamt stünden zur „Entschärfung“ dieser „sozialen Brennpunkte“, die „von hoher Arbeitslosigkeit, mangelnder Kaufkraft, Kriminalität und Überalterung“ geprägt seien, 30 Millionen DM zur Verfügung (vgl. BZ 18.4.96). Diese Aussage der Ministerin wird vom Gelsenkirchener CDU-Landtagsabgeordneten Wittke heftig kritisiert. So zitiert ihn der Stadtspiegel am 2.5.96:

„Ich fordere Sie (Ilse Brusis, d. Verf.) auf, auch im Namen der rund 24.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesen beiden Stadtteilen auf, eine solche diskriminierende Äußerung nicht zu wiederholen“. Und weiter: „In der Tat hätten Bismarck und Schalke-Nord, nicht zuletzt aufgrund der verfehlten Städtebaupolitik der Landesregierung und aufgrund von Versäumnissen des SPD-dominierten Kommunalpolitik, große Probleme. Die Äußerungen der Ministerin seien aber ein Schlag in das Gesicht all derer, die in diesen Stadtteilen wohnen und am allerwenigsten für die Probleme verantwortlich zu machen seien.“

Zudem wird die Frage aufgeworfen, ob die in Aussicht gestellten Fördermittel zur Bewältigung der Probleme überhaupt ausreichen. Hier wird deutlich, wie sich eine ‚Außenwahrnehmung‘ der Stadtteile auf die Selbstwahrnehmung auswirkt: Die Rede von den ‚Armut-inseln‘ und ‚Armutsvierteln‘ wird als diskriminierend zurückgewiesen, die Situation selbst sei einer verfehlten Landes- und Kommunalpolitik geschuldet, die in diesem Fall der politische Gegner zu verantworten habe.

Gelsenkirchen darf also auf keinen Fall mit Armut in Verbindung gebracht werden. Das gebietet die Solidarität mit den Bewohnerinnen und Bewohnern. Die Akzeptanz

mit den Stadtteilbedingungen könnten auf diese Weise unterlaufen werden. Aufgrund von politischen Erwägungen, um an Fördermittel zu kommen, ist es aber sinnvoll, diese Armut und Bedürftigkeit zuzugeben. Das geschieht in diesem Fall dadurch, dass dem politischen Gegner die Schuld für die Misere zugeschrieben wird.

Die Frage danach, ob die Fördermittel ausreichen und welche Folgekosten sie verursachen, wird auch in einem Artikel der WAZ am 4.5.96 gestellt. Es handelt sich um einen Bericht über den ‚Arbeitskreis Bismarck/Schalke-Nord‘. Zitiert wird der SPD-Vorsitzende Dieter Rauer:

„Niemand will bestreiten, dass Bismarck Defizite hat; aber was ist, wenn sich die Projektförderung dem Ende zuneigt?“

Statt von Armutsvierteln spricht der SPD-Vorsitzende hier etwas behutsamer von „Defiziten“.

Die Frage stelle sich vor allem in Anbetracht der Vielfalt der zu fördernden Projekte: Gesundheitshaus, Jugendinformationszentrum, Kurse, Frauenzeitung und Radiosender vom Verein türkischer Lehrer und Erzieher im Ruhrgebiet (RUTEB), oder ein Mädchenzentrum, die die Lebenssituation von Mädchen in Bismarck verbessern soll. Die Einrichtung dieses Mädchenzentrums wurde dabei problematisiert: „Kann das Mädchenzentrum dann auf eigenen Füßen stehen? Oder sollte man nicht lieber im Vorfeld darüber nachdenken, ob man jetzt auch noch geschlechtsspezifisch institutionalisieren muß“. So wird ein CDU-Mitglied zitiert. In diesem Artikel wird zudem darauf hingewiesen, dass die Probleme, die in Bismarck bestehen, auch in anderen Stadtteilen aufzufinden sind, wie in Horst oder Hassel, die aber förderungstechnisch „in die Röhre gucken“.

Seitens der CDU wird kritisiert, dass der o. g. Arbeitskreis „fast ausschließlich aus direkt gewählten Stadtverordneten bestehen“ sollte (WAZ 4.5.96). Die Christdemokraten fühlen sich übergangen und monieren das Vorgehen der SPD als „undemokratisch“. Die SPD habe sich jedoch für diese Vorge-

hensweise entschuldigt.

Am 18.12.96 vermeldet die WAZ, dass die Bezirksregierung in Münster „knapp eine Million Mark Landesmittel zu Stadterneuerung in Bismarck und Schalke-Nord“ bewilligt habe. „Damit wird die Förderung von Einzelmaßnahmen wie Stadtteilbüro, Jugendinformationszentrum und Gesundheitszentrum fortgesetzt, die zusammengefaßt sind in einem Stadtteilprogramm.“ (ebd.) Am 16.12.96 hatte die RN berichtet, dass das MAGS 500.000 DM für ‚Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf‘ zur Verfügung stellen würde. Davon würden auch Bismarck und Schalke-Nord profitieren⁵⁴.

Aus den Armutsvierteln bzw. -inseln sind nun Stadtteile mit Defiziten geworden, die einen „Erneuerungsbedarf“ aufweisen. Anfang 1997 erhält das Problem einen neuen Namen, aus dem alles Negative verbannt ist: „Stadterneuerung NRW stärkt Standortfaktor Lebensqualität“ (RN 27.2.97). Was darunter zu verstehen ist, wird im Folgenden deutlich: Es handele sich um einen „Schwerpunkt (...), der auf eine Integration von Stadtentwicklung, Kultur und Sport zielt“. (ebd.) Am selben Tag wird in den RN auch vom „Stadterneuerungsgebiet Bismarck/Schalke-Nord“ gesprochen.

So ist innerhalb eines Dreivierteljahres das Problem, salopp gesagt, positiv geredet worden. Die Zumutung, in einem unterprivilegierten Stadtteil zu leben, ist von den Bewohnern, vertreten durch ihre Politiker, abgewiesen worden. Um aber auch die Fördermittel nicht gänzlich verzichten zu müssen, wird aus der Not eine Tugend und der Stadtteil wird erneuert.

54 Die Höhe der Fördermittel variiert in den einzelnen Artikeln, es tauchen unterschiede Zahlen auf, wenn konkrete Summen genannt werden. In einem Artikel der RN taucht die Zahl 387 Millionen auf, in einem anderen Artikel der RN desselben Tages wird von 367 Millionen DM berichtet. Am 27.2. berichtet die RN, dass es sich bei der Nennung der Zahlen um einen Fehler gehandelt habe, es würden nur fünf Millionen Mark gezahlt. Offenbar ist den Lokalreporter nur wichtig, dass es um viel Geld geht.

Insgesamt wird in der Lokalpresse kontinuierlich über die verschiedenen Förderungen berichtet. Dabei wird zumeist auf die Höhe der Fördermittel und auf Projekte, die damit gefördert werden sollen oder auf konkrete Baumaßnahmen oder Strukturpläne eingegangen. (Vgl. hierzu auch WAZ 27.2.97 „Neue Farbe für alte Brachen“ und „Millionen DM vom Land NRW“.)

Den Fördermitteln des Landes auf der einen Seite stehen auf der anderen Seite kommunale Kürzungen in vielen Bereichen gegenüber. So berichtet die WAZ am 19.10.95, dass in Gelsenkirchen die „Zahl der Stellen für das Beschäftigungsprogramm ‚Arbeit statt Sozialhilfe‘ (ASS) von 75 auf 53 reduziert wird.“ Das bedeute, dass in vielen Bereichen in Gelsenkirchen diese Stellen nicht mehr besetzt werden. Diese Kürzung sei jedoch nicht die einzige. Angekündigt seien auch Einsparungen bei der „Förderung von Behindertenwerkstätten, Berufsbildungswerken für Behinderte sowie in der allgemeinen Fortbildung und Umschulung geben.“ (WAZ 20.5.95) Auch bei Umbauten von Krankenhäusern, der Anschaffung von Krankenwagen, dem Ausbau von Landstraßen etc. müsse gespart werden. Die einzelnen Ressorts könnten zwar an ihren Programmen festhalten, müssten jedoch an anderer Stelle einsparen. Als Folge wird befürchtet: „Wenn diese Kürzungen durchkommen (...), können manche Kommunen mit ihren Projekten einpacken“.

Nach den Kürzungsbeschlüssen müsse auch in Bismarck gespart werden. So sei z.B. die Sanierung der Sanitäreinrichtungen des Adamshofes aus dem Vermögenshaushalt gestrichen. Es werde jedoch nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten gesucht (vgl. WAZ 3.11.95).

In der Presse wird auch thematisiert, dass Änderungen im Arbeitsförderungs-gesetz negative Wirkungen auf die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zeitigen. Durch die Kürzungen würden viele Stellen wegfallen, „weil freie und öffentliche Träger nicht in der Lage wären, die vom Bund vorgesehene Kürzung der Bemessensgrundlage (...) aufzustocken.“ (WAZ 13.11.96) Durch

den Wegfall von ABM-Stellen werde die Arbeitslosenzahl stark ansteigen. Die SPD-Fraktion wolle „eine Resolution einbringen, die die Bundesregierung auf die besondere Lage der Stadt aufmerksam machen soll.“ (RN 13.11.96) Die Kürzungen in der Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hätten für die GAFÖG fatale Folgen. (Vgl. WAZ 17.4.97.) Sie müsse zum Jahreswechsel 8 Mitarbeiter entlassen, sowie AB-Maßnahmen abbauen.

Wichtig zu erwähnen ist auch, dass bei der Berichterstattung über Sitzungen, an denen Vertreter verschiedener Parteien teilgenommen haben, häufig darauf hingewiesen wird, dass es zwischen den Vertretern der Parteien Querelen gegeben habe. Diese an sich nicht ungewöhnliche Situation kann jedoch in der Bismarcker Bevölkerung den Eindruck hervorrufen, es ginge den Parteien mehr um ihre eigene Profilierung als um die Bewältigung der Probleme.

Zusammenfassend kann man sagen, dass im Bereich der lokalen und kommunalen Politik zwar durchaus zu erkennen ist, dass eine Förderung der Stadtteile Bismarck und Schalke-Nord angestrebt und bewilligt wird (auch der Erhalt der Consol-Gebäude wird beratschlagt, vgl. RN 29.4.97, WAZ 22.4.97 sowie SS 23.4.97), doch stehen die Kürzungen in vielen Bereichen den Förderungen des Landes als Gegengewicht gegenüber. Es wird der Eindruck vermittelt, dass die Kürzungen die Förderungen beeinträchtigen oder sogar nivellieren.

Auffallend aber ist vor allem der widersprüchliche Umgang mit dem Problem, als Stadtteil einerseits Anspruch auf Fördermittel erhalten zu wollen, andererseits aber nicht als armer, sozial vernachlässigter Stadtteil aufzutreten. Dieser Widerspruch ist – nicht nur in Gelsenkirchen – dadurch entschärft worden, dass die Stadtteile nun als eigentlich intakt, aber verbesserungsfähig dargestellt werden. Trotzdem ist festzuhalten, dass das schlechte Image der Stadt – wenn es offen artikuliert wird – offenbar in der Lage ist, die Gefühle ihrer Bewohner in Wallung zu bringen. Die Akzeptanzbeschaffung kann also offenbar – auch aufgrund dieses Wider-

spruches – nicht grenzenlos. Die Schönrede- rei kann auch deshalb nicht zu weit getrieben werden, angesichts der faktischen Erfahrungen der Bewohnerinnen und Bewohner.

Wirtschaft

In dieser Kategorie steht – natürlich – das Thema Arbeit an erster Stelle.⁵⁵ Dabei wird auf die weiter steigenden Arbeitslosenzahlen von Gelsenkirchen (bis auf 16%) verwiesen (vgl. WAZ 9.8.95, RN 9.2.96 und WAZ 11.4.96). Im Zusammenhang damit stehen die Artikel, die von Maßnahmen berichten, mit denen der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden soll. Hier spielen vor allem AB-Maßnahmen eine große Rolle. Hier ist in den letzten Jahren entscheidend gekürzt worden, und die damit verbundenen Schwierigkeiten sind in der Presse immer wieder thematisiert worden. (Vgl. z.B. WAZ 6.7.95).

Die Kürzungen bei den ABM-Förderungen haben dazu geführt, dass weniger Stellen eingerichtet werden konnten. Allein in Gelsenkirchen befürchtete man die Reduzierung von 1360 auf nur noch 400 Stellen. Das trüge zum Sozialabbau in breiter Form bei. Doch nicht nur die Kürzungen selbst bereiten Probleme: Um in eine solche Maßnahme aufgenommen zu werden, müsse man mindestens 12 Monate arbeitslos gewesen sein. Damit aber würden sehr viele Kurzarbeitslose aus den Maßnahmen ausgeschlossen, für die wiederum das Sozialamt aufkommen müsse (vgl. WAZ 22.8.96). Es sei zu befürchten, „dass immer weniger Arbeitslose ABM-berechtigt werden sowie qualifiziertere Berufsgruppen durch die Erhebung einer monatlichen Beitragshöchstgrenze komplett durch das Raster fallen.“ (WAZ 13.11.96)

Angesichts dieser Situation macht sich auch in der Lokalpresse eine gewisse Ratlosigkeit breit. Umso begieriger scheinen die Ansätze aufgenommen zu werden, die von verschiedenen Organisationen zur versuchsweisen Abfederung des Problems entwickelt und zum Teil auch erfolgreich durchgeführt

⁵⁵ Insgesamt sind 31 Artikel ausgewertet worden.

wurden.

So bot das Jugendamt das Projekt „Arbeiten und Qualifizieren“ für „junge Menschen, die keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle gefunden haben“ (WAZ 21.9.95). Wie dieses Projekt konkret aussieht, wird zwar nicht deutlich, doch werden eine Reihe von Ausbildungsberufen genannt, für die man sich in diesem Projekt offenbar qualifizieren kann: „Kinderpflegerin, Farb- und Raumgestaltung, Bauhelfer, Garten- und Landschaftsbau, Pflege und Hauswirtschaft.“ (WAZ 21.9.95)

Am 24.10.95 vermeldet die WAZ, dass durch eine Bewilligung in Höhe von 400.000 DM durch das Landesarbeitsamt eine weitere Stelle bei der GAFÖG finanziert werden könne: Sie könne einen „Mitarbeiter, der in Firmen im Bereich des Arbeitsamtsbezirkes um feste Stellen für Leiharbeiter wirbt“, einstellen. Arbeitslose erhalten Arbeit, um anderen Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen.

Auch von ‚außen‘ kommen potentielle Arbeitgeber nach Bismarck, worauf die Presse hinweist: Eine Essener Firma „wird sich auf dem alten Eisen- und Metall-Gelände in Bismarck ansiedeln“ (WAZ 15.11.95). Diese Firma beschäftige 20 Vollzeitkräfte und eine Anzahl von Aushilfen. Außerdem kündige sie an, drei Bürokaufleute auszubilden.

Die GABS (Gesellschaft für Arbeitsförderung, berufliche Bildung und Soziokultur) eröffnete am 22.8.96 das „andere Kaufhaus in Schalke“ (WAZ 23.8.96). Dieses Kaufhaus verkaufe Antiquitäten, Möbel, Second-Hand-Ware u. ä., aus eigener Produktion. In dem Gebäude in Schalke sind die GABS und mehrere angeschlossene Projekte angesiedelt: „Die Abteilung berufliche Bildung will sich mit Maßnahmen der betrieblichen Ausbildungsförderung und überbetrieblicher Ausbildung in den Bereichen Garten- und Landschaftsbau, Bau- und Innenausbau sowie Sozialpflege (...) etablieren.“ (ebd.) Diese Maßnahmen werden vom Arbeitsamt getragen. „Durch ihre ‚kräftige Expansion‘ (...) weise die GABS im Geschäftsjahr ’96 immerhin rund 240 Mitarbeiter, 520 Teilnehmer und 111 Auszubildende auf.“ (ebd.)

Doch nicht nur den ‚normalen Arbeitslosen‘ soll in wirtschaftlicher Hinsicht geholfen werden, auch der Weg in die Selbständigkeit soll erleichtert werden: Ein Seminar in Bottrop von der „Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung“ (RN 25.6.96) hilft bei Fragen in Bezug auf die Selbständigkeit. Ob und welche Chancen Existenzgründer in Gelsenkirchen haben, thematisiert ein Artikel vom 22.8.96 in der WAZ dar. Berichtet wird über eine Fachkonferenz, bei der Existenzgründer oder solche, die es werden wollten, mit Vertretern aus verschiedenen Wirtschaftszweigen diskutieren konnten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass in der Lokalpresse über Kürzungen, die zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen, berichtet wird. Doch es werden auch die Einzelaktivitäten und Maßnahmen besonders hervorgehoben, mit denen wenigstens einige Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Dadurch vermittelt die Lokalpresse das Gefühl, es geschieht etwas und trägt mit zur Befriedigung der Bevölkerung bei.⁵⁶

Projekte zum Strukturwandel

Unter dieser Kategorie haben wir solche Artikel gefasst und ausgewertet, die über Projekte zum Strukturwandel allgemein, aber auch zur Organisation in den Stadtteilen Bismarck und Schalke-Nord berichten.⁵⁷ Im Unterschied zum Stichpunkt ‚Arbeit‘ geht es hier aber nicht um die Problemlösung in Be-

56 Es soll hier nur kurz darauf hingewiesen werden, dass dies nicht als Kritik an der Lokalpresse formuliert wird. Es geht uns um die Herausarbeitung der Effekte, die durch die Berichterstattung ausgelöst werden. Selbstverständlich kann die Lokalpresse ein Problem, an dem die Gesellschaft seit nunmehr über zwanzig Jahre arbeitet, nicht bewältigen. Dennoch ist die Aussage wichtig, weil sie den Diskurs im Stadtteil mit formuliert und auch auf die Bewohnerinnen und Bewohner ihre Auswirkungen hat.

57 Insgesamt wurden 159 Artikel ausgewertet. Damit enthält diese Rubrik anteilmäßig die meisten Artikel, was darauf hindeutet, dass auf Projekte und Veränderungen im Stadtteil sehr großen Wert gelegt wird.

zug auf Arbeitslosigkeit, sondern um Projekte im Stadtteil, die diesen in anderen Hinsichten verändert und erneuern sollen. Auffallend ist, dass in der Presse immer wieder daraufhin gewiesen wird, die Bürgerinnen und Bürger von Bismarck und Schalke-Nord sollten sich an diesen Projekten beteiligen. Hier scheint offenbar nicht allein ein ernstzunehmendes Problem vorzuliegen, sondern mit diesen Hinweisen werden auch bestimmte diskursive Effekte erzielt, auf die zu achten ist.

Das Stadtteilbüro in Bismarck spielt bei der Projektplanung und -durchführung eine wichtige Rolle, es wird als „Anlauf- und Koordinierungsstelle der verschiedenen Projekte und Aktivitäten in Bismarck“ bezeichnet (BZ 1.12.94). Als wichtiges Ziel des Büros gilt: „Die Bewohner des Stadtteils werden nicht überplant, sie sollen vielmehr die Ideen liefern für ihre Nachbarschaft.“ (RN 21.12.94)

Am 11.7.95 vermeldet die RN: „Stadtteilbüro in Bismarck ist ab sofort besetzt“. Die Mitarbeiter in diesem Büro

„betreuen laufende Maßnahmen (z.B. die Umgestaltung des Spielplatzes an der Roßbergstraße), unterstützen sozialarbeiterische Projekte (z.B. an Schulen und bei Wohlfahrtsverbänden) oder beraten Mieter und Hauseigentümer zu Förderungen bei Sanierungen.“

Das Büro verstehe sich als ein Verbindungsglied zwischen den Bewohnern und Verwaltung. Vor allem soziale Probleme, die zur Aufnahme in das Projekt zur Förderung von „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ geführt haben, sollen angegangen werden:

„Baulich-räumliche Mißstände (alte Bausubstanz, großer Sanierungsbedarf) und soziale Probleme (hohe Arbeitslosigkeit und hoher Ausländeranteil – in Bismarck 15 bzw. 25 Prozent“⁵⁸

Speziell Jugendliche sollen von dem Projekt

58 Vgl. zu den weiteren Arbeitsbereichen des Stadtteilbüros auch WAZ 11.7.95 und BZ 11.7.95, sowie WAZ 15.9.95, 21.10.95.

„Julius B.“ (Jungsein und leben in unserem Stadtteil Bismarck/Schalke-Nord) angesprochen werden, das im Oktober 1996 seine ‚Eröffnungsfeier‘ beging. Julius B. verstehe sich als Instanz zur Vernetzung verschiedener Organisationen der Jugendarbeit. An erster Stelle bei der Planung stünden die Interessen der Jugendlichen (vgl. BZ 10.10.96). Angebote des Projekts seien u. a. Training am Computer, Bewerbungen schreiben lernen oder mit dem Internet arbeiten. Auch die Gestaltung von Spiel- und Sportstätten stehe auf dem Programm (vgl. WAZ 10.10.96).

Die Umgestaltung von Spiel- und Sportstätten ist auch das Thema einiger Artikel, in denen darauf hingewiesen wird, dass die Umgestaltung nach Plänen der Beteiligten erfolgte, bzw. dass sie von arbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen durchgeführt wurde (vgl. RN 11.3.95, 11.4.96, sowie WAZ 12.4.96 und RN 25.4.97).

Als ein weiteres wichtiges Projekt wird in der Lokalpresse das IBA-Projekt positioniert, bei dem potentielle Eigenheimbesitzer finanziell unterstützt werden sollen, die ihre Häuser selbst bauten. Ziel war es, potentielle Eigenheimbesitzer zum Selbstbau anzuregen, um weiteren Wohnraum zu schaffen. Dabei sollten vor allem solche ‚Selbstbauer‘ angesprochen werden, die sich sonst kein Eigenheim leisten könnten. In Bismarck sollten

„im ersten Bauabschnitt 20 und im zweiten acht Holz-Einfamilienhäuser entstehen. (...) Ein Haus mit etwa 80qm Wohnfläche kostet hier etwa 230 000 DM, eines mit 103qm rund 300 000 DM. Damit liegt dieses Projekt um rund 100 000 DM unter den ortsüblichen Verkaufspreisen“ (WAZ 10.10.95, vgl. auch WR 10.10.95).

Die Bandbreite der Projekte zur Förderung der Stadtteile Bismarck und Schalke-Nord ist sehr groß. Die Projekte reichten von der Einrichtung eines Marktes auf dem Bürgerplatz mit niedrigen Standgebühren und Beteiligung der Händler an der Säuberung (WAZ 5.7.95), den Angeboten des ‚Fids‘ (Familie in der Schule, WAZ 15.6.96), über das Jugendmagazin ToGether (WAZ

26.7.96), der Arbeit des Kontaktzentrums, das einen Streetworker beschäftigt (WAZ 22.8.96), bis zum eingerichteten Mädchenbüro, das sich speziell mit den Problemen von Mädchen und jungen Frauen beschäftigt (taz 13.9.96, WAZ, BZ, RN 1.10.96).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in der Lokalpresse lebhaft über eine große Anzahl von Projekten berichtet wird, die in Bismarck zum Strukturwandel bzw. zur allgemeinen 'Umstrukturierung' beitragen sollen. Dabei wird vor allem immer wieder betont, dass die meisten dieser Projekte eine aktive Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner wünschten. Es gehe um ihre Bedürfnisse, die von ihnen artikuliert werden müssten. Die Bürgerinnen und Bürger sollten ihre Wünsche und Ideen einbringen und sich an konkreten Umsetzungen beteiligen. Die Vehemenz, der hier die Bürgerbeteiligung einfordert wird, lässt jedoch auch noch auf etwas anderes schließen. Hier wird den Bewohnerinnen und Bewohnern ein Gefühl vermittelt, es ginge um ihre eigenen Angelegenheiten. In Verbindung mit den bereits herausgearbeiteten Akzeptanzstrukturen, die sich im Lokalpressediskurs niederschlagen, trägt dieses Gefühl weiter dazu bei, die Situation im Stadtteil als angenehm und lebbar anzunehmen.⁵⁹ Wenn man zudem in Betracht zieht, dass die Projekte meistens durch öffentliche Gelder finanziert oder gefördert werden, so kann aus der Berichterstattung über diese Projekte auch geschlossen werden, dass sich hier die Verantwortlichen quasi über die Lokalpresse die Legitimation ihrer Aktivitäten organisieren.

Zusammenleben im Stadtteil (Ausländer und Eingeborene, jung und alt)

Unter dieser Kategorie haben wir die Artikel gefasst, die sich im engeren Sinne mit dem Zusammenleben verschiedener Gruppen im

⁵⁹ Andererseits machen die Betonungen der Bürgerbeteiligungen aber auch deutlich, wo offenbar das wichtigste Potential zur Veränderung des Stadtteils gesehen wird: Bei den Bürgern selbst.

Stadtteil befassen.⁶⁰ Selbstverständlich spielen in das Bild, das die Presse hiervon zeichnet, die Berichte über die bereits angesprochenen Projekte und Veranstaltungen hinein. Dabei ist das Gemeinschaftsgefühl, das durch diese Berichte hergestellt wird, besonders zu betonen. Wie wird aber das Zusammenleben aus Sicht der Presse gewertet?

Die Lokalpresse betont vor allem das Zusammenleben von Eingeborenen und Personen nicht-deutscher Herkunft. Hier scheint ein Konfliktpotential vorzuliegen, bei dem die Konfliktgründe vorrangig in der unterschiedlichen Herkunft und der (oft nur unterstellten) anderen Lebensweise gesehen werden. Ein paar Beispiele:

- RN 28.9.95: „Ausländer sollen Wand an Wand mit Deutschen bauen“. Hier geht es um ein Neubauprojekt, das das Zusammenleben von Ausländern und Deutschen „verbessern“ soll. Offensichtlich liegt hier Bedarf vor, der jedoch nicht expliziert wird. Dass aber Deutsche und Ausländer zusammenwohnen sollen, verweist darauf, dass in der Herkunft der Personengruppen beim Zusammenleben ein Problem gesehen wird.
- WAZ 22.1.96: „Türkischer Freizeit-Club kämpft um Vereinsheim“. In diesem Artikel werden die Aktivitäten des Vereins beschrieben, der sich um Jugendliche kümmern will, die offenbar keine Ansprache haben: „Wir wollen die Jugendlichen von der Straße holen und ihnen eine sinnvolle Beschäftigung geben.“ Der Verein befindet sich in einer „rein türkischen Siedlung“. An dieser Stelle muss die Frage nach einem tatsächlichen ‚Zusammenleben‘ gestellt werden. Auch hier wird wieder die Herkunft der Personen angesprochen.

Dass das Zusammenleben nicht konfliktfrei verläuft, dokumentiert sich auch in der Berichterstattung über die Einrichtung des „Büros für Gleichberechtigung, gegen Diskriminierung und für interkulturelle Kommunikation“, über das die RN berichtet. (Vgl. RN 11.3.96) Sie macht deutlich, dass hier Handlungsbedarf vorliegt.

⁶⁰ Ihr liegen 38 Artikel zugrunde.

Konflikte bereitete auch der Beschluss des BVG, dass ausländische Mieter – im Unterschied zu deutschen – eine Satelliten-schüssel an Miethäusern anbringen dürften, damit sie Sender aus ihrem Herkunftsland empfangen können. Die deutschen Mieter fühlten sich „ausgegrenzt“ (WAZ 16.4.96) und ungleich behandelt (WAZ 23.4.96).

Positiv hervorgehoben werden die Aktivitäten des Deutsch-Türkischen Freundeskreises, der sich sehr um das Zusammenleben zwischen Deutschen und Türken bemüht (vgl. SS 4.12.96).

Auch das Angebot eines Türkisch-Kurses des MiB-Miteinander in Bismarck seien von den Bewohnerinnen gern angenommen worden. Die Teilnehmer dieses Kurses seien offenbar sehr daran interessiert, ein Zusammenleben positiv zu gestalten (SS 23.7.97).

Andersherum wird auch die Sprachförderung bei Ausländern positiv gewertet: An fünf Tageseinrichtungen für Kinder und an fünf Grundschulen sollten Sprachförderkurse etabliert werden, um ausländischen Kindern das Erlernen der deutschen Sprache zu erleichtern (WAZ 6.8.97).

Doch nicht nur das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern scheint ein wichtiger Punkt zu sein, über den in der Lokalpresse diskutiert wird, auch das Zusammenleben zwischen Alt und Jung wird thematisiert. Angeboten wird z.B. eine Beratung für „Senioren“ im Stadtteilbüro zu Sport- und Freizeitmöglichkeiten und ärztlicher Versorgung (WAZ 15.9.96 und 21.10.95) Im Unterschied jedoch zu dem Zusammenleben von Aus- und Inländern werden von der Presse hier keine Probleme zwischen jung und alt angesprochen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich in Bezug auf das Zusammenleben im Stadtteil durchaus ein Handlungsbedarf artikuliert. Die Berichte über verschiedene Projekte lassen auf eine Mangelsituation, die abgestellt werden soll. Wie diese Konflikte jedoch konkret aussehen, darüber wird in den Artikeln nichts ausgesagt, wenn man von den Hinweisen auf mangelnde Sprachkenntnisse und Isolation in Wohngebieten einmal absieht. Genaues Hinsehen würde die Situa-

tion im Stadtteil möglicherweise als nicht so angenehm erscheinen lassen. Hinzu kommen die zahlreichen Notizen und Berichte über Veranstaltungen, die ein Gemeinschaftsgefühl herstellen, das durch kritische Berichte nur gestört würde.

Perspektiven: Wie sehen Einwohnerinnen ihren Stadtteil?

Sehr eng mit der Wahrnehmung des sozialen Lebens im Stadtteil durch die Lokalpresse sind die Perspektiven und Wünsche verknüpft, die die Anwohner artikulieren und die dort ihren Niederschlag finden.⁶¹

So wurden z.B. die Bewohner des Adamshofs nach Mitteilungen der Presse bei der Planung zur Umgestaltung beteiligt. Die RN berichten am 13.10.95, da die Mitarbeiter des Stadtteilbüros erkennen sollten, „wo die Probleme liegen und mit den Bewohnern gemeinsam nach Lösungen suchen. Diese sollen nicht einfach ‚überplant‘ werden.“ Der Adamshof ist eine städtische Obdachlosenanlage, die unter einem sehr schlechten Ruf leide, unter anderem auch wegen des „katastrophalen Zustand(es)“:

„Es geht heutzutage einfach nicht mehr an, dass es für einen gesamten Häuserblock nur ein Badezimmer zentral im Keller gibt.“

61 In dieser Rubrik fanden sich 12 Artikel. Diese relativ geringe Anzahl erstaunt deshalb, weil die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Veränderungsmaßnahmen doch in der Lokalpresse sehr betont wird und man eigentlich davon ausgehen kann, dass in diesen Zusammenhängen Perspektiven und Bedürfnisse artikuliert werden.

In dieser Kategorie finden sich thematisch einige Überschneidungen mit den Bereichen „kommunale und Landespolitik“ sowie „Projekte/Strukturwandel“. Der Unterschied zu diesen Kategorien liegt darin, dass im Folgenden die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger aus Bismarck/Schalke-Nord besonders hervorgehoben werden. Während in anderen Kategorien vor allem Politiker und Unternehmer oder Stadtplaner die Umgestaltung der Stadtteile forderten und planten, steht hier die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt.

Die Anlage solle modernisiert werden. Das, so das Stadtteilbüro, könne jedoch nur Schritt für Schritt geschehen.

Auch an Stadtteilkonferenzen sollen Lokalberichten zufolge die Bürger beteiligt werden. Bei der Berichterstattung über die erste Stadtteilkonferenz für Bismarck/Schalke-Nord zeigt sich jedoch die Brüchigkeit der von den Lokalmedien verfolgten Diskursstrategie. Während die BZ (Buersche Zeitung) am 16.11.95 in ihrer Artikelunterschrift schreibt: „1. Stadtteilkonferenz für Bismarck und Schalke-Nord‘ brachte viele konkrete Verbesserungsvorschläge“ und die Veranstaltung dort als „Riesenerfolg“ gefeiert wird, titeln die RN am selben Tag: „Statt Ideen von Bürgern hagelt es Beschwerden“. Dabei handele es sich bei den „Verbesserungsvorschlägen“ und den „Beschwerden“ um ein und dieselben Themen: Es ging um die Umwandlung eines brachliegenden Geländes in eine Spielwiese, um die Vorfahrtsregelung am Trinenkamp, um die Verbreiterung von Radwegen u. ä.

In den RN wird das Verhalten der anwesenden Bewohner so dargestellt: Sie hätten die Veranstaltung dazu genutzt, „um ihrem Ärger (...) Luft zu machen.“ Von Verbesserungsvorschlägen hier keine Spur. Der Kommentar am selben Tag bezeichnet das Verhalten der Bürger sogar als „Miesmacherei“. Und weiter:

„Es ist eben einfacher, besagte Mißstände im kollektiven Rundumschlag der Politik anzukreiden, als konstruktiv die gebotene Chance zu nutzen.“

Hier scheint sich eine Enttäuschung darüber zu artikulieren, dass die Bürgerinnen und Bürger das Angebot der Stadt offenbar nicht so nutzen, wie es die Presse für richtig hält. Dabei sollte doch jeder, der ernsthaft an einer Bürgerbeteiligung von interessiert ist, damit rechnen, dass bei solchen Gelegenheiten auch Ärger abgeladen wird. Außerdem bedeuten offene Diskussionen immer auch, dass unterschiedliche Meinungen ausgetragen werden. Wer jemanden in dieser Weise ‚abkanzelt‘, kann sicher sein, dass die Bürgerinnen und Bürger, die diesen Artikel le-

sen, auf das Angebot einer Beteiligung zukünftig verzichten werden. Und das mag möglicherweise auch beabsichtigt sein. Zumindest macht diese Reaktion der Lokalpresse deutlich, was weiter oben bereits herausgearbeitet worden ist. Die Beteiligung der Bürger ist nicht wirklich gewünscht, sie wird nur als Möglichkeit hervorgehoben, um die Aktivitäten im Stadtteil als demokratisch zu legitimieren. Der reale Effekt ist, dass eine soziale Befriedung stattfindet, die in Verbindung mit Sozialabbau und Arbeitslosigkeit so wirkt, dass alles so bleibt wie es ist.

Ganz anders beschreibt die WAZ die erste Stadtteilkonferenz in Bismarck: „Engagiert trugen die Anwesenden ihre vielschichtigen aber sehr konkreten Anliegen vor“. Der „Gesprächsbedarf zwischen Bürgern und Stadt (sei) mehr als deutlich“ geworden. (WAZ 16.11.97)

In allen Artikeln wird übrigens die Beteiligung von Frauen der türkischen Frauengruppe Hagemannshof positiv hervorgehoben, die ein türkisches Buffet anboten. Das Zusammenleben von Türken und Deutschen wird nicht als problematisch definiert. Die BZ schreibt: „Das Zusammenleben deutscher und ausländischer Bürger ist für Bismarck kein Problem. So boten bei der Stadtteilkonferenz türkische Frauen des Kochkurses der Realschule Hagemannshof zehn verschiedene Gerichte kostenlos an.“ Inwiefern dies als Indiz für das gute Zusammenleben gelten kann, wird nicht artikuliert.

Die Stadtteilkonferenz habe gezeigt, dass es tatsächlich Erneuerungsbedarf in Bismarck und Schalke-Nord gibt, dass sich die Bewohner über Missstände durchaus im Klaren sind und dass sie Veränderungen fordern. Dabei sollen sie, wie die Konferenz betonte, an den Veränderungen aktiv mitarbeiten.

Bei Aktionen zur Veränderung in den Stadtteilen kommen vor allem Jugendliche zu Wort. Es wurde eine Anzahl von Veranstaltungen angeboten, bei denen die Jugendlichen ihre Perspektiven und ihre Wünsche darstellen konnten:

- WAZ 12.4.96: Im Rahmen eines Pro-

gramms des Alfred-Zingler-Haus gestalteten Kinder eine Plakatwand unter dem Motto „Ich wünsch’ mir was“. „Auf der Wunschliste stehen ein Bauernhof, ein sauberer (!) Spielplatz, viele Sportplätze, eine Rollschuhbahn, ein sauberer Wald sowie schöne Gärten, ein Vergnügungspark und gut ausgebaute Radwege.“

- WAZ 15.4.96: Die „Falken“ haben ein Projekt betreut, in dem Jugendliche einen Film über ihren Stadtteil gedreht haben. „Die Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren stellen ihre nächste Umgebung vor (,Hier ist unsere Hollywood-Schaukel, die haben wir vor drei Jahren von unserer Oma geschenkt bekommen.‘), geben Einblicke in ihre Träume (,Ich will später eine Tochter haben und einen Mann, der reich ist.‘) und zeigen Impressionen aus Bismarck.“ Die Forderungen nach Veränderungen lauten: „Mehr Jugendcafés, Discos und Bauspielplätze.“

Es wird deutlich, dass es vor allem bauliche Veränderungen sind, die nach Angaben der Presse von den Jugendlichen gewünscht werden. Konflikte werden nicht thematisiert, auch nicht die Gründe, warum mehr Discos und Cafés gewünscht werden. Es scheint, als gebe es für Jugendliche in Bismarck und Schalke-Nord keine Möglichkeiten zur organisierten Freizeitgestaltung, wie öffentliche Treffpunkte in speziellen Gebäuden.

Ein Jahr später, am 16.4.97, meldet die WAZ, dass sich in dieser Hinsicht doch viel getan habe. Es geht um die Vorführung eines Films, der von Jugendlichen in Bismarck gedreht wurde und der ermitteln sollte, welche Angebote es im Stadtteil für Kinder und Jugendliche gibt. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass es eine Reihe von Institutionen gebe, die vor allem die Interessen von Jugendlichen vertreten:

„Sie (...) richteten Kamera und Mikrophon auf Mitarbeiter des Steinhoff-Hauses, des Projekts JULIUS B., der Jugendgerichtshilfe, des Mädchenbüros, der Drogenberatung und des Pädagogischen Zentrums (PädZe).“

Interessant war auch ein anderes Ergebnis: In diesem Film wurde die Befragung

aufgenommen, die die Jugendlichen durchgeführt hatten. Dabei stellte sie heraus, dass die meisten Befragten keine „konkreten Einrichtungen“ in ihrem Stadtteil nennen konnten. (ebd.)

Im November 1997 titelt ebenfalls die WAZ: „Jugendliche klagen: Bismarck bietet ihnen kaum etwas“. Vorgestellt wird ein Projekt, das nach zweijähriger Arbeit von 35 Schüler^{innen} der Realschule Hagemannshof fertig gestellt wurde. Das Projekt wurde ausschließlich mit Mädchen durchgeführt, da „bei der laufenden ‚Bürgerbeteiligung‘ (...) die Interessen der Frauen und Mädchen zu kurz (kommen), und gerade die sind es, die sich am längsten im Stadtteil aufhalten“. Die Schüler^{innen} fordern u. a. Cafés, „bessere Busverbindungen oder ein Billig-Taxi, damit wir uns abends von auswärts nach Hause trauen können“.

Hier artikuliert sich über das Problem der Freizeitgestaltung im Stadtteil hinaus ein weiteres, das ansonsten in der uns vorliegenden Presse nicht angesprochen wird. Offenbar fühlen sich die Mädchen nicht sicher. Das ist sicherlich kein Spezifikum von Gelsenkirchen oder gar des Stadtteil Bismarck/Schalke-Nord. Doch verweist es darauf, dass dies in diesen Stadtteilen auch ein Problem ist.

Gefordert wird auch ein Zentrum mit Schwimmbad, Geschäften und anderen Freizeiteinrichtungen. In Bezug auf die Berufsplanung fühlen sich die Mädchen allein gelassen: „Im Berufsinformationszentrum stünden zwar Computer, aber kaum ansprechbare Mitarbeiter.“ (ebd.)

Es wird deutlich, dass es vor allem Freizeiteinrichtungen sind, die den Jugendlichen fehlen. Hier werden deutliche Mängel gesehen. Es scheint so zu sein, dass die Möglichkeiten für Jugendliche in diesem Stadtteil kaum vorhanden sind, dass sich die Jugendlichen aber solche Möglichkeiten in ihrer Nähe wünschen würden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich der Veränderungsbedarf bei den Bewohnern der Stadtteile Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, wie er über die Presse in den Diskurs eingespeist wird,

schwerpunktmäßig auf bauliche Veränderungen, etwa Umbau einer Wohnsiedlung oder die Einrichtung von Gebäuden zur Freizeitgestaltung für Jugendliche bezieht. Die Gründe für diese Wünsche werden nicht dargestellt, sie lassen sich nur aus den Wünschen heraus ermitteln. Dabei vermittelt sich auch hier das Bild, dass ‚man‘ sich durchaus um die Belange der Bewohner kümmert und sie ernst nimmt.

Zusammenfassung

Insgesamt gesehen zeichnen die Lokalberichte über die Stadtteile Bismarck und Schalke-Nord ein ausgesprochen positives Bild des Stadtteils: Es gebe viele Veranstaltungen, bei denen man sich begegne und bei denen gemeinsam gefeiert werde. Meist spielt ein ‚multikultureller‘ Aspekt bei diesen Feiern eine große Rolle, wenn es um Folklore-Darbietungen oder ausländische Spezialitäten geht.

Es wird betont, dass sich ortsansässige Vereine für die Erhaltung der Denkmäler einsetzen, mit denen die Geschichte der Stadtteile wach gehalten wird. Auch setzten sich die Vereine für ‚interkulturelle Beziehungen‘ ein (wie der deutsch-türkische Freundeverein). Solche Berichte sind mit identitätsstiftenden Effekten verbunden, die sich zum Mythos auswachsen: Man hat ein gemeinsames Hobby und, damit verbunden, gemeinsame Interessen, die während der Freizeit geteilt werden. Allerdings werden auch die Hürden und Schwierigkeiten, die den Aktivitäten von Initiativen und Vereinen entgegengebracht werden, thematisiert und problematisiert.

Insgesamt wird ‚Bürgernähe‘ betont: Die Bewohnerinnen und Bewohner von Bismarck und Schalke-Nord werden der Presse zufolge mit in Planung und Umsetzung von Projekten einbezogen, ihre Ansichten würden berücksichtigt. Zu diesem Eindruck tragen Berichte über Bürgerbefragungen bei, in denen den Bürgern ein gewisses Mitspracherecht zugestanden wird. Inwieweit diese Bürgerbefragungen Konsequenzen für die Lösung bestimmter Fragen haben, darüber steht dann nichts mehr in der Presse. Dies

verweist auf die Funktion, die solche Berichte im Stadtteildiskurs einnehmen: Der Eindruck, dass die demokratischen Spielregeln eingehalten werden, führt zu einer Akzeptanz der bestehenden Verhältnisse.

Der Stadtteil-Diskurs in den Medien

Vergleicht man die Berichterstattung über das Ruhrgebiet bzw. die Stadtteile Gelsenkirchen-Bismarck und Schalke-Nord in der lokalen mit der in der überregionalen Presse, so lässt sich folgendes festhalten:

In der überregionalen Presse wird das Ruhrgebiet als ein abgeschlossener Raum wahrgenommen, d. h. die einzelnen Städte werden nicht getrennt voneinander betrachtet. Dies hat den Effekt, dass Einzelbereiche des Ruhrgebiets immer als Teil des Ganzen dargestellt werden. Das Ruhrgebiet ist eine besondere Region mit spezifischen Eigenheiten; diese Darstellung dominiert in der überregionalen Presse. Diese Eigenheiten sind meist wirtschaftlicher und sozialer Natur. Hohe Arbeitslosigkeit und immer wieder Arbeitsplatzabbau bestimmen die Wahrnehmung des Ruhrgebiets. Doch nicht nur das allein. Als Industriestandort hat das Ruhrgebiet auch mit Umweltverschmutzung zu kämpfen und sogar mit Umweltzerstörungen, die nicht so schnell behoben werden können. Dabei stoßen neuere Projekte zur Umgestaltung alter Industrieflächen in jüngerer Zeit durchaus auf Zustimmung. Es wird im Diskurs zur Geltung gebracht, indem darauf verwiesen wird, dass alte Industrieanlagen und Halden begrünt und als Industriedenkmäler für Touristen attraktiv gemacht werden. Das Konzept der IBA, alte Industrieanlagen in neue Kulturlandschaften zu verwandeln, scheint bundesweit überzeugend.

Abgesehen von solchen Erneuerungsprojekten jedoch bleibt ein Bild vom Ruhrgebiet bestehen, für das die Tatort-Folgen mit Kommissar Schimanski die Vorlage geliefert haben könnten: Alte Häuser, schwarz von Staub und Schmutz, kaputte Straßen, graue, eintönige Gegenden – eine Art Under-

dog-Image. Dazu kommen Arbeitslosigkeit und daraus resultierend: Armut, Resignation. Die besonders betroffenen Stadtteile leiden unter einem sehr schlechten Ruf; Menschen, die es sich leisten können, ziehen weg, Händler verlassen die Gegend.

Dass etwas dagegen getan wird und getan werden kann, steht im Zentrum der lokalen bzw. kommunalen Berichterstattung über die Stadtteile Gelsenkirchen-Bismarck bzw. Schalke-Nord. Hier vermittelt sich fast durchgängig ein positives Bild vom Stadtteil – trotz aller Widrigkeiten. Es wird auf die Vielzahl von Projekten verwiesen, die die Situation der Menschen in diesen Stadtteilen verbessern würden, sozial wie wirtschaftlich. Dabei wird betont, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sich an Maßnahmen, mit denen die Situation im Stadtteil verändert und verbessert werden sollen, beteiligten sollten. Darunter scheint die Presse vor allem Bürgerbefragungen und Bürgerversammlungen zu verstehen, durch die ein Meinungsbild im Stadtteil ermittelt wird. Als aktive Mitarbeiter oder Gestalter werden die Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht in Szene gesetzt.

Deshalb bleibt auch unangesprochen, inwieweit die Ideen und Anregungen tatsächlich Eingang in die Umsetzung von Konzepten und Projekten haben. Das ist für den öffentlichen Diskurs des Stadtteils aus Lokalpressesicht offenbar nicht wichtig. Darüber wird zumindest nicht berichtet. So kann sich der Eindruck herstellen, die Stadt und ihre Vertreter gingen durchaus auf die Bedürfnisse der Bewohner ein.

Betrachtet man die Berichterstattung über Projekte im Stadtteil, so gewinnt man deshalb den Eindruck, es werde eine Menge für die Verbesserung der Lebenssituation der Bewohner getan. Für jeden scheint etwas dabei zu sein: Jugendliche finden ebenso Ansprache wie alte Menschen, für spezifische Interessen von Ausländerinnen gibt es besondere Einrichtungen, und selbst ein Mädchenzentrum existiert in Bismarck. Berichte über die zahlreichen unterschiedlichen Veranstaltungen runden die Applikationsvorgabe vom lebenswerten Stadtteil ab.

Die Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, mangelnde Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, fehlende Ausbildungsplätze, solche also, die etwa durch Politik und Wirtschaft angegangen werden müssten, werden zwar nicht beschönigt. Doch indem immer wieder auf Projekte verwiesen wird, die den Betroffenen Hilfestellung geben sollen, wird die Situation medial entschärft.

Insofern wird, wenn wir die Außen- und Binnenwahrnehmung des Stadtteils durch die Presse im Zusammenhang denken, ein komplementäres Bild gezeichnet. Die bundesweite Presse betont die negativen Aspekte im Ruhrgebiet (taz) und merkt am Rande an, dass es durchaus hoffnungsvolle Projekte gibt, die aus der Krise herausführen können. (z.B. FAZ) Demgegenüber werden in der Lokalberichterstattung die positiven, die kreativen und konstruktiven Projekte betont, am Rande ihre Schwierigkeiten auch mit Blick auf globalere Zusammenhänge thematisiert, zu deren Lösung die Kommunen alleine auch nicht fähig sind.

Die Effekte, die von diesen unterschiedlichen Sichtweisen ausgehen, sind dabei unterschiedlich:

Das negative Image, das die taz z.B. über das Ruhrgebiet und damit auch über den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord verbreitet, führt dazu, dass diese Region als eine empfunden wird, in der sich nicht leben lässt. Entsprechend sind die dort lebenden Menschen aus dieser Sicht abgestumpft und passiv. Auch die Investitionsbereitschaft kann mit einer solchen Beschreibung kaum angekurbelt werden. Resignation kann eine Folge dieser Zuschreibung sein.

Die Darstellung des Ruhrgebiets als Region der Zukunft ist dagegen stark an die Wirtschaft und ans Kapital adressiert. Hier erscheint die Region als Markt, der erobert bzw. neu aufgeteilt werden sollte. Tourismus, High-Tech, Dienstleistungen werden hervorgehoben. Die dort lebenden Menschen werden allenfalls in ihrer Aufbauenergie herausgestellt, was den Investoren signalisiert, dass es im Ruhrgebiet gute Arbeitskräfte gäbe. Dieser Teil des Diskurses wirkt der Resignation entgegen.

Die Gespaltenheit dieses Diskurses wird in der Binnensicht, in Form der Lokalberichterstattung, weiter deutlich. Allerdings tritt ein entscheidender Unterschied hinzu, der sich aus den unterschiedlichen Distributionsgebieten ergibt. Während innerhalb der Außenwahrnehmung Publikationen wie FAZ und die Zeit die Zukunftsperspektive und Wandlungsfähigkeit des Ruhrgebiets betonen, schließen sie sich doch auch an den Beschwichtigungsdiskurs an, wie er in der Lokalpresse aufgefunden wurde. Der Unterschied ist allerdings, dass die bundesweite Presse die Belange der im Ruhrgebiet lebenden Menschen nicht in den Blick nimmt. Das geschieht ausgiebig in der Lokalpresse, weshalb anzunehmen ist, dass die Wirkung des Lokaldiskurses auch größer sein dürfte. Eingebettet in Zusammenhänge, bei denen Personen, Straßenzüge, Häuser, Fabriken etc. den Leserinnen und Lesern bekannt sind, tritt diese Berichterstattung näher an sie heran und kann als Applikationsvorlage funktionieren.

Dabei soll hier noch einmal auf die Ambivalenz hingewiesen werden, die im Mediendiskurs zu beobachten ist. Das negative Image, das vom Ruhrgebiet hergestellt wird, entfaltet den Effekt, dass diese Region als abgeschrieben gilt. Resignation und Mutlosigkeit können sich auf dieser Grundlage einstellen. Die Herausstellung der Wandlungsfähigkeit und Veränderbarkeit wirkt solchen Effekten entgegen. Ihre Ambivalenz ist jedoch darin zu sehen, dass sie zur Beschwichtigung und Abschwächung der Problemsicht führt, die neben dem negativen Image vermittelt wird.

Der Stadtteil im Alltagsdiskurs. Analysen von Tiefeninterviews mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord

Analyse der Einzelinterviews⁶²

Die Darstellung der Ergebnisse, die wir durch die Analyse der acht Tiefeninterviews, mit denen der Alltagsdiskurs des Stadtteils ermittelt wurde, erzielt haben, soll in zwei Schritten erfolgen. Zunächst wird die Analyse der Einzelinterviews einen Überblick über den Stadtteil-Diskurs vor allem aus der Perspektive verschiedener Diskurspositionen, die ihn tragen und formieren, vermitteln. In einem weiteren Schritt werden die Ergebnisse der vergleichenden Analyse dargestellt. Die Einzelinterviews werden dabei als Fragmente bzw. Elemente des gesamten Alltagsdiskurses aufgefasst, der auf diesem Wege in seiner Gesamtheit für den Stadtteil erfasst werden soll.⁶³

„Keine Lust – keine Zeit ... Wenn ich von der Arbeit komm, dann hab ich andere Sorgen“ (Interview mit einer 45jährigen Frau deutscher Herkunft)

Die interviewte Frau lebt seit ihrer Geburt in Gelsenkirchen. In den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck ist sie nach ihrer Hochzeit

Mitte der siebziger Jahre gezogen. 1989 ist ihr Mann bereits in jungen Jahren verstorben. Seit dieser Zeit hat die Frau ihre drei Kinder, zwei Jungen und ein Mädchen, alleine erziehen müssen.

Möglicherweise bedingt durch den frühen Tod des Mannes hat die Familie für sie einen sehr hohen Stellenwert: Auf die Frage, ob sie sich ein Leben ohne ihre Kinder vorstellen könnte, antwortet sie: „och nee, datt kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Wenn die eines Tages mal weg sind, oh nee.... Bin froh, dass se noch alle zu Hause sind.“ (697-703)⁶⁴

Zu dieser Familie gehört auch das sechsjährige Enkelkind, das von der Oma gerne und häufig betreut wird. Dabei hat sie nach dem Tod ihres Mannes die erwartete familiäre Unterstützung vermissen müssen:

„....die Geschwistern, die waren alle so – ich weiß nicht. Die haben ihre eigenen Probleme. Und dann haben se – die eine Schwester hat noch so blöde Bemerkungen gemacht. Jaa, damit muss'e alleine fertig werden.“ (1313-1315)

Bestimmend ist im Leben der Familie die Arbeitslosigkeit. Die 45jährige hat keine Berufsausbildung. Auch ihr verstorbener Mann hatte keine Ausbildung. Nachdem sie zunächst in einem Krankenhaus und anschließend in einem Hotel tätig war, hat sie ihre kranke Mutter gepflegt. Nun hofft sie darauf, durch ihre Tätigkeit bei der GAFöG wieder den Weg ins Berufsleben zurück zu finden. Auch ihre Kinder haben keinen Schulabschluss oder eine abgeschlossene Lehre. Sie sind zur Zeit in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt. Ein Sohn ist, wie die Interviewte andeutet, nach einem Gesetzesverstoß in staatlicher Obhut⁶⁵.

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich das Leben der Interviewten auf den engsten Familienkreis. In ihrer Freizeit beschäftigt sie sich mit ihrem Enkelkind, Hobbies gibt sie außer Fernsehen keine an. Auf lange Sicht hofft sie auf eine längerfristige Be-

62 Im Folgenden werden die Analyseergebnisse der Einzelanalysen knapp zusammengefasst.

63 Mit den acht Interviews ist der Alltagsdiskurs des Stadtteils wahrscheinlich noch nicht vollständig erfasst. Wir erhalten jedoch bereits wichtige Hinweise für die Erweiterung der Untersuchung.

64 Die Ziffern verweisen auf die Zeilen im Interview.

schäftigung, und dass ihre Kinder in ihrer Nähe wohnen bleiben.

Ihre Wahrnehmung des städtischen und politischen Lebens kann man als nahezu apathisch bezeichnen. Das Leben im Stadtteil berührt sie nur in ihren täglichen Routinen. Wichtig ist für sie, dass ihr eigenes Leben möglichst ungestört seinen Gang nehmen kann. Weder scheint sie ihrem Wohnort große Bedeutung beizumessen, noch nimmt sie Anteil am gesellschaftlichen Leben des Stadtteils.

Auf Veränderungswünsche angesprochen, weiß sie gar nichts zu sagen, behauptet allerdings von sich: „Ich würd schon watt verändern“ (Z. 1015). Oder sie verfällt in Träumereien, äußert den Wunsch, auf einen Bauernhof zu ziehen und regt an, im Park Pferde zu halten. Doch es ist ihr offenbar ziemlich klar, dass dies Utopien sind, weshalb sie diesen Fragen auch nicht weiter nachgeht. Allein in Bezug auf ihre unmittelbare Umgebung, wenn es z.B. um den Spielplatz ihrer Enkeltochter geht, kann sie genau angeben, dass dieser mit neuen Rutschbahnen ausgestattet werden und das mittlerweile unbrauchbare Holzspielzeug ausgetauscht werden sollte. Insgesamt aber hat das Wohnen in Bismarck für sie keinen besonderen Stellenwert „Wenn ich Geld hätte, würd ich sofort da weg sein“ (206). Doch da sie darüber nicht verfügt, lebt sie weiter in Bismarck.

Aus ihrer unmittelbaren Umgebung werden allein Türken wahrgenommen. Dabei beklagt sie sich darüber, dass die Türken in ihrer Nachbarschaft so laut wären und keine

Rücksicht auf andere nähmen. Dabei treten in ihrer Wahrnehmung Türken immer nur in „Massen“ auf. Mit ihren Autos stören sie die deutsche Nachtruhe.⁶⁶ Auffällig ist dabei, dass sie in der Regel den Plural verwendet, also von „den Türken“ spricht. Dadurch erscheinen solche Vorfälle als ein größeres Ärgernis, als wenn es sich nur um einzelne Ruhestörer handeln würde. Wichtig und bemerkenswert, weil unverantwortlich, scheint ihr, dass bei den nächtlichen Treffen Kinder dabei sind. Das findet sie „unmöglich“. Hier macht sie dann ihre (groß-)mütterliche Perspektive geltend.

Aus dieser Perspektive schildert sie auch ihre Beobachtungen über „türkisches“ Verhalten auf Spielplätzen. Dabei geht es um spielende Kinder in ihrer Nachbarschaft und wie türkische Mütter – im Unterschied etwa zu deutschen – ihre Erziehungsaufgabe bewältigen. Sie charakterisiert die türkischen Kinder als frech, laut, gewalttätig, streitsüchtig und verweist später darauf, dass sie wohl hauptsächlich „Jungs“ meint. Die türkischen Freundinnen ihrer Enkelin kritisiert sie nicht. Die türkischen Mütter charakterisiert sie als uninteressiert, ebenfalls frech und laut, die mehr oder weniger im „Kollektiv“ (im Vergleich zu den deutschen Müttern, die alleine sind) herumstehen oder stricken, auf jeden Fall aber kümmern sie sich nicht um die Schandtaten ihrer Sprößlinge.

Diese relativ drastischen Charakterisierungen stehen nur scheinbar im Widerspruch dazu, dass die Interviewte bei anderer Gelegenheit mehrfach beteuert, dass sie „ehrlich“ nichts gegen Türken habe, dass sie nicht wüßte, warum sie nicht auch unter Inkaufnahme der doppelten Staatsbürgerschaft in Deutschland eingebürgert werden sollten. In diesen Gesprächspassagen räumt sie ein, dass sie, wie andere Deutsche auch, generelle Vorbehalte gegenüber Türken hegen könnte. Sie versucht sich allerdings, im Unterschied zu diesen Personen, als neutral ge-

65 Hierzu ist allerdings anzumerken, dass die Interviewte dies nicht ausdrücklich sagt, dass ihr Sohn im Gefängnis eine Strafe verbüßt. Sie sagt lediglich, dass er sich momentan zu einem Urlaub in Schweden aufhielt. Ein paar Minuten später sagt sie, dass dieser Sohn in Schweden eine Berufsausbildung absolviere, so dass in der Kombination dieser Aussagen darauf geschlossen werden kann, dass der junge Mann zur Zeit im Gefängnis weilt, zumal im Alltag der Ausdruck ‚Schwedische Gardinen‘ häufig als Synonym für Gefängnis benutzt wird.

66 Diese nächtlichen Aktivitäten lassen sich möglicherweise dadurch erklären, dass zum Zeitpunkt der Interviewführung Ramadan war.

genüber Türken bzw. Einwanderern generell darzustellen. Glaubwürdigkeit möchte sie dadurch herstellen, dass sie betont, selbst in türkischen Geschäften einzukaufen. Türken seien „normal“. Dabei sind die Deutschen allerdings Maßstab: sofern Türken nicht laut und frech sind, hat sie keine Probleme mit ihnen. Sie kritisiert sogar eine Nachbarin, die offenbar mit ihren türkischen Nachbarn nicht klarkommt.

Bei ihren Äußerungen über Politiker wird deutlich, dass sich die Interviewte deutlich vom politischen Geschehen ausnimmt. Resigniert nimmt sie die Entscheidungen der Politik zur Kenntnis, ohne auf eigene Einflussmöglichkeiten oder Auswirkungen auf ihr persönliches Schicksal zu hoffen.

Dieser Schuß Resignation ist für die gesamte Haltung der 45jährigen prägend: Ihre Wohnsituation ist „auch nicht datt Wahre“ (176). Beruflich hat sie mit 45 Jahren „nich mehr viel Möglichkeiten“ (488-489). Auch nach dem Regierungswechsel in Bonn, so meint sie „ändert sich (da) groß nix“ (517). Und selbst bei den geschilderten Auseinandersetzungen auf dem Spielplatz hat es ihres Erachtens keinen Zweck einzugreifen, denn „die hören doch gar nicht zu, wenn man dann watt sagt.“ (859) Die eigenen Handlungsmöglichkeiten werden als eingeschränkt wahrgenommen, dieser Zustand wird jedoch nicht beklagt, er wird hingenommen. Menschliches Zusammenleben außerhalb des engsten Familienkreises wird als feindlich und von Egoismus geprägt wahrgenommen. Besonders in Bezug auf den Umgang mit türkischen Mitbürgern, die für dieses negative Klima verantwortlich gemacht werden, wird dieser Eindruck ausführlich beschrieben.

Ihre Diskursposition ist durch ihre soziale Stellung und ihre familiäre Situation gekennzeichnet. Sie lebt relativ zurückgezogen, den Mittelpunkt ihres Lebens bildet ihre Familie, öffentlichen Geschehnissen steht sie eher desinteressiert gegenüber. Ihre bisherigen Erfahrungen lassen sie Vorkommnisse tendenziell resigniert beurteilen.

„wenn die Frau rauchen tut, is ja schon extrem beim Türken“ (Interview mit einem 37jährigen Mann deutscher Herkunft)

Zum Zeitpunkt des Interviews nahm der 37jährige an einer Umschulungsmaßnahme der GAFÖG teil, die vom Arbeits- bzw. Sozialamt finanziert wurde. Es ist diese Beschäftigung, die seinen alltäglichen Tagesablauf im Wesentlichen bestimmt. Daneben spielt er gerne und häufig Fußball und ist aktives Vereinsmitglied bei einem lokalen Sportverein.

Im Stadtteil Bismarck lebt er momentan in der Wohnung seiner Eltern: „hatte Probleme gehabt mit ner Freundin“ (60). Doch er sucht eine eigene Wohnung – ebenfalls in Bismarck, wo er seit 20 Jahren lebt.

Mit ihm wohnen noch zwei der sieben Geschwister bei den Eltern. Die Wohnung der Eltern verortet er in einem „Sozialbrennpunkt ... Is doch so“ (141) Trotz dieser ‚Stigmatisierung‘, die er selbst ins Gespräch einführt, betont er, dass er sich in Bismarck und in seinem unmittelbaren Wohnumfeld sehr wohl fühlt.

Das bedeutet jedoch nicht, dass er sich selbst zu den sozial Unterprivilegierten rechnet. Es gibt nämlich auch Personen, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen, und diese sind - im Gegensatz zu ihm - aus seiner Sicht „runtergekommen“, sie stehlen oder trinken und haben deshalb in gewisser Hinsicht ihre Situation selbst zu verantworten.

Mit solchen Abgrenzungen gegenüber denjenigen, denen es noch schlechter geht, gelingt es ihm, seine eigene Situation und Perspektive als „normal“ und „zufriedenstellend“ zu interpretieren. Er findet in Ordnung, wie und wo er lebt, und wünscht sich keine großartigen Veränderungen. Falls er aus der Wohnung seiner Eltern auszieht, will er aber weiterhin in Gelsenkirchen-Bismarck wohnen bleiben (393).

Diese Verbundenheit mit dem Stadtteil wird möglicherweise durch eine Angst vor Unbekanntem verstärkt, wenn nicht sogar hergestellt; er braucht die Nähe seiner Eltern, Geschwister und Freunde und sieht des-

halb keine Notwendigkeit, anderswo zu leben. Auf die Frage, was ihn im Stadtteil halte, antwortet er:

„Ja, die Kollegen ersma und, eh, sach ma so meine Eltern auch, weil die wohnen, die sind auch nimmer so rüstig un so. So bleib ich lieber inner Nähe. Will ich auch, inner Nähe und sie wohnen auch alle hier, meine ganzen Geschwister. ... Warum soll ich denn nach Buer ziehen? Hab ich kein Bock drauf ... Ich hab nun, wie gesagt, da ma in Horst gewohnt, ne, dat war so wat – nee. Ich weiß nich, da kam ich mich so fremd vor. Weil du hast jahrelang hier gewohnt in Bismarck. Da hinten –, ich mein, ob ich da einen kenne oder nich, dat is mir sowieso egal, nur eben –, ich weiß nich. ... Deswegen will ich hier gar nich wegziehen. (398-413)

Entsprechend fallen seine Veränderungswünsche, die er durchaus auch äußert, recht bescheiden aus: Neue Heizung, neue Fenster – das könnte seine Zufriedenheit noch steigern. Auch mit einer Verschönerung der Häuser und der Spielplätze ist er sehr einverstanden und zufrieden. (438ff.). Solche Veränderungen scheinen für sein Wohlbefinden ausreichend zu sein.

Interessant an diesen Ausführungen ist, dass der Interviewte die Infrastruktur seines Stadtteils kaum nutzt. Seine Kleidung kauft er nicht in den ansässigen Geschäften, sondern er bestellt sie per Katalog (308). Auch hinsichtlich der Freizeitaktivitäten sei in Bismarck „total tote Hose“ (331f.): Es gebe keine Diskotheken, so dass er mit seinen Freunden deswegen in andere Stadtteile fahren muss. Er meint aber, dass die öffentlichen Verkehrsanbindungen „kein Thema“, also so gut seien, dass er seine Wege gut finden kann. (292f.)

Diese Diskrepanz erklärt sich möglicherweise aus dem angesprochenen Sicherheitsbedürfnis. Aus der sicheren Zone seines Stadtteils kann er in andere Zonen eintauchen.

Alles in allem findet er sein Leben in Bismarck, so wie es ist, in Ordnung. Er stellt keine großen Ansprüche und will sich mit seinen Kollegen und Fußballfreunden tref-

fen, und da diese eben in der Nähe leben, hat er mit seiner Wohnsituation „keine Probleme mit“ (495).

Trotz seiner Fußballleidenschaft hat er zu dem renommierten Fußballverein Schalke 04 keine Beziehung mehr. Daran hindert ihn möglicherweise seine spezifische Position innerhalb des sozialen Diskurses. Denn auch an dieser Stelle macht der Interviewte deutlich, dass er einerseits einen gewissen sozialen ‚Instinkt‘ gegenüber ‚denen da oben‘ hat, andererseits aber auch nicht zu ‚denen da unten‘ gerechnet werden will. So verdienen die Spieler des Vereins zuviel Geld, überhaupt sei das Umfeld ausgesprochen arrogant (877-881); und mit den Fans will er wegen der Nähe zu den Hooligans nichts zu tun haben. Die in diesem Zusammenhang angesprochenen Fanprojekte hält er für wenig sinnvoll (950f.).

Zu den nichtdeutschen Nachbarn pflegt der 37jährige keinen Kontakt; doch er betont, dass er „keine Probleme mit“ (491) Ausländern habe. Die Fülle der negativen Begebenheiten, die er im Anschluss schildert, zeigt jedoch, dass dieser Hinweis nur rhetorische Funktion hatte. Auch hier mischt sich seine Beurteilung mit der sozialen Perspektive:

“Ich mein, die sagen, die ha’m kein Geld. Die fahren alle BMW, Mercedes und wat weiß ich noch alles, ne. Ja, und dat find ich irgend so’n bißchen frustrierend, sag ich ma. Weil die ganz –, wie gesagt, die ganzen Bismarck hier, nur Türken. Ja, dat –, fährt’s da, is en Obstwagen von Türke. Wat is en da? Wieder en Döner-Laden. Da is –.Dat is –, sollen se au machen, wie se wollen. Die solln ja au ihr Geld verdienen, dat is mir ja egal. Nur die die Jugendlichen, ne, dat sind so welche, die jetzt, eh, au die Mädchen anmachen oder so, ne. Oder meine Schwester, die geht da mitm Kind vorbei, dann pfeifen und so’ne Scheiße. Jetzt mach du dat aber mal mit ne –, sag ich mal, en Türkenmädchen geht da vorbei und du pfeifst, jaa, wirst doch samm- zusammengeschlagen,” (513-522)

Und obwohl er sich überhaupt nicht für Politik zu interessieren scheint: „ich hab einmal

gewählt, glaub ich" (691), „würd (er) alle Ausländer rausnehmen" (700), denn es gebe zu viele:

Ich würd alle Ausländer rausnehmen weil dat zu viel wird. ... die älteren, ne, die hier schon Jahre sind. Dat is ja auch kein Thema, ne. Aber dann holen die ja noch mehr rüber und ich mein, die haben hier schon zuviel Rechte. Die nehmen sich so viel raus und die wissen ja schon gar nicht mehr –. Ich hab schon mal gefragt, wenn ich, eh, inne Stadt geh, dann guck ich und guck mal, sag ich zum Kollegen, guck mal da läuft en Deutscher. Ja, ... weile sonst sieh´se nur Türken hier Ja, hier in Bismarck is wirklich also –, da ist ganz extrem. Deswegen sag ich zum Kollegen immer, sag ich, komm laß uns zur Stadt runter. Vielleicht seh´n wer en paar Deutsche. (700-720)

Hier bedient sich der Interviewte des im Einwanderungsdiskurs häufig genannten Arguments, das ‚Fassungsvermögen‘ in Deutschland sei erreicht. Gleichzeitig lenkt seine Wahrnehmung ihn auf ein damit verwandtes Argument des gleichen Diskurses, dass Deutschland durch Fremde „überflutet" werde, dass die Deutschen Fremde im eigenen Land seien.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass er die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft kategorisch ablehnt: „Ne, dat find ich nich gut" (612). Die in Deutschland lebenden Ausländer hätten sowieso schon zu viele Rechte und würden zudem auch noch bevorzugt (616ff.). Den Beleg dazu soll eine Begebenheit liefern, die sich in Wirklichkeit nicht zugetragen hat, die aber offenbar in der Phantasie des Interviewten eine große Rolle spielt:

„Die haben doch sowieso schon so viele Rechte. Ich mein, wat wat wolln die denn noch? Dat is doch jetzt genau – und dat haß ich ja so wie die Pest, ne, und, ah, dat könnt ich –. Wenn ich jetzt en Türke, der macht mich an, ne, und ich hau dem en paar inne Fresse oder der haut mich auch en paar inne Fresse und ich lieg da und er liegt da. So, jetzt kommt die Polizei. Ja, wer wird verhaftet? Ich. Weil der Türke

sagt, der hat mich gesagt, ich Türkensau. Dann bin ich doch, wie nennt man dat no´ma? ... er braucht doch nur zu sagen, ich hab Türkensau gesagt. Werd ich doch verhaftet, obwohl er mich doch angemacht hat. Und dat, dat is ja schon wieder so´n Ding..." (616-633)

Dass dieses Szenario für ihn wirklich ein ernstes Problem ist und er offensichtlich an die Belegbarkeit dieser Story glaubt, macht der Satz „und dat haß ich ja so wie die Pest" (617f.) deutlich, den er sehr vehement von sich gibt. Die sich darin bezeugende Ausländerfeindlichkeit, die der Interviewte hier anspricht, dreht er um und behauptet: „dat nutzen die ja aus." (637)

Hassgefühle äußert er auch noch an anderen Stellen des Gesprächs, auch dort betont er, Ausländer hätten in Deutschland zu viele Rechte. (710). Konkret bezieht er sich in seinen Schilderungen jedoch in der Regel auf jugendliche Ausländer, die sich aus seiner Sicht in Deutschland „zuviel rausnehmen".

Seine rassistischen Aussagen schränkt der 37jährige Mann durch zwei Hinweise ein, ohne sie jedoch zurückzunehmen.

Er gibt ausdrücklich zu verstehen, dass sein Groll sich ausschließlich gegen Türken richte, nicht aber z.B. gegen Griechen, von denen „doch nicht so viele hier" seien (740). Durch diese Differenzierung gibt er zu erkennen, dass nicht alle Ausländer seinen Zorn auf sich ziehen.

Angesprochen auf den Unterschied zwischen Türken und Deutschen führt er den Stadt-Land-Unterschied ein: Türken aus der Stadt passen sich an und können deshalb auch tendenziell so werden wie Deutsche, das seien dann halt „Türk-Deutsche" (600). Türken vom Land passen sich nicht an. Ihre Frauen tragen Kopftücher. Diese Türken würde z.B. eine Frau, die auf der Straße raucht, totschiagen.

Die häufigen Hinweise auf die soziale Situation türkischer Mädchen und Frauen wundert nur auf den ersten Blick. Denn ansonsten scheinen ausschließlich Männer die soziale Bezugsgruppe des Interviewten zu bilden: beim Fußball und bei der sonstigen Freizeitgestaltung spielen nur sie eine Rolle.

Frauen erwähnt er fast ausschließlich im Zusammenhang mit seinen Erfahrungen mit türkischen Personen. Hier beklagt er, dass türkische Männer Mädchen und Frauen bei ihrer Freizeitgestaltung nicht dabei haben wollen (551ff.) – ein Umstand, der für ihn selbst wohl auch nicht zutrifft. Außerdem sprächen türkische Frauen kein Deutsch und liefen immer mit einem Kopftuch bedeckt durch den Stadtteil (583, 594). Die Ausnahme, die er anführt, ist dann allerdings auch direkt „extrem“:

„Eh, also die, ne, und er, der läuft da mit T-Shirt, auch seine Frau. Wat jetzt en Türke –, ich weiß nich, ob Sie dat wissen, wenn die Frau rauchen tut, is ja schon extrem beim Türken. Aber die Frau darf auf de Straße rauchen, alles. Dat is beim andern Türken wieder, ne, der würd se totschlagen, glaub ich. Ja, is doch so.“ (604-608)

Diese türkische Frau wird als so ‚emanzipiert‘ beschrieben, dass sie sogar auf der Straße raucht, ein Umstand, der andere Türken dazu veranlassen würde, die Frau totzuschlagen (598). Seine männliche Perspektive auf diesen Sachverhalt kommt dabei dadurch zum Ausdruck, dass er unterstellt, der türkische Mann habe seiner Frau erlaubt, auf der Straße zu rauchen und dass das auch so okay ist; die klassische Geschlechteraufteilung ist für ihn anscheinend nicht zu hinterfragen.

Diese Ethnisierung von Sexismus, also die Zuschreibung sexistischer Verhaltensweisen auf Türken bzw. Moslems ist im Alltagsdiskurs häufig zu finden. Sie speist sich, sofern sie von Männern geäußert wird, häufig aus dem Motiv, dass einer Gruppe, die sozial unter der eigenen Position steht, keine Rechte zustehen dürfen, die man selbst nicht haben darf. In diesem Falle heißt das, dass türkische Männer gegenüber der eigenen Position im Vorteil wären, weil sie offen patriarchalisch auftreten und dieses Auftreten von Teilen ihrer Umgebung auch respektiert wird. In Deutschland hat sich durch die Frauenbewegung Mitte der siebziger Jahre hier ein Paradigmen-Wechsel ergeben. Sexistisches Verhalten ist – obwohl es allenthalben vorliegt – nicht mehr akzeptabel. Dies hat die Position der Männer diskursiv ge-

schwächt⁶⁷. Eine solche Lesweise ist auch deshalb angebracht, weil sich im Interview weitere deutliche Hinweise darauf finden, dass der Interviewte aufgrund seiner nicht gerade beneidenswerten sozialen Position ein wenig neidisch ist auf alle die, die sich mehr materielle Dinge leisten können als er.

Diese Haltung wird auch durch seinen Bezug auf politische Gegebenheiten verstärkt: Eigene Einflussnahme auf das politische Geschehen scheint ihm unmöglich. Schicksalsergeben wird z.B. der politische Wechsel in Bonn ignoriert. Es gibt keine Erwartungen an Politiker, die sowieso keinen spürbaren Einfluss auf das Leben des Interviewten haben.

“Wir sind auf dem richtigen Weg” (Interview mit einem 45jährigen Mann deutscher Herkunft)

Der Interviewte lebt und arbeitet seit ca. 25 Jahren in Gelsenkirchen-Bismarck. Seine Eingebundenheit in den Stadtteil wird nicht nur durch seine berufliche Tätigkeit verdeutlicht, sondern ebenso durch seine rege Vereinstätigkeit. Er ist mit Leib und Seele Bismarcker, er ist „verwurzelt“ mit dem Stadtteil (418) und möchte nirgendwo anders leben.

Auch seine Ehefrau und seine Kinder sind in dem Stadtteil aktiv; die Kinder als Vereinsmitglieder, seine Ehefrau quasi gezwungenermaßen, wenn er sagt: „meine Frau hat sich dem angepaßt.“ (24) Seine Identifizierung mit dem Stadtteil dokumentiert sich auch in seinem Sprachgebrauch: Häufig ist von „Wir“ die Rede (30ff.), wobei sich dann die Personen, auf die sich dieses „Wir“ bezieht, z. T. vermischen. So ist nicht immer klar, ob der Interviewte damit seine Familie oder seine Vereinskollegen meint. Er fühlt sich mit dem Stadtteil verbunden; er will ihm „treu“ bleiben (423).

Diese Sichtweise prägt seine Haltung zu allen anderen sozialen Konstellationen im Stadtteil, sei es die Einwanderung oder auch die Frage einer Perspektive für die jugendliche Bevölkerung. Immer ist er bemüht, sich

67 Vgl. hierzu M. Jäger 1992 und 1996.

gegen ein negatives Image des Stadtteils abzugrenzen, wobei er nicht umhin kann, Probleme und Unzulänglichkeiten einzugestehen. Diese werden von ihm meist als für den Stadtteil nicht spezifisch aufgefasst. Er will sich die Idylle nicht nehmen lassen.

Der düsteren Perspektive des Stadtteils will er mit „mehr Helligkeit, mehr Licht“ (445f.) begegnen. In Bismarck solle noch „mehr Freundlichkeit“ (446) einziehen, damit sein Stadtteil von dem Negativ-Image wekommt. Dazu will er „Überzeugungsarbeit“ leisten und das Stadtbild „verschönern“ (464f.), damit auch Nicht-Bismarcker diesen Stadtteil schätzen lernen.

Sehr engagiert diskutiert er die Situation anderer Ruhrgebietsstädte bzw. Stadtteile Gelsenkirchens und zieht Vergleiche zwischen ihnen. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, das Negativbild könne nur von äußerlichen Eindrücken her kommen (470ff.). In diesem Zusammenhang weist er – obwohl weder direkt noch indirekt darauf angesprochen – eine ‚Verantwortung‘ der dort lebenden Ausländer für dieses schlechte Image zurück:

„Denn sag ma so, die Situation der ... Ausländer, die hab ich in ganz Gelsenkirchen, ob ich in Hassel oder Rotthausen lebe. Das kann es nich sein. Oder oder, eh, fehlende Arbeitsplätze oder Arbeitslosigkeit, auch da is Bismarck kaum höher, eh, von betroffen, als als die Stadtteile in ... Rotthausen oder inner Altstadt oder Ückendorf. Ehm, es kann nur -, es kann nur ... dieser optische Eindruck sein, denn das Leben selber im Ortsteil is schön“ (470-475).

Hier spricht der Interviewte einen Aspekt an, der den öffentlichen Diskurs über den Stadtteil zu prägen scheint, dass nämlich Arbeitslosigkeit und Einwanderung dafür verantwortlich seien, dass der Stadtteil soziale Probleme habe. Er tut dies, in dem er sich gleichzeitig davon absetzt.

Zu dem schönen Leben im Stadtteil zählt der Interviewte den internationalen Weihnachtsmarkt, der nun jährlich stattfinden soll. Auch in diesem Zusammenhang hebt er die Beteiligung der ausländischen Bevölke-

rung hervor. (44ff.). Dabei zeigt sein Sprachgebrauch an, dass er sensibel darauf achtet, Ausländer nicht auszugrenzen. Er bezeichnet sie als „Nichtdeutsche“ (44) oder auch als „türkische Mitbewohner“ (45). Mit dieser Bezeichnung holt er die Zugewanderten in den Kern des Stadtteils hinein. Einzig die Tatsache, dass er meint, betonen zu müssen, er habe keine Probleme mit diesen Personen, verweist auf die Brüchigkeit des Diskurses. Auf seine Kontakte zu diesen Personen angesprochen (163ff.), betont er, dass er nicht nur mit Angehörigen verschiedener Nationalitäten keine Probleme habe, dies sei bei Angehörigen verschiedener Generationen ebenso der Fall.

Trotz dieser positiven Bekundungen gesteht der Interviewte aber – wenn auch implizit – ein Konfliktpotential ein, wenn er immerhin feststellt: „das hat noch nie zu Problemen geführt.“ (173). Mögliche feindliche Auseinandersetzungen wehrt er geradezu ab, indem er sehr deutlich sagt: „es gibt keine Feindseligkeiten in dem Sinn. Es gibt auch keine Probleme.“ (493f.). Zwar ließen sich „einzelne Meinungen“ (497) nicht wegdiskutieren, das ändere aber an der eigentlichen Sachlage nichts, dass es keine „schwierige Situation“ (500) gibt, punktum!

Wie bei dem negativen Stadtbild, will er dies nicht als ein spezifisches Problem von Gelsenkirchen-Bismarck sehen:

“Nein. Nein, nein. Ich kann natürlich drei, vier Leute aufzeigen, die ... Aber, das is dann wieder ne eigene Sichtweise. Die sagen, am besten alle Ausländer raus oder die nehmen uns die Arbeitsplätze oder so wie die leben, das paßt hier nicht zu uns rein. Ich, ich hab da persönlich -, kann ich nich mich damit identifizieren. ... Ich versuche, mit den Leuten zu reden, ich versuche, auch meine Position zu verdeutlichen, mein Standpunkt zu verdeutlichen und wenn´s nicht funktioniert, dreh ich mich um und geh weg. Also dann weiß ich aber auch, dass ich dann sehr lange gebraucht habe, eh, um mit den Leuten mich zu unterhalten und -. Ja, gut, ich mein, Menschen einmal ihre Meinung haben, ist es schwierig, sie zu überzeugen. ... Die Situation is, dass so lange wie´s den Städten

oder dem Land gut gegangen is, solange Arbeitskräfte gebraucht wurden, solange die Arbeit da war, waren die Menschen auch ruhiger, waren se auch zufriedener. ... sicherlich der Wegfall von Arbeitsplätzen ... und zurückgehendes, ... Haushaltseinkommen ... bringt schnell Menschen dazu, plötzlich sich wieder daran zu erinnern, ja, eigentlich sind ja ... wir diejenigen, die hier geboren sind und eigentlich gehört ja alles uns und die Fremden, die jetzt da sind, können ja auch wieder gehn. Eh, aber das ist nichts Spezifisches für unsern Ortsteil. Ich glaub, das das erfährt man überall." (509-542)

Ausländerfeindlichkeit ist eben kein Bismarck-spezifisches Problem. Das gleiche gilt für das Problem der Arbeitslosigkeit, auch das ist „nichts Spezifisches für unsern Ortsteil" (542). Sein hohes Maß an Identifikation macht auch hier wieder das Possessivpronomen "unser" deutlich.

Neben diesen eher sachlichen Argumenten führt er dann die Mentalität an, die „natürlich" da und anders ist (548ff.). Deutlich wird dies an der kopftuchtragenden Türkin, die das Bild des Stadtteiles angeblich derart präge, dass man sich fragt: „Mensch, bin ich in der Türkei" (554)? Doch kaum ausgesprochen, sieht er sich fast schon gebetsmühlenartig veranlasst zu sagen, dass dies anderswo auch nicht anders sei.⁶⁸ Seine engagierte Arbeit soll step by step dazu führen, dass das Zusammenleben für alle Beteiligten angenehmer wird (577ff.).

Entsprechend ist seine Auffassung zur doppelten Staatsbürgerschaft. Er befürwortet eine Einbürgerung derjenigen, „die zwanzig, dreißig Jahre hier leben" (672). Dabei greift er das Argument auf, dass, wer in Deutschland Mieten und Steuern zahle, auch einige Rechte zu bekommen habe, um seine liberale Haltung zu begründen (676ff.). Die Möglichkeit zum Doppelpass bringt er in Verbindung mit der Kultur, Abstammung und Sprache der Einwanderer (699ff.). Der Interviewte hat sich allerdings nach eigenen

Angaben keine Gedanken darüber gemacht, ob und wie das eine Rolle bei der Einbürgerung spielen könnte. Grundsätzlich meint er, dass die eingewanderten Menschen das Recht hätten, sich zugehörig zu fühlen, wohin sie es wollen.

Das gilt auch für die Jugend. Sie soll sich im Stadtteil heimisch fühlen. Dabei versucht der Interviewte die Perspektive der Jugend einzunehmen, wenn er über die Freizeitmöglichkeiten im Stadtteil nachdenkt: „für die vielen vielen Kinder und Jugendlichen gibt es nur eine Einrichtung ..." (187f.). Er macht für sie „typische Treffs" aus (200f.), die es „aber jetzt nicht spezifisch nur für Bismarck" (196f.) gebe; Diskotheken, Schwimmbäder u.ä. gebe es dort allerdings nicht. Dazu müßten die Jugendlichen eben mit öffentlichen Verkehrsmitteln woanders hinfahren. Obwohl er eigentlich das ÖPNV-Netz nicht sehr schätzt („muß sehr große Umwege in Kauf nehmen", 220f.), kann er als Ur-Bismarcker diese Situation nicht ausschließlich negativ sehen, allenfalls ist er eben „zufrieden" (226) mit der dortigen Randlage. Auch gewisse berufliche Zukunftschancen macht er für die Jugend ausfindig:

„Ehm, es gibt hier ne ganze Reihe von ... Einzelhändlern, die aber gerade an der Bismarckstraße, ehm, so vor der Frage stehen, machen wir weiter als kleiner Betrieb oder müssen wir aufgeben... gibt's, eh, einige Handwerksbetriebe, ... Schlossereien, auch auch Schreinereien. ... eine Elektrofirma, die immer wieder auch Nachwuchs ausbilden. ... wir haben, ... eine Textilfabrik. Es gibt auch dann dort noch, ... Fotolaborbetriebe. Wir haben natürlich, ... mit den Geschäften wie Plus und Aldi, größere Verkaufsketten, die ja angesiedelt sind. Aber, sag ma, dass hier das große Potential an freien oder an offenen Ausbildungsstellen da ist, kann man so nicht sagen." (372-382)

Auch die Zukunft seiner eigenen Kinder sieht er aus der Perspektive des Verwurzelten: Die älteste, nicht mehr zu Hause wohnende Tochter hat sich ihre eigene Wohnung quasi selbstverständlich in Bismarck gesucht

68 Beim Thema Kriminalität ist es übrigens genauso (vgl. Z. 638ff.).

(345f.), „weil sie auch zu diesem Ortsteil steht“ (347). Für diese Wohnattraktivität Bismarcks führt er an anderer Stelle weitere ‚Beweise‘ an, nämlich andere junge Leute, die „immer wieder zurück nach Bismarck kommen“ (400f.).

Durch sein eigenes Engagement wird die Perspektive auf die Arbeit und das Leben in Bismarck sehr weich gezeichnet, und es werden vor allem die positiven Aspekte herausgestellt.

Er schildert die infrastrukturelle Situation in Bismarck als sehr gut, wobei er einzelne Quartiere in Bismarck (hier: Haverkamp) als besonders gut ausgestattet kennzeichnet: „der Haverkämper kann sich...ganz gut selbst versorgen.“ (121f.) Auch hier kommt er um das Eingeständnis jedoch nicht herum, dass die Versorgungsleistung auch gewisse Grenzen hat: Seine Frau musste kürzlich wegen einem Paar Strümpfen, die sie in Bismarck nicht erstehen konnte, in die Gelsenkirchener Stadtmitte fahren (234ff.).

Die Schilderungen des Stadtteiles machen deutlich, dass er sich, sowohl was die räumlichen als auch die sozialen und historischen Gegebenheiten (270ff.) angeht, dort sehr gut auskennt. Er weiß, wovon er redet. Zum Thema Umweltverschmutzung verweist er zunächst darauf, dass es in Bismarck sauberer geworden sei (280f.). Er will das aber nicht auf Bismarck allein beziehen, sondern auf das gesamte Ruhrgebiet, so dass der Stadtteil weder als einziger Verursacher noch als einziges Opfer dasteht. Er lässt auf Bismarck nichts kommen. Das gleiche Argumentationsmuster ergibt sich übrigens bei dem Thema Lärm (316ff.): So ist eben das Ruhrgebiet.

Ein weiterer, für ihn sehr wichtiger Identifikationspunkt mit Bismarck, resp. Gelsenkirchen, ist seine Affinität zum Verein Schalke 04: „Schalke ist ne Religion“ (856). Auf den Verein angesprochen sprudelt eine Story nach der anderen aus ihm heraus; angefangen vom Fanclub über den UEFA-Cup bis hin zur historischen Figur Stan Libuda und die Verbindung zu Bismarck (869ff.). Highlight dieser Stories ist zweifellos sein Engagement dafür, dass der UEFA-Pokal,

den Schalke 1997 gewonnen hatte, auf dem Bismarcker Bürgerplatz ausgestellt wurde und die Bismarcker Bürgerinnen und Bürger sich damit fotografieren lassen konnten (914ff.). Aus seinen Geschichten spricht nicht nur die Anhänglichkeit dem Verein gegenüber, sondern auch Stolz, selber Höhepunkte zu initiieren. In sein von Pathos geprägtes Erzählen passt es dann auch, dass er kategorisch behauptet: „Hier gibt’s keine Hooligans.“ (960)

Insgesamt zeigt die Sichtweise dieses Mannes sehr gut, wie ein Lokalpatriot mit dem schwierigen Image seines geliebten Stadtteils umzugehen weiß. Alles, was nicht gut ist, ist an anderer Stelle auch nicht besser, so dass es zu Hause eigentlich am schönsten ist. Und was noch nicht schön ist, kann durch engagierte Arbeit im Verein besser gestaltet werden.

„Ja, wir haben den Paß. Wir sind auch Deutsche“ (Interview mit einer 32jährigen Frau türkischer Herkunft)

Die türkische Frau, die mit ihrer Familie in einer Wohnumgebung mit vorwiegend deutschen Nachbarn wohnt, fühlt sich dort im Prinzip wohl. Sie lebt dort z. Zt. als Hausfrau und Mutter. Dabei hat sie allerdings keinen näheren Kontakt zu ihren Nachbarn, der darüber hinausgeht, dass man sich im Treppenhause begrüßt.

Dabei reagiert sie z. T. mit Unverständnis auf das Verhalten ihrer deutschen Nachbarn (62ff.), die ihre Angebote auf weitergehende Gespräche nicht wahrnehmen. Angesprochen auf ihr Verhältnis zu ihren Nachbarn äußert sie:

„Ja, aber nich besuchen, ne. Eh, ... ich hab gesagt, komm mit, zusammen Kaffee trinken und so weiter. Hat sie gesagt, öh, ich hab keine Zeit im Moment. Ich nachher nicht fragen. ... Nur Guten Tag, wie gehts und so weiter. Nur Flur quatschen ... Sonst nicht.“ (62-72)

Doch mit Ausländerfeindlichkeit will sie das Verhalten aber nicht erklären: „weiß ich nicht“, woran es liegt. Auch von der Übersetzerin auf ein Vorkommnis angesprochen,

das eine ausländerfeindliche Stimmung in der Umgebung nahe legen könnte, will sie keine Erklärung – weder auf deutsch noch auf türkisch – dazu abgeben (125ff.). Dabei ging es um einen Vorfall, bei dem deutsche Bewohner offenbar mit einer Unterschriftenaktion dagegen vorgehen wollten, dass eine türkische Familie ins Haus einzieht. Diese Aktion war dann aber wohl nicht von Erfolg gekrönt, denn die türkische Familie ist letztendlich doch eingezogen (125-128). An anderer Stelle gibt die türkische Interviewte zu verstehen, dass sie wiederum auch keinen engen Kontakt zu türkischen Nachbarn wünsche, da sie von ihnen eine stärkere soziale Kontrolle befürchte (578ff.).

Der Interviewten geht es offenbar darum, dass sie mit ihrer Familie in Ruhe leben kann. Ihre Umgebung findet sie schön. Sie betont, dass sie zu Fuß oder mit dem Auto alles erreichen kann, was sie zum Leben braucht (208ff.). Das Auto der Familie steht ihr in der Regel zur Verfügung. Sie bringt ihren Ehemann morgens zur Arbeit und holt ihn auch wieder ab. Auf diese Weise ist sie nicht auf den ÖPNV angewiesen, den sie nur hin und wieder nutzt. Sie genießt ihre Mobilität (290ff.), fährt z. B. mit ihren Kindern zum Arzt in einen anderen Stadtteil, geht zu einer Kindergruppe und zum Sport (461ff.). Auch bei diesen Aktivitäten hat sie keinen Kontakt zu deutschen Frauen; die Gruppen, in denen sie sich bewegt, bestehen ausschließlich aus türkischen Frauen.

Allein der Hausmeister scheint aus ihrer Sicht eine Angstgestalt zu sein, vor der man zu buckeln hat. Dieser Mann verhält sich negativ ihren Kindern gegenüber, die er ständig beim Spielen stört und sie verjagt (170ff.). Die Kinder trauen sich deshalb schon nicht mehr nach draußen zum Spielen. Das nimmt die türkische Frau in Kauf, schließlich möchte sie ihre Ruhe haben. Damit das der Fall ist, begleitet sie ihre Kinder zu einem entfernteren Spielplatz (237ff.).

Doch auch dieses aggressive Verhalten des Hausmeisters will die junge Frau nicht in Verbindung mit besonderen Vorbehalten gegenüber Türken sehen. Sie betont, dass auch andere erwachsene Bewohner des Hauses –

Türken und Deutsche – Angst vor diesem Mann haben und deshalb z.B. die Wiesen vor dem Haus nicht einmal zum Sitzen nutzen (727ff.). Diese Einschränkungen bedrückt die Interviewte sehr. Obwohl sie und ihre Familie mit ihrem Auto recht flexibel sind, möchte sie doch in ihrem Alltag die Wohnung und das unmittelbare Umfeld auch nutzen. Das wird ihr durch das autoritäre Verhalten des Hausmeisters, der sich als Sachwalter der restriktiven Bestimmungen der Hausverwaltung geriert, unmöglich gemacht. Diese Einschränkung bereitet ihr große Probleme, weshalb sie im Verlauf des Gesprächs häufiger auf diese Problematik zu sprechen kommt. Dabei betont sie, dass es ihr nicht nur um ihr Vergnügen, sondern hauptsächlich um die Möglichkeiten für ihre Kinder gehe (908ff.).

Diese mütterliche Perspektive nimmt die Interviewte auch ein, wenn sie über ausländerfeindliches Verhalten in ihrer Umgebung spricht. Sie artikuliert ihre Sorge, dass ein solches Verhalten ihre Kinder schädigen könnte. Aus Angst vor ausländerfeindlichen Übergriffen ließe sie ihre Kinder mehr nicht alleine draußen. Sie begleitet sie auch deshalb auf den Spielplatz, um sie zu schützen; sie beobachtet sie auf dem Schulweg usw. (640ff.). Ihre Ängste scheinen zunächst diffus, wenn sie allgemein von „die Leute“ (644) spricht; sie scheint ständig mit „Angriffen“ – verbal und tätlich – zu rechnen. Die Ängste werden aber konkreter, wenn sie von einem Vorfall berichtet, der ihrer kopftuchtragenden Freundin widerfahren ist. Ebenso konkret wird die Begebenheit, die sie mit Realschülern erlebte. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Eh, sie sagt, wenn die Schule aus ist, denn gehn die so breit auf dem Bürgersteig, dass sie als Frau ausweichen muß. Die gehn direkt auf –, eh, sie sagt, die kommen direkt auf mich zu, so dass ich ausweichen muß auf die Straße. Die würden jetzt nicht Platz machen. Das sind ja jüngere Leute, könnten ja denn zur Seite gehn. Also, da ist so ne Front ...“ (692-697)

Auch die Geschichte von einem Grundschulrektor führt sie als Beleg dafür an, dass Personen türkischer Herkunft in Deutschland schlecht behandelt werden. Dieser Schulleiter ist dafür bekannt, dass er türkische Schüler malträtiert, sie beschimpft und auch schon mal einen Schlüssel nach ihnen wirft.

Dabei betont die junge Frau, dass sie Deutsche sei, dass sie ihren türkischen Pass abgegeben habe: „Wir sind auch Deutsche“ (835).

Die Bemerkungen der 32jährigen geben deutliche Hinweise auf ihre diskursive Position, die sie im Stadtteil einnimmt. Sie spricht als Angehörige einer Minderheit in Deutschland. Ihre Wohnsituation – in Gestalt des Hausmeisters und der Nachbarn ausgeführt – erlaubt es ihr nicht, aus dieser Minderheitenposition herauszutreten. Sie sehnt sich durchaus danach, ein normales Leben wie andere auch zu führen. Sie ist deshalb auch bemüht, ausländerfeindliche Tendenzen eher zu verharmlosen und das Verhalten auf andere Faktoren zurückzuführen.

Doch ihre Position als Türkin, der man den deutschen Pass nicht ansieht, und als Mutter lassen sie ängstlich werden und das Thema Ausländerfeindlichkeit artikulieren. Dabei formuliert die Interviewte Ohnmachtsgefühle z.B. gegenüber dem rassistischen Schulleiter, die ihre Minderheitenposition noch verstärken.

„will nicht auf andre Stadt gehen. Sind viele Fremde und so“ (Interview mit einer 17jährigen Frau türkischer Herkunft)

Die junge Frau lebt seit ihrer Geburt in Gelsenkirchen-Bismarck und wohnt dort zusammen mit ihren Eltern, ihrem Bruder und seiner Frau immer in der gleichen Wohnung.

Ihr Alltag ist geprägt von der Schule, die sie mit Ende des Schuljahres 1998/99 beenden wird. Daneben findet sie ein wenig Zeit, um Freundinnen zu besuchen oder von denen besucht zu werden. Doch sie meint: „So ist das Leben.“ (114), und deutet damit an, dass sie keine Alternative zu ihrer Situation sieht. Ihr Leben erscheint ihr somit vollkommen „normal“, obwohl sie an anderer Stelle konstatiert, dass sie „eigentlich ... nicht in

Disco gehen (dürfen).“ (386) Eine häufige Freizeitbeschäftigung von Jugendlichen ist ihr offenbar von der Familie untersagt. Doch das kritisiert sie nicht weiter, sie scheint sich dieser Anweisung zu fügen. Was ihr offenbar auch nicht besonders schwer fällt, denn von einem Kinobesuch – „vor vielen Jahren war das“ (411) – hat sie sich noch nicht einmal Titel des Filmes gemerkt, so dass das Erlebnis wohl kaum als einschneidend angesehen werden kann.

Sie hat ausschließlich türkische Freundinnen, weil man deutschen Mädchen „nicht alles vertrauen kann ... Die labern immer zu viel.“ (777-781) Bei türkischen Mädchen sei das nicht so.

Nach der Schule wird sie eine Ausbildung zur Frisörin antreten. Die Lehrstelle ist ihr bereits zugesagt worden. Sie sei in einen Frisörsalon gegangen und habe dort persönlich die Bewerbungsunterlagen abgegeben. Nach einer Woche erhielt sie dann die Zusage (481ff.). Mit dieser Geschichte macht die junge Frau deutlich, dass sie selbstbewusst auftritt und die Dinge, die ihr wichtig sind, zu organisieren weiß.

Sie fühlt sich wohl in Gelsenkirchen-Bismarck und möchte nicht wegziehen, denn das Bekannte und Vertraute ist wichtig; sie hat Angst vor dem Unbekannten: „will nicht auf andre Stadt gehen. Sind viele Fremde und so.“ (548) Allerdings beabsichtigt sie, da sie bald achtzehn wird, einen Führerschein zu machen und sich ein Auto zu kaufen. Damit will sie die fehlenden Freizeitmöglichkeiten von Bismarck für sich persönlich umgehen. Dann wäre sie mobil und könnte sich so bewegen, wie sie es will. Da die Familie kein Auto hat, werden zurzeit sämtliche weiten Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln erledigt.

Dabei schätzt sie es sehr, dass sie die Einkäufe für den täglichen Bedarf zu Fuß erledigen kann, nutzt dies aber in der Regel nicht, weil in ihrer Familie die Einkäufe von der Mutter getätigt werden (313ff.).

Das Leben im Stadtteil ist aber im Augenblick für sie trotz der mangelhaften Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche wichtig. Vor allem zu den Projekten des Stadtteilbüros hat

sie regen Kontakt: Sie verbringt dort einen Teil ihrer Freizeit und macht dort ihre Hausaufgaben (737ff.). Aber auch gegenseitige Hilfe findet statt; so hat die Interviewte bei Hausaufgaben geholfen, und sie bekam Hilfe bei ihren Bewerbungsschreiben (927ff.).

In ihrer unmittelbaren Wohnumgebung fühlt sie sich recht wohl und klagt lediglich darüber, dass die Treppen manchmal zu hoch erscheinen (168) und sie sich statt des Kohleofens eine Heizung wünscht (281). Dafür haben sie und ihre Familie freundschaftlichen Kontakt zu den Nachbarn, die ausschließlich türkischer Herkunft sind: Sie besuchen sich gegenseitig.

Auf die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft angesprochen, reagiert sie sehr persönlich. Sie wünscht sich, beide Staatsangehörigkeiten zu haben; denn – auf der einen Seite: „ich bin doch ne Türkin“ (1452). Und auf der anderen Seite könnte sie mit dem deutschen Pass z.B. bei einer Heirat mit einem Türken, der noch in der Türkei lebt, ihren Ehemann dann leichter „mitbringen“ (1483f.). Hinzu kommt, dass sie hofft, mit einem deutschen Pass leichter eine Arbeit zu finden (1496).

Diese Aussagen weisen auf die spezifische Diskursposition der jungen Frau hin. Obwohl sie seit ihrer Geburt in Deutschland lebt und nur durch ihre Familie Verbindungen zur Türkei hat, knüpft sie an die Identitätsthematik innerhalb des Einwanderungsdiskurses an und macht sie sich zu Eigen. Die Tatsache, dass sie Türkin ist, schreibt sie nicht dem Zufall zu, sondern dies ist ein nicht wegzudenkendes Faktum, das akzeptiert und nicht hinterfragt wird. Sie fühlt sich also gleichzeitig als Deutsche und Türkin und glaubt, diese Situation könne sie durch eine doppelte Staatsbürgerschaft gut zum Ausdruck bringen. Der deutsche Pass hat dann die Funktion, ihr das Leben in Deutschland zu erleichtern, das ja faktisch für Nichtdeutsche sehr schwierig ist.

Diese hybride Identität⁶⁹ der jungen Frau äußert sich auch, als sie auf ausländerfeindli-

che Erfahrungen angesprochen wird. Ansonsten keineswegs schüchtern, reagiert sie in diesem Punkt verhalten und eher wortkarg. Sie hat – oder besser gesagt: will – nichts damit zu tun haben. Sie berichtet nur von einer Schulepisode, in der Schüler Lehrer bedrohen, weil die Lehrer schimpften; es geht aber keine eindeutige rassistische Erfahrung hervor (699ff.). Man erfährt nicht, ob es sich um Auseinandersetzungen zwischen nichtdeutschen Schülern und dem Lehrer gehandelt hat. Eine Erklärung für diese Zurückhaltung könnte darin liegen, dass sie einerseits als Deutsche anerkannt werden will und das ist nur dann der Fall, wenn sie von anderen nicht aufgrund ihrer Herkunft angesprochen oder gar benachteiligt wird.

Auch die Veränderungswünsche, die sie äußert, verweisen auf ihre Position als junge Frau türkischer Herkunft. Sie wünscht sich, öfter abends spazieren gehen zu können und „wie in der Türkei (zu) leben“ (1555). Dabei stellt sich heraus, dass sie über die Zustände in der Türkei aus ihrer Urlaubserfahrung heraus schließt. Obwohl sie in Deutschland aufgewachsen ist, macht sie die Zustände in der Türkei, über die offenbar auch von ihrer Familie berichtet wird, zum Maßstab ihrer Bewertung. Dort findet das Leben mehr draußen statt. Sie führt das darauf zurück, dass die Deutschen zu müde seien, weil sie immer so viel arbeiteten (1596ff.).

Insgesamt erscheint die junge Frau sehr aufgeschlossen und selbstbewusst. Im Gespräch führt dieses Selbstbewusstsein sogar an einer Stelle zu einem unhöflichen Verhalten, das sie gegenüber ihrer ebenfalls anwesenden Schwägerin an den Tag legt.⁷⁰ Als sie meinte, diese habe eine falsche Angabe gemacht, fällt sie ihr ins Wort (855ff.), und glaubt, diese Aussage korrigieren zu müssen. Ansonsten wurde diese Frau von der Jüngeren eher ignoriert.

In Kooperation mit anderen Einwohnern dürfte sie relativ leicht für soziale Arbeit und basisbezogene Dienstleistungen zu motivieren sein, zumal wenn dadurch ihr Lebensunterhalt gesichert werden könnte.

69 Zum Begriff der „hybriden Identität“ vgl. Hall 1994.

„Ich bin hier. Meine Augen hab ich hier aufgemacht.“ (Interview mit einem 36jährigen Mann türkischer Herkunft)

Der Interviewte wohnt seit den späten siebziger Jahren im Ruhrgebiet, seit Mitte der Achtziger wohnt er in Gelsenkirchen-Bismarck. Nachdem er lange Zeit in der Zeche Consol gearbeitet hat und nach deren Schließung nach Dorsten versetzt wurde, ist er seit einem Jahr krankheitsbedingt Frührentner. Als relativ junger Mann ist er deshalb vom Arbeitsleben ausgeschlossen. Diese Position wird von ihm offenbar auch dadurch verarbeitet, dass sein Hauptbezugspunkt, auf den er sein Leben nun konzentriert, seine Familie ist, vor allem seine Kinder.

Die will er mit Liebe zu Disziplin und Respekt vor den Älteren erziehen. Die Disziplin würden sie in ihrem späteren Leben brauchen, denn:

„ich mein also, meine Kinder sollen was erreichen. Also die sollen erreichen, was sie erstmal sich selber wünschen und meine Wunsch ist so, die sollen nicht einfache Arbeiter werden. Die müssen irgendwas erreichen also, damit die nicht, eh, wenn also in eine Firma Konkurs macht oder zu-

70 Die 23jährige Türkin sollte ursprünglich auch stärker ins Interview einbezogen werden. Es stellte sich jedoch heraus, dass dies – auch aufgrund der mangelnden Sprachkenntnisse – nicht möglich war. Erst nach dem Gespräch erfuhr unsere Mitarbeiterin, dass die Ehe zwischen dem Bruder der Interviewten und dieser jungen Frau offenbar so gut wie gescheitert ist, dass dies in der Öffentlichkeit jedoch nicht dargestellt wird. So lebt diese Frau weiterhin im Haushalt ihrer Schwiegereltern, die kranke Schwiegermutter nutzt sie zur Mitarbeit im Haushalt (aus). Ihre Situation ist sehr isoliert, zumal sie kaum Deutsch spricht. Auch ein Deutschkurs, den sie besucht, erscheint ihr nicht besonders erfolgreich. Sie sagt: „wenn ich nach Hause komme, hab ich alles Deutsche wieder vergessen, was ich dort im Kurs lerne, weil ich zu Hause nur türkisch spreche.“ (244ff.) Möglicherweise war es auch diese schlechte Position auf der familiären Stufenleiter, die die junge Frau veranlasste, sich außergewöhnlich respektlos ihr gegenüber zu verhalten.

macht, dann aah, was mach ich jetzt?“ (779-783)

Durch Anstrengung sollen es die Kinder einmal besser haben als ihr Vater. Freunde hat der Interviewte keine. Weder türkische noch deutsche Personen will er zu seinem Freundeskreis rechnen, da habe er bereits schlechte Erfahrungen gemacht (933ff.). Als Hobbies gibt er Reparaturarbeiten, spazieren gehen und seit dem Besuch der Abendrealschule auch Lesen an. Ob sie den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck verlassen, wird sich dann entscheiden, wenn seine Tochter zur weiterführenden Schule geht. Je nachdem, in welchem Stadtteil diese liegen wird, wird über den Verbleib der Familie im Stadtteil entschieden. Die Familie ist wie bereits angesprochen der Hauptbezugspunkt des 36jährigen.

Das deutet bereits an, dass sein Verhältnis zum Stadtteil kein inniges ist, sondern eines, das sich aus den Umständen so ergeben hat. War es zunächst der Arbeitsplatz in Consol, so ist es jetzt der Schulbesuch der Tochter, was ihn in Bismarck hält.

Entsprechend fällt das Urteil über Bismarck hart aus: „Am besten gefällt mir nicht.“ (519). Weil er jedoch kaum außerfamiliäre Kontakte wahrnimmt, bezieht sich die Beurteilung des Lebens im Stadtteil weniger auf soziale denn auf äußere Verhältnisse. Im Zentrum seiner Kritik steht z.B. die Belästigung und Gefährdung durch den Verkehr: „das ganze Gelsenkirchener Verkehr ist auf diesen Gebiet“ (522), die Verschmutzung öffentlicher Räume und die mangelnden Spielmöglichkeiten für seine Kinder – Verhältnisse, durch die die Familie direkt betroffen ist.

Auffällig ist seine unterschwellige Argumentation, mit der er die Mängel des Stadtteils deutlich macht. Zwar werden die Verhältnisse in Bismarck relativierend zu denen in anderen Stadtteilen in Bezug gesetzt, jedoch ist Bismarck immer „besonders“ von den angesprochenen Problemen betroffen. Z.B.: „Jeder Stadtteil muß mit Verkehr leben, aber hier ist besonders sta[ark]“ (525f.), oder in Bezug auf Kriminalität: „Bismarck

ist ganz bekannt, ne, von (...) Kriminalität" (1161f.), dagegen folgen später relativierende Bemerkungen, in denen auch Vorzüge des Stadtteils zum Ausdruck gebracht werden:

„Also, Einkaufsmöglichkeiten ham wer also, eh -. Wenn ich nicht unbedingt will also, brauch ich kein Auto zum einkaufen. So, kann man so erledigen. Ok, also wenn man also so so Real oder Interspar gehen will, da braucht man also Auto, aber das gleiche kann man auch hier kaufen.“ (1222-1225)

Die Stadtpolitik wird von dem Interviewten auf die Aussage zugespitzt, Bismarck „das ist (...) vergessene Landstück" (680). Allerdings sind ihm auch die Projekte im Rahmen des Stadtteilprogramms, die zu einer Verbesserung der Situation beitragen sollen, nicht bekannt. So wertet er den internationalen Weihnachtsmarkt, der von Vereinen und Schulen regelmäßig ausgerichtet wird, sogar als einen kommerziellen Weihnachtsmarkt, den er ablehnt. Nachdem er die beabsichtigte Funktion des Marktes erfährt, bezweifelt er den Sinn eines solchen Projekts und lehnt Integration als inszeniertes Ereignis ab.

So locker die Bindung an Bismarck jedoch auch sein mag, Gelsenkirchen und das Ruhrgebiet sind für den 36jährigen insgesamt aber der Ort seiner eigentlichen Sozialisation, die er so beschreibt:

„... im Dorf aufgewachsen. Hab ich nichts gesehen, also, eh, vom ... moderne Leben, hab ich nichts -. Also ganz selten und, eh, ich bin hierhin gekommen, also wie soll ich sagen. Ganz klein angefangen. Jetzt also alles gesehen, so lebt man. Kann ... man auch besser leben oder, eh, kann man auch schlimm, schlimmer leben und, eh, also von Türkei aus, ich hab keine, eh, eh, eh, wie soll ich sagen, von innerlich hab ich kein Interesse. Nur mein -, weil meine Eltern, eh, Eltern da sind? Meine Geschwister sind da und deswegen will ich jetzt auch nich also vonner Tür - ganz weg sein. Aber nich, dass jetzt aus der Türkei, eh, da hamwer, eh, eh, wie weiß ich, Grundstücke oder Häuser. Das interessiert mich nicht, weil ich bin hier. Meine Au-

gen hab ich hier aufgemacht.“ (299-308)

Mit der Türkei verbinden ihn verwandtschaftliche Beziehungen. Das Ruhrgebiet ist insofern die Wahlheimat des Interviewten. Diese Bindung ist in erster Hinsicht auf die Vertrautheit mit der Stadt bzw. der Region zurückzuführen. In Gelsenkirchen „kenn ich jetzt jede Ecke" (911), meint er. Die gute Infrastruktur, die landschaftliche Umgebung und die Mischung aus deutscher und türkischer Bevölkerung und vor allem seine Familie, seine Kinder sorgen dafür, dass sich er sich hier wohl fühlt.

Dass der Interviewte generell nur wenige Kontakte außerhalb seiner Familie hat und sucht, drückt sich auch in seinem Verhältnis zu den beiden größten Bevölkerungsgruppen aus.

„Aber, eh, ich sag mal, wenn ich jetzt also -, ich bin so dran gewöhnt jetzt daran. Also, wenn ich jetzt auf Straße geh, seh ich Türke, Deutsche. Dann weiß man, aha, ich lebe also in Zeiten also, wenn ich hingehen will, sprech ich mit Deutsche und dahin geh, dann sprech ich türkisch. Da kann ich mich also nicht fremd fühlen, ne" (935-939)

Wenn er überhaupt soziale Kontakte sucht, dann sind ihm Türken genauso lieb wie Deutsche. Sobald Unterschiede zwischen Deutsche und Türken angesprochen oder auch nur angespielt werden, z.B. in Verbindung mit Kriminalität oder Fußball, betont der 36jährige, dass die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe doch unwichtig sei. Dies markiert, ebenso wie sein Wunsch, dass seine Kinder sozial aufsteigen sollen, das hohe Maß an Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit, die er zu bringen in der Lage ist und dass von ihm und seinen Landsleuten auch abgefordert wird.

Dennoch kann er Türken nicht als integrierten Teil der Bevölkerung ansehen. Dies äußert sich in seinen Aussagen über den „Fall Mehmet", der von der bayrischen Regierung in die Türkei abgeschoben wurde⁷¹. Der Interviewte hat dafür Verständnis. Hier sei berechtigter Weise ein schädlicher Fremdkörper aus der deutschen Gesellschaft

ausgeschlossen: „Was sollen wir damit?“, so fragt er (63).

In dieser Hinsicht äußert der Interviewte die gleichen Gefühle wie seine deutschen Mitbürger. Er glaubt von feindlichen Einflüssen umgeben zu sein. Seine Aussagen sind gespickt mit Kollektivsymbolen, mit denen die Trennung von Eigenem und Fremden, von innen und außen, von mein und deren, codiert werden. Die Bedrohung von außen geschieht durch „Linke“ (588) und „Gauner“ (1577), durch Kriminelle, die „von außerhalb“ (Z. 1082f.) kommen und im Dunkeln agieren. Diese Vorstellung setzt sich fort bis zu den Bakterien im Hundekot:

„Hundekote ist total gefährlich. Da leben so viele -, was weiß ich, eh, ...Bakterien und dann kann sich ... Kind ganz schnell anstecken, so. Und, ich weiß nicht, die Leute, die Hunde haben, die muß man also, eh, eh, son Riesenhaufen machen, Hundehaufen. Da muß man die da reinstecken.“ (857-863)

Die Bedrohungen gehen nicht nur von Personen aus, der Interviewte fühlt sich auch gesellschaftlichen Mechanismen hilflos ausgeliefert, wenn z.B. sein Wohnungsvermieter von ihm verlangt, dass seine Miete von seinem Konto abgebucht werden soll, ihm gleichzeitig seine Bank aber von solchen Aufträgen abrät. Diejenigen, die die Macht haben – in diesem Fall die Wohnungsgesellschaft – zwingen ihn aus seiner Sicht zu Handlungen, die gegen seine Interessen gerichtet sind. (582ff.)

Als ehemaliger Bergarbeiter fühlt er sich überhaupt von mächtigeren Wohlhabenden umgeben. Davon grenzt er sich ab, in dem er

71 Der Fall Mehmet hat bundesweit für Aufsehen gesorgt. Ein junger Mann türkischer Herkunft, der in Deutschland aufgewachsen ist, wurde außergewöhnlich häufig straffällig. Die Behörden meinten, dass sie mit dieser Form von Jugendkriminalität nicht klarkommen, und sahen eine Möglichkeit, sich des Problems dadurch zu entledigen, dass sie den Jungen in die Türkei auswiesen. Die Eltern von „Mehmet“ sollten zunächst direkt mit abgeschoben werden, dieses ist aber dann unterblieben.

sein Geld spart. Die Traumwelt der Reichen interessiert ihn nicht. Auch Presseberichte darüber interessieren ihn nicht, die seien für Reiche gemacht und berücksichtigten nicht seine persönlichen Belange. Er konsumiert die Medien, die für ihn im Alltag nützlich sind und versucht gleichzeitig, seinen privaten Raum gegen eine Einflussnahme von außen abzusichern.

Seine Werte sind andere, z.B. die dass ältere Menschen in der sozialen Hierarchie eine Vorrangstellung genießen sollen. Das Verhältnis zu ihnen sollte von Rücksicht bis hin zu Ehrfurcht geprägt sein. Deshalb richtet er die Erziehung seiner Kinder darauf aus, dass sie Älteren Respekt entgegenbringen. Bedürfnisse von Ältern hätten absoluten Vorrang vor denen anderer Menschen.

Sicherlich leitet nicht nur diese soziale Position als Arbeiter und Person türkischer Herkunft seine Perspektive auf den Diskurs. Auch seine Krankheit führt ihn zu Sichtweisen, die von gesunden Menschen nicht ohne weiteres eingenommen werden.

Dabei überrascht sicher, dass er so wenig über seine Krankheit weiß: „Ich hab en Krankheit (...) ganz gefährlich soll das sein.“ (465) Das ist deshalb erstaunlich, weil er ja immerhin aus diesem Grunde so früh aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist. Dafür ist er aber ausgesprochen kompetent, die sozialen Auswirkungen seiner Krankheit zu erfassen: das „Volkstempo kann ich nicht mitmachen.“(467) Es kann sich nicht an das Tempo der Gesellschaft anschließen, kann da nicht mittun. Damit spricht er seine soziale Isolation an, die auch durch die Krankheit entsteht. Der Verlust seines Arbeitszusammenhangs wird von ihm offenbar durch seine Hinwendung zur Familie aufgehoben oder lebbar gemacht. Die Bindung an seine Familie ist es denn auch, die ihn hindert, eine Arbeit zu suchen. Er befürchtet, dass er seine Familie nicht versorgen kann, sollte ihm z.B. bei dieser Arbeit ein Unfall widerfahren.

So macht sich auch in diesem Sektor eine Position geltend, Ereignisse quasi schicksalsergeben hinzunehmen, sich auf das Eigene zu beschränken, weil es nur das ist, worauf man Einfluss nehmen kann.

Seine Krankheit macht diesen Interviewten in gewisser Weise zu einem Sonderfall. Trotz dieser besonderen Diskursposition, die ihn tendenziell in eine Außenseiterposition bringt, lassen manche seiner Aussagen darauf schließen, dass er jedoch stark in den hegemonialen Diskurs eingebunden ist.

„Es müßte mehr so ne schönere Atmosphäre halt sein“ (Interview mit einer 18jährigen Frau deutscher Herkunft)

Die junge Frau wohnt schon ihr ganzes Leben lang in Bismarck und steht kurz vor dem Abitur. Ihre Familie ist fest im Stadtteil verwurzelt und hat sie in das Vereinsleben vor Ort eingeführt. Als passionierte Sportlerin besteht der Großteil ihrer Freizeit aus sportlichen Aktivitäten. Als Übungsleiterin engagiert sie sich auch in der Jugendarbeit ihres Sportvereins. Mit – vorwiegend nichtdeutschen – Kindern hat die Interviewte auch zu tun, wenn sie sich durch Mitarbeit bei der Ferienbetreuung im Pädagogischen Zentrum (Pädze) Geld verdient. Für ihre berufliche Zukunft hat die Interviewte bereits feste Vorstellungen: sie will in familiärer Tradition in den Staatsdienst, vorzugsweise bei der Kriminalpolizei, weil sie sich dort Abwechslung und verstärkt Umgang mit Menschen erhofft. Nach ihrem Eintritt in die Berufswelt und dem ersten eigenen Einkommen, das ihr sehr wichtig ist, plant sie nicht nur früh Mutter zu werden, sondern auch aus Bismarck wegzuziehen.

Dieser Wunsch, trotz Bindung an Familie und Vereinsleben den Stadtteil zu verlassen, rühre von Mängeln her, die sie sieht und die sie doch ganz erheblich stören. Sie sagt ausdrücklich: „So schön find ich das hier nich.“ (233) Die Mängel seien in erster Linie atmosphärische. Sie sieht vor allem den zwischenmenschlichen Umgang in Bismarck als verbesserungswürdig an.

„Es müßte mehr so ne schönere Atmosphäre halt sein. So wenn ich zum Beispiel in Urlaub so nen Ort fahr, wat weiß ich so, waren wer in Österreich, dat war ne ganz andere Atmosphäre da, wie die Leute miteinander umgingen un alles“ (581-584)

In der Siedlung, in der sie wohnt, fühlt sich die Interviewte von der Nachbarschaft kontrolliert und stellt sich vor, dass es in einem Dorf nicht anders sei. Außerdem scheint jede Bewegung in Bismarck von Furcht begleitet zu sein, obwohl andererseits die Kriminalität im Stadtteil nicht als großes Problem angesehen wird. Dennoch kommt sie in diesem Zusammenhang auf Ausländer zuspochen, wenn sie sagt, sie habe „jetzt nichts speziell gegen Ausländer, aber, ehm, man hat doch Angst, auch abends noch rauszugehen hier.“ (249)

Doch als gravierenderer Störfaktor wird der übermäßige Verkehr im Stadtteil angesehen, der jedoch als notwendig hingenommen wird. In Bezug auf LKW sagt sie: „Ich mein, wir brauchen die ja. Ich weiß - weiß zwar nich, was drin is und wo se hinwollen, aber für irgendwas sind se ja gut.“ (639f.)

Doch die junge Frau gewinnt dem Stadtteil auch positive Gesichtspunkte ab. Bismarck sei auch schön: sie hebt die gute Infrastruktur hervor, die gesicherte Grundversorgung beim Einkaufen und den ÖPNV, die Parks und das Angebot an Vereine und Initiativen. So resümiert sie: „is eigentlich für jedermann hier was dabei“ (290). Obwohl sie den Versuch, die Attraktivität des Stadtteils zu verbessern, eigentlich als zwecklos ansieht, meint sie dennoch, äußerliche Veränderungen könnten bereits eine angenehmere Atmosphäre gewährleisten: „Das muß ja -. Ja, is wieder so oberflächlich, ma so freundlicher gestaltet werden, find ich.“ (544f.). Ob sie dabei an das österreichische Feriendorf denkt, sagt sie nicht.

Das Problem eines hohen Ausländeranteils in Bismarck wird von der Interviewten selbst ins Gespräch gebracht. Interessanterweise folgt dieser Hinweis der Passage, in der sie die Nachteile von Bismarck ausführte. Die junge Frau ist davon überzeugt, dass Deutsche und Nicht-Deutsche, in „zwei verschiedene[n] Welten“ (1128) leben. Diese Auffassung zieht sich durch ihre gesamte Argumentation. Gefragt, was sie von der doppelten Staatsbürgerschaft halte, führt sie – mit dem Hinweis auf die Verhaftung des PKK-Chefs Öcalan und die Proteste von

Menschen kurdischer Herkunft in Deutschland – aus:

„Jetzt gar nichts mehr, echt nicht. Also jetzt, was da grade abläuft jetzt in den Nachrichten und wenn die jetzt au no, sag ich ma, ne Staatsbürger-. Also irgendwie en Recht haben, hier mitzusprechen und ihre eigenen Parteien gründen könnten, dann is alles vorbei. Also jetzt nicht –. Es gibt immer wieder Ausnahmen. Ich kann das nie auf alle beziehen, ne. Aber, n nee. Ich mein, einerseits is es gut für die Leute selber, sag ich ma, die jetzt nich irgendwie was im Schilde führen wollen. Aber jetzt sowas, wenn zum Beispiel Parteien, eh, entstehen und die dann ihren Glauben und was weiß ich, was die für Vorstellungen haben, durchsetzen können und woll-, weil wir halt en großen Anteil haben an Ausländern, dann is das, glaub ich, nich mehr so doll.“ (1062-1071)

Türken werden nicht als Teil der Gemeinschaft angesehen, der sie sich zugehörig fühlt, sondern durch die Trennungslinie „wir“ – „die“ eindeutig ausgegrenzt. Diese Abgrenzung geht einher mit der Angst, die gewohnte deutsche Lebenswelt könne durch eine nichtdeutsche Kultur verändert werden. Diese Möglichkeit sieht die junge Frau in dem Falle, wenn hier lebenden Ausländern die gleichen Rechte gewährt würden. Dann nämlich seien sie nicht mehr von den Entscheidungen der Deutschen abhängig, die etwa bestimmen könnten, was noch geht und was nicht, sondern sie könnten ihre Bedürfnisse und Vorstellungen ungezwungen einbringen. Ihre Befürchtung gipfelt in dem Szenario, dass sie womöglich in einem solchen Fall die Sitten und Gebräuche anderer übernehmen müsste. Die von ihr angenommenen unterschiedlichen Lebenswelten werden hier zur Quelle von Angst.

Interessant ist dabei, dass die fremdenfeindliche Argumentation durch emanzipatorische Argumente legitimiert wird, denn schließlich treffen die Gewohnheiten der Muslime immer die Frauen:

„Grade die Türken un alles, die ham ja immer noch diesen Standpunkt, ne, wie ich schon gesagt hab, die Frauen, deswegen

kommen se ja - die immer nich zum Sport bei uns, sitzen zu Hause, machen die Kinder un alles un die Männer können machen, was se wollen und sowas nochma hier, das muß ja nich sein.“ (1097-1100)⁷².

Zwar werden die von ihr vorgenommenen Ausgrenzungen durch die Betonung ihrer subjektiven Perspektive und durch weitere relativierende Momente wie „Ich kann das nie auf alle beziehen“ (1065f.) oder „Es gibt immer wieder Ausnahmen“ (1065) abgeschwächt.

Damit meint sie jedoch nicht, dass z.B. die Gewaltanwendung von kurdischen Protesten, die in Verbindung mit der Festnahme des PKK-Chefs Öcalan stattfand, eine solche Ausnahme gewesen ist. Vielmehr hat sie dabei einzelne Ausländer im Blick, die nichts Böses im Schilde führten. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die häufig verwendete Redefigur: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...“ von ihr öfter verwendet wird. Auch die kollektive Symbolik, mit der in Gesprächen und Texten häufig die Grenzen zwischen dem Eigenen und dem Fremden gezogen werden, ist ihr geläufig: die Türken agieren im Dunkeln, sie ‚überschwemmen‘ den Stadtteil, so dass es „nur noch“ türkische Läden gibt. Daneben wohnen sie in „runtergefallenen“ Häusern, die erkennen lassen, wer dort wohnt. Ihre Kultur bleibt geheimnisvoll und bedrohlich: „was weiß ich, was die für Vorstellungen haben“ (1069). Dabei ist auffällig, dass solche distanzierenden Einschätzungen der „anderen“ von Deutschen nicht gemacht werden bzw. ausbleiben, obwohl sie ähnlich wie mit Türken auch mit Deutschen bloß oberflächliche Kontakte pflegt.

Aufschluss über die Vorstellung der Interviewten, wie soziale Prozesse ablaufen, ergeben sich, als das Gespräch auf ihren

72 Die hier vorgenommene Ethnisierung von Sexismus, die uns auch in anderen Interviews begegnet, zeigt noch mal, dass es sich dabei um eine Argumentationsfigur handelt, die von allen Diskursbeteiligten aufgenommen wird, egal ob es sich um Männer oder Frauen handelt.

Wunschberuf kommt. Als Polizistin möchte sie ihre soziale Ader im Berufsleben umsetzen und einen Beitrag dazu leisten, „dass hier (...) das Schlimmste (...) beseitigt wird.“ (972f.) Kriminalität beurteilt sie dabei als ein psychopathologisches Problem:

“Irgendwie ham die en Knacks. Jaa, irgendwas muß doch fehlen da oben dann bei denen im Hirn.” (992f.)

Dagegen gäbe es nur eine Lösung: den Ausschluss der Delinquenten aus öffentlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Das bedeutet: „weg mit ihm“ (1009f.) und „einfach nicht mehr rauslassen“ (1020). Gestützt wird diese Argumentation mit dem Verweis auf Wiederholungstäter, die ja in Verbindung mit den jüngsten Vorfällen von so genannter „Kinderschänderei“ häufig auftaucht. Insgesamt machen ihre Aussagen deutlich, dass sie davon ausgeht, dass abweichendes oder gar kriminelles Verhalten durch biologische Anlagen entsteht. Entsprechend folgerichtig werden von ihr die Handlungsmöglichkeiten von gesellschaftlichen Akteuren nur sehr eingeschränkt wahrgenommen. Man kann im Prinzip an sozialen Problemen nichts ändern, deshalb muss man sie möglichst effektiv und mit den geringsten Komplikationen für den gesellschaftlichen Ablauf verwalten.

Die unterschiedlichen Lebenswelten, die die Interviewte bei Türken und Deutsche vermutet, werden von ihr durchaus noch in anderen Hinsichten gesehen. Doch es lässt sich keine wirkliche Vermittlung herstellen, allenfalls können kosmetische oder atmosphärische Korrekturen vorgenommen werden. An solchen Korrekturprozessen jedoch will sich die junge Frau durchaus beteiligen.

„Ich guck einfach weg“ (Interview mit einem 15-jährigen Mann türkischer Herkunft)

Kennzeichnend für den 15-jährigen jungen Mann ist sein Bemühen, ein normales Leben in Deutschland zu führen, bzw. sich dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Doch seine Herkunft als Kind türkischer Einwanderer, die zudem nicht mit großen finanziellen

Ressourcen ausgestattet sind, zwingt ihn, andere Sichtweisen zur Kenntnis zu nehmen. Dabei charakterisiert diesen Jungen, dass er die Diskrepanz zwischen den beiden Wahrnehmungsmustern seiner Wirklichkeit noch nicht miteinander vermittelt.

Sein Bemühen, ein normales Leben zu führen, möglicherweise ein besseres als das seiner Eltern, äußert sich darin, dass der Hauptschüler viel Wert auf eine gute schulische Ausbildung legt. Auch in seiner Freizeit ist er bemüht, Defizite des Unterrichts zu beheben. Er beabsichtigt, nach der Hauptschule das Abitur zu machen, um dann später studieren zu können. Das möchte er in erster Linie aber nicht wegen eines besonderen Berufswunsches, sondern er „möchte ein bißchen Erfahrung sammeln, damit ich ... später, wenn ich mal heirate und Kinder bekomme und dass sie auch da wissen, ... wie sie mit Problemen umgehen können.“ (275ff.) Solche Werte glaube er auf der Universität erlernen zu können. Sein engerer Berufswunsch, Computertechnologe zu werden, ist demgegenüber zweitrangig. Seine Sonderstellung als Kind von Einwanderern und der Unterschicht artikuliert er aber auch, wenn er bemerkt: „Ich muß da en bißchen schon ... mehr Ahnung haben da noch.“ (236)

Entsprechend gibt er als seine liebste Freizeitbeschäftigung an, Hausaufgaben zu machen und zu lernen (325f.). Fast verschämt gibt er erst nach mehrmaligen Nachfragen zu, dass er auch gerne fernsieht (344ff.) und sich ab und zu auch mit Freunden trifft, um Tischtennis zu spielen oder Musik zu hören (88ff.).

In seiner unmittelbaren Umgebung fühlt sich der junge Mann wohl, seine Umgebung sei schön (392). Auch mit den angebotenen Freizeitmöglichkeiten in Bismarck ist er zufrieden: „Also, mir fehlt bis jetzt nichts“ (561). Sein Kontakt zu den vorwiegend deutschen Nachbarn „ist schon wirklich schön“ (432).

Bei der Schilderung konkreter Begegnungen mit diesen Nachbarn macht sich dann jedoch wieder seine Position als jugendlicher türkischer Herkunft geltend:

„Die Nachbar, die – Söhne der Nachbarn zum Beispiel, is so ein großer, schätz ich mal, so 23jähriger junger Mann. Aber das is fast lange her. Da ham die uns angepöbelt und beschimpft und was weiß ich noch, ham uns noch mit, eh, mit, eh, Schimpfwörtern noch, eh, und dann noch beleidigt. Alles mögliche also. Das hat mich nich gestört. Das hat mich nich gestört. Also ich hab das alles ignoriert, denn die wollten nur eins. Die wollten nur Streit. Die wollten nur Streit. Das einzigste, was die wollten, war nur Streit. ... ich ignorier sie einfach. Ich guck einfach weg.“ (868-887)

Dass er in dieser Situation als Ausländer beschimpft wurde, ist dem Gesprächskontext zu entnehmen. Interessant ist, wie der 15jährige versucht, mit solchen Anpöbeleien umzugehen. Er ignoriert diese Angriffe und geht darüber hinweg. Ein solches rassistisches Verhalten selbst erklärt er sich mit dem Drang zu provozieren, mit Langeweile und Dummheit. Dabei schlägt sogleich eine Brücke zur Kurdenproblematik in der Türkei, auf die er unmittelbar nach dieser Äußerung zu sprechen kommt. (897f.) Die deutschen Verhältnisse werden von ihm abgeschwächt, indem er hervorkehrt, dass andere Staaten auch Probleme haben. Auf diese Weise kann diese Situation von ihm als quasi normal angesehen werden.

Denn sein Bestreben, nicht als Anderer, als Fremder angesehen zu werden, wird durch solche Vorkommnisse gestört. Dabei will er doch „mitmachen“ dabei (1229). Er will sich an die Gesetze halten, insgesamt als Deutscher dazugehören.

„Also ich bin in Deutschland hier geboren. Habe auch einen deutschen Paß und mit der Türk – in der Türkei, also ich fühl mich inner Türkei auch wohl. Ich kann auch die Sprache auch gut. Fast die Rechtschreibung. Da hab ich auch auch Probleme, wie in die deutschen und – na ja. Also ich fühl mich in Deutschland sicherer als in der Türkei, obwohl die Türkei lieb ich auch. Ist ein schönes Land. Gefällt mir auch. Is eine wunderschöne Gegend, aber hier in Deutschland fühl ich mich viel wohler. (838-843)

Aus seiner Verbundenheit für die Türkei schlussfolgert er für sich jedoch nicht, dass er gerne auch gleichzeitig türkischer Staatsbürger sein möchte. Allein für seine Eltern, die auch bereits Deutsche sind, begrüßt er die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit (818ff.), um die Verbindungen in die Türkei nicht abreißen zu lassen. Für ihn kommt das nicht in Frage.

Der Hinweis, dass er sich in Deutschland „sicherer als in der Türkei“ (841) fühle, nimmt Bezug auf gewalttätige politische Auseinandersetzungen, mit der wiederum die Kurden in der Türkei mit Ausländerfeinden in Deutschland gleichgesetzt werden.

Dabei äußert der 15jährige Angst vor Kriminalität: Er kennt einige Stories über etliche kriminelle Delikte vom Hörensagen: über Überfälle (1000), Diebstähle (1017) und Vergewaltigungen (1018). Diese Kenntnisse hat er z. T. aus Zeitungen, z. T. von Freunden. Dabei hebt er hervor, dass von den Vergewaltigungen „fast nur ausländische Frauen“ betroffen gewesen wären (1019f.). Auch hier wird der Blick wieder auf das Leben ausländischer Mitbürger fokussiert.

Dies geschieht ebenso, wenn er über unterschiedliche Behandlung ausländischer und deutscher Menschen durch die Polizei redet. Eine solche Handlungsweise sei „dumm“ (1246). Doch er konstatiert eine hierarchische Abstufung der Ausländer, die z. T. als „Sklaven“ Befehlen folgen müssten (1251f.). Auch hier tut sich wieder die Diskrepanz auf, die zwischen den beiden diskursiven Welten dieses jungen Mannes existieren und nicht miteinander vermittelt werden. Das schöne, harmonische Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen, das er auch sieht, wird nicht zu solchen Wahrnehmungsmustern in Beziehung gesetzt.

Dabei gibt er an, in solche Situation auch persönlich involviert zu sein. Angesprochen auf seine Kenntnisse über Jugendcliquen im Stadtteil sagt er:

„Na ja, Jugend- also Jugend- ... Gangs kenn ich schon, die Scheiß machen, aber sobald sie anfangen, hier Mist zu bauen,

hau ich sofort ab, ... wissen Sie, dann ist das fast wie eine Falle. ... also man ist in der Falle gelandet und sofort wird derjenige Ausländer, beschuldigt, dass er das gemacht hat zum Beispiel. Und da hau ich sofort ab.“ (1036-1045)

Hier fließt die Befürchtung ein, als Ausländer unter besonderer Beobachtung zu stehen, schneller als andere beschuldigt zu werden, eine Straftat begangen zu haben. Deshalb versuche er, solchen Reibereien aus dem Wege zu gehen, wobei die angesprochenen „Gangs“ sowohl aus Jugendlichen deutscher wie auch arabischer Herkunft bestünden.

Insgesamt fällt auf, dass er sich sehr bemüht, als höflich und wohlgezogen aufzutreten. Er bemüht sich, Fragen ‚korrekt‘ zu beantworten, und seine Antworten gut und präzise zu formulieren. Auch hier könnte sein ‚Assimilationswunsch‘ Pate stehen: Er will durch Sprache bzw. einen Akzent nicht als Türke identifiziert werden. Er will dazugehören. Die vielfältigen Projekte, die im Stadtteil angeboten werden, nutzt er deshalb auf seine Weise. Er nahm z.B. aktiv am internationalen Weihnachtsfest 1998 teil (1308f.). Und er ist regelmäßiger Besucher und Nutzer des Pädagogischen Zentrums Paulstrasse (73f.). Neben der Hausaufgabenhilfe nahm er an einigen handwerklichen Projekten teil (932ff.). Doch seinen Vorsatz, wegzuschauen und Provokationen zu übersehen, kann er nicht durchhalten. Auf die Frage, weshalb er sich für Kampfsport interessiere, antwortet er:

„Wegen die Ausländer. Sie wissen doch, eh, dass, ehm, einmal haben sie im Fernsehen gesagt, wie, eh, so ein Film, dass ein Ausländer von Radikalen, ehm, von ein Radikalen so verprügelt wurde, ... Zum Beispiel auch im einen türkischen Sender ... ham sies gezeigt, wie eine türkische Ausländerin mit som Kopftuch, wo vier besoffene, eh, ... betrunkene Männer die Kopftuch so abgenommen haben von der Frau und dann haben sie so getan, als wären sie so Ausländer und haben so gesprochen wie türkisch so. Also die waren sehr albern. Also waren auch betrunken, albern und frech waren sie. Also in dem

Film ham die das gezeigt und und hab ich ma gedacht, wenn mir sowas passieren würde oder meiner Mutter was passieren würde, möcht ich ... vorbereitet sein.“ (1160-1170)

Die diskursive Verstrickung des jungen Mannes lässt auch Einflüsse des türkischen Fernsehens aufscheinen. Im Resultat versucht er sich körperlich und geistig gegen Bedrohungen zu wappnen und steht unter einem starken ‚Assimilationsdruck‘.

Vergleichende Analyse der Tiefeninterviews

Nachdem uns die Analyse der Interviews mit verschiedenen Bewohnerinnen des Stadtteils Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord einen Überblick über den Stadtteil-Diskurs vor allem aus der Perspektive verschiedener Diskurspositionen, die ihn tragen und formieren, vermitteln konnte, werden nun in einem zweiten Schritt die Ergebnisse einer vergleichenden Analyse dargestellt.⁷³ Durch diese synoptische Analyse kann die Breite und konkrete Ausgestaltung des Stadtteildiskurses, sozusagen das Sagbarkeitsfeld, in seinen verschiedenen Facetten sichtbar gemacht werden.⁷⁴

Die Konstruktion dieser Personen zu einer einheitlichen Gruppe geschieht dabei in der Regel. Damit wird nicht nur die „Stimmung“ im Stadtteil erfasst, sondern der Stand der Handlungs- und Ansprechbarkeitsbereitschaft in der Bevölkerung.

73 Es handelt sich um den Diskurs *im* Stadtteil. Insofern ist die Bezeichnung Stadtteildiskurs etwas unscharf. Er bezieht seinen Inhalt natürlich aus Diskursen, die weit über den Stadtteil hinausreichen.

74 Um die Fülle der Aussagen handhabbar und analysierbar zu machen, haben wir nach der Transkription der Interviews umfangreiche Materialaufbereitungen erstellt. Anhand dieser Aufbereitungen konnten wir nun zu den einzelnen Themen und Bereichen die Aussagen sämtlicher Interviews herausstellen und miteinander in Beziehung setzen bzw. miteinander vergleichen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausarbeiten.

Das Bild von sich und den anderen

Betrachtet man die Aussagen zum Thema Einwanderung und Flucht in den Interviews, so muss zunächst daran erinnert werden, dass sich die Interviewten mit ihren Äußerungen im herrschenden deutschen Diskurs zu diesem Thema aufhalten. Ihre Aussagen sind also vor diesem Hintergrund nicht allein als spezifisch für den Ruhrgebietsstadtteil Gelsenkirchen-Bismarck zu lesen. Es muss immer auch mitbedacht werden, dass sich die Personen im gesellschaftlichen, sozialen und politischen Kontext der Bundesrepublik Deutschland bewegen. Sie sind in die herrschenden Diskurse eingebunden, die sie gleichzeitig mit reproduzieren.

So kann es nicht wundern, dass vor allem die Bewohnerinnen deutscher Herkunft viele der Vorbehalte äußern, die gegenüber eingewanderten Personen auch andernorts anzutreffen sind.⁷⁵ Doch auch türkische Personen sind in diese Diskurse verstrickt; sie äußern Vorbehalte gegenüber ihren Landsleuten, aber auch gegenüber Deutschen. Weil dies allerdings aus einer anderen diskursiven Position heraus geschieht, sind die Argumente im Einzelfall verschieden, doch alles zusammen macht das Sagbarkeitsfeld des Diskurses im Stadtteil aus.

Im Folgenden werden wir zunächst verschiedene Diskurse aufsuchen, die in den Stadtteildiskurs hineinragen und bei denen die personellen Konstellationen des Zusammenlebens aufgerufen werden: Einwanderung, Geschlechter, Generationen etc. Der sich hier artikulierende Diskurs bildet die diskursive Hintergrundfolie für die Äußerungen, die sich dann konkret auf den Stadtteil beziehen und deren Analyse sich daran anschließt.

Einwanderung im Stadtteil

Es ist schon angedeutet worden, dass der Einwanderungsdiskurs in Deutschland seit Jahren von starken rassistischen und ethnozentristischen Elementen durchzogen ist.

Dieser Befund gilt auch für die hier vorliegende Untersuchung. Vor allem von den deutschen Interviewten wurden starke Vorbehalte gegenüber Ausländern vorgetragen. Da im Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord die größte ausländische Wohngruppe türkischer Herkunft ist, waren sie die Hauptbezugsgruppe, wenn die Sprache auf Ausländer kam. Nur am Rande werden Libanesen erwähnt, die ebenfalls im Stadtteil ansässig sind. Doch in der Regel waren Menschen türkischer Herkunft gemeint, auch dann, wenn allgemein von Ausländern die Rede war.

Die Konstruktion dieser Personen zu einer einheitlichen Gruppe geschieht dabei in der Regel über die Verwendung des Plurals bei ihrer Kennzeichnung: die Ausländer, die Türken, allenfalls wird auf die türkischen Jugendlichen verwiesen, oder es werden die türkischen Männer von den türkischen Frauen unterschieden. Mit letzterem wird gleichzeitig auch ein häufig geäußertes Vorurteil angespielt bzw. angesprochen, das im Diskurs vorhanden ist, nach dem türkische oder moslemische Männer besonders sexistisch seien. Doch das ist nicht alles. Exemplarisch für die geradezu typische stereotype Sequenz von Vorurteilen soll hier eine Passage aus einem Interview gelten. Es ist deshalb exemplarisch, weil sich hier in kurzer Zeit eine ganze Palette von Vorurteilen Geltung verschafft.

„Jaa, ich sach ma so, eh, von hundert Türken sind –, oder Ausländer sach ich ma, von hundert Ausländer sind sind ma zwanzig Prozent in Ordnung. Den Rest kann ´se vergessen, sach ich jetzt mal. So seh ich dat auch, ne. Weil dat sieht man schon an ´en Jugendlichen hier. Bei uns zum Beispiel is dat ganz extrem mit die Türken. Also is sogar viel mit Türken hier in Bismarck, dat is ja –, wo du gehst und stehst, da is Döner, eh, Döner-Laden. Dann is en Kaffee-Ding oder wat Tee-Shop, wat die da haben, wat weiß ich. Da müssen Se ma abends –, da kann ´se gar nich aufe Straße gehn. Also ich könnte schon, nur so wie Sie jetzt oder en Mädchen oder wat, die dürfte ja gar nich dann

75 Vgl. hierzu Jäger 1992; M. Jäger 1996, Cleve 1997 sowie Jäger u. a. 1998.

auf die Straße, weil die ganze Straße is da besetzt von Türken. Und wat die für Autos alle fahrn, ne. Ich mein, die sagen, die ha'm kein Geld. Die fahren alle BMW, Mercedes und wat weiß ich noch alles, ne. Ja, und dat find ich irgend so'n bißchen frustrierend, sag ich ma. Weil die ganz -, wie gesagt, die ganzen Bismarck hier, nur Türken. Ja, dat -, fähr'se da, is en Obstwagen von Türke. Wat is en da? Wieder en Döner-Laden. Da is -. Dat is -, sollen se au machen, wie se wollen. Die solln ja au ihr Geld verdienen, dat is mir ja egal. Nur die die Jugendlichen, ne, dat sind so welche, die jetzt, eh, au die Mädchen anmachen oder so, ne. Oder meine Schwester, die geht da mitm Kind vorbei, dann pfeifen und so'ne Scheiße. Jetzt mach du dat aber mal mit ne -, sag ich mal, en Türkenmädchen geht da vorbei und du pfeifst, jaa, wirst doch samm- zusammenges schlagen...“ (02/ 504-522)

Die Vorurteile in dieser Interviewpassage, die hier ungekürzt wiedergegeben wird, können wie folgt beschrieben werden:

- Ausländer = Türke = Ausländer sind abzulehnen, denn:
- Sie treten in Massen auf.
- Sie sind laut.
- Sie machen sich in unseren Städten breit, verdrängen die Eingeborenen
- Sie verhalten sich ungebührlich gegenüber unseren Frauen
- Es geht ihnen besser als Deutschen
- Sie sind gewalttätig.

Wie gesagt – in anderen Interviews werden diese Vorbehalte nicht so krass oder nicht in dieser Vollständigkeit geäußert. Interessant und ebenfalls exemplarisch ist hier aber auch die Gedanken- bzw. die Assoziationskette, mit der quasi automatisch eine Bedrohung bis hin zum Einsatz körperlicher Gewalt aufgebaut wird.

Im Ausgangspunkt wird bereits von einer Masse „hundert Türken“ gesprochen, die Deutschen, „wo du gehst und stehst“, den Platz wegnehmen, „weil die ganze Straße is da besetzt von Türken“. Vor allem in der Finsternis geschieht dies – wo es bekanntlich immer gefährlich ist: „abends -, da kann'se

gar nich aufe Straße gehn“. Durch diese Darstellung wird nun ein neuer Bedeutungskomplex aufgerufen: die schutzlose Frau, die von dieser Masse bedroht wird. Gleichzeitig kann durch den ‚Tatort‘ Straße das wichtigste Symbol des deutschen Reichtums, das Auto assoziiert werden. Als Symbol gelesen, das den bescheidenen Wohlstand des deutschen Mannes präsentiert, wird diesem dieser Reichtum durch Türken streitig gemacht. Und es kommt noch dicker: Türken sind reicher als Deutsche, sie fahren größere Autos: „BMW, Mercedes“. Hier kommt Sozialneid auf, der dann besonders schmerzhaft ist, wenn Personen, die in der sozialen Hierarchie vermeintlich unter der eigenen Position stehen, Dinge zur Verfügung haben, die man sich selbst wünscht, sich aber nicht leisten kann. Solche Menschen müssen anders sein, sie sind unberechenbar und gewalttätig, weil sie nicht zulassen, dass man selbst das tut, was sie tun. „Jetzt mach du dat aber mal mit ... en Türkenmädchen, wirst doch ... zusammenges schlagen“.

Dies soll als ein Beispiel dafür gelten, nach welchen diskursiven Mustern Türken als diffuse und bedrohliche Masse konstruiert werden. Die geschilderten Ärgernisse erscheinen so noch größer, auch dann, wenn es sich bei den „Störenfrieden“ tatsächlich nur um einzelne handeln würde. (Vgl. z.B. Interview 02/528ff.)

Dabei spielt der optische Eindruck für die Artikulation der Vorbehalte eine große Rolle. Z. B. fällt die Anwesenheit von Türken im Stadtteil durch die Kopftücher muslimischer Frauen auf.

„Wenn Se ma -, wenn die türkischen Frauen, die Musleminnen mit ihren Kopftüchern durch den Ortsteil gehn, in die Geschäfte gehn oder, eh, eh -. Allein schon durch die Sprache, man man -. Ham mer -, wir ham ja ganze Wohnviertel hier, wo denn auch noch das Geschäft von von Nicht-Deutschen betrieben wird und das das ganze Leben findet dann da statt un wenn man da in dies- dieses Quartier hineinbekommt, dann haben viele Menschen schon das Gefühl, Mensch, bin ich in der Türkei oder bin ich jetzt hier in Deutsch-

land in Gelsenkirchen und das bringen se dann auch zum Ausdruck, ne.“ (03/548-555)

Das Kopftuch spielt aber noch eine zusätzliche Rolle. Es dient als Symbol für die Unterdrückung der Frau und diese wiederum als Grund für die Ablehnung, da – in Anlehnung an das bereits ausgeführte Muster der Ausbreitung – diese in Deutschland wieder eingeführt werden könnte:

„Ja, sag ich ma, jetzt grade die Türken un alles, die ham ja immer noch diesen Standpunkt, ne, ... die Frauen, deswegen kommen ... die immer nich zum Sport bei uns, sitzen zu Hause, machen die Kinder un alles un die Männer können machen, was se wollen und sowas nochma hier, das muß ja nich sein (lacht) zum Beispiel also. – ... Das das prallt wirklich. ... diese kleinen Sachen so mit Kopftüchern alles das. Meist trifft das immer die Frau. Ehm, wenn wir das jetzt auch wieder alle machen müßten, das wär also –. Würd ich mich wirklich strikt gegen weigern, ne. Halt ich gar nix von. Ich mein, wenn man da reingeboren wird, eh, sieht man das ja auch alles ganz anders, denk ich ma, aber, ehm, so jetzt, nee.“ (07/1097-1109)

Der Diskurs lässt es sogar zu, dass eine Verbindung zwischen schlechter Bausubstanz und der Anwesenheit von Türken im Stadtteil in der Weise hergestellt wird, dass die Anwesenheit türkischer Familien – vor allem wenn viele türkische Familien in einem Wohnblock wohnen – zur Verslumung des Viertel beitragen. So stellt eine Bewohnerin in Verbindung mit stattgefundenen Verschönerungsprozessen im Stadtteil diesen Kontext her:

„Also ich mein, diese, eh, vonner Bickernstraße sind ja so, wir nennen die ma so, Türkenhäuser. Die sind jetzt ganz neu gemacht worden. Die sehn super aus, mit Anlage und allem und vorher war das au solche runtergefallenen Häuser. Also man kann, also sonst sagt man ja immer, man kann die erkennen, so die Türkenhäuser.“ (07/545-548)

Die Kopftücher der Musliminnen sind zwar

im Diskurs dominant, jedoch in Verbindung mit dem Stadtteilleben wird an ihnen nur eine abstrakte Andersartigkeit von Türken festgemacht. Ansonsten spielt die möglicherweise unterschiedliche Religion zwischen Türken und Deutschen keine herausragende Rolle. Das ist deshalb bedeutsam, weil unsere Tiefeninterviews in der Zeitspanne des islamischen Fastenmonats Ramadan stattfanden. Dass dieser Umstand möglicherweise eine Erklärung dafür sei, dass in jüngster Zeit türkische Bewohner sich noch abends auf der Straße aufhielten und entsprechende Geräusche verursachten, wird von keinem derjenigen, die sich darüber beschwerten, in Erwägung gezogen. Es wird allein berichtet von türkischen Männern, „die da nachts noch mit ihre Autos losfahren um zwei, drei Uhr.“ (01/167f.) Überhaupt wird keine Unterscheidung zwischen christlichen und muslimischen Personen gemacht, es wird allein auf die nationale Herkunft abgestellt.

Aber auch nicht-deutsche Personen charakterisieren ihre Landsleute nicht durchweg positiv. Herausgestellt wird z.B. der Gesichtspunkt einer stärkeren sozialen Kontrolle:

„Ich hab dann gefragt, eh, könnte sie sich vorstellen, mehr türkische Nachbarn zu haben und sie sagt, nein, also, auch wenn sie selber Türkin ist, ist sie so mit dieser Nachbarschaft auch zufrieden. Das ist schon in Ordnung. Es ist, eh, ruhig. Sie hat ihre Ruhe und es wird nicht viel geredet. Also, es ist ja in ... Wohnstraßen auch oft, dass der eine auf den andern mehr auch achtet und mehr kontrolliert. Und das is –, hier is jeder für sich.“ (04/546-552)⁷⁶

Und dass auch Personen nicht-deutscher Herkunft in den angstbeladenen Einwanderungsdiskurs verstrickt sind, ist sicherlich keine Überraschung. Dennoch werden ihre Äußerungen eben wegen ihrer anderen dis-

⁷⁶ Formulierungen in der dritten Person lassen sich bei diesem Interview dadurch erklären, dass eine Übersetzerin anwesend war, die Passagen, bei denen die Interviewte Sprachschwierigkeiten hatte, übersetzte.

kursiven Position anders akzentuiert. Ein Beispiel:

Eine junge Türkin äußert, dass sie am liebsten in Gelsenkirchen-Bismarck wohnen bleiben möchte. Sie sagt: Ich möchte „... nicht auf andere Stadt gehen. Sind viele Fremde und so.“ (05/548). Wen sie nun genau mit „Fremde“ meint, sagt sie nicht. Im Einwanderungsdiskurs werden so Personen bezeichnet, die nicht aus Deutschland sind. Es ist davon auszugehen, dass auch die junge Frau Einwanderer meint, zumal sie sich gerade und mit dieser Passage als eingefleischte Bismarckerin vorstellt. Dennoch bleibt aufgrund ihrer Diskursposition auch ein Rest von Mehrdeutigkeit bestehen. Sie kann damit auch deutsche Personen gemeint haben.

Bei der Diskussion um die doppelte Staatsangehörigkeit entfalteten die Interviewten das diskursive Sagbarkeitsfeld, das sich auch in den Medien und den politischen Parteien auffinden lässt. Die Äußerungen reichen von der strikten Ablehnung einer solchen Möglichkeit für Türken bis zur ausdrücklichen Unterstützung.

Interessant sind die Begründungen, die vorgetragen werden. Die Ablehnung wird zum einen mit einem völkischen Verständnis verbunden, nach dem es für eine Person nur eine nationale Identität geben könne und dürfe. Zum anderen wird die Ablehnung mit dem Argument verknüpft, Ausländer seien dann gegenüber Deutschen im Vorteil, eben weil sie zwischen zwei Nationalitäten pendeln könnten. Dies jedoch sei Deutschen versagt. Auch die Befürwortung der doppelten Staatsbürgerschaft wird damit verbunden, dass sich diejenigen zwar weiterhin als Türken fühlen könnten, doch sollten sie Deutschland als „Heimatland“ (03/666ff.) ansehen. Ins Feld geführt wird aber hier vor allem das Argument, dass sich Türken dadurch, dass sie auch Sozialabgaben und Steuern zahlen, einen Anspruch auf Integration durch einen Doppelpass erworben haben. Inwieweit politische Entwicklungen die Präferenz der einen oder anderen Auffassung ändern lassen können, äußert sich in einem Interview: Zunächst sei sie für eine doppelte Staatsbürgerschaft gewesen, doch als

dann Anfang des Jahres 1999 der PKK-Chef Öcalan verhaftet wurde und deshalb in Deutschland Kurden protestierten und auf die Straße gingen, wo es auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam, habe sie ihre Auffassung verändert: „...wenn die jetzt au no ... irgendwie en Recht haben, hier mitzusprechen und ihre eigenen Parteien gründen können, dann is alles vorbei.“ (07/1063ff.). So die Befürchtung.

Interessant an dieser Diskussion ist aber auch, dass die von uns interviewten Personen türkischer Herkunft sich unterschiedlich bezüglich des Doppelpasses aussprachen. Es ist offenbar durchaus möglich, aus der Tatsache, dass man in Deutschland geboren ist sowohl zu schlussfolgern, man möchte nur eine Staatsangehörigkeit, die deutsche, besitzen wie auch die, dass man auch türkischer Staatsbürger sein möchte. (Vgl. 05/1472ff. und 08/818ff.) Hieran wird noch einmal deutlich, dass – wie könnte es auch anders sein – Bewohner türkischer Herkunft am vorwiegend von Deutschen definierten Diskurs ebenso teilhaben und ihn z. T. reproduzieren. Dabei wird das, was auch Sicht einiger Deutscher als Problem angesehen wird, von ‚türkischer‘ Seite aufgenommen und positiv gewendet: Ein junger Mann über die Vorteile seiner besonderen Situation: Je nach Nationalität

„...sprech ich mit Deutsche und dahin geh, sprech ich türkisch. Da kann ich mich also nicht fremd fühlen, ne.“ (06/938f.)

Die andere Diskursposition lässt ihn den Tatbestand, der von Deutschen moniert und abgelehnt wird, völlig anders bewerten.

Doch in einem Bereich ergibt sich aufgrund der unterschiedlichen Diskursposition von Personen deutscher und türkischer Herkunft ein entscheidender Unterschied. Wenn es um Ausländerfeindlichkeit geht oder auch nur darum, nicht als ausländerfeindlich zu wirken, haben Personen türkischer Herkunft keine Rechtfertigungsorgen.

Die fast schon als stereotype Redefigur anzusehende Formulierung „Jetzt nichts speziell gegen Ausländer, aber...“ (07/248) wird ausschließlich von Personen deutscher

Herkunft eingebracht.

Ansonsten ist zu beobachten, dass mit dem drohenden Vorwurf, ausländerfeindlich zu sein, von Personen deutscher Herkunft eher offensiv umgegangen wird. So werden Szenarien formuliert, in denen Deutsche von der Polizei benachteiligt werden, weil sie gegenüber den Türken im Nachteil sind, wenn diese behaupteten, sie seien ausländerfeindlich beschimpft worden. (02/616ff.) In dieser Sicht werden Deutsche zu Opfern und Türken zu Tätern.

Möglicherweise schlägt sich hier eine Diskursstrategie der Medien nieder, die vor allem bei Berichten in Verbindung mit rassistischen Anschlägen auf Nichtdeutsche auch den Blick auf mögliche selbstinszenierte Brandanschläge gelenkt haben. Einzelne Fälle wurden herausgestellt und tagelang, manchmal sogar monatelang zum Medienergebnis stilisiert. Auch die bei einigen türkischen Jugendlichen durchaus zu beobachtende Tendenz, sich selbst und ihre Landsleute gegen Angriffe zu schützen, kann solche Vorstellungen bei Deutschen hervorgerufen haben.

Eine weitere häufig anzutreffende Form, sich mit dem Vorwurf, ausländerfeindlich zu sein, explizit oder aber auch nur indirekt auseinanderzusetzen, ist die Betonung des ansonsten guten Auskommens mit Türken. Dieses wird dann z.B. dadurch demonstriert, dass man schließlich auch in türkischen Geschäften einkaufe oder in der Freizeit miteinander zu tun habe. Auch in Vereinen verbrächte man seine Zeit mit Türken, man grille zusammen etc. Mit solchen Schilderungen werden die negativen Äußerungen relativiert, ohne jedoch zurückgenommen zu werden.

Es versteht sich, dass die Personen türkischer Herkunft im Unterschied zu Deutschen solche negativen Äußerungen, Beschimpfungen oder gar Angriffe bereits erfahren haben oder aber mit solchen Vorkommnissen rechnen. Hier ist ein weiterer fundamentaler Unterschied in den Diskurspositionen auszumachen, weshalb die Schilderung solcher Vorkommnisse in unseren Interviews in der Regel auch von Türken vorgenommen wur-

de. Auffallend und für den Diskurs symptomatisch ist, dass diese Erlebnisse in der Regel nicht offensiv referiert wurden. Meist wurden die Interviewten dazu aufgefordert, nachdem sie Andeutungen gemacht hatten, diese zu konkretisieren.

Die Palette der Vorkommnisse, die geschildert werden, sticht nicht ab von dem, was in vielen Berichten und Kommentaren über das Leben von Einwanderern, die mittlerweile in Deutschland angefertigt wurden, nachzulesen ist.

Insgesamt lässt sich sagen, dass diese Erfahrungen dazu führen, dass sich Personen türkischer Herkunft nicht unbefangen in der Öffentlichkeit bewegen können.

„Eh, sie sagt, wenn die Schule aus ist, denn gehn die so breit auf dem Bürgersteig, dass sie als Frau ausweichen muß. Die gehn direkt auf -, eh, sie sagt, die kommen direkt auf mich zu, so dass ich ausweichen muß auf die Straße. Die würden jetzt nicht Platz machen. Das sind ja jüngere Leute, könnten ja denn zur Seite gehn. Also, da ist so ne Front ...“ (04/692-697)

So ist es für eine türkische Mutter wichtig, ja unabdingbar, dass sie auf ihre Kinder in der Öffentlichkeit genauestens achtet, wie sie zur Schule kommen und wieder zurück, dass sie sie auf Spielplätze begleitet, weil sie befürchtet, es könne ihnen etwas zustoßen. Diese Angst ist nicht die „normale“ Angst von Erziehungsberechtigten, sondern sie hat Angst vor ausländerfeindlichen Beschimpfungen und Angriffen.

Interessant ist jedoch, wie diese Personen diskursiv mit diesen Phänomenen umgehen. In der Regel werden diese Erfahrungen singularisiert, das bedeutet, sie werden als einzelne Vorkommnisse gesehen. Es wird dabei der generellere ausländerfeindliche Gehalt solcher Aktionen durchaus anerkannt. Doch die Bereitschaft, die gemachten Erfahrungen als Werk Einzelner anzusehen, ist sehr groß.

„Die Nachbar, die -. Söhne der Nachbarn zum Beispiel, is so ein großer, schätz ich mal, so 23jähriger junger Mann. (...) Da ham die uns angepöbelt und beschimpft

und was weiß ich noch, (...) Alles mögliche also. (...) Das hat mich nicht gestört. Also ich hab das alles ignoriert, denn die wollten nur eins. (...) Das Einzige, was die wollten, war nur Streit. ... ich ignorier sie einfach. Ich guck einfach weg.“ (08/868-887)

Diese Schilderung stellt nicht nur heraus, dass es sich um Einzelne (die Söhne der Nachbarn) gehandelt hat, die ihn da beschimpft haben, sondern auch, wie der Betroffene damit umgegangen ist. Als Erklärung für das Verhalten führt er aus:

„also aus Langweil machen die das, aus Dummheit, weil sie nicht wissen, was sie da sagen. Die sagen einfach dies und das und und, ehm, na ja. Nein, die wissen einfach nicht, was sie da machen. Die machen es einfach so. Die wissen nicht, was für eine Gefahr Gefahr sie begegnen und die machen das einfach. Sagen, ach, haut ab und verschwindet hier. Was wollt ihr hier und so alles. Also ich laß mich nicht stören. Also ich provoziere mich einfach von denen nicht.“ (08/903-909)

Hier kommt das im Diskurs vorhandene und auch im Medien- und Politikerdiskurs häufig verwendete Argumentationsmuster zur Geltung, nachdem die Angriffe gegen Nicht-Deutsche das Resultat einzelner irregeleiteter zumeist jugendlicher sei.⁷⁷ Die „normale“ Bevölkerung jedoch sei nicht „ausländerfeindlich“. Dass diese Argumentationsfigur auch von Nicht-Deutschen genutzt wird, ist ein Hinweis darauf, dass sie auch dieser Vorstellung nachkommen wollen. Warum ist dies der Fall? Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass diese Vorstellung ihnen ein Leben in Deutschland leichter macht. Wenn sie sich überall von potentiellen ‚Feinden‘ um-

77 In einer von uns vorgenommenen Untersuchung zum Print-Medien-Diskurs über Kriminalität konnten wir feststellen, dass es zwei Delikte gibt, bei denen in der Berichterstattung darauf abgestellt wird, die Täter seien krank oder zumindest potentiell psychisch gestört. Und zwar sei dies bei rechtsextremen und rassistischen Übergriffen und bei sexuellen Delikten der Fall. Vgl. Jäger/Cleve/Ruth/Jäger 1998, 123ff.

geben sähen, müssten sie ihre Schwäche erkennen und entsprechende Schlussfolgerungen ziehen.⁷⁸

Insofern partizipieren Deutsche und Nicht-Deutsche in dieser Frage an dem gleichen Diskurselement des Einwanderungsdiskurses, demzufolge Deutsche nicht ausländerfeindlich und die Straftaten, die gegen Ausländer begangen werden, das Werk kranker Personen sind. Eine solche Codierung entspricht dabei dem System der Kollektivsymbolik, mit dem die Wirkung solcher Aussagen noch verstärkt wird. Die Ausländerfeinde werden damit als nicht zum eigenen System zugehörig charakterisiert. Auf diese Weise kann Ausländerfeindlichkeit als ein individuelles Problem verstanden werden.

Allerdings macht sich bei den Schlussfolgerungen, die aus ausländerfeindlichem oder rassistischem Verhalten gezogen werden, erneut die unterschiedliche Diskursposition geltend. So schildert ein deutscher Mann, wie er im Alltag Rassismus begegnet:

„Wie gesagt, ich versuch auch da, mit viel Engagement mich dagegen zu stellen oder darüber zu reden, zu diskutieren. Manchmal ging die Diskussion dann abends in der Kneipe bis nachts um zwei Uhr und je mehr Bier dann die Kollegen getrunken haben, um so heftiger wird's dann. Aber, wie gesagt, irgendwann hab ich schonmal den Zeitpunkt, dann sag ich, Leute, wißt ihr was, ihr müßt mit eurer Meinung selbst irgendwo klar kommen. Ihr könnt mich nicht überzeugen und wenn ich euch überzeugen kann, müssen

78 Solche Vorstellungen gibt es zwar auch (vgl. 8/1255ff.), doch sie entwickeln bislang nicht die Dominanz, um als ein Essential des Diskurses angesehen werden zu müssen. Da sich diese Untersuchung als eine Pilotuntersuchung versteht, kann dies hier nur angemerkt werden. Deutlich wird aber an diesem „Ausreißer“, dass bei einer größeren Untersuchung das Untersuchungscorpus deutlich ausgedehnt werden müsste, um den Stellenwert, z.B. der Vorstellung, die Deutschen seien allesamt Rassisten, gegen die man sich zur Wehr setzen muss, präzisieren oder widerlegen zu können.

wer't eben so weiterleben.“ (03/563-570)

Ein junger türkischer Mann dagegen zieht eine andere Konsequenz. Seine Antwort darauf, weshalb er Kampfsport betreiben wolle:

„Wegen die Ausländer. (...) einmal haben sie im Fernseh gesagt, (...) dass ein Ausländer von Radikalen (...) so verprügelt wurde. ... Zum Beispiel auch im einen türkischen Sender (...) ham sies gezeigt, wie eine türkische Ausländerin mit som Kopftuch, wo vier besoffene (...) Männer die Kopftuch so abgenommen haben von der Frau un dann haben sie so getan, als wären sie so Ausländer und haben so gesprochen wie türkisch so. (...) Also in dem Film ham die das gezeigt und und hab ich ma gedacht, wenn mir sowas passieren würde oder meiner Mutter was passieren würde, möcht ich ... vorbereitet sein.“ (08/1160-1170)

Während der Deutsche sich meint abwenden zu können, geht den Nicht-Deutschen das Thema näher an. Dabei bedient sich der Deutsche der Rationalität, die natürlich im Diskurs anerkannt ist, während der junge Mann türkischer Herkunft sich tendenziell außerhalb des hegemonialen Diskurses stellt.

Solche Äußerungen sind jedoch im aufgefundenen Analysematerial die Ausnahme. In der Regel sticht ein anderes Merkmal hervor: Das Bemühen von Personen türkischer Herkunft, hier in Deutschland ein ‚normales‘, angepasstes und zufriedenes Leben mit ihrer Familie zu führen. In diesem Wunsch unterscheiden sie sich wohl kaum von dem ihrer deutschen Nachbarn. Der Unterschied macht sich allerdings dort bemerkbar, wo Personen nicht-deutscher Herkunft diesen Wunsch stärker explizieren, um sich gegen andere Unterstellungen oder auch Vorhaltungen zu rechtfertigen.

Der Geschlechterdiskurs im Stadtteil

Der Geschlechterdiskurs, also die Art und Weise, wie über Männer und Frauen und ihr Verhältnis zueinander gedacht und gesprochen wird, ist in den von uns vorgenommenen Interviews nicht eigens angesprochen

worden. Das war auch nicht notwendig, weil dieser Diskurs in nahezu alle Themenbereiche hineinragt. Insofern geben die Passagen, in denen von Männern und Frauen die Rede ist, entweder explizit oder auch nur implizit, Aufschluss über diesen Diskurs.

Dabei verweist die Tatsache, dass es kaum Äußerungen über Rolle, Vermögen und Unvermögen von Männern gab, darauf, dass dies offensichtlich nicht erklärungs- bzw. vermittlungsbedürftig ist. In der Regel wurde – wenn das Geschlechterverhältnis thematisiert wurde – über Frauen gesprochen.

Dabei ist das Sagbarkeitsfeld dieses Diskurses offenbar sehr breit gesteckt. Es reicht von der Zuschreibung, dass Frauen Ehefrau und Mutter sein sollten, bis zur Ignorierung dieser Rolle und der Vorstellung, dass eine Frau heutzutage auf jeden Fall eine Berufsausbildung haben sollte. Diese unterschiedlichen Anrufungen werden dabei quer durch alle Diskurspositionen geäußert. Allenfalls ließe sich eine Trennungslinie zwischen den Generationen feststellen.⁷⁹

Für die jüngeren Befragten ist die berufliche Perspektive wichtig. Die beiden jungen Frauen (Interview 05 und 07) sprechen ausführlich über ihre beruflichen Pläne. Eine Zukunft als Ehefrau und Mutter will sich die türkische junge Frau nicht vorstellen. Dagegen knüpft die junge deutsche Frau offenbar an die diskursive Vorstellung einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie an. Sie will in jungen Jahren Mutter von vier Kindern werden (07/1182ff.) und strebt gleichzeitig an, Polizistin zu werden.

Eine Sonderstellung nimmt im Diskurs die türkische Frau ein. Nahezu stereotyp kommt sie als Kopftuch tragende Türkin da-

⁷⁹ Auch in dieser Frage könnte eine erweiterte Untersuchung u. U. zu differenzierten Ergebnissen gelangen. Für unsere Untersuchung muss hinzugefügt werden, dass eher unterschiedliche Familienstände als Generationsunterschiede in Frage kommen. Aus der Sicht eines Singles scheint die Welt anders auszusehen als aus der Sicht eines Ehepartners oder Erziehungsberechtigten.

her. Sofern Türkinnen kein solches Kopftuch tragen, werden sie entweder nicht als Türkin wahrgenommen oder als die Ausnahme von der Regel eingestuft. Die durch das Kopftuch vermeintlich zum Ausdruck kommende Unterdrückung türkischer Frauen und Mädchen wird durch Annahmen unterstützt, dass türkische Männer ihre Frauen bei der Freizeitgestaltung gar nicht dabei haben wollen (02/546ff.).

Die Kopftuch tragenden Frauen seien aber nicht nur unterdrückt (07/1114ff.), sie werden auch als Ärgernis angesehen, denn sie vermitteln durch das Kopftuch Fremdheitsgefühle. Diese gehen so weit, dass man nicht mehr wissen könne, ob man „in der Türkei oder ... jetzt hier in Deutschland in Gelsenkirchen“ sei (03/554f.) Dies wiederum würde Anstoß zur Ausländerfeindlichkeit geben.

Aus der Perspektive von Deutschen verhalten sich türkische Frauen bei der Kinderbetreuung quasi wie Rudeltiere, die ihre Jungen beim Spielen beobachten und bei anstehender „Gefahr“ verteidigen:

„...die stehen auch dabei, die türkischen Mütter und sagen nix... dann haben sie noch große Schnauze, ne, wenn man dann irgendwatt sagt... Frech. (01/835ff.).

Auch hier erscheint wieder das Bild der in Massen auftretenden Türken (speziell: türkischen Müttern) im Vergleich zu den deutschen Müttern, die alleine seien und sich gegen diese Frauen zur Wehr setzen müssten, weil diese ihre Kinder bedingungslos verteidigten, auch dann, wenn die türkischen Kinder den deutschen Kindern ihr Spielzeug wegnähmen.

Doch unabhängig von der Nationalität werden Frauen als schutzbedürftig definiert. Sie können und sollten abends nicht allein auf die Straße gehen. Dort könnten sie türkischen Männern begegnen, die sich ihnen in den Weg stellen. (02/ 523-525)

Dabei mag eine im Stadtteil stattgefundene Vergewaltigung dazu geführt haben, dass die Schutzbedürftigkeit von Frauen so deutlich herausgestellt wird. U-Bahn-Stationen und dann auch noch in den Abend- und

Nachtstunden werden vor allem als für Frauen besonders gefährlich angesehen. Bei türkischen Frauen kommt dann neben ihrem Geschlecht auch die Herkunft als Gefährdungspotential hinzu (vgl. 08/1163ff.).

Dass Frauen schwächer sind und eines besonderen Schutzes seitens der Männer bedürfen, weil sie von „den anderen“ bedroht werden, unterstützt die klassische Geschlechteraufteilung, die an keiner Stelle hinterfragt wird.

Überhaupt ist festzuhalten, dass der Geschlechterdiskurs sich nach wie vor an den klassischen Bildern von Mann und Frau orientiert. Frauen sind das schwache Geschlecht, denen allerdings eine Menge zugemutet wird: Mutter, Ehefrau, Beruf – alles sollen sie machen können. Der Mann ist das starke Geschlecht, weshalb er auch die Frauen schützen kann. Er ist der Lebensorganisator, den die Frau als Hausfrau und Mutter unterstützen kann.

Der Sozialdiskurs im Stadtteil

Die soziale Herkunft der Interviewten aus dem Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord weist ihnen eine tendenziell gemeinsame diskursive Position zu. In diesem Stadtteil leben vorwiegend Personen, die sozial und ökonomisch unterprivilegiert sind: Arbeiter und Angestellte, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Dies artikuliert sich in den Interviews darin, dass reichere Stadtteile herausgestellt werden, indem darauf hingewiesen wird, man könne dort besser einkaufen, die Geschäfte seien dort schöner, die Verkehrsanbindungen seien besser etc. (vgl. exemplarisch Interview 03/217ff.). Dass ihr Stadtteil ein „Sozialbrennpunkt“ ist, wird von allen so gesehen, dass er aber auch so bezeichnet wird, ist dabei die Ausnahme. (02/141)

Die soziale Hierarchie (im Land und in der Stadt) wird zur Kenntnis genommen, sie wird nicht beschönigt, sie wird aber auch nicht miesgeredet. Man positioniert sich eher im unteren Teil der sozialen Stufenleiter. Die reichen Bundesligafußballer von Schalke 04 wollen z.B. nicht so recht in diesen Stadtteil passen. Sie werden eher als Är-

gernis thematisiert. Als Privilegierte, die ihren Reichtum sichtbar zur Schau stellen, verlieren sie gegenüber den Bewohnern ihre Glaubwürdigkeit und werden gerade aufgrund ihrer sozial anderen Lage ausgegrenzt.⁸⁰

Sie gehören nicht dazu, so wie überhaupt Reiche und andere Privilegierte als so weit weg erscheinen, dass man sich gar nicht auf sie beziehen kann; die Berichterstattung über sie in der so genannten Boulevardpresse ist uninteressant, sie wird als ein Spiel mit dem eigenen Echo verstanden: Sie sei für Reiche gemacht und diese würden die Zeitungen auch lesen. Die Belange der Interviewten als Angehörige des unteren Teiles der Gesellschaft werden nicht berücksichtigt (vgl. z.B. Interview 06/1636ff.).

Da tut sich eher Neid auf diejenigen auf, die in unmittelbarer Umgebung leben. Ihr Reichtum hält noch einen Vergleich mit eigenen Entbehrungen aus und paart sich mit Vorurteilen gegenüber Türken: „Die fahren alle BMW, Mercedes und wat weiß ich noch alles, ne. Ja, und dat find ich irgend so ´n bißchen frustrierend...“ (02/513f.).

Doch der soziale Gesichtspunkt steht hier nicht im Vordergrund. Eher verhält es sich so, dass sich hier Vorbehalte gegenüber Türken in Gestalt eines Hauchs von Klassenbewusstsein artikulieren. Wenn reiche Menschen, zu deren Umfeld man sich nicht zählt – und auch nicht zählen möchte –, türkischer Herkunft sind, lassen sich die mit der sozialen Hierarchie auch empfundenen Ungerechtigkeiten auf ein bekanntes Erklärungsmuster zurückführen: die Einwanderer sind’s mal wieder.

Aus diesem Grunde werden wohl auch von Einwanderern solche Zuweisungen nicht vorgenommen. Deutsche Bewohner werden nicht als reich oder sonst irgendwie privilegiert charakterisiert.⁸¹

Die eigene Positionierung im unteren Teil

80 Vgl. dazu die Analysen zu Narrationen sozialer Wir-Sie-Modelle in: Kreft 1998.

81 Bei den Charakterisierungen geht es eher um imaginierte emotionale Verhaltensweisen, vgl. weiter oben bzw. Interview 05/1, 790ff.

der gesellschaftlichen Hierarchie führt jedoch nicht dazu, dass man sich ganz unten ansiedelt. Um als „normal“ gelten zu können, ist es notwendig, dass sowohl oberhalb, aber auch unterhalb der eigenen Position noch soziale Felder existieren. In diesem Sinne ist dann auch die Aussage über so genannte Penner zu lesen:

„Ja, ja, Penner. Ja, da sind -, alles mögliche. Da sind auch Jugendliche, die rumgammelig bezeichnen. Da sind nicht nur die Stadstreicher, sondern alle, die gameln, die rumhängen.“ (05/1187ff.)

Die vorhandenen Polaritäten zwischen Arm und Reich in Deutschland (und darüber hinaus) werden aber im Diskurs nicht explizit problematisiert, es wird konstatiert, dass es diese Unterschiede gibt. Unzufriedenheit klingt zwar an:

„Jaa, Kinos, aber ich geh ja auch nich in ´t Kino. Is ja alles zu teuer. Kann ich mir gar nich erlauben, ne.“ (01/612f.)

Solche Eingeständnisse werden jedoch schnell dadurch relativiert, dass man das, was man sich nicht leisten kann, auch gar nicht haben will.

Der Generationendiskurs im Stadtteil

Der Generationendiskurs bringt sich in den Interviews durch eine Reihe von Aussagen, in denen Konflikte und Trennungen zwischen den Generationen angesprochen werden, zur Geltung.

So halte der Stadtteil Bismarck nur sehr beschränkte Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche bereit:

„Es is im gesamten Ortsteil zum Beispiel nur ein Jugendheim der offenen Tür vorhanden, das heißt für die vielen vielen Kinder und Jugendlichen gibt es nur eine Einrichtung, wo man ohne irgendwie organisiert sein zu müssen, hingehen zu können. Das ist eigentlich zu wenig.“ (03/186-189)⁸²

Es gäbe kein Schwimmbad, keine Discothek, keine schönen Spielplätze etc. Und das

82 Vgl. auch Interview 4/235ff sowie 5/598ff.

alles ist bedauerlich. Denn – so klingt es an – Jugendliche brauchen eigene von der älteren Generation getrennte Entfaltungsmöglichkeiten. Hier deuten sich Trennungen zwischen den Generationen an, deren Argumente im Diskurs sicherlich auch durch die anhaltende Diskussion über Jugendarbeitslosigkeit, Zukunft der Jugend genährt werden. Dafür spricht auch, dass diese mangelnden Freizeitmöglichkeiten nicht nur von Jugendlichen selber, sondern auch von älteren Personen angesprochen werden. Die Perspektivlosigkeit der Jugend wird hier exemplarisch an einer mangelnden Konsumteilhabe festgemacht, was wiederum als ein Ausdruck der bestehenden Konsumgesellschaft gewertet werden kann.

Doch auch den Älteren kommt eine besondere Bedeutung zu:

„...wenn du alte... Oma siehst oder Opa siehst...so muß man also Platz zeigen und wenn du mit ältere Leute sprechen tust, sprich vernünftig... Un dann sagen die... Keine Erziehung und so...“ (06/137-142).

Ältere Personen sollen in der sozialen Rangordnung einen herausragenden Platz erhalten. Das Verhältnis zu ihnen sollte von Rücksicht bis hin zu Ehrfurcht geprägt sein. Ihre Bedürfnisse haben Vorrang vor denen anderer, d.h. jüngerer Menschen.

Doch die Generationen werden im Diskurs nicht nur als separate Gruppen mit unterschiedlichen Ansprüchen thematisiert. Es werden auch Gemeinsamkeiten herausgestellt.

So werden die eigenen Lebensperspektiven an die der Eltern, bzw. an die der Kinder gekoppelt. (vgl. die Interview 03, 04 und 06): Dort, wo sie wohnen, will man auch sein. Ziehen die Kinder weg, wollen Eltern ihnen folgen – und umgekehrt.

Der Zusammenhang und die gegenseitige Verantwortung der Generationen wurden am Fall Mehmet, der türkische Junge mit dem stattlichen Strafregister, der schließlich in die Türkei ausgewiesen wurde, diskutiert. Die bayrische Landesregierung hatte vor der Abschiebung des Jungen, die als solche bereits in Deutschland für kontroversen Ge-

sprächsstoff sorgte, versucht, auch die Eltern des Jungen in Haftung zu nehmen und auch sie auszuweisen. Ein Interviewter (interessanterweise selbst türkischer Herkunft) nimmt diesen Fall zum Anlass, über das Verhältnis von Jung und Alt zu reflektieren. Zunächst bezieht er die Aussagen noch konkret auf den Fall Mehmet, wenn er sagt:

„also Eltern haben Fehler gemacht und dann, eh, eh, Regierung sagt, ja, eh, der hat soviel Mist gebaut und wenn ich noch hierhin behalte un dann der weiß auch, wo es lang geht und Gesetze kennt der schon auch und von da geht da rein, andere Seite geht da raus. Was sollen wir damit. (06/60-63)

Beim weiteren Nachdenken verallgemeinert er:

„Eh, die Kinder, die haben kein Schuld daran, dass sie Mist bauen. ... Anstatt anstatt Kinder zu bestrafen, würd ich also die Eltern bestrafen. Die abschieben.“ (06/99-104)

Die Verantwortung für das Tun der Jungen liegt bei den Älteren. Sie haben die Macht, die Kinder zu formen. Die Verantwortung liegt aber auch bei den Jüngeren. Durch ihr Verhalten bestimmen sie mit über das Wohl und Wehe ihrer Eltern.

Krankheit im Stadtteil

Krankheit und Gesundheitsgefährdungen und damit verbundene soziale Probleme sind im öffentlichen Diskurs nur von untergeordneter Bedeutung. Schädigende Umwelteinflüsse wie Lärm und Luftverschmutzung werden von den Interviewten zwar durchaus wahrgenommen (03/291ff.), sie werden von ihnen aber nicht in den Kontext mit potentiellen Krankheiten gestellt.

Wenn überhaupt, dann wird das Problem individualisiert. Dies geschieht vor allem in einem Gespräch. Durch eine Erkrankung zum Frührentner gemacht, funktionalisiert die Interviewte seine Krankheit für sein Leben in der Weise, dass er sich nun ganz seiner Familie widmet und sich für die Erziehung der Kinder verantwortlich fühlt. Die Bindung an die Familie hält ihn sogar davon

ab, nach einer anderen Arbeit zu suchen, die er gegebenenfalls auch mit seiner Krankheit (Epilepsie) ausüben könne. Dann würde er, sollte es zu einem Arbeitsunfall kommen, seine Familie gefährden: „Warum soll ich auch noch,... wenn ich hab...gefährliche Leben un sollte noch mit andere mit reinziehen.“ (06/507f.)

Die Perspektive der Bedrohung durch Krankheiten macht sich bei ihm auch noch an anderer Stelle geltend:

„Hundekote ist total gefährlich. Da leben so viele -, was weiß ich, eh, ...Bakterien und dann kann sich ... Kind ganz schnell anstecken, so.“ (06/857-861)

Doch ansonsten werden Krankheiten eher „weggedrückt“. So etwas ist eher peinlich (vgl. z.B. 08/514f.)

Der Politikerdiskurs im Stadtteil

Auffallend ist, dass die angesprochenen Politiker in der Regel namen-, gesichts- und parteilos bleiben. Dies ist deshalb erstaunlich, da sich ansonsten der Eindruck herstellt, der politische Diskurs in Deutschland sei stark personalisiert.⁸³ Dass Personen- und Parteinamen nicht erwähnt werden, hängt möglicherweise damit zusammen, wie diese gewählten „Volksvertreter“ symbolisch verortet werden.

Sie werden in den Interviews in der Regel – kollektivsymbolisch – auf der äußeren horizontalen Achse verortet; so wird von „die da“ (01/513) gesprochen, die „bei uns hier“

83 Man denke nur an die Vorkommnisse, die zum Rücktritt von Oskar Lafontaine führten. Der schwelende Konflikt zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine wurde nicht erst seit der Bundestagswahl immer wieder betont. In den politischen Kommentaren wurde seit Jahren diskutiert, dass es auch persönlich zwischen den beiden Schwierigkeiten gebe. Und das ist keine Ausnahme, man denke nur daran, dass die Querelen zwischen Helmut Schmidt und Willy Brandt seinerzeit dafür verantwortlich gemacht wurden, dass es zum Sturz von Brandt kam. Die personellen Konstellationen spielen in der Beurteilung politischer Geschehnisse eine wichtige Rolle.

(07/1130f.) Dinge verändern wollten. Dabei sind die Politiker nicht nur draußen, auf einer symbolischen vertikalen Achse werden sie im oberen Teil codiert. „Mich interessiert dat doch gar nicht, wer da oben ist.“ (02/685f.).⁸⁴

Eine solche Symbolisierung erlaubt kaum, eigene Einflüsse auf das politische Geschehen. Das spielt sich weit weg ab. Desinteresse an der Politik kann deshalb auch als Resultat der Einschätzung gewertet werden, dass man sowieso keinen Einfluss nehmen kann. Entsprechend werden Entscheidungen der Politik zur Kenntnis genommen, denn: „Da ändert sich groß nix.“ (01/517).⁸⁵

Diese Distanz zur „großen Politik“ kann auch mit dazu beitragen, dass in solchen Stadtteilen rechtsextreme Parteien mit basisnahen Parolen und Angeboten einen gewissen Anklang finden - wie gelegentlich befürchtet wird, ohne dass dafür klare Hinweise vorlägen.

Allein in Verbindung mit dem Regierungswechsel werden Hoffnungen geäußert, es könne der neuen Bundesregierung gelingen, bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen zu schaffen (08/1116ff.). Mit der Einführung des so genannten Doppelpasses könnten sich auch die Arbeitsbedingungen für Nichtdeutsche verbessern: „Und kann man leichtere Arbeit finden.“ (05/1496)

In diesem Zusammenhang fallen auch Äußerungen, die es der Politik zutrauen, die durch Arbeitslosigkeit verursachte Ausländerfeindlichkeit abzuschaffen (04/1202ff.). Arbeitslosigkeit und Ausländerfeindlichkeit

84 Zur Wirkung von Kollektivsymbolik vgl. auch Link 1982, Drews/Gerhard/Link 1985 sowie M. Jäger 1996, S. 23-31, wo die Kollektivsymbolik auf den Alltagsdiskurs bezogen wird.

85 Dass dies ein wichtiges Element im Alltagsdiskurs ist, konnte auch in der Untersuchung M. Jäger 1996 festgestellt werden. Dort spricht Margret Jäger von einer Form „freiwilliger Selbstentmündigung“, die darauf verweise, „dass eine Kritik an mangelnden Möglichkeiten einer politischen Beteiligung ... auch dazu dienen kann, eigenen Entscheidungsunzulänglichkeiten zuzudecken.“ (M. Jäger 1996, 152),

werden also in einen unmittelbaren kausalen Zusammenhang gestellt. In die Politik wird nun die Hoffnung gesetzt, das Verhältnis der Deutschen zu den Eingewanderten mittels der Abschaffung der Arbeitslosigkeit zu verbessern.⁸⁶

Zusammenfassend stellt sich der politische Diskurs im Stadtteil als nicht dominant dar. Politik bzw. politische Maßnahmen gehören offenbar nicht zum Alltag. Die Sichtweise, eigene Kompetenzen und Möglichkeiten ins politische Spiel zu bringen, liegt kaum vor und wenn, dann werden die Einflussmöglichkeiten als sehr gering bis gar nicht vorhanden angesehen.

Die Analyse zeigt, dass das Zusammenleben im Stadtteil sehr stark durch den Einwanderungsdiskurs strukturiert wird – aber eben nicht nur durch diesen. Während das Geschlechterverhältnis von eher untergeordneter Bedeutung ist, gilt dies nicht für den Sozial- und Generationendiskurs. Das Zusammenleben wird offenbar durch die Verschränkung vor allem dieser drei Diskurse zusammengehalten. Während der Generationendiskurs sich so artikuliert, dass einerseits eine Trennung von Bedürfnissen und Aufgaben zwischen den Generationen hervorgehoben wird, andererseits Jung und Alt in einem dichten Zusammenhang gestellt werden, verhält es sich beim Einwanderungs- und Sozialdiskurs anders. Als soziale Gruppe betrachtet, findet eine Einschließung der Bevölkerung statt, unter dem Blickwinkel der ethnischen Zusammensetzung des Stadtteils wird eine Ausschließung und Abgrenzung vorgenommen. Das könnte bedeuten, dass es

86 An der letzteren Erwartung schließt sich ein Diskurs an, der in den Interviews nicht eigens betont wurde, der allerdings mit solchen Formulierungen angespielt ist. Es könne eine Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Einwanderern und Eingeborenen deshalb geben, weil sie miteinander um Arbeitsplätze konkurrieren. Die Wahlparole der DVU in Sachsen-Anhalt „Arbeitsplätze nur für Deutsche“ und der damit verbundene Wahlerfolg zeigt an, dass hier ein Potential vorliegt, das offenbar im Alltagsdiskurs bereits „gerochen“ wird, aber sich – glücklicherweise – noch nicht ausgebreitet hat.

in Bezug auf die Regelung von Konflikten im Stadtteil sinnvoll sein kann, die Trennungslinien, die zwischen Einwanderern und Eingeborenen thematisiert werden, mit den Gemeinsamkeiten, die hinsichtlich der sozialen Positionierung artikuliert werden, in Verbindung zu bringen. Auch die Perspektive als Jugendliche(r) oder als Älterer z.B. Vater oder Mutter kann dazu führen, die Gemeinsamkeit zu betonen, vor deren Hintergrund dann die Unterschiede und Konflikte beleuchtet werden können.⁸⁷ Die Antwort auf die Frage, wie sich dies in Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord herstellen lässt, soll mit der Analyse der Äußerungen, die sich konkret auf den Stadtteil beziehen, vorangebracht werden.

Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord: lohens- und lebenswertes Quartier?

Das Lebensgefühl und die Lebensperspektive im Stadtteil artikulieren sich in einer interessanten diskursiven Bewegung. In dem Maße, wie Anwürfe oder Denunziationen gegenüber dem Stadtteil im Raum stehen, wird der Stadtteil als positiver Lebensraum wahrgenommen und gegenüber Kritik verteidigt. Je weniger dies der Fall ist, umso stärker können sich unangenehme und das Leben beschränkende Gesichtspunkte artikulieren.

Die Verteidigung geschieht dadurch, dass der Ruhrgebetsdiskurs aufgegriffen wird und Vergleiche mit anderen Städten und Regionen angestellt werden. Die Kritik an vorhandenen Zuständen macht sich am Verhalten einzelner Personengruppen fest und verortet damit die Veränderungspotentiale außerhalb der eigenen Einflussphäre.

Nahezu übereinstimmend wird herausgehoben, dass man im Stadtteil seinen unmittelbaren Lebensbedarf gut befriedigen kann. Die wichtigen Lebensmittelketten wie Aldi,

87 Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch deutlich wurde, dass von Seiten der Einwanderer der Wunsch, normal in Deutschland leben zu können, sehr ausgeprägt ist. Die Spaltung zwischen Einwanderern und ‚Eingeborenen‘ wird von dieser Seite als nicht so gravierend wahrgenommen.

Plus usw. sind vorhanden und zum großen Teil zu Fuß oder per Fahrrad zu erreichen. Dass man, um Kleidung zu kaufen, in Nachbarstädte oder Nachbarstadtteile fahren muss, wird nicht unbedingt negativ gesehen, sondern eher als Möglichkeit, mit einem Ausflug den Alltag aufzulockern.

Das sei auch deshalb so, weil die Verkehrsanbindung durch den ÖPNV sehr gut sei, allerdings mit der Einschränkung, dass die U-Bahn-Stationen als ein potentieller Ort von Kriminalität ausgemacht werden. (05/1075). Von Bismarck aus gelange man schnell in der Innenstadt, in angrenzende Stadtteile sowie angrenzende Städte wie z.B. Herten, Herne oder Essen.

Eine Einschränkung ihrer Wohnqualität⁸⁸ sehen vielen im Privatverkehr auf den Straßen und in der damit verbundenen Lärmbelästigung. Diese werden als störend – aber nicht als krankmachend – empfunden (vgl. 01/111 oder 07/275). Auch die unmittelbare Nähe lauter Nachbarn (Interview 01/115ff.) oder von „Türkenhäusern“ (07/546ff.) wird als störend angesehen.

Dabei scheinen soziale Kriterien den Stadtteil in Wohnviertel zu gliedern. Diese Kriterien werden zumindest von den Bewohnern genannt: so wenn z.B. davon die Rede ist, dass es Straßenzüge gibt, die „so für Sozialempfänger“ (02/143) vorgesehen sind, gegenüber anderen

„wo durch Einfamilienhäuser bedingt, fast nur Deutsche wohnen. Aber genauso gibt's da auch die...Quartiere...bei mir in der Nachbarschaft drei komplette Wohnblocks,...wo nichtdeutsche Bewohner sind“ (03/154ff.).

Die Bewohner erfassen offenbar sehr genau die soziale Binnenstruktur des Stadtteils, getreu einem abgewandelten Sprichwort: ‚Sag mir, wo Du in Bismarck wohnst, und ich sage Dir, wer Du bist.‘

Zu den Kritikpunkten im Stadtteil gehö-

⁸⁸ „Wohnqualität“ ist hier nicht mit der Ausstattung der Wohnhäuser gleichzusetzen, sondern meint auch den Standort der Wohnung im Stadtteil.

ren auch die fehlenden bzw. mangelnden Freizeitmöglichkeiten vor allem für junge Leute (02/331ff, 03/186ff.).

Angesprochen auf Kriminalität im Stadtteil wird diese zwar nicht geleugnet, aber dennoch wird der Stadtteil vor Kritik in Schutz genommen, indem auf andere Städte verwiesen wird.

„Also die Kriminalität ist hier da. Wenn ich sagen würde, es gibt hier keine Kriminellen, würde ich lügen, oder Kriminalität in dem Sinne. Es gibt hier Wohnungseinbrüche, Autoaufbrüche, eh, hier werden auch Menschen aufe Straße mal verprügelt, aber nich mehr oder nich weniger als anderswo auch. (03/614ff.)

Das kann sogar so weit gehen, dass die eigene Furcht vor Kriminalität lediglich als irrationales und emotionales Element interpretiert wird: „Is mehr son Gefühl.“ (07/856)

Andererseits hat diese Furcht handgreifliche Konsequenzen, dann nämlich, wenn bestimmte Orte im Stadtteil gemieden werden. Aus Angst vor ausländerfeindlichen Attacken werden Spielplätze gemieden (04/237) oder U-Bahn-Fahrten unterlassen. (05/1060)

Und weil das so ist, kann durchaus auch behauptet werden: „Bismarck ist ganz bekannt...von...Kriminalität.“ (06/1162f.)

Auch dass im Stadtteil einzelne Projekte angeboten werden⁸⁹, wird – sofern darüber Kenntnisse vorliegen – in der Regel begrüßt.

Dabei muss allerdings einschränkend gesagt werden, dass der Kenntnisstand sehr unterschiedlich ist. Nichts Genaues weiß man nicht! (02/1005 oder 04/950ff.) Auch die Teilhabe an solchen Projekten ist unterschiedlich stark: Sie reicht von der Teilnahme an Deutschkursen (05) über die Inanspruchnahme einer Hausaufgabenhilfe (08) bis hin zur aktiven Mitarbeit als Kursleiter oder Mitarbeiter von Projekten.

Angesprochen auf Vorschläge und Wünsche, mit denen das Leben im Stadtteil verbessert werden könnte, wird häufig an das

⁸⁹ Dabei handelt es sich meist um Projekte, die in Verbindung mit dem Stadterneuerungsprogramm aufgelegt worden sind.

Klischeebild, das vom Stadtteil existiert und das aber abgelehnt wird, angeknüpft: mehr Helligkeit und Farbenpracht („zuwenig grün“, 07/247), insgesamt ein freundlicheres Aussehen, das sind die Dinge, die in erster Linie genannt werden. Und auch hier gibt man sich bescheiden, indem häufig auf bereits positive Veränderungen hingewiesen wird, die dann ausdrücklich gutgeheißen werden. Der lokale Medien-Diskurs macht sich hier deutlich bemerkbar.

Optische Schandflecken sollten „...ma so freundlicher gestaltet werden...(wie es z.B. mit einigen) Türkenhäuser(n)...“ schon geschehen ist. (07/545-548)

Auch die Verkehrsberuhigung, die z. T. schon in Angriff genommen wurde, wird hervorgehoben. Sie soll weiter fortgesetzt werden, nicht nur um Lärm zu mindern, sondern auch vor allem um Kinder vor Unfälle zu schützen. (06/531ff)

Doch auch mit konkreten Vorschlägen und Wünschen wird aufgewartet: Vor allem für Kinder und Jugendliche müsse etwas getan werden: schönere und funktionellere Spielplätze würden auch das Bild des Stadtteils verschönern (01/969). Dabei wird ebenfalls sehr konkret das dafür geeignete Gelände ausgemacht: die so genannte Consol-Branche.

Zur Integration von Einwanderern können bessere Sprachkenntnisse beitragen.

„Ja, ja und deutsch muß auch weitermachen. Das reicht nicht. Mein Deutsches reicht nicht.“ (04/992f.)

Auch Nähkurse oder Teetreffs, bei denen ein Austausch türkischer und deutscher Frauen stattfinden könnte, werden begrüßt. (4/994ff.)

Die Wünsche nach einem attraktiveren, vor allem helleren Stadtbild verweisen darauf, dass der Stadtteildiskurs sehr stark durch die Kritik am Stadtteil, die teilweise im Stadtteil selbst, aber auch darüber hinaus durch die Medien formuliert wird, geprägt ist. Helle und damit überschaubare Plätze und Orte sollen dem Bild von öden Industrielandschaften mit heruntergekommenen Häuserzeilen entgegengesetzt werden. An

solchen Orten kann eine „schönere Atmosphäre“ (07/581) entstehen, die die Zuneigung zum Stadtteil stärken kann. Inwiefern ein solcher Stadtteil ohne das aktive Zutun seiner Bewohner auskommen kann, wird allerdings in diesem Zusammenhang nicht thematisiert.

Hier zeigt der lokale Medien-Diskurs seine Wirkung. Die dort gezeichnete Idylle, die nicht existiert, wird als akzeptable Perspektive angesehen, und ist doch nichts als ein Trugbild, das nicht halten kann, was es verspricht. Letztlich überwiegt dann Resignation und Apathie: Es ist halt nichts zu machen.

Zusammenfassung und Bewertung

Die vorliegende Untersuchung versteht sich als eine Pilotstudie zu einem umfassenderen Projekt, bei dem die Konfliktlösungsstrategien in problembeladenen Stadtteilen möglichst im internationalen europäischen Vergleich untersucht werden sollen. Dem soll in dieser Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse dadurch Rechnung getragen werden, dass auch solche Aspekte und Perspektiven von uns angesprochen werden, die über die vorliegende Analyse hinausgehen.

Die Gespräche mit Sozialmanagern vermitteln in aller Deutlichkeit, dass „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ als besonders problembehaftete Stadtteile wahrgenommen werden. Die Rede vom Erneuerungsbedarf kann in diesem Zusammenhang nur als Euphemismus gewertet werden. Die solche Stadtteile betreuenden Personen zeichnen ein relativ düsteres Bild dieser Wohngebiete. Sie artikulieren auch kaum irgendwelche Lösungsmöglichkeiten. Arbeitslosigkeit und Einwanderung – das sind die Problembereiche, die aus ihrer Sicht den Stadtteil beherrschen. Und in diesen Bereichen überwiegen negative Zukunftsperspektiven. Eine politische Lösung ‚von oben‘ wird nicht erwartet, sie wird aber auch von diesen Personen nicht unbedingt angestrebt. Die Auffassung überwiegt, dass der Stadtteil, d.h. seine Bewohnerinnen und Bewohner, die Probleme selbst in den Griff bekommen müssen, wobei allerdings ‚von außen‘ (etwa von Politikern) Hilfe erwartet wird. Dies gilt vor allem für die Probleme von Arbeitslosigkeit und Neuansiedlung von Betrieben etc, also für die allgemeinen Rahmenbedingungen.

Insgesamt zeichnet sich – trotz aller Be-

mühungen, aktiv an einem positiveren Bild des Stadtteils zu arbeiten – bei diesem Personenkreis ein ausgesprochen skeptischer Blick auf den Stadtteil und seine Entwicklungschancen ab.

Es ist davon auszugehen, dass diese Auffassungen sich sowohl aus den Erfahrungen, die die Sozialarbeiterinnen im Umgang mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gemacht haben, als auch aus den Medien speisen.

Das Bild, das wir in den Print-Medien über den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord ermitteln konnten, schließt zumindest an solche Äußerungen der Sozialmanager nahtlos an. Vor allem in der Außensicht, die sich generell auf die Region des Ruhrgebiets erstreckt, überwiegt das Wahrnehmungsmuster einer öden, verseuchten Industrielandschaft, deren Probleme, wenn überhaupt, nur sehr schwer in den Griff zu bekommen sind. Komplementär dazu steht die Innensicht, die durch die Analyse von Lokalpresseberichten von uns ermittelt werden konnten. Hier wird zwar auch auf Probleme hingewiesen; es überwiegen jedoch die Aussagen, in denen positive und konstruktive Lösungen dieser Probleme angesprochen werden. Die diskursiven Effekte dieser Berichterstattung müssen dabei als ambivalent eingeschätzt werden: Steigerung der Motivation, sich an Projekten und Aktivitäten zu beteiligen kann mit der Beschwichtigung einhergehen, dass alles schon in trockenen Tüchern sei.

Bezogen auf die dritte Analyseebene dieses Projektes muss jedoch festgestellt werden, dass offenbar vor allem diese Beschwichtigungseffekte ihren Weg zum Alltagsbewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner nehmen. Die eigene Handlungsfähigkeit wird als ziemlich gering angesehen. Im Diskurs kann sich ganz offenbar die Akzeptanzstrategie vor allem der Lokalpresse durchsetzen. Hinzu kommt die in den Medien insgesamt produzierte Applikationsvorlage, wonach die Stadt und die Region besonders problembehaftet sind.

Dabei entwickeln die Bewohnerinnen und Bewohner eine eigentümliche Form, mit

dieser negativen Wahrnehmungsfolie umzugehen. So ist festzustellen, dass in dem Maße, wie das negative Image des Stadtteils artikuliert oder auch nur angespielt wird, dieser verteidigt und die gute und zufriedenstellende Lebens- und Wohnqualität hervorgehoben wird. In diesen Fällen referieren die Bewohner das, was ihnen täglich in der Lokalpresse vorgesetzt wird. Wenn das negative Image nicht im Vordergrund steht, ist dies nicht der Fall, dann sind die Bewohnerinnen und Bewohner bereit und in der Lage, die negativen Aspekte des Stadtteils zu benennen.

Die Wünsche und Vorstellungen, wie diese negativen Zustände behoben werden sollen, verweisen darauf, dass auch der Medien-Diskurs in zweifacher Hinsicht zur Kenntnis genommen wird. Der Stadtteil soll heller, moderner und freundlicher gestaltet werden. Es soll insgesamt eine bessere Atmosphäre entstehen.

Zum einen reproduziert sich hier das Wahrnehmungsmuster von den öden Industriebrachen, die viel Schmutz und Staub produzieren, die aber, weil es sich um eine veraltete Industrie handelt, keine Lebendigkeit mehr transportieren. Zum anderen wird an den Wünschen deutlich, dass die Vorstellung dominiert, das Ruhrgebiet, das sich hier quasi mikroskopisch im Stadtteil spiegelt, aus den alten Häusern, Industrieansiedlungen etc. heraus zu neuen Funktionsbestimmungen kommen soll. Hier schließt sich das in der Presse favorisierte Bild an, nach dem aus den alten Strukturen heraus und mit ihnen zusammen Neues gestaltet werden sollte, so dass die Region wieder lebensfähig wird.

Auch in einem anderen Punkt erweist sich, dass sich die verschiedenen Diskursebenen gegenseitig verstärken. Unsere Analyse – vor allem die des Alltagsdiskurses – konnte zeigen, dass das Zusammenleben im Stadtteil sehr stark durch den Einwanderungsdiskurs strukturiert wird. Dies wird auch von den Sozialmanagern und von (Teilen) der Presse so gesehen. Die Vorurteile, die vorwiegend von Bewohnern deutscher Herkunft artikuliert werden, scheinen dabei so prägend und dicht zu sein, dass von den

Sozialarbeiterinnen nicht die Aufhebung, sondern die Abschwächung dieser Vorurteile zum Ziel erhoben wird. Aus ihrer Sicht sei schon viel erreicht, wenn Inländer und Ausländer auf der Basis einer gewissen gegenseitigen Akzeptanz und Duldung zusammenfinden.

Doch das Zusammenleben wird eben nicht allein durch die Einwanderung strukturiert. Auch das konnte die Analyse von Presse- und Alltagsdiskurs zeigen. Es scheint so zu sein, dass sich das Stadtleben vor allem aus der Gemengelage konstituiert, die von einer Verschränkung von Sozial-, Einwanderungs- und Generationendiskurs hergestellt wird.

Dabei könnte die Tatsache genau dieser Verschränkungen Hinweise darauf geben, wie zukünftig das Zusammenleben besser und kooperativer gestaltet werden kann. Wenn es so ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner sich unter dem Aspekt ihrer sozialen Situation als zusammengehörig wahrnehmen, indem sie sich z.B. gegenüber privilegierten Personen abgrenzen, dann kann dies bei der Lösung von Konflikten, die sich aus ihrer unterschiedlichen Herkunft ergeben, als positiver Gesichtspunkt mitberücksichtigt werden. Das Trennende kann auf diese Weise abgeschwächt werden, es lassen sich Gesprächsbrücken aufbauen etc. Das Gleiche gilt auch für die Verschränkung des Generationsdiskurses mit dem Einwanderungsdiskurs. Als Eltern z.B. teilen die Bewohnerinnen und Bewohner gewisse Erfahrungen und auch Ängste miteinander. Diese gemeinsamen Erfahrungen, sofern sie herausgehoben werden, können Unterschiede lebbarer werden lassen, vielleicht sogar ganz aufheben.

Bezogen auf die von uns in den Blick genommenen Analyseebenen lässt sich deshalb insgesamt festhalten, dass sich die Diskurse, wie sie in den Medien, bei den Bewohnerinnen und Bewohnern und auch bei den sie betreuenden Sozialarbeitern produziert werden, mit ihrem negativen und daher wenig motivierenden Gehalt eher verstärken als abzumildern.

Diese Verstärkung kann auch durch die

vor allem in der Lokalpresse häufig betonte Notwendigkeit, die Bewohnerinnen und Bewohner sollten an den für sie wichtigen Entscheidungen im Stadtteil aktiv beteiligt werden, nicht aufgehoben werden, da eine ernstzunehmende Beteiligung nicht stattfindet und die dort verhandelten Aktivitäten sich meist in Scheinaktivitäten erschöpfen. Dennoch lassen sich den wenigen Aussagen, die in dazu artikuliert werden, bereits einige Hinweise dafür entnehmen, wie aus der Hermetik des Problemstadtteils ausgebrochen werden könnte.

Bevor wir diese jedoch beschreiben, wollen wir kurz vermerken, wo die Ergebnisse unserer Analyse durch eine Ausweitung des Untersuchungsdesigns präzisiert und differenziert werden könnten.

Es ist schon gesagt worden, dass der Kreis der Interviewpartner, die im Stadtteil als Sozialmanager agieren, ausgedehnt werden sollte, um die vielfältigen Sozialbeziehungen, die sich durch unsere Interviews bestätigen konnten, stärker auch aus dieser Perspektive berücksichtigen zu können. Dabei wäre ein Schwerpunkt der Expertengespräche auch darauf zu legen, die Problematik zu diskutieren, die darin besteht, dass einerseits die Bewohnerinnen und Bewohner selbst aktiv werden sollten, andererseits dazu nicht unmittelbar oder ‚aus dem Stand‘ in der Lage sind. Die eigene Rolle, aber auch hemmende Faktoren der Stadtbürokratie etc. müssten in solchen Gesprächen mit aufgerollt werden.

Die Presseanalyse, die wir in diesem Projekt nur ausschnittsweise vornehmen konnten, sollte auf jeden Fall qualitativ erweitert werden. Dabei sollte der Blick nicht allein auf das Ruhrgebiet gerichtet sein, sondern auf die Berichterstattung und Kommentierung von städtischem Leben insgesamt und speziell auf die Frage, wie in den Städten mit Konflikten umgegangen wird, ausgedehnt werden. Aus der Erweiterung dieser Analysefragestellung erhoffen wir uns, die diskursiven Muster aufzufinden, mit denen generell kommunale Konfliktlagen bewältigt werden können.

Die Analyse der Tiefeninterviews konnte

auf der einen Seite unsere Grundthese bestätigen, dass sich das Stadtleben im Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord – entgegen der Annahmen vieler, auch der Bewohnerinnen – nicht nur durch Einwanderung strukturiert. Mit der Auswahl der Interviewten haben wir dem auch weitgehend Rechnung getragen. Die Dominanz des Sozialdiskurses, die durch die Analyse sichtbar wurde, sollte allerdings Anlass dazu geben, bei einer weiteren Interviewstaffel die Interviewten auch unter Berücksichtigung ihrer sozialen Herkunft stärker zu differenzieren. Außerdem hat die Analyse gezeigt, dass durch eine quantitative Ausdehnung einige der von uns ermittelten Ergebnisse weiter präzisiert und differenziert werden könnten.⁹⁰

Dennoch hat die vorliegende Untersuchung bereits wichtige und verlässliche Ergebnisse aufzuweisen, mit denen sich Lösungsansätze skizzieren lassen, zumal diese in eine umfassendere Untersuchung als Arbeitsthese Eingang finden sollten.

90 Insofern hat sich bei dieser Interviewstaffel gezeigt, dass durch weitere Interviews noch weitere, neue und noch nicht angesprochene Aspekte in die Analyse einfließen würden. Auch der Stellenwert bestimmter Argumente oder Diskursstrategien könnte durch eine solche Auswertung genauer beschrieben werden. Gemessen an dem Instrumentarium Kritischer Diskursanalyse muss deshalb festgestellt werden, dass der Diskursstrang als noch nicht vollständig erfasst gelten muss. (Vgl. dazu auch die diskurstheoretischen Ausführungen in Jäger 2001, 204-214.)

Lösungsansätze

Ausnutzung unterschiedlicher Diskurspositionen stärken Gemeinsamkeiten

Die Analyse der Presse und vor allem die Analyse der Tiefeninterviews haben einen wichtigen ersten Befund erbracht, nämlich den, dass sich das Stadtleben praller und vielfältiger darstellt, als wenn man es allein unter der Perspektive von Einwanderung und Arbeitslosigkeit betrachtete. Das bedeutet nicht, dass diese Faktoren nicht einen erheblichen Einfluss auf das Leben im Stadtteil hätten, und es bedeutet vor allem auch nicht, dass diese beiden Faktoren, weil sie die diskursiven Grundpfeiler des Negativbildes sind, damit bedeutungslos seien. Doch die genauere Analyse hat gezeigt, dass es weitere wichtige Faktoren im Stadtteil gibt und auch dass die genannten Faktoren Arbeitslosigkeit und Einwanderung mit unterschiedlichen diskursiven Effekten ausgestattet sind, die sich produktiv ausnutzen ließen.

Das bedeutet, dass sich bei Konflikten, die im Stadtteil schwelen, unterschiedliche diskursive Positionen nutzen ließen, um zu einer produktiven Konfliktlösung zu kommen. Die Konflikte, die innerhalb des Einwanderungsdiskurses eine Spaltung zwischen Einwanderern und ‚Eingeborenen‘ erzeugen, könnten durch die Gemeinsamkeiten, die sich innerhalb des Sozialdiskurses artikulieren, ausgeglichen werden.

Hier liegen im Stadtteil Anknüpfungspunkte vor, die systematisch weitergedacht werden sollten. Das vor allem von den Sozialarbeitern hervorgehobene Konzept der „offenen Schule“ geht ja bereits davon aus, dass es um eine Integration vielfältiger Le-

bensräume gehen muss.

Unsere Analyse hat nun weiter aufzeigen können, dass die Trennungen zwischen In- und Ausländern und die damit verbundenen massiven Ausgrenzungen, die unter dem Gesichtspunkt von Einwanderung thematisiert werden, unter dem Gesichtspunkt des Sozialdiskurses eine andere Blickrichtung erhalten. Diese besteht darin, dass in diesen Zusammenhängen die gemeinsame oder ähnliche Situation zur Sprache kommt und zur Sprache kommen kann.

Ähnliches gilt – wenn auch nicht in diesem Umfang – für die Positionierung der Personen im Generationsdiskurs. Auch hier werden Gemeinsamkeiten artikuliert. An solchen Gemeinsamkeiten könnte angesetzt werden, und diese sollten systematisch genutzt werden, um zusammen mit den Bewohnern einen anderen Blick auf die sozialen Konflikte im Stadtteil und dementsprechende Handlungs- und Verhaltensmotivationen zu gewinnen.

So haben sowohl deutsche wie nicht-deutsche Mütter und Väter Probleme z.B. mit mangelnden Spielplätzen, mit schlecht ausgestatteten Schulen etc. Jugendliche – gleich welcher Herkunft – haben gemeinsame Freizeitinteressen, die sie im Stadtteil bisher nur unbefriedigend wahrnehmen können. Im Grunde könnte man jede Frage, die zur Diskussion steht, auch unter dem Gesichtspunkt beleuchten, ob die Einbeziehung weiterer Aspekte und Dimensionen hilfreich ist, das Problem zu entschärfen oder einen anderen Blick darauf zu gewinnen und möglicherweise auch andere Schritte der Bewältigung anzugehen.

Damit werden selbstverständlich die bisher verfolgten Ziele nicht obsolet, mit denen eine Integration von Ausländern im Stadtteil bislang angegangen wurde. Dass die in dieser Hinsicht ergriffenen Maßnahmen notwendig sind und auch von Teilen der Bevölkerung angenommen werden, ist durch die Interviews deutlich geworden. Dabei wurde gerade von Personen türkischer Herkunft unterstrichen, dass sie einen intensiveren Kontakt zu ihren deutschen Nachbarn wünschen, so dass man sicher sein kann, dass hier wei-

terhin ein reiches Betätigungsfeld existiert, an das mit vorhandenen Institutionen, z.B. dem internationalen Weihnachtsmarkt, angeknüpft werden sollte.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass trotz der positiven Ansätze, z.B. an einer Grundschule, die offensiv das Konzept der offenen Schule umsetzt, eine Menge zu tun bleibt. Dabei sollte auch ein Schwerpunkt bei der zugegebenermaßen nicht einfache Arbeit mit Deutschen gelegt werden.

Die in den Interviews zum Ausdruck kommenden Vorbehalte gegenüber Türken und anderen Ausländern heben sich zwar nicht von denen ab, die auch in anderen Städten in Deutschland artikuliert werden.⁹² Das macht ihren rassistischen Gehalt aber keinen Deut geringer. Es geht um eine Arbeit mit Deutschen in der Weise, dass sie die teilweise rassistischen Vorbehalte abbauen können. Dass dazu multikulturelle Feste nicht ausreichen, konnte die Analyse zeigen.⁹³ Ein Angebot etwa, seine eigene Position in der Weise zu überprüfen, dass die Frage danach gestellt wird, was man eigentlich davon hat, Ausländer zu diskriminieren und sie abzulehnen, könnte diese Personen auf die Spur bringen, dass sie mit solchen Auffassungen nicht nur anderen, sondern auch sich selbst Schaden zufügen.⁹⁴

Eine solche Aktivität könnte auch zu

92 Zumindest lassen bisherige Untersuchungsergebnisse diesen Schluss zu. Aus unserer Sicht scheint es aber notwendig zu sein, eine Untersuchung zum Alltagsdiskurs anzulegen, in der systematisch die unterschiedlichen Befindlichkeiten in Ost- und Westdeutschland betrachtet werden.

93 Damit sollen solche Aktivitäten nicht entwertet werden. Sie sind wichtig, aber sie reichen nicht aus.

94 Damit sind die in der antirassistischen Arbeit durchaus auch kontrovers diskutierten „Antirassismus-Trainings“ angesprochen. Der langfristige Erfolg solcher Aktivitäten hängt dabei aus unserer Sicht auch stark mit dem theoretischen Ansatz zusammen, aus dem heraus sie verfolgt werden. Ein Ansatz, der mit nicht-autoritären Mitteln arbeitet, ist z.B. nachzulesen in Kalpaka 1994.

Tage fördern, dass die Vorbehalte sich zudem aus mangelnden Handlungskompetenzen und -möglichkeiten der Bewohnerinnen entwickeln. Damit ist ein zweiter Bereich angesprochen, der für die Lösung sozialer Probleme im Stadtteil von Bedeutung ist und zu dem die Analyse einige Hinweise beitragen kann.

Handlungsfähigkeiten entwickeln und mit Kompetenzen ausstatten

In den analysierten Interviews wurde zweierlei deutlich: Die Bewohner äußern sich geradezu fatalistisch: Sie fordern einerseits Veränderungen ein, von denen sie andererseits jedoch glauben, dass sie nicht umgesetzt werden können. Dabei reichen die Wünsche von allgemein gehaltenen Verschönerungsprojekten bis hin zu konkreten Vorschlägen, wenn es z.B. darum geht, dass die Geräte eines Spielplatzes erneuert werden sollen. Doch sie artikulieren große Skepsis und auch Desinteresse, ob und dass selbst diese kleinen Dinge in die Tat umgesetzt werden können.

In unserer Presseanalyse wurde diese Haltung anhand der Berichte über eine Stadtteilkonferenz 1995 deutlich. Offensichtlich war diese Konferenz von einer Reihe von Bürgerinnen und Bürgern dazu genutzt worden, ihre Skepsis Politikern gegenüber zum Ausdruck zu bringen und zu einem „Rundumschlag“ gegen sie auszuholen. In der Presse ist dies unterschiedlich aufgenommen worden. Während eine Zeitung die Bürgerinnen und Bürger scharf kritisierte, betonten zwei weitere die konstruktive Seite der Konferenz. Keine jedoch thematisierte, dass diese Haltung der Bürgerinnen auch in dem Kontext zu sehen ist, dass ihre politische und familiale Sozialisation ihnen bislang nicht die notwendige Handlungsfähigkeit vermitteln konnte. Die inaktive Haltung der Bürgerinnen ist jedoch in diesem Kontext zu sehen, und deshalb sollten ernsthafte Überlegungen angestellt werden, wie sich die Handlungsfähigkeit verbessern oder möglicherweise sogar erst herstellen lässt. Das ist selbstverständlich ohne konkrete Ge-

staltungsangebote nicht zu haben, mit denen die Bewohnerinnen ‚lernen‘ können, ihren Stadtteil selbst aufzubauen, zu verwalten und zu verändern.

In den Interviews ist durchaus deutlich geworden, dass in einzelnen Bereichen ein Engagement gewollt ist oder bereits vorliegt. Auch die in der Lokalpresse häufig formulierten Wünsche nach Beteiligung und Partizipation der Bewohnerinnen und Bewohner gehen in die gleiche Richtung. Dass die Sozialarbeiterinnen in dieser Hinsicht bereits ein stattliches Angebot formulieren und daran arbeiten, dass dies auch Realität wird, soll hier nur vermerkt werden.

Dennoch steht die Frage, warum die Bemühungen von Presse und Sozialarbeiterinnen bislang noch nicht den erwünschten Erfolg gezeitigt haben. Eine Antwort darauf könnte sein, dass die Einwohnerinnen nicht über die dazu erforderlichen Kompetenzen und Mittel verfügen. Wer lediglich mitdiskutieren kann oder soll, wer lediglich „angehört“ wird, und wenn die Entscheidungen dann aber von anderen Instanzen gefällt werden, der wird wohl kaum die Motivation aufbringen, die er/sie braucht, um aus der beschriebenen fatalen Haltung herauszufinden. Das bedeutet, ‚runde Tische‘, wie sie in vielen Städten mittlerweile installiert wurden, könnten möglicherweise dann erfolgreicher und auch effektiver arbeiten, wenn sie mit einer Entscheidungskompetenz, die auch immer mit einer finanziellen Kompetenz verbunden ist, ausgestattet werden. Hier sollte weiter nachgedacht werden, wie dies in Kommunalpolitik umgesetzt werden kann. Wichtig erscheint uns, dass die bereits laufenden Bürgerbefragungen und -anhörungen etc. mit verbindlicheren Konsequenzen versehen werden, als dies augenblicklich der Fall ist. Es muss sich im wahrsten Sinne lohnen, an Projekten, mit denen die Perspektive des Stadtteils gefestigt werden soll, mitzuarbeiten. Dazu jedoch ist Gestaltungskompetenz eine wichtige Voraussetzung. Funktionierende Stadtteile haben die verantwortliche Tätigkeit und Entscheidungskompetenz aller Einwohnerinnen zur Voraussetzung.

Denn es hat sich gezeigt: Arbeit ist genug

da. Auch Geld oder Fördermittel sind – wenn auch in beschränktem Umfang – vorhanden. Unsere Analyse hat gezeigt, dass in dem Gelsenkirchener Stadtteil durch eine langjährige Arbeit der Sozialarbeiterinnen Anknüpfungspunkte existieren, die in die genannte Richtung weiterentwickelt werden sollten.

Bürokratische Verkrustungen aufbrechen, Hürden überwinden: Von der Betreuung zur Beratung

Eine solche Umorientierung der Arbeit im Stadtteil hat dabei allerdings erhebliche Konsequenzen, die bedacht sein müssen. Ein solches Konzept lässt sich nicht von Heute auf Morgen umsetzen, da es eine Reihe von Fragen aufwirft, die in diesem Umorientierungsprozess zu klären sind.

Einige der Schwierigkeiten, die auftauchen, wenn mit dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern Ernst gemacht wird, haben wir durch die Presseanalyse herausfinden können.

So hatte sich 1996 z.B. eine Initiative dafür eingesetzt, einige Gebäude der ehemaligen Zeche Consol als Denkmal zu erhalten und zu pflegen. Weil jedoch die Ruhrkohle AG daran kein Interesse hatte, konnte das Vorhaben nicht durchgeführt werden. Ähnlich erging es einem Verein, der ein stillgelegtes Bahnbetriebswerk in Bismarck in Eigenregie und -finanzierung erhalten wollte, um daraus ein Museum zu machen. Auch hier führte die „lange Hand“ des Eigentümers dazu, dass dieser Plan zumindest bislang noch nicht realisiert werden konnte. Gegen den Vorsitzenden des Vereins wurde dabei sogar kurzfristig ein Verfahren wegen Hausfriedensbruch eingeleitet, das aber dann wegen Geringfügigkeit wieder eingestellt wurde. Hier sind Überlegungen anzustellen, auf welche Weise die Kommunalpolitik solche Aktivitäten unterstützen könnte. Die Grenzen der kommunalen Spielräume sollten dabei aufgezeigt werden, damit Verfahren eingeleitet werden können, mit denen sie ausgedehnt werden.

Dies soll hier nicht so verstanden werden,

als wenn nun jede Idee und jedes Vorhaben von Bürgerinnen umgesetzt werden sollte – egal welche Hindernisse sich dabei auftun. Es bedeutet nur, dass sie ernsthaft und verbindlich geprüft werden und in demokratischen Strukturen, die nicht immer identisch mit den Strukturen der gültigen Kommunalpolitik sein müssen, geklärt werden sollten.⁹⁵

In diesem Zusammenhang steht auch, dass das Selbstverständnis der Sozialmanager einem Veränderungsprozess unterzogen wird. Natürlich ist die hier angeregte Orientierungsverschiebung gerade für diese Berufsgruppe nichts Neues. Unter dem Stichwort ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ werden solche Konzepte gerade in diesen Zusammenhängen schon seit längerem diskutiert. Dass ein solches Konzept sinnvoll ist, konnte unsere Analyse deutlich machen. Dass sie mit einschneidenden Veränderungen verbunden sein muss, ebenso. Über solche Konsequenzen zu reflektieren, wäre eine wichtige Voraussetzung dafür, die organisatorischen und personellen Kapazitäten darauf abzustellen. Aus einem Betreuungsverhältnis könnte sich so Zug um Zug ein Beratungsverhältnis entwickeln.

Die hier vorgelegte Analyse versteht sich als ein Beitrag zu einer solchen Entwicklung. Dabei sollten die angesprochenen Lösungsansätze in einem weiteren Schritt präzisiert und differenziert werden und mit denjenigen, die in der Lage sind, die Ansätze umzusetzen, ausführlich diskutiert werden.

95 Ein solches Hindernis ist zum Beispiel das geltende Wahlrecht. Das ist nicht sofort zu verändern. Andererseits sollte es selbstverständlich sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger – egal welchen Pass sie in der Tasche haben – an kommunalen Entscheidungsprozessen verbindlich teilnehmen sollten. Hier ist also Phantasie gefragt, wie dieses fehlende demokratische Recht umgangen werden kann. Dabei kann gleichzeitig ein praktischer Beitrag dazu geleistet werden, dass das bestehende Wahlrecht als das angesehen wird, was es ist: als antiquiert

Von der Diskurs- zur Dispositivanalyse. Überlegungen zur Weiterführung eines Stadtteilprojekts

„Sage mir, wo Du wohnst und ich sage Dir, wer Du bist“ – Mit diesem abgewandelten Sprichwort lässt sich ein Projekt beschreiben, das im DISS vom November 98 bis April 99 durchgeführt wurde. Wir wollen heute unsere inhaltlichen und methodischen Überlegungen hinsichtlich einer Ausweitung darstellen; insofern verstehen sich die folgenden Ausführungen als Bericht über ein ‚work in progress‘, der dazu beitragen soll, zu einem Forschungsdesign zu gelangen, mit sich Stadtteile als Dispositive analysieren lassen.⁹⁶

Wir möchten in einem ersten Teil skizzieren, was wir getan haben und zu welchen Ergebnissen wir dabei gekommen sind.

Der zweite Teil unserer Ausführungen beschreibt die aus unserer Sicht *neuen* Fragestellungen, die sich aus diskursanalytischer Perspektive dabei aufgetan haben. Hier geht es vor allem darum, dass wir auf Grenzen von Diskursanalyse gestoßen sind, die in Richtung Dispositivanalyse aufgestoßen werden sollten. Wir werden deshalb die Frage stellen, ob sich Stadtteile als Dispositive⁹⁷ im Sinne Michel Foucaults fassen und analysieren lassen und werden versuchen, dazu für den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord erste Hinweise zu geben.⁹⁸

96 Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um einen Vortrag von Margarete Jäger und Siegfried Jäger, den diese am 27. Mai 2000 auf einem DISS-Workshop in Freudenberg gehalten haben.

Das Projekt

Bekanntlich gibt es im Ruhrgebiet eine Reihe von Städten und Stadtteilen, die von der Strukturkrise bei Kohle und Stahl besonders gebeutelt worden sind. In diese Stadtteile, auch „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ genannt, fließen seit einigen Jahren Gelder von Bund und Land, mit denen Maßnahmen finanziert werden sollen, die diese Krisenerscheinungen zurückdrängen sollen. Bei den damit befassten Sozialarbeitern wie auch im dafür zuständigen MAS-SKS NRW haben sich jedoch mittlerweile Zweifel angemeldet, ob diese Gelder so ausgegeben werden, dass sie die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Bewohnerinnen auch wirklich antreffen. Denn im Ergebnis ist festzustellen, dass sich trotz der ergriffenen Maßnahmen die Probleme nicht wesentlich geändert haben. Das Ministerium beauftragte uns deshalb, einen dieser Stadtteile zu untersuchen. Folgende Leitfragen sollten mit der Studie beantwortet werden:

- Wie wird der Stadtteil in der Öffentlichkeit dargestellt? Dieser Frage sind wir vor allem durch die Analyse wichtiger Printmedien nachgegangen.
- Wie wirkt sich der öffentliche Diskurs über so genannte Problemstadtteile auf seine Bewohnerinnen und Bewohner aus (Selbstwertgefühl, Identifikation mit dem Stadtteil, Lebensperspektiven im Stadtteil)? Welche Konfliktformen /-arten liegen zwischen welchen Bevölkerungsgruppen vor? Dieser Fragestellung wurde durch die Erhebung und Analyse von Tiefeninterviews nachgegangen. Interviewt wurden sowohl Deutsche wie Nicht-Deutsche, Frauen und Männer sowie ältere und

97 Die Beschränkung auf den Stadtteil ist, diskursanalytisch gesehen, etwas künstlich, da Stadtteile von Diskursen und Dispositiven durchzogen werden, die über sie hinaus Geltung haben. Diesem Umstand muss bei der Analyse insofern Rechnung getragen werden, dass stadtteilübergreifende Diskurse und Dispositive mitbedacht werden. Gleichwohl wird das zu analysierende Material primär im betreffenden Stadtteil selbst erhoben.

98 Vgl. dazu Foucault 1978 und S. Jäger 2001a.

jüngere Bewohnerinnen. Insgesamt wurden von uns acht Interviews erhoben und ausgewertet.

- Welche Probleme und Konflikte werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern im Stadtteil vorrangig gesehen, welche Lösungsmöglichkeiten sehen sie, und wen machen sie für die Probleme und Konflikte verantwortlich?
- Welche Probleme und Konflikte im Stadtteil werden von Sozialmanagern gesehen?
- Welche Rolle spiel(t)en Kommunal- bzw. Landespolitiker sowie andere staatliche oder halbstaatliche Institutionen bei der Bewältigung der Probleme?

Dieser Fragenkomplex wird durch Experten-gespräche erfasst.

In unserer Terminologie haben wir in diesem Projekt drei unterschiedliche Diskursebenen – Alltag, Medien und einen Ausschnitt aus dem politischen Diskurs – untersucht und die Ergebnisse aufeinander bezogen.

Die Ergebnisse unserer Gespräche mit Sozialmanagern vor Ort zeigen, dass diese vor allem die desolate Arbeitsplatzsituation und die damit verbundenen Folgen für den Stadtteil als vorrangiges Problem im Stadtteil ansehen. Dabei sehen sie kaum positive Perspektiven. Auf Hilfe von außen – damit ist vor allem die politische Ebene gemeint – glauben sie nicht bauen zu können. Vielmehr müsse sich der Stadtteil selbst helfen. Dies wiederum erfordere Kompetenzen der Bewohnerinnen, die sie aber auch nicht feststellen zu können glauben.

Probleme in Verbindung mit Einwanderung werden ebenfalls gesehen. Hier zeigen sich keine Abweichungen gegenüber dem herrschenden Diskurs etwa zur Ausländer- oder auch Jugendkriminalität generell. Ausländer und Jugendliche werden als die Problemgruppen ausgemacht, die ein gedeihliches Miteinander im Stadtteil erschweren oder sogar verhindern würden.

Das schließt an die Ergebnisse der Printmedienanalyse an. Hier haben wir sowohl die Außensicht wie auch die Binnensicht auf den Stadtteil innerhalb der letzten Jahre untersucht. Die Außensicht wurde anhand der

taz und weiterer ausgewählter Zeitungen für die letzten 13 Jahre, die Binnensicht anhand der lokalen Berichterstattung vor allem der WAZ und der Westfälischen Rundschau für die Zeit von 1994 bis 1997 untersucht.

Vor allem in der Außensicht, die sich generell auf die Region Ruhrgebiet erstreckt, überwiegt das Wahrnehmungsmuster einer öden, verseuchten Industrielandschaft, deren Probleme, wenn überhaupt, nur sehr schwer in den Griff zu bekommen sind. Komplementär dazu steht die Innensicht, die durch die Analyse von Lokalpresseberichten ermittelt wurde. Hier wird zwar auch auf Probleme hingewiesen, es überwiegen jedoch die Themen, in denen positive und konstruktive Lösungen dieser Probleme diskutiert werden. Die diskursiven Effekte dieser Berichterstattung müssen dabei als ambivalent eingeschätzt werden: Steigerung der Motivation, sich an Projekten und Aktivitäten zu beteiligen kann mit der Beschwichtigung einhergehen, dass alles schon in trockenen Tüchern ist.

Bezogen auf das Alltagsbewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner kann man feststellen, dass diese Beschwichtigungseffekte ihre Wirkung zeigen. Die eigene Handlungsfähigkeit wird als ziemlich gering angesehen. Im Diskurs kann sich offenbar die Akzeptanz erzeugende Berichterstattung vor allem der Lokalpresse durchsetzen. Dies korrespondiert mit den Einschätzungen der interviewten Sozialarbeiter. Auch die in den Medien insgesamt produzierten Bilder, nach der die Stadt und die Region besonders problembehaftet sind, können bei den Bewohnerinnen Ohnmachtgefühle auslösen.

Hier zeigt sich, dass sich die verschiedenen Diskursebenen durchaus gegenseitig verstärken können: auch der Einwanderungsdiskurs strukturiert das Zusammenleben im Stadtteil recht stark. Dies wird sowohl von den Sozialmanagern als auch von den Befragten formuliert; aber auch in der Presse finden sich derartige Hinweise. Die Bewertungen, die vorwiegend von Bewohnern deutscher Herkunft gegenüber nicht-deutschen Bewohnerinnen vorgenommen werden, scheinen dabei so prägend und dicht

zu sein, dass von den Sozialarbeiterinnen nicht die Aufhebung, sondern nur die Abschwächung dieser rassistischen Einstellungen zum Ziel erhoben wird. Aus ihrer Sicht sei schon viel erreicht, wenn In- und Ausländer auf der Basis einer gewissen gegenseitigen Akzeptanz und Duldung zusammenfinden.

Doch das Zusammenleben wird nicht allein durch die Einwanderung strukturiert. Auch das konnte die Analyse von Presse- und Alltagsdiskurs zeigen. Es scheint so zu sein, dass sich das Stadtleben vor allem aus der Gemengelage konstituiert, die von einer Verschränkung von Sozial-, Einwanderungs- und Generationendiskurs hergestellt wird.

Weitergehende Fragestellungen

Damit sprechen wir einen Punkt an, der aus diskursanalytischer Sicht bei unserer Untersuchung eine Neuerung – zumindest bezogen auf empirische Untersuchungen des DISS – darstellte.

Das, was wir den „Stadtteildiskurs“ nennen, lässt sich analytisch als eine komplexe Diskursverschränkung auffassen. Dabei haben wir diesen „Stadtteildiskurs“ sozusagen konstituiert, indem wir drei verschiedene Diskursebenen und verschiedene Diskursstränge in Bezug auf das Aussagenfeld „Stadtteil, soziales Wohnumfeld“ bezogen haben.

Im Mittelpunkt unserer Untersuchung stand der Diskurs eines bestimmten Stadtteils, in diesem Falle der von und über Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Wir wollten wissen, wie sich das Wissen um den Stadtteil, d.h. um seine ökonomischen und sozialen Bedingungen, seine historische Entwicklung und seine Zukunftsperspektive im Alltagshandeln und –wissen der ansässigen Bevölkerung auswirkt.

Mit dieser Fragestellung sind wir insofern über unsere bisherigen Untersuchungen zum Einwanderungsdiskurs hinausgegangen, als wir uns bisher vor allem mit dem Zusammenwirken verschiedener diskursiver Ebenen dieses Diskurses beschäftigt haben. Da-

bei standen zwar Diskursverschränkungen, z.B. von Frauen- und Einwanderungsdiskurs, oder von Kriminalitäts- und Einwanderungsdiskurs immer auch schon zur Debatte. Diese Untersuchungen waren es auch vor allem, die uns mit dem Problem konfrontierten, dass durch eine ausschließliche Thematisierung der Einwanderungsperspektive die Dichotomie zwischen Eingeborenen und Einwanderern reproduziert wird und dies ein Umstand ist, der eine produktive Einwanderungskultur auch erschweren kann.

Außerdem war uns der Verdacht gekommen, dass der Faktor Migration, der ja in Deutschland immer eine Migrationsproblematik ist, die Diskussionen und Projekte in als sozial problematisch angesehenen Stadtteilen unverhältnismäßig stark bestimmt. In der Regel lebt in solchen Stadtteilen ein hoher Anteil nicht-deutscher Bevölkerung. Dies veranlasst Politikerinnen, Sozialmanagerinnen und auch Wissenschaftlerinnen oftmals, die Probleme in solchen Stadtteilen bevorzugt unter der Perspektive zu betrachten, inwiefern sie sich z.B. durch mangelnde Integrationsprozesse dieses Bevölkerungsanteils ergeben.

Bezogen auf die kommunale Situation wird dabei aber häufig übersehen, dass sich die Konfliktlinien in den Stadtteilen nicht allein zwischen Einheimischen und Einwanderern, sondern auch zwischen alten und jungen Personen, Arbeitenden und Arbeitslosen, Männern und Frauen, Familien und Singles usw. entwickeln (können).

Ohne bisherige Untersuchungen, die vor allem den Einwanderungsgesichtspunkt in den Mittelpunkt gestellt haben, damit in ihrer Bedeutung schmälern zu wollen, war für uns der Sachverhalt, dass Menschen in den Städten und Stadtteilen nicht allein unter der Perspektive ihrer Herkunft zusammenleben, sondern dass sich die Facetten ihrer persönlichen Situation vielfältig kreuzen und sich auch dadurch Konflikte (bzw. Gemeinsamkeiten) ergeben, Anlass, diesen sozialen Zusammenhang in unsere Untersuchung einfließen zu lassen. Wir wollten dadurch die Perspektiven auf den Stadtteil erweitern, um zu anderen, möglicherweise neuen Hand-

lungsansätzen zu gelangen.

Damit soll nun nicht behauptet werden, Einwanderung und damit verbundene Integrations- bzw. Segregationsprozesse hätten keinen Einfluss auf die Gestaltung und das Leben in den Städten und Stadtteilen. Wir gehen lediglich davon aus, dass bei der Analyse neben diesen Prozessen weitere Aspekte nicht vernachlässigt werden sollten, die gleichfalls von Bedeutung sind und dass die Wirkungsmächtigkeit vom gesamten Problemkomplex ausgeht.

Insofern betrachten wir den „Stadtteildiskurs“ als eine Verschränkung verschiedener Diskurse. Er speist sich zum Beispiel aus dem Einwanderungs-, dem Generationen-, dem Sozialdiskurs und dem Geschlechterdiskurs. Wir haben versucht, diese Diskurse in Bezug auf den Stadtteil zu thematisieren, d.h. Ausschnitte dieser Diskursstränge zu erfassen. Wir haben dies auf verschiedenen diskursiven Ebenen veranstaltet, wie in der obigen Skizze angedeutet: Medien, Politik, Alltag.

Mit unserem Projekt haben wir einen Teil dieses komplexen Diskursnetzes zu erfassen versucht. Die Ergebnisse, die wir dabei ermitteln konnten, haben uns deutlich gemacht, dass es ausgesprochen sinnvoll ist, eine solche Differenzierung vorzunehmen.

Doch hat uns das Stadtteilprojekt auch noch in anderer Hinsicht inspiriert. Bei der Analysen und vor allem bei den aus der Analyse entwickelten Schlussfolgerungen sind wir auf das Problem gestoßen, ob wir unsere Fragestellung überhaupt mit einer Diskursanalyse im herkömmlichen Sinne umfassend bearbeiten können und sollten, oder ob wir es hier nicht mit einem Untersuchungsgegenstand zu tun haben, bei dem eine Diskursanalyse sinnvoll in Richtung einer Dispositivanalyse auszuweiten ist.

Kritische Diskursanalyse – so wie wir sie verstehen – ist zwar in der Lage, jeweilige, teilweise bornierte Sichtweisen und Perspektiven auf Verhältnisse und Beziehungen herauszustellen. Indem wir das Sagbarkeitsfeld beschreiben, geben wir ja immer auch an, was von wem nicht sagbar ist. Auf diese Weise können Verstellungen, die eine Lö-

sung von Problemen behindern, herausgearbeitet und somit bearbeitbar werden. Die „Gefahr“ die sich hier auftut, ist allerdings die, dass wir bzw. diejenigen, die mit den Ergebnissen der Analyse arbeiten, daraus die Konsequenz ziehen, eine andere Perspektivierung reiche, um die Probleme zu lösen. Vielleicht wird uns deshalb auch von denjenigen, die keine Diskursanalyse betreiben, ab und an der Vorwurf gemacht, wir verlören die harten Fakten aus dem Auge. Sicherlich wird ein solcher Einwand häufig aus einer widerspiegelungstheoretischen Position heraus geäußert, die offen oder auch verdeckt immer noch die empirische Sozialforschung dominiert. Dennoch hat uns die Arbeit an dem Stadtteilprojekt gezeigt, dass Diskursanalyse an Grenzen stößt, die wir dann überschreiten sollten, wenn es uns um die Beschreibung umfassenderer Lösungsansätze geht.

Wir wollen deshalb hier eine Art Bilanzierung des Stadtteilprojektes vornehmen, die sich auf diese zwei Gesichtspunkte bezieht.

1. Wie lässt sich diskursanalytisch ein so komplexer Zusammenhang wie ein Stadtteil untersuchen?
2. Warum und auf welche Weise sollte die Diskursanalyse ausgeweitet werden?

In Kenntnis der Arbeiten von Foucault würde sich hier eine Dispositivanalyse anbieten. D.h. der Stadtteil wird von uns als ein Zusammenhang, ein Netz von Diskursen, Praktiken und Sichtbarkeiten verstanden.

Die erste Frage ist schneller und einfacher zu beantworten als die zweite.

So sollte und muss auf jeden Fall der Kreis der „Sozialmanager“ erweitert werden. Darunter sind Personen zu bestehen, die sich beruflich mit den sozialen Belangen im Stadtteil beschäftigen. Die vorliegende Studie enthielt eine Analyse von Interviews mit vornehmlich solchen Personen, die in Einrichtungen arbeiten, die sich in Verbindung mit der kommunalen oder landespolitischen Bewältigung der Stadtteil- bzw. Strukturprobleme herausgebildet haben. Sie können natürlich nur einen bestimmten Ausschnitt dessen reflektieren, was die Leute im Stadtteil

umtreibt. Das heißt, die politische Ebene – wie das Schaubild nahe legt – lässt sich damit nicht restlos erfassen. Dazu wäre es notwendig, Personen aus dem öffentlichen Leben, also Pfarrer, Lehrer, Polizei und auch Politiker mit zu berücksichtigen.

Unsere Presseanalyse, im Schaubild als mediale diskursive Ebene angezeigt, richtete vornehmlich den Blick darauf, wie der Stadtteil sich in der lokalen Presse präsentiert bzw. wie das Ruhrgebiet aus überregionaler Sicht diskursiv hergestellt wird. Eine umfassendere Presseanalyse sollte jedoch die Berichterstattung und Kommentierung von städtischem Leben insgesamt und dann speziell die Frage, auf welche Weise in Städten Konflikte gelöst oder auch nicht gelöst werden, einbeziehen. Wir können dadurch diskursive „Muster“ auffinden, mit denen kommunale Konfliktlagen angegangen werden und die deshalb Einfluss auf die Praktiken im Stadtteil nehmen (können).

Schließlich hat uns die Dominanz des Sozialdiskurses in den Perspektiven der Bewohnerinnen, die wir in den Alltagsinterviews vorfanden, gezeigt, dass bei der Auswahl der Interviewten ihre soziale Herkunft stärker zu berücksichtigen ist, um die unterschiedlichen Diskurspositionen erfassen zu können. Außerdem waren wir uns von vornherein darüber im Klaren, dass wir mit den angesetzten und durchgeführten acht Interviews den Alltagsdiskurs keineswegs vollständig erfassen konnten.

Um die zweite aufgeworfene Frage nach der Möglichkeit und Notwendigkeit einer Ausweitung zur Dispositivanalyse zu beantworten, ist es wichtig, sich zunächst einmal von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass eine solche Ausweitung der Analyse sinnvoll ist. Das soll im Folgenden kurz anhand der von uns entwickelten Lösungsvorschläge dargelegt werden.

Grenzen von Diskursanalyse

Unsere Ausgangsthese, dass sich das Stadtteilleben vielfältig strukturiert und nicht nur unter der Perspektive von Einwanderung zu betrachten ist, hat sich durch unsere Untersu-

chung bestätigt. Mindestens die soziale Situation, festgemacht am Problem der Arbeitslosigkeit, stellt einen weiteren wichtigen diskursiver Grundpfeiler dar. Das bedeutet, wenn auf der einen Seite Konflikte innerhalb des Einwanderungsdiskurses eine Spaltung in Eingeborene und Eingewanderte produzieren, so gruppieren sich innerhalb des Sozialdiskurses dieselben Personen anders. Die für den Sozialdiskurs spezifische Differenzierung in Arbeitende und Arbeitslose vollzieht sich unter Absehung der Herkunft. Auf diese Weise entstehen zwischen Eingeborenen und Eingewanderten Gemeinsamkeiten, die sich produktiv nutzen lassen. D.h. eine als heterogen konstituierte Bevölkerungsgruppe lässt sich durch die Herstellung von Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten zusammenführen.

Gleiches oder ähnliches gilt auch für den Generationsdiskurs. Auch hier wurde in den Interviews eine Reihe von Gemeinsamkeiten hervorgehoben, mit denen die Bewohnerinnen einen anderen Blick auf ihre sozialen Konflikte bekommen und entsprechende Handlungs- und Verhaltensmotivationen gewinnen könnten.

So haben sowohl deutsche wie nicht-deutsche Mütter und Väter Probleme z.B. mit mangelnden Spielplätzen, mit schlecht ausgestatteten Schulen etc. Jugendliche – gleich welcher Herkunft – haben gemeinsame Freizeitinteressen, die sie im Stadtteil bisher nur unbefriedigend umsetzen können. Im Grunde könnte man jede Frage der Stadtteilpolitik, die zur Diskussion steht, auch unter dem Gesichtspunkt beleuchten, ob die Einbeziehung weiterer Aspekte und Dimensionen hilfreich ist, das Problem zu entschärfen oder einen anderen Blick darauf zu gewinnen und möglicherweise auch andere Schritte als die bisher bekannten zur Problembewältigung zu unternehmen.

Nun kann man mit einem gewissen Recht einwenden, dass es mit der alleinigen Artikulation solcher unterschiedlicher Aspekte wohl kaum getan sein dürfte. Wieso ist es aber so, dass sich die Menschen meist nur unter so eingeschränkten Aspekten betrachten, dass sie nicht sehen bzw. sehen wollen,

dass der arabische Nachbar gleichzeitig auch Familienvater ist und aus dieser Position ähnliche Sorgen um die Zukunft seiner Kinder entwickelt, wie er selbst? Um diese Frage zu beantworten, muss man mehr analysieren als das, was aktuelle Diskurse mit den Menschen anstellen. Die gelebten, nicht mehr hinterfragten – und auch in der Regel sinnvollerweise nicht mehr zu hinterfragenden – Praxen und Handlungsweisen sind dafür zu untersuchen. Sie präsentieren die Art und Weise, wie sich die Personen in die Gegenständlichkeiten einbringen, wie sie diese mitgestalten bzw. mit Leben füllen.

Dies bedeutet aber, dass wir über die Diskursanalyse hinaus in das Netz eintauchen müssen, dass Foucault und andere als Dispositiv begreifen.

Auch an der zweiten Lösungsmöglichkeit, die wir aus unserer Diskursanalyse gewonnen haben, lässt sich diese Notwendigkeit diskutieren. So stellten wir fest, dass die BewohnerInnen durchaus Interesse an einem stärkeren Engagement im Stadtteil bekundeten, dass sie aber gleichzeitig fatale diskursive Positionen artikulieren: Sie fordern einerseits Veränderungen ein, von denen sie andererseits jedoch glauben, dass sie gar nicht umgesetzt werden können. Unser Presseanalyse bestätigte diese Konstellation.

Dieser nörgelnde Fatalismus herrschte vor, obwohl von Seiten der Sozialarbeit durchaus Angebote organisiert werden, sich im Stadtteil zu betätigen. So gibt es Stadtteilstoffe, Sprachkurse für nicht-deutsche Frauen, Hausaufgabenbetreuung oder Treffpunkte für Mütter mit Kinderbetreuung. Das wirft die Frage auf: Warum haben diese Bemühungen bislang nicht den erwünschten Erfolg gehabt?

Eine Antwort darauf könnte nun sein, dass uns die BewohnerInnen belogen haben. Dass sie nur gesagt haben, sie würden ja gerne mitmachen und mitreden, in Wirklichkeit aber dazu eigentlich nicht bereit seien. Doch das ist keine Antwort, denn dann könnten sie uns das ja auch sagen. Wieso sollten Sie uns belügen? Vielleicht deshalb, weil sie glauben, es gehöre sich so, einen solchen Anspruch zu formulieren? Das mag sein, doch

warum haben sie dann keine Lust, dem nachzukommen?

Eine Antwort darauf könnte sein, dass sie nicht über die zu einem solchen Engagement erforderlichen Kompetenzen und Mittel verfügen und dass die bisherigen Angebote meistens auch so angelegt waren, dass das so bleibt. Wer lediglich mitdiskutieren kann oder soll, wer also lediglich „angehört“ wird und sieht, dass die Entscheidungen dann aber von anderen Instanzen gefällt werden, der wird wohl kaum die Motivation aufbringen, die er/sie braucht, um aus der beschriebenen fatalen Haltung herauszufinden. Das bedeutet, ‚runde Tische‘, wie sie in vielen Städten mittlerweile installiert wurden, sind zwar gut und richtig. Sie könnten möglicherweise aber dann erfolgreicher und auch effektiver arbeiten, wenn sie mit einer Entscheidungskompetenz, die auch immer mit einer finanziellen Kompetenz verbunden ist, ausgestattet werden. Hier sollte weiter nachgedacht werden, wie dies in Kommunalpolitik umgesetzt werden kann. Denn es hat sich gezeigt: Arbeit ist genug da. Auch Geld oder Fördermittel sind – wenn auch in beschränktem Umfang – vorhanden.

Auch hier zeigt sich also, dass wir zwar durch unsere Diskursanalyse auf eine Reihe von Hindernissen gestoßen sind, die sich gegenüber Lösungsstrategien aufbauen. Eine genauere Analyse dieser Entscheidungsstrukturen und sozialen Praxen konnte aber von uns bislang nicht geleistet werden. Auch hier weist uns also der Weg über das Diskursive (im engeren Sinne) hinaus.

Und dies gilt auch für die dritte Konsequenz, die wir aus unserer Analyse gezogen haben: Dabei geht es darum, bürokratische Verkrustungen aufzubrechen. Auch das lässt sich nicht allein mit einer anderen Sichtweise auf Probleme lösen, sondern erfordert eine genaue Analyse dessen, wo denn die Verkrustungen liegen, die sich als dysfunktional erweisen.

Wir wollen hier unsere Bilanzierung zunächst einmal abbrechen. Es sollte deutlich werden, dass wir durch unsere Analyse und die aus ihnen folgenden Ergebnisse darauf gestoßen worden sind, dass unsere Diskurs-

analysen in Richtung Dispositivanalyse erweitert werden sollten. Eine solche Analyse würde das Untersuchungsfeld ausweiten und auch nicht-diskursive Praxen und Handlungsweisen sowie Institutionen und Sichtbarkeiten einbeziehen, die für die Struktur im Stadtteil wesentlich sind.

Damit soll die Relevanz Kritischer Diskursanalyse – wie wir sie bislang verfolgt haben – nicht in Zweifel gezogen werden. Vielmehr verhält es sich ja so, dass wir durch diese Analysen die wichtigen hemmenden oder stabilisierenden Faktoren immer auch schon erfassen, indem sie benannt und problematisiert werden. Es ist die Diskursanalyse, die uns zu neuen Denkfeldern führt, denen in einer Dispositivanalyse genauer nachgegangen wird, die auch das im Stadtteil vorhandene nicht-diskursive Wissen einbezieht.

Gibt es ein Stadtteildispositiv?

Wenn die genannten Faktoren – Wissen in nicht-diskursiven Handlungen und Sichtbarkeiten – nun systematisch als Untersuchungsgegenstand aufgenommen werden, erweitert sich die Analyse und wird zu einer Dispositivanalyse. Auf diese Weise sollen die Funktionen der einzelnen Elemente, die für Stabilität oder Instabilität des Zusammenhangs sorgen, deutlich und damit bearbeitbar werden.

Was aber verstehen wir unter einem Dispositiv und vor allem, weshalb gehen wir davon aus, dass die Stadtteile solche Dispositive sind.

Knapp formuliert verstehen wir unter einem Dispositiv ein Netz von Diskursen, Praktiken und Institutionen (Sichtbarkeiten), das sich ständig neu ordnet und positioniert, weil und sofern es auf einen „Notstand“ bzw. auf Notwendigkeiten (urgence = Dringlichkeit, Druck) reagiert und damit Macht entfaltet.

Macht-Dispositive sind nach Foucault „komplexe und historisch jeweils spezifische interdiskursive Konfigurationen.“ (vgl. dazu M. Jäger/S. Jäger, Schulte-Holtey, Wichert 1997, 9) „Kennzeichnend für diese

Konfigurationen ist, dass sie selektiv diskursive und nicht-diskursive Elemente einzelner Spezialdiskurse bündeln und durch diese Bündelung konkrete hegemoniale Kräfteverhältnisse stabilisieren. [...] Solche Macht-Dispositive – und das macht ihre Bedeutung aus – konstruieren durch ihre kulturell integrative Funktion soziokulturelle Gegenstände, ‚Themen‘ und Problematiken. Sie definieren Subjektpositionen und Kompetenzen, sie konstruieren Wahrnehmungsweisen und Handlungsoptionen innerhalb des von ihnen begrenzten Feldes.“ (M. Jäger/S. Jäger, Schulte-Holtey, Wichert 1997, 9)

Dispositive, so verstanden, zeichnen sich also dadurch aus, dass sie durch eine Verkopplung von nicht-diskursiven und diskursiven Elementen zu einem Machtbündel werden, das in der Lage ist, innerhalb eines bestimmten begrenzten Feldes Subjektivitäten und deren Fähigkeiten zu bestimmen.

In einer neueren Veröffentlichung hat Siegfried Jäger das Dispositiv folgendermaßen charakterisiert: „Ein Dispositiv ist der prozessierende Zusammenhang von Wissen, das sich in Sprechen/Denken – Tun – Vergegenständlichung artikuliert. Die Grundfigur des Dispositivs kann man sich als ein Dreieck oder besser: als einen rotierenden und historisch prozessierenden Kreis mit drei zentralen Durchlauf-Punkten bzw. Durchgangstationen vorstellen:

Diskursive Praxen, in denen primär Wissen transportiert wird

Handlungen als nicht-diskursive Praxen, in denen aber Wissen transportiert wird, denen Wissen vorausgeht bzw. das ständig von Wissen begleitet wird

Sichtbarkeiten / Vergegenständlichungen, die Vergegenständlichungen diskursiver Wissens-Praxen durch nicht-diskursive Praxen darstellen, wobei die Existenz der Sichtbarkeiten („Gegenstände“) nur durch diskursive und nichtdiskursive Praxen aufrechterhalten bleibt.“ (S. Jäger 2001, 106f.)

Bezogen auf einen Stadtteil lässt sich eine solche Fassung von Dispositiv etwa wie folgt umreißen:

Es besteht ein Komplex diskursiver Verschränkungen, die wir für Gelsenkirchen-

Bismarck/Schalke-Nord mit unserer bisherigen Untersuchung sicherlich noch nicht vollständig erfasst haben.

Die nicht-diskursiven Praxen sind vielfältig. Wichtig ist hier, dass wir die Selektivität, mit der diese Praxen im Stadtteil durchgeführt werden, beachten werden. Das heißt, wir haben es mit Handlungen und Gegenständen zu tun, die nicht nur auf das Funktionieren im Stadtteildispositiv ausgerichtet sind. So ist das Warenangebot in den Einkaufsstätten des Stadtteils einerseits auf die Versorgung der ansässigen Bevölkerung ausgerichtet, andererseits aber auch auf die Bevölkerung der Nachbarstädte und -städte. Supermarktketten z.B. führen in der Regel ein gemeinsames Angebot, das im Stadtteil dann selektiv zur Geltung kommt.

Nicht-diskursive Praxen sind z.B. bei der materiellen Versorgung der Bevölkerung auszumachen. Sind viele Läden, in denen Lebensmittel oder sonstige Güter des täglichen Bedarfs zu kaufen sind, vorhanden, oder verlangt die Infra-Struktur, dass man sich in einem oder zwei Supermärkten mit diesen Dingen versorgt? Je nachdem werden die sozialen Praxen anders gestaltet werden (müssen). Nicht-diskursive Praxen tun sich auch in der Versorgungsstruktur von Kranken und Alten (Essen auf Rädern etc.) hervor. Gibt es eine Anlaufstelle der Polizei im Stadtteil? Was geschieht bei Unfällen? Dieser Katalog ist sicherlich unvollständig. Er muss auch nicht vollständig sein, weil wir an dieser Stelle lediglich exemplarisch darstellen wollen, ob ein Stadtteil unter dem Gesichtspunkt von Dispositiven überhaupt zu fassen ist. Welche nicht-diskursiven Praxen bei einer Analyse eines konkreten Stadtteils dann von Bedeutung sind, das wird sich aus der methodischen Vorgehensweise noch ergeben.

Der hier aufgeführte Katalog der nicht-diskursiven Praxen weist uns eigentlich bereits auf die Sichtbarkeiten hin, die im Stadtteildispositiv bestimmend sind bzw. sein können. Es geht um Gebäude, Wohnungsanlagen, Geschäftshäuser, Schulen, Parks, Altenstätten und Kindergärten, Krankenhäuser, Kirchen, Moscheen etc.

Insofern diese unterschiedlichen Elemente – diskursiver und nicht-diskursiver Art – sich im Stadtteil ständig selektiv miteinander verkoppeln, produzieren und reproduzieren sie diesen Stadtteil und reagieren damit auf den ‚Notstand‘, dass die Versorgung der dort lebenden Menschen einigermaßen sichergestellt werden muss. Wichtig ist, dass dies in selektiver Weise geschieht. So kann eine Kirche (bzw. können die in ihrem Auftrag tätigen Personen) im Stadtteil für diesen wichtige Gemeindefunktionen leisten (Altenpflege, Kindergarten, Betreuung von jungen Menschen, etc.) und gleichzeitig für die überregionale kirchliche Institution oder gar für ein Gesundheitsdispositiv eine andere Funktion einnehmen.

Analyseschritte einer Dispositivanalyse

Wenn die Analyse die drei genannten Gesichtspunkte bzw. Elemente des Dispositivs berücksichtigen soll, dann heißt dies gegenüber bisherigen Arbeiten Kritischer Diskursanalyse, dass Beschreibung und Bewertung der Sichtbarkeiten (oder Institutionen) und Praxen in die Analyse einfließen muss. Schließlich wollen wir gerade das Netz erfassen, wir wollen die jeweiligen Beziehungen und Funktionen der Elemente zueinander (natürlich in einem gegebenen historischen Augenblick) ermitteln, damit wir Antwort auf die Frage erhalten, wie dieses Dispositiv reproduziert wird, aber auch, mit welchen Instabilitäten es ausgestattet ist.

Wenn wir uns diesen Institutionen und Sichtbarkeiten sowie den sozialen Praxen nähern, stellen wir fest, dass es sich dabei eigentlich um geronnene und verfestigte Diskurse handelt, bzw. um bestimmte Schlussfolgerungen, die aus den Diskursen von den handelnden Personen gezogen wurden. In diese Gegenstände ist Wissen eingegangen, das zu ihrer Konstruktion notwendig war und das ständig abrufbar sein muss, um deren Bedeutung zu erhalten. Wir müssen also versuchen, dieses Wissen zu rekonstruieren, in dem wir es wieder „diskursivieren“. Das bedeutet, letztlich werden auch die

Sichtbarkeiten und Praxen einer „Diskurs“-Analyse unterzogen werden.

Dabei ist ein mehrstufiges Verfahren vorstellbar: Zunächst müssen die wichtigsten Diskurse des Untersuchungszusammenhangs analysiert werden. Sie geben Aufschluss darüber, ob diese Verflechtungen von Diskurssträngen und –ebenen Teil eines Dispositivs sind. Für unser Stadtteilprojekt kann man sagen, dass dieser Schritt zwar noch nicht vollständig, aber doch in seinen Grundzügen von uns vollzogen worden ist.

Sodann müssten in einem weiteren Schritt die durch diese Analyse ermittelten wichtigsten Praxen und Sichtbarkeiten des Dispositivs rekonstruiert werden. Dabei ist besonders wichtig, dass diese Rekonstruktion sich aus der Analyse der Diskurse erschließt. Eine Erfassung der gesamten vielfältigen Praxen und Sichtbarkeiten ist nicht nur undurchführbar, sondern sie wäre auch falsch, weil die Bedeutung sich in den Diskursen artikuliert und nicht von uns als Forschende gesetzt werden kann und werden sollte.

Die Analyse der Sichtbarkeiten und Praktiken geschieht in der Weise, dass die geronnenen Diskurse wieder „diskursiviert“ werden. D.h. sie werden in ihrer Selbstverständlichkeit hinterfragt werden. Ein Beispiel soll das erläutern. Wenn sich durch die Analyse der Diskurse herausgestellt hat, dass die AWO im Stadtteil eine wichtige Funktion hat, weil sie häufig als Bezugspunkt – positiv und negativ – auftaucht, dann würde dies bedeuten, die AWO zum Untersuchungsgegenstand zu machen. Nun taucht die AWO natürlich nicht einfach so auf, sondern es werden in den Zeitungen, Interviews, von den Politikern etc. Zuschreibungen vorgenommen, die sich teilweise widersprechen können. Eine Aussage könnte zum Beispiel lauten: „Wenn ich die AWO nicht hätte, könnte ich gar nicht arbeiten gehen. Durch ihre Schulaufgabenhilfe ist mein Kind nachmittags an einem sicheren Ort.“ Dagegen kann in der Zeitung stehen: Die AWO, zugehörig zum SPD-Konzern, lässt nur bestimmte Kurse zu, die anderen politischen Optionen, z.B. der Grünen oder der CDU nicht

passen. Dadurch wird die politische Willensbildung in der Stadt eingeschränkt.“ Ein anderer sagt: „Die da von der AWO, die machen auch so einiges, aber genau weiß ich das nicht.“

Diese unterschiedlichen Zuschreibungen müssten im Zusammenhang bedacht werden. Die Aufgabe bestünde darin, das Feld zu skizzieren, in dem diese unterschiedlichen Bedeutungen nebeneinander Geltung haben können. Ein so skizziertes Feld könnte dann die Grundlage für Interviews oder weitere Recherchen in Verbindung mit der AWO sein. Die Fragestellung dieser Interviews wäre es, das, was als Wissen selbstverständlich in die Institution und/oder die soziale Praxis einfließt, wieder unter dem Gesichtspunkt besprechbar zu machen, wem nützt es, dass diese Institution so und nicht anders funktioniert? Was wird dadurch – mit Blick auf die Ergebnisse der Diskursanalyse – verhindert, was befördert? Wichtig ist, dass der Zusammenhang nicht aus den Augen verloren wird und die Praktiken und Institutionen auf das Dispositiv bezogen werden. So können z.B. die Familienstrukturen egal ob deutscher oder ausländischer Familien für das Stadtteil-Dispositiv eine andere Bedeutung bzw. Funktion einnehmen als etwa für das Dispositiv Schule. Insofern lässt sich auch sagen, dass ein Stadtteildispositiv aus vielen sich ineinander verschränkten Unter-Dispositiven besteht.

Analytisch praktisch ließe sich eine solche Analyse durch eine Leitfrage leisten: Was wäre, wenn die Sichtbarkeit (bzw. Praxis) nicht so wäre, wie sie sich darstellt?

Dabei sollen die besonderen Schwierigkeiten, die entstehen, wenn man sich diesen Handlungen und Sichtbarkeiten nähert, hier nicht verschwiegen werden. Im Unterschied zu uns geläufigen Diskursanalysen, bei denen Texte und Bilder analysiert werden, geht es ja bei einer Analyse sozialer Praxen um die Beschreibung von Handlungen und Gegenständen.

Will man das in eine Handlung einfließende Wissen rekonstruieren, so lässt sich aber der Handlung keine Frage stellen. Doch man kann mit den Personen, die von den

Handlungen betroffen sind, Reflektionen darüber anstellen, wieso hier so und nicht anders verfahren wird. Dies bedeutet, dass die Leitfäden, mit denen diese Interviews geführt werden, so aufgebaut sind, dass sich die Selbstverständlichkeiten darin auch zur Sprache bringen lassen können. Wahrscheinlich bedeutet das für den/die Forschenden, dass er/sie in einem vorgängigen Beobachtungsprozess diese Evidenzen selbst erfassen, um das „verborgene“ Wissen rekonstruieren zu können. Dabei wird die Schwierigkeit darin bestehen, nicht das Konzept der teilnehmenden Beobachtung aus der qualitativen Sozialforschung zu übernehmen. Dieses Konzept hat aus unserer Kenntnis den diskurstheoretischen Pferdefuß, dass davon ausgegangen wird, es ließen sich objektive und wahre Bedeutungen des Handelns ermitteln, die sich dann auch noch allein dem beobachtenden Wissenschaftler auftun. Dennoch können bestimmte Verfahrensweisen u.U. auch für eine Dispositivanalyse hilfreich sein, wenn wir uns darüber im Klaren sind, dass wir als Forschende mit bestimmten Perspektiven an die nicht-diskursiven Praxen und Institutionen herangehen, d.h. bei unserer Beobachtung also nur bestimmte Sichtweisen wahrnehmen.

Bei der Analyse der Sichtbarkeiten muss ein solches Konzept wohl noch erweitert werden. Während wir handelnde Personen über ihr Wissen und ihre Motive befragen können, sind Vergegenständlichungen ohne Stimme. Jedoch werden ihnen von den Personen, die in ihnen leben und arbeiten, bzw. mit den Sichtbarkeiten umgehen, ständig Bedeutungen zugewiesen. Auch in diesen Fällen käme es darauf an, diese Bedeutungen zur Sprache zu bringen, das Bedeutungsfeld aus verschiedenen Diskurspositionen zu beschreiben, das in ihnen verborgene Wissen zu rekonstruieren, um herauszufinden, in welchen Funktionen diese Vergegenständlichung im Dispositiv wirkt.

Schlussfolgerungen für eine Dispositivanalyse des Stadtteils

Die drei Analyseebenen: Politik bzw. Exper-

ten, Medien und Alltag, haben übereinstimmend einige Handlungskomplexe thematisiert, die bei einer Dispositivanalyse berücksichtigt werden müssten.

Zum einen handelt es sich um das Feld von Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit. Der Strukturwandel bzw. die Strukturkrise des Ruhrgebiets hat zu Zechenschließungen geführt, die für den Stadtteil einschneidende Veränderungen nach sich gezogen haben. Vor allem die Prozesse in Verbindung mit der Schließung und der Umgestaltung der Zeche Consolidation spielten bei der Bewertung der Zukunftsaussichten des Stadtteils eine große Rolle. Daneben wurden teilweise positiv, teilweise aber auch sehr skeptisch die Aktivitäten der GAFÖG, der Gelsenkirchener Arbeitsförderungsgesellschaft, herausgehoben. In dieser Gesellschaft konnten in den letzten Jahren etwa 500 Arbeitsplätze geschaffen werden – zu wenig, um den Stadtteil am Leben erhalten zu können oder zu viel, um ihn zu Absterben zu bringen. Es würde sich deshalb anbieten, diese beiden Institutionen in Bezug auf ihr Wirken im Stadtteil zu analysieren. Dabei kämen dann durchaus unterschiedliche nicht-diskursive Praxen zu Sprache, wie zum Beispiel Umschulungsmaßnahmen, Denkmalspflege, aber auch solche Praxen wie „Schwellenstehen“ oder das scheinbare Herumhängen von Jugendlichen im Park oder auf Spielplätzen.

Ein weiteres Feld, das quer durch alle drei Untersuchungsebenen angesprochen wurde, ist die soziale Infrastruktur des Stadtteils. Damit ist das Zusammenleben von Deutschen und vor allem türkischen Personen gemeint, das sehr unterschiedlich gesehen wird. Aus Sicht der türkischen Bevölkerung schotten sich die Deutschen ab, weil diese ihnen mit Skepsis begegnen oder sie überhaupt nicht beachten. Aus deutscher Sicht stören die türkischen Bewohner häufig ihre sozialen Räume. Nächtliches lautes Lärmen wird dann angeführt oder eine mangelnde Aufsicht türkischer Mütter gegenüber ihren Kindern, die auf Spielplätzen beobachtet wird. Vor allem die Aktivitäten in einer Grundschule (Marschallstraße) und im Stadtteilbüro werden als Kristallisations-

punkt häufiger sowohl in der Lokal-Presse wie auch von den Interviewten genannt. Daneben werden Aktivitäten in Sportvereinen hervorgehoben, in denen die Befragten ihre Freizeit verbringen. Der häufige Hinweis auf die mangelnde Ausstattung von Spielplätzen, auf denen dann auch noch Jugendliche Kinder beim Spielen stören, könnte so genutzt werden, das diese Orte auch in eine Analyse der Sichtbarkeiten und Praxen einbezogen werden.

Schließlich ist die kommerzielle Infrastruktur des Stadtteils ein Thema. Sie hängt eng mit den beiden vorgenannten Themenkomplexen zusammen. Die eigenständige und vor allem die durchgängige Thematisierung von Vor- und Nachteilen des Einkaufens im Stadtteil weisen darauf hin, dass hier ein Knotenpunkt vorliegt. Dabei sind die Einschätzungen vor allem der Bewohnerinnen durchaus widersprüchlich. Während der eine behauptet, man könne sich im Stadtteil sehr gut versorgen, sagen andere das Gegenteil. Hier müsste also nachgefragt werden, was man denn so unter ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ verstehe. Es sollten also die unterschiedlichen Bedürfnisse herausgestellt werden, auf deren Grundlage dann Lücken oder Überfluss festgestellt und abgestellt werden kann.

Genauso verhält es sich mit der Beurteilung des öffentlichen Personennahverkehrs. Einige preisen sich glücklich, über ein Auto zu verfügen oder merken an, dass man bei Benutzung des ÖPNV Umwege in Kauf nehmen müsse. Andere sagen, die Verbindungen zur Stadtmitte bzw. anderen Orten seien sehr gut organisiert. Solche Widersprüche lassen sich wahrscheinlich auflösen, wenn diese Struktur und die damit verbundenen sozialen Praxen: wer fährt warum mit der Bahn oder nicht? in den Mittelpunkt der Analyse gestellt werden.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass bei einem Fortschreiten der Analyse des Stadtteils neben den Erweiterungen der Diskursanalyse folgende Institutionen und sozialen Praxen „diskursiviert“ werden müssten:

Sichtbarkeiten/Institutionen

- Zeche Consolidation
- GAFÖG
- Grundschule
- Zentrale Spielplätze
- Geschäftsstraße: Bismarckstraße
- ÖBPV
- ...

soziale Praxen

- „Schwellenstehen“
- Freizeitverhalten von Jugendlichen
- Denksmalpflege
- Umschulungsmaßnahmen
- ...

Ausblick

Es mag sein, dass sich bei der konkreten Analyse bzw. bei der geplanten erweiterten Diskursanalyse herausstellt, dass noch weitere Knotenpunkte des Stadtteildispositivs existieren, die untersucht werden sollten, um das Funktionieren bzw. Nicht-Funktionieren des Stadtteils und dessen Ursachen sichtbar zu machen.

Insofern sollen die hier vorgestellten Überlegungen auch als noch sehr vorläufig angesehen werden. Doch so viel sollte deutlich werden: Das Konzept Dispositivanalyse kann nicht als additive Verbindung von Diskursanalyse und empirischer Sozialforschung aufgefasst oder missverstanden werden. Unsere bisherige diskursanalytische Perspektive muss auch bei einer Dispositivanalyse nicht aufgegeben werden. Dennoch könnte das Konzept einer Dispositivanalyse einen wichtigen Brückenschlag zwischen der Soziologie und Diskurstheorie darstellen.

Literatur

- Bach, Jürgen / Heinz Soremsky 1994: Ausländische Jugendliche. Politische Einstellungen und Orientierungen, hg. vom Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit - VIA Duisburg
- Bukow, Wolf-Dietrich / Claudia Nikodem / Erika Schulze / Erol Yildiz 2001: Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag, Opladen
- Bukow, Wolf-Dietrich / Claudia Nikodem / Erika Schulze / Erol Yildiz (Hg.) 2001: Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Die multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration, Opladen
- Breyvogel, Wilfried (Hg.) 1993: Lust auf Randalen. Jugendliche Gewalt gegen Fremde, Bonn
- Brinker, Klaus / Sven F Sager 1989: Linguistische Gesprächsanalyse. Eine Einführung, Berlin
- Broschüre der G.I.B. (Gesellschaft für innovative Beschäftigungsforschung) und der Stadt Gelsenkirchen: Arbeit und Strukturwandel z.B. Bismarck/Schalke-Nord. Wege in die Beschäftigung: Arbeitsplätze schaffen - Stadtteile erneuern, Gelsenkirchen
- Butterwegge, Christoph / Siegfried Jäger (Hg.) 1992: Rassismus in Europa, Köln
- Cleve, Gabriele 1997: Völkisches Denken im Alltag, in: Andreas Disselnkötter / Siegfried Jäger / Helmut Kellershohn / Susanne Slobodzian (Hg.) 1997: Evidenzen im Fluß- Demokratieverluste in Deutschland, Duisburg, 244-260
- Cleve, Gabriele /Margret Jäger/ Ina Ruth (Hg.) 1998: Schlank und (k)rank. Schlanke Körper – schlanke Gesellschaft, Duisburg.
- Commers, Ronald 1992: Antwerpen. Eine europäische Stadt driftet nach rechts, in: Butterwegge / Jäger (Hg.), S. 135-143
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.) 1996: Lebenssituation und -Perspektiven von Zuwanderern und ihren Kindern. Dokumentation der Arbeitstagung „Projekte im PARITÄTISCHEN gefördert durch die Kommission der Europäischen Union - Generaldirektion V“, 16.-17.10.1995 in Frankfurt/M., Frankfurt/M.
- DGB-Bildungswerk NRW e.V. (Hg.) 1991: Materialien zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Heft 13: Einwanderer im Ruhrgebiet. Gestern-heute-morgen, Düsseldorf
- Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeits- und Sozialforschung (Hg.) 1993: Partizipationschancen ethnischer Minderheiten. Ein Vergleich zwischen Grossbritannien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 22, Bonn
- Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeits- und Sozialforschung (Hg.) 1995: Interkulturelles Lernen. Basis kommunaler Ausländerarbeit, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 51, Bonn
- Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeits- und Sozialforschung (Hg.) 1996: Integration und Konflikt. Kommunale Handlungsfelder der Zuwanderungspolitik, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 69, Bonn
- Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) 1998: Ghettos oder ethnische Kolonien. Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwanderungsanteil, Bonn
- Foucault, Michel 1978: Dispositive der Macht, Berlin
- GEW Landesverband Hamburg (Hg.) o.J.: Materialien für den Unterricht: Türkei, Teil III: Die türkischen Familien, insbesondere die Frauen, Kinder und Jugendlichen im Inneren Zwiespalt zwischen ihren kulturellen Traditionen und den An-

- forderungen des Lebens in der BRD, Hamburg
- Gstettner, Peter 1996: Biographieforschung, in: Hierdeis/Hug (Hg.), S. 521-533
- Hall, Stuart 1994: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg (=Argument-Sonderband Neue Folge Band 226)
- Heitmeyer, Wilhelm / Reimand Anhut (Hg.) 2000: Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim
- Heitmeyer, Wilhelm / Joachim Müllers / Helmut Schröder 1997: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt/M.
- Hierdeis, Helmwart / Theo Hug (Hg. 1996): Taschenbuch der Pädagogik Bd. 2, Hohengehren
- Inolowski, Lena 1998: Verlockender Erhebungs-Fundamentalismus. Zur Problemkonstruktion: „türkische Jugendliche“, Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart, Heft 18 (Oktober 1998), 51-69
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Hg.) 1985: Große Bürgerhäuser - Freizeit- und Begegnungsstätten im Stadtquartier. Wirkungsanalyse am Beispiel der Einrichtungen in Köln-Chorweiler und Dortmund-Innenstadt- Nord im Rahmen des Versuchsprogramms des Landes Nordrhein-Westfalen, Schriftenreihe des Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Band 5.002, Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Hg.) 1992: Stadt-Kinder. Stadtentwicklungspolitische Aspekte veränderter Lebenslagen von Kindern, ILS Schriften 62, Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Hg.) 1997a: Zusammenleben im Stadtteil. Möglichkeiten der Förderung interkultureller Lebensqualität, Nr. 118, Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Hg.) 1997b: Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Hg.) 1997c: Kriminalprävention in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Hg.) 1998: Kommunale Kriminalitätsvorbeugung und Stadtentwicklung - Anspruch, Möglichkeiten, Praxisbeispiele, Dortmund
- Jäger, Margret 1992: ‚Feministische‘ Argumente zur Untermauerung von Rassismus. Warum liegt Deutschen die Stellung der Einwanderinnen so am Herzen? In: Butterwegge / Jäger (Hg.), 248-261
- Jäger, Margret 1996: Fatale Effekte. Die Kritik des Patriarchats im Einwanderungsdiskurs, Duisburg
- Jäger, Margret / Gabriele Cleve / Ina Ruth / Siegfried Jäger 1998: Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten, Duisburg
- Jäger, Margret / Siegfried Jäger 1993: Verstrickungen – Der rassistische Diskurs und seine Bedeutung für den politischen Gesamtdiskurs in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jäger / Link (Hg.), 49-79
- Jäger, Margret / Frank Wichert (Hg.) 1996: Rassismus und Biopolitik. Werkstattberichte, Duisburg (=DISS-Forschungsberichte 1996)
- Jäger, Margret / Siegfried Jäger / Ina Ruth / Ernst Schulte-Holtey / Frank Wichert (Hg.) 1997: Biomacht und Medien. Wege in die Bio-Gesellschaft, Duisburg
- Jäger, Siegfried 1992: BrandSätze. Rassismus im Alltag, Duisburg (4. Aufl. 1996)
- Jäger, Siegfried (Hg.) 1994: Aus der Werkstatt: Anti-rassistische Praxen. Konzepte - Erfahrungen - Forschung, Duisburg
- Jäger, Siegfried 1997: Kulturkontakt - Kulturkonflikt? Ein diskursanalytisch begründeter Problemaufriß, in: Jung / Wengeler / Böke (Hg.), S. 71-88
- Jäger, Siegfried 2001: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, 3., gegenüber der 2., überarbeiteten und erweiterten, unveränderte Auflage, Duisburg
- Jäger, Siegfried 2001a: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositiv-

- analyse, in: Reiner Keller / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.) 2001: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, 81-112
- Jäger, Siegfried / Franz Januschek (Hg.) 1992: Der Diskurs des Rassismus, Oldenburg (OBST 46)
- Jäger, Siegfried / Dirk Kretschmer / Gabriele Cleve / Birgit Griese / Margret Jäger / Helmut Kellershohn / Coerw Krüger / Frank Wichert 1998: Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart. Duisburg
- Jäger, Siegfried / Jürgen Link (Hg.) 1993: Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg
- Jung, Matthias / Martin Wengeler / Karin Böke (Hg.) 1997: Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer in Medien, Politik und Alltag, Opladen
- Kalpaka, Annita 1994: Theaterworkshops zum Thema „Macht - Ohnmacht – Alltagsrassismus“ als selbstreflexive Lernform, in: Jäger, Siegfried (Hg.) 1994, 104-133
- Kelber, Richard / Gabriele Tscherner 1998: Zweite Heimat Dortmund? Lokale Identifikationsmuster von AusländerInnen, Dortmund
- Klein, Wolfgang / Dieter Wunderlich (Hg.) 1971: Aspekte der Soziolinguistik, Frankfurt
- Kreft, Ursula 1998: Warum (fast) alle bereit sind, den Gürtel enger zu schnallen. Der Problemfall „Sozialstaat“ in den Medien, in: Cleve / Jäger / Ruth (Hg.), Duisburg. 8-23
- Krummacher, Michael / Viktoria Waltz 1996: Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik, Essen
- Kunstamt Kreuzberg (Hg.) 1981: morgens Deutschland abends Türkei, Berlin
- Labov, William 1971: Das Studium der Sprache im sozialen Kontext, in: Klein / Wunderlich (Hg.) 1971, 111-194
- Link, Jürgen 1982: Die Analyse symbolischer Komponenten realer Ereignisse. Ein Beitrag der Diskurstheorie zur Analyse neorassistischer Äußerungen, in: Jäger / Januschek (Hg.), 37-52
- Link, Jürgen 1997: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Opladen
- Miles, Robert 1991: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg
- Pinn, Irmgard / Marlies Wehner 1995: EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht, Duisburg
- Pinn, Irmgard 1999: Verlockende Moderne. Türkische Jugendliche im Blick der Wissenschaft, Duisburg
- RAA Gelsenkirchen 1996: Soziologische Untersuchung zum Zusammenleben deutscher und nicht-deutscher Bewohner/innen des Stadtteils Gelsenkirchen-Bismarck, (bearbeitet von Wolfgang Dengel und Barbara Eifert) (unveröffentlichtes Manuskript)
- Rütten, Anton 1998: Integrationspolitik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, in: Forschungsinstitut der Friedrich Ebert-Stiftung (Hg.), 15-28
- Schiffauer, Werner 1997: Fremde in der Stadt. Zehn Essays über Kultur und Differenz, Frankfurt/M.
- Schulte, Axel 1998: Multikulturelle Einwanderungsgesellschaften in Westeuropa: Soziale Konflikte und Integrationspolitiken, hg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeits- und Sozialforschung, Bonn
- Stadt Gelsenkirchen (Hg.) 1998: Bevölkerung und Arbeitslose nach Postleitzahlbezirken 1997, Stand Januar 1998
- Wodak, Ruth / Peter Nowak / Johanna Pelikan / Helmut Gruber / Rudolf de Cillia, / Richard Mitten 1990: „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt